

KLAUS HOFMANN

**Die Situation
und die wirtschaftsordnungspolitische Problematik
des Wettbewerbs auf dem Sektor des Mittelstands-
kredits unter besonderer Berücksichtigung von Wesen
und Stellung der verschiedenen Bankorganisationen**

1962

**Die Situation
und die wirtschaftsordnungspolitische Problematik
des Wettbewerbs auf dem Sektor des Mittelstands-
kredits unter besonderer Berücksichtigung von Wesen
und Stellung der verschiedenen Bankorganisationen**

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung des
akademischen Grades eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft
durch die
Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität
zu Münster

vorgelegt von
KLAUS HOFMANN
aus Kassel

1963



1. Berichterstatter: Prof. Dr. Seraphim
2. Berichterstatter: Prof. Dr. Hoffmann
Dekan: Prof. Dr. Dr. Lukes
Tag der mündlichen Prüfung: 6. Juni 1962

G l i e d e r u n g
=====

	Seit
Einleitung: Inhalt, Aufbau und Methode der Untersuchung	1
I. Teil	
<u>Die Bankorganisationen auf dem Sektor des Mittelstandskredit</u>	4
I. Abschnitt: <u>Die hauptsächlichen Träger des Mittelstandskredit</u>	4
I. Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen	4
1. Die geschichtliche Entwicklung	4
a) Die soziale Aufgabe der ersten Sparkassen	4
b) Die staatliche Einflußnahme auf die Entwicklung der Sparkassen	7
c) Die Ausweitung des Geschäftsverkehrs durch die Aufnahme neuer Geschäftszweige	16
2. Die Organisation und die Geschäftstätigkeit der Sparkassen in der Gegenwart	25
a) Der Aufbau der Sparkassenorganisation	25
b) Die Geschäftstätigkeit der Sparkassen	27
b ₁) Die Passivgeschäfte	28
b ₂) Die Aktivgeschäfte	32
II. Die Kreditgenossenschaften	45
1. Die geschichtliche Entwicklung	45
a) Die Entstehungsursachen	45
b) Die Entwicklung der Geschäftstätigkeit	47

2. Der organisatorische Aufbau und die Geschäftstätigkeit der heutigen Kreditgenossenschaften	52
a) Der organisatorische Aufbau	52
b) Die Geschäftstätigkeit	55
b ₁) Die Passivgeschäfte	55
b ₂) Die Aktivgeschäfte	57

II. Abschnitt: <u>Die sonstigen Kreditgeber des Mittelstandes</u>	61
I. Die Großbanken	63
II. Die Staats-, Regional- und Lokalbanken	66
III. Die Privatbankiers	69
IV. Die Spezial-, Haus- und Branchebanken	71
V. Die Teilzahlungskreditinstitute	73

II. Teil

<u>Die gegenwärtige Marktstellung der einzelnen Bankengruppen</u>	75
I. Die Anteile der einzelnen Bankengruppen am Bilanzvolumen aller Kreditinstitute	76
II. Die Marktanteile im Passivgeschäft	78
III. Die Marktanteile im Aktivgeschäft	81

III. Teil

Die Problematik des Wettbewerbs zwischen
den öffentlich-rechtlichen und den privaten
Kreditinstituten

87

I. Abschnitt: Wettbewerbsordnung und Kreditwesen

89

I. Die Wettbewerbsgrundsätze in der Sozialen
Marktwirtschaft

89

II. Die besondere Stellung des Kreditwesens
im System der Marktwirtschaft

99

II. Abschnitt: Die Einflußnahme des Staates auf den Wettbe-
werb im Kreditwesen

106

A. Die Regelung des Wettbewerbs im Kreditwesen
durch die generellen Rechtsvorschriften des
Kreditwesengesetzes

107

I. Die Bankenaufsicht

109

II. Die Regelung der Konditionen und der Werbung

116

1. gemäß § 38 des alten Kreditwesengesetzes

116

a) Das Habenzinsabkommen

117

b) Das Sollzinsabkommen

120

c) Das Wettbewerbsabkommen

123

2. gemäß § 23 des neuen Kreditwesengesetzes

124

B. Wettbewerbliche Bedeutung und wirtschaftliche
Auswirkungen spezieller Rechtsvorschriften

127

I. bei den öffentlich-rechtlichen Sparkassen

127

1. Der Einfluß der Gebietskörperschaft auf
die Sparkassenleitung

128

a) Rechtsgrundlagen

128

	Seite:
b) Wirtschaftliche Auswirkungen	137
b ₁) Die Anlage öffentlicher Gelder bei den Sparkassen	137
b ₂) Die Auswirkungen der Konzentration öffentlicher Gelder bei den Sparkassen auf die Wettbewerbsstellung der konkurrierenden Bankengruppen	155
2. Die Gewährsträgerhaftung	165
a) Rechtsgrundlagen	165
b) Wirtschaftliche Auswirkungen	169
3. Die Mündelsicherheit	173
a) Begriff	173
b) Rechtsgrundlagen	174
b ₁) Anlagevorschriften für Mündelgelder	174
b ₂) Anlagevorschriften für sonstige, nach den Mündelsicherheitsvorschriften anzulegende Vermögenswerte	183
c) Wirtschaftliche Auswirkungen	186
4. Die Besteuerung	190
a) Die Steuerbestimmungen	191
a ₁) des Körperschaftsteuergesetzes	191
a ₂) des Vermögensteuergesetzes	196
a ₃) des Gewerbesteuergesetzes	197
b) Der Umfang der steuerlichen Belastung der Sparkassen	198
II. bei den mit den Sparkassen konkurrierenden Kreditinstituten	200
1. Die Besteuerung	200
a) Die steuerliche Behandlung	200
a ₁) der Kreditgenossenschaften	200

	Seite:
a ₁ a) im Körperschaftsteuergesetz	200
a ₁ b) im Vermögensteuergesetz	203
a ₁ c) im Gewerbesteuergesetz	204
a ₂) der sonstigen Bankinstitute	204
a ₂ a) Die Normalbesteuerung	205
a ₂ b) Die Steuerbefreiungen	206
a ₂ c) Die Tarifvergünstigungen	210
b) Die Auswirkungen der Besteuerung auf die Wettbewerbsstellung	212
2. Der Zinsvoraus	228
a) Rechtsgrundlagen	228
b) Zweck	231
c) Wirtschaftliche Auswirkungen	233
III. Abschnitt: <u>Die Konfrontierung der konkreten Wettbewerbssituation mit den Wettbewerbsgrundsätzen der geltenden Wirtschaftsordnung</u>	242
I. Die Anlage von Gemeindegeldern bei den Sparkassen	242
II. Die Gewährsträgerhaftung	245
III. Die Mündelsicherheitsbestimmungen	248
IV. Die Steuerdifferenzierungen	249
V. Der Zinsvoraus	250

Abkürzungsverzeichnis
=====

Amtsbl Sch-H	Amtsblatt für Schleswig-Holstein
BAnz	Bundesanzeiger
BewDV	Durchführungsverordnung zum Bewertungs- gesetz
BewG	Bewertungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BStBl	Bundessteuerblatt
DGO	Deutsche Gemeindeordnung
GenG	Genossenschaftsgesetz
GewStG	Gewerbesteuergesetz
GewStR	Gewerbesteuer-Richtlinien
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt
GV NW	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
JBl	Justizblatt
JMBI	Justizministerialblatt
KStDV	Körperschaftsteuer-Durchführungs- verordnung
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KStR	Körperschaftsteuer-Richtlinien
KWG	Kreditwesengesetz
MuSa	Mustersatzung

Inhalt, Aufbau und Methode der Untersuchung

Seit Jahren wird in der Bundesrepublik eine heftige Diskussion geführt über Wettbewerbsprivilegien und ungleiche Startbedingungen im Kreditgewerbe, und zwar insbesondere in dem Sektor des Kreditgewerbes, der von den sogenannten Mittelstandsbanken und den mit ihnen im Wettbewerb stehenden Kreditinstituten gebildet wird. Diese Wettbewerbsdebatte, in der die Spitzenverbände des Kreditgewerbes mit einer verwirrenden Fülle von Argumenten und Gegenargumenten aufwarteten, gab die Anregung für die vorliegende Arbeit.

Der Untersuchung ist die Aufgabe gestellt, die konkrete Wettbewerbssituation im Kreditgewerbe einer eingehenden Analyse zu unterziehen und sie daraufhin zu überprüfen, ob sich in einzelnen Punkten Diskrepanzen zur bestehenden Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft ergeben. Die Rechtsnormen, denen die Regelung des Wettbewerbs im Kreditwesen unterliegt oder die einen sonstigen Einfluß auf den Wettbewerb im Kreditwesen ausstrahlen, entstammen zu einem großen Teil vergangenen Jahrzehnten, in denen die Wirtschaft nach anderen Ordnungsprinzipien gestaltet wurde oder in denen andere wirtschaftspolitische Zielsetzungen dominierten, als dies heute in der Sozialen Marktwirtschaft der Fall ist. Vielfach stellen die realen Ordnungen einen Kompromiß aus divergierenden Gestaltungsprinzipien dar, so daß systemfremde Elemente überall vorkommen können¹⁾. Die Frage, ob sich aus Relikten früherer Ordnungssysteme im Kreditwesen Störungen der marktwirtschaftlichen Ordnung ergeben können, ist daher keineswegs abwegig.

1) Vgl. Seraphim, Hans-Jürgen (I): Theorie der allgemeinen Volkswirtschaftspolitik, Göttingen 1955, S.135.

Und noch aus einem weiteren Grunde können - ursprünglich systemkonforme - Ordnungsmaßnahmen mit der Zeit systeminkonform werden: Nicht das Gestaltungsprinzip, sondern die Voraussetzungen, unter denen die Maßnahmen ergriffen wurden, haben sich gewandelt. Wirtschaftspolitische Maßnahmen, die einer bestimmten Situation (z.B. einer bestimmten Wettbewerbslage) angemessen waren, können später, wenn sie unter veränderten Verhältnissen aufrecht erhalten werden, unerwünschte und nachteilige Auswirkungen haben. Das Kreditwesen auf solche inkonformen Maßnahmen und Tatbestände und auf Relikte früherer Ordnungen hin zu überprüfen, ist die Absicht dieser Untersuchung.

Daß dies nicht ohne die vorherige Erarbeitung der wesentlichen geschichtlichen Grundlagen möglich ist, liegt auf der Hand. Darum hat die Untersuchung, die sich auf einen bestimmten Sektor des Kreditwesens - nämlich auf die an der Gewährung von Mittelstandskrediten beteiligten Kreditinstitute - beschränken soll, von der geschichtlichen Entwicklung der typischen Mittelstandsbanken (Sparkassen und Kreditgenossenschaften) auszugehen. Dieser geschichtliche Hintergrund bildet die notwendige Voraussetzung für die Beurteilung der heutigen Wettbewerbssituation. Dem komprimierten geschichtlichen Abriß schließt sich die Analyse der heutigen Wettbewerbssituation an, indem die Organisation, die Geschäftstätigkeit und die gegenwärtige Marktstellung der verschiedenen Bankorganisationen aufgezeigt werden wird. Erst nach dieser unerläßlichen Voruntersuchung sind die Grundlagen für die Erörterung der aktuellen Wettbewerbsproblematik auf dem Sektor des Mittelstandskredits gewonnen.

Bei der Untersuchung der im Kreditwesen auftretenden Wettbewerbsprobleme wird methodisch so verfahren, daß zunächst - quasi als Leitbild - die Wettbewerbsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft herausgestellt werden. Dieser Konzep-

tion der Sozialen Marktwirtschaft wird sodann die tatsächliche Regelung des Wettbewerbs im Kreditwesen gegenübergestellt, wie sie sich einmal in den Rechtsnormen darstellt, mit denen eine Ordnung des Wettbewerbs im Kreditwesen bezweckt wird, aber auch zweitens in den Rechtsnormen und Tatbeständen, die aus anderen Gründen für die Wettbewerbsverhältnisse im Kreditwesen relevant sind. Dabei wird sich die Untersuchung vornehmlich mit den Rechtsnormen und staatlichen Maßnahmen zu beschäftigen haben, die zu Wettbewerbsverzerrungen führen könnten, indem sie für einzelne Kreditinstitute und Bankengruppen Vor- oder Nachteile bringen, die deren Wettbewerbsstellung beeinflussen. Besonderes Gewicht kommt daher der Aufgabe zu, die wirtschaftlichen Auswirkungen solcher Rechtsnormen nachzuweisen. Schließlich wird im letzten Abschnitt das Ergebnis der Untersuchung dadurch gewonnen, daß die festgestellten problematischen Wettbewerbstatbestände mit den Wettbewerbsgrundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft konfrontiert werden, so daß durch diese Gegenüberstellung etwaige Diskrepanzen zur geltenden Wirtschaftsordnung sichtbar werden. Lösungsvorschläge für eine wettbewerbsneutrale Gestaltung systeminkonformer Tatbestände zu unterbreiten, ist nicht Aufgabe der vorliegenden Untersuchung.

I. TEIL

Die Bankorganisationen auf dem Sektor des

Mittelstandskredites

I. Abschnitt

Die hauptsächlichsten Träger des Mittelstandskredites

I. Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen

1. Die geschichtliche Entwicklung

a) Die soziale Aufgabe der ersten Sparkasse

Die ersten deutschen Sparkassen wurden 1778 in Hamburg, 1786 in Oldenburg und 1796 in Kiel gegründet. Den Anlaß zu ihrer Gründung bot das Armenproblem. Der große Anteil der Armen an der Bevölkerung war das soziale Problem jener Zeit. Dabei ist zu beachten, daß sich die damaligen Begriffe "arm" und "Armut" nicht mit den heutigen Vorstellungen decken¹⁾. Im allgemeinen unterschied man bei den Armen noch nicht zwischen Arbeitsfähigen und Arbeitsunfähigen, sondern als "arm" galt derjenige, der keinen Besitz hatte. "Besitz aber bildete bei den damaligen Wirtschaftsverhältnissen die Voraussetzung dafür, sich als voll anerkanntes Mitglied der Gesellschaft zu betätigen."¹⁾

1) Vgl. Trende, Adolf: Geschichte der deutschen Sparkassen, Stuttgart 1957, S.20 f. und Henze, Werner - Schmidt, Hans: Grundzüge der Geschichte des Sparkassenwesens, 3.Aufl. Stuttgart o.J., S.10.

Die soziale Aufgabe der Sparkassen lag darin, daß man den ärmeren Schichten der Bevölkerung die Möglichkeit gab, aus ihrem Einkommen nach und nach einen Betrag anzusammeln, der sie in die Lage versetzen sollte, sich aus eigener Kraft eine Existenzgrundlage aufzubauen oder Anschaffungen zu tätigen. Ferner sollten die Sparer im Falle der Not eine Reserve besitzen, um weder auf Kredit noch auf öffentliche Unterstützung angewiesen zu sein, und um dadurch vor pekuniären Notlagen bewahrt zu bleiben ¹⁾. Darüber hinaus hoffte man ganz allgemein durch die Errichtung von Sparinstituten den Fleiß und die Sparsamkeit anzuregen. Bei ihrem geringen Einkommen konnten die ärmeren Bevölkerungskreise nämlich jeweils nur sehr kleine Sparbeträge aufbringen, die sie vor der Gründung von Sparkassen bei sich verwahren und damit allen Gefahren aussetzen mußten, die eine Selbstverwahrung mit sich bringen kann. Die bereits bestehenden privaten Bankfirmen nahmen diese kleinen Einlagen nicht entgegen. Erst bei den Sparkassen konnten auch kleinste Beträge eingezahlt und sicher und zinsbringend angelegt werden.

Zwar lag die Hauptaufgabe der Sparkassen eindeutig bei der Annahme von Spargeldern, jedoch wäre die Ausführung dieser Aufgabe ohne eine entsprechende Anlagepolitik nicht möglich gewesen. Die Sparkassen hatten deshalb gleichzeitig auch kreditwirtschaftliche Funktionen ²⁾, die sich jedoch mit der heutigen Betätigung der Sparkassen im Aktivgeschäft nicht vergleichen lassen. Wegen des geringen Verwaltungsaufwandes wurde meistens die Anlage in Anleihen bevorzugt. Wie Trende feststellt, gelangten aber

1) Vgl. Trende, Adolf, a.a.O., S.9.

2) Anm.: Daß Spar- und Leihfunktion von vornherein vorgesehen waren, läßt sich auch daraus ersehen, daß manche Sparkassen die Bezeichnung "Spar- und Leihkasse" führten, so z.B. die 1796 in Kiel und 1801 in Göttingen gegründeten Institute. Vgl. hierzu Will, Hellmuth: Die deutschen Sparkassen, Stuttgart und Berlin 1942, S.91.

auch sowohl der Real- als auch der Personalkredit schon früh zur Ausbildung ¹⁾. Da die Kredithingabe zur Bekämpfung des Wuchers beitrug, übernahmen die Sparkassen auch hierdurch eine gemeinnützige Aufgabe.

Zum Wesen der Sparkassen in der Frühzeit gehörte es also, vor allem den Minderbemittelten - und fast ausschließlich den Minderbemittelten - zur Verfügung zu stehen. Einlagen aus besser gestellten Bevölkerungsschichten wurden vielfach zurückgewiesen. Oft sahen die Satzungen eine Obergrenze für die Einlagen vor. Der Grund hierfür dürfte darin zu suchen sein, daß die Sparkassen keinen Wert darauf legten, größere Einlagen an sich zu ziehen, da es in dem damals noch überwiegend agrarstaatlichen Deutschland an Anlagemöglichkeiten mangelte. Das Hypothekenwesen war damals noch nicht entwickelt und unsicher, das Personalkreditgeschäft noch wenig ausgebildet, und Anleihen gab es nur wenige ²⁾. Erst in ihrer weiteren Entwicklung dehnte sich der Geschäftsbereich der Sparkasse stärker auf die mittleren Bevölkerungsklassen aus.

Bezeichnend für jene Zeit ist, daß die ersten Sparkassen zumeist private Sparkassen waren, die von Wohltätigkeitsvereinen gegründet wurden, in denen sich Menschen zusammengeschlossen hatten, die teils aus Idealismus, teils aus praktischem Wirklichkeitssinn darangingen, die breite Schicht jener Armen emporzuheben, das Bettelunwesen abzustellen und Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Später wurde die Errichtung von Sparkassen vom Staat oder von der Gemeinde übernommen. Man versprach sich hiervon eine Verminderung der nicht unerheblichen Armenlasten. Die erste Sparkasse, die von einer Gemeinde gegründet wurde und deren Einlagen die Gemeinde garantierte, war die 1801 in Göttingen errichtete "Spar- und Leihkasse".

1) Vgl. Trende, Adolf, a.a.O., S.82.

2) Vgl. Nicolai, Helmut: Grundriß des Sparkassenwesens, Breslau 1928; S.4.

In Preußen konnten die Städte erst eigene Spareinrichtungen gründen, nachdem durch den Freiherrn vom Stein die rechtlich-organisatorischen Voraussetzungen für die kommunale Selbstverwaltung geschaffen worden waren¹⁾. Die erste kommunale Sparkasse in Preußen wurde 1818 in Berlin errichtet²⁾. In der folgenden Zeit wurden in immer stärkerem Maße kommunale³⁾ Sparkassen errichtet, während die private Initiative zurücktrat⁴⁾. So wurde die öffentlich-rechtliche Sparkasse der Typ der deutschen Sparkasse schlechthin. Später wurden auch die meisten privaten Sparkassen in öffentlich-rechtliche Sparkassen umgewandelt.

b) Die staatliche Einflußnahme auf die Entwicklung der Sparkassen

Im Verlauf der ersten Jahrzehnte ihres Bestehens nahmen die Sparkassen eine regional unterschiedliche Entwicklung. Zwar zeigten die Sparkassen in den Grundzügen bereits eine wirtschaftlich übereinstimmende Linie; da aber eine einheitliche Regelung der Rechtsverhältnisse der Sparkassen fehlte und die Aufsichtsbehörden die Sparkassen im allgemeinen völlig selbständig arbeiten ließen, wichen Satzungen und Geschäftspolitik in vieler Hinsicht voneinander ab.

1) Vgl. Nicolai, Helmut, a.a.O., S.4 und Will, Hellmuth, a.a.O., S.93.

2) Vgl. Nicolai, Helmut, a.a.O., S.4 und Trende, Adolf, a.a.O., S.55.

3) Anm.: Die Gründung von Kreissparkassen setzte erst später in stärkerem Maße ein, als die Kreise zu politischer Bedeutung gelangten. Siehe hierzu: Wolter, Johann Mikolaus: Die Sparkassen und ihre Stellung im deutschen Kreditsystem unter besonderer Berücksichtigung der Geschäfte, Diss., Bonn 1953, S.6.

4) Siehe hierzu: Henze-Schmidt, a.a.O., S.15.

Die allmählich bestimmter werdenden Weisungen der Regierungen bewirkten zwar, daß sich innerhalb der einzelnen Provinzen und Länder gewisse Normen und Übereinstimmungen, aber zugleich auch regional spezifische Eigenheiten herausbildeten. Daher war anfangs eine gewisse Systemlosigkeit im deutschen Sparkassenwesen zu beobachten¹⁾. Um diese zu beseitigen und eine einheitliche Regelung der Rechtsverhältnisse des Sparkassenwesens zu erreichen - zumal das öffentliche Risiko mit dem Wachsen der Sparkassen bedeutend zunahm - wurde 1838 in Preußen das "Sparkassenreglement" erlassen, das auch für die anderen deutschen Länder richtungsweisend wurde und somit als Grundlage für das gesamte deutsche Sparkassenrecht angesehen werden kann.

Das preußische Sparkassenreglement vom 12.12.1838²⁾ grenzte die Aufsichtsbefugnis des Staates gegenüber der Selbstverwaltung der Sparkassen ab. Grundsätzlich wurde das Prinzip der Selbstverwaltung respektiert. Den Gemeinden blieb in wesentlichen Angelegenheiten die Selbstverwaltung und Selbstbestimmung. Das Reglement setzte nur allgemeine Normen für die Errichtung, die Organisation, die Verfassung, den Geschäftsbetrieb, die Anlage von Kapitalien und die Aufsicht der Sparkassen. Das Reglement stellte also ein Rahmengesetz dar, das durch Statuten ergänzt werden sollte, die von der Aufsichtsbehörde im Einzelfall zu genehmigen waren. Dadurch wollte man vor allem bei den einzelnen Sparkassen die Unterschiede in den örtlichen Verhältnissen berücksichtigen³⁾.

1) Anm.: Die ersten gesetzlichen Regelungen, die sich in Preußen direkt oder indirekt mit den Sparkassen befaßten, waren die revidierte Städteordnung vom 17.3.1831, die den Städten das Recht entzog, Sparkassen ohne behördliche Genehmigung zu gründen, das Gesetz vom 17.6.1833 betr. Ausstellung von Papieren, welche eine Zahlungsverpflichtung an jeden Inhaber enthalten (Pr.Ges.Sig.1833 S.75) sowie die Order v.16.4.1836, die die Beibehaltung bereits ausgegebener Inhabersparbücher genehmigte, jedoch die Ausstellung auf den Inhaber lautender Sparbücher untersagte. Siehe hierzu Henze-Schmidt: a.a.O., S.22 und Wolter, Johann Nikolaus, a.a.O., S.8.

Fortsetzg.siehe auf S.9)

Es würde zu weit führen, die einzelnen Artikel des Reglements hier wiederzugeben. Lediglich auf einige der wichtigsten Bestimmungen soll kurz eingegangen werden.

Da die Sparkassen als gemeinnützige Anstalten die Aufgabe hatten, hauptsächlich der minderbemittelten Bevölkerung zu einer Anlage ihrer Sparbeträge zu verhelfen, mußte für eine unbedingte Sicherheit der Spareinlagen Sorge getragen werden. Dieser besonderen Sicherheit der Einlagen bei den Sparkassen dient

1. die Haftung der Gemeinde bzw. des Gemeindevorstandes,
2. die Verpflichtung zur Anlage der Spargelder in mündelsicheren Werten und
3. die Verpflichtung zur Bildung eines Sicherheitsfonds.

Zu 1. Das Reglement bestimmt, daß bei der Gründung einer Sparkasse die betreffende Gemeinde, Stadt oder der Kreis der Regierung gegenüber den Nachweis zu führen hat, daß sie imstande ist, mit ihrem gesamten Vermögen und ihrer Steuerkraft als Gewährleistungsverband für die Sicherheit der Sparkapitalien aufzukommen (Art. 3).

Zu 2. Das zweite Sicherheitsmerkmal liegt in den Anlagevorschriften des Artikels 5, die die Sparkasse verpflichten, die ihr anvertrauten Spargelder in mündelsicheren Werten anzulegen. Darüber hinaus verbieten die Satzungen den Sparkassen alle risikoreichen Aktivgeschäfte.

Zu 3. In Artikel 6 und 7 des Reglements werden die Sparkassen verpflichtet, ihre jährlichen Überschüsse so lange einem gesonderten Reservefonds (Sicherheitsfonds) zuzuführen, bis sich ein hinreichend großes Kapital gebildet hat, um etwaige Verluste decken und die Verpflichtungen gegen die Einleger erfüllen zu können.

Fortsetz. d. Fußnoten 2) 3) d. vorangehend. Seite:

2) Reglement vom 12. Dezember 1838, die Einrichtung des Sparkassenwesens betreffend (Gesetzsammlung 1839, S. 5).

3) Vgl. Henze-Schmidt, a. a. O., S. 23.

Im einzelnen brachte das Reglement hinsichtlich der Sparpolitik Vorschriften über den Mindestbetrag (Art.11) und den Höchstbetrag (Art.12) im Sparverkehr, wobei aus sozialpolitischen Gesichtspunkten der Mindestbetrag so niedrig wie möglich festgelegt werden sollte. Eine Begrenzung der einzelnen Einlagen nach oben wurde den Sparkassen freigestellt.

In Bezug auf die Staatsaufsicht verweist Artikel 19 des Reglements auf die gesetzlichen Vorschriften hinsichtlich der Staatsaufsicht über andere kommunal-institute. Darüber hinaus werden die Oberpräsidenten und Kommunalaufsichtsbehörden zu besonderer Beaufsichtigung der Geschäftsführung der Sparkassen und zu außerordentlichen Kassenrevisionen verpflichtet.

Im Anlagegeschäft wird den Sparkassen durch Artikel 5 des Reglements erlaubt, "Kapitalien nicht nur auf erste Hypotheken, inländische Staatspapiere und Pfandbriefe und auf andere völlig sichere Art anzulegen, sondern damit auch ihre eigenen Schuldobligationen einzulösen, oder die Gelder zur Dotierung städtischer nach der Verordnung vom 28. Juni 1826 eingerichteter Leihanstalten anzuwenden."¹⁾

Die große Bedeutung des Reglements für die Ausbreitung des Sparkassenwesens liegt darin, daß nicht nur in Preußen - wenn auch nur durch allgemeine Bestimmungen - erstmalig eine gesetzliche Regelung des Sparkassenwesens durchgeführt wird, sondern daß auch die anderen deutschen Bundesstaaten sich nun nach dem preußischen Vorbild um den Ausbau des Sparkassenrechts bemühen. Erwähnt sei z.B. Bayern, das 1843 eine diesbezügliche königliche Verordnung (Königlich Bayerische Verordnung v.30.1.1843) erließ.

1) Anm.: Unter Anlage "auf andere völlig sichere Art" ist u.a. der heute als Personalkreditgeschäft bezeichnete Geschäftszweig zu verstehen, wie auch spätere an das Reglement anknüpfende Erlasse zu erkennen geben. Vgl. hierzu Henze-Schmidt, a.a.O., S.24.

Als Folge der Ordnung des deutschen Sparkassenrechts setzte eine ausgedehnte Gründungstätigkeit auf dem Gebiet des Sparkassenwesens ein, jedoch nicht mehr durch die Errichtung von privaten Anstalten, sondern durch die Gründung öffentlich-rechtlicher Institute durch Gemeinden, Städte und Kreise.

Ergänzt wurden die Bestimmungen des Reglements in den folgenden Jahren und Jahrzehnten durch eine Reihe von Erlassen, in denen die Bemühungen des Preussischen Staates zum Ausdruck kommen, die Rechtsverhältnisse des Sparkassenwesens zu ordnen und zu festigen und die Entwicklung der Sparkassen anzuregen und zu fördern. Insbesondere die Bestimmungen des Reglements über die Anlage von Kapitalien wurden durch mehrere Erlasse wirksam ergänzt, so z.B. durch die Erlasse betreffend die Beleihung von Wertpapieren (1840/44)¹⁾ und die Anlegung in Wechseln (1840)²⁾.

Bei dem Ausbau der Aktivgeschäfte bemühte sich der Staat besonders intensiv um die Förderung des Personalkreditgeschäfts der Sparkassen. In verschiedenen Erlassen wurde von der Regierung immer wieder die Bedeutung der Sparkassen für die Kreditversorgung des Handwerks betont und auf die Unbedenklichkeit eines gesunden Personalkredits hingewiesen, z.B. in den Erlassen von 1850³⁾ und vom 18.4.1856⁴⁾. In einem Erlaß vom 23.2.1857 wird den Gemeindesparkassen gestattet, Darlehen auch gegen bloße Schuldscheine unter Bestellung von Bürgschaften zu geben⁵⁾.

1) Min.Blatt f.d.innere Verwaltung S.45;
vgl. Wolter, Johann Nikolaus, a.a.O., S.8.

2) Min.Blatt f.d.innere Verwaltung S.280;
vgl. Wolter, Johann Nikolaus, a.a.O., S.8.

3) Min.Blatt f.d.innere Verwaltung S.121;
vgl. Wolter, Johann Nikolaus, a.a.O., S.8.

4) Vgl. Henze-Schmidt, a.a.O., S.26.

5) Vgl. ebenda S.27.

Weitere Anregungen des Staates zur Pflege des Sparkassenpersonalkredits enthält der Erlaß vom 6.6.1886, der die Oberpräsidenten ersucht, "daraufhinzuwirken, daß die Sparkassen und ihre Filialen tunlichst vermehrt und Einrichtungen getroffen werden, welche soweit dies mit dem Hauptzweck der öffentlichen Sparkassen, die Hebung des Sparsinns zu fördern, und vor allem mit dem streng zu folgendem Prinzip der sicheren Anlegung der Gelder vereinbar ist, eine Befriedigung des gesunden Kreditbedürfnisses der kleinen Besitzer ermöglichen."¹⁾

Schließlich bemühte sich der preußische Staat um die Errichtung von Sparkassen auf dem Lande. Erst spät, nämlich in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts hatte die Errichtung von Kreissparkassen eingesetzt. Daher versuchten die Minister für Handel und Gewerbe und des Inneren in einem gemeinsamen Erlaß 1854 die unzureichende Entwicklung des Sparkassenwesens zu beleben²⁾. Schon 1849/50 hatte sich der Landwirtschaftsminister ebenfalls für die Errichtung von Kreissparkassen eingesetzt. Neben ihrer Hauptaufgabe, dem Sparverkehr, sollten die Kreissparkassen auch die Kreditversorgung der Landwirtschaft verbessern. Hierauf sucht ein weiterer Erlaß einzuwirken, der vom preußischen Landwirtschaftsminister am 26.2.1896 an die Landwirtschaftskammern gerichtet wurde und in dem daraufhingewiesen wurde, daß es unbeschadet ihres Hauptzwecks Aufgabe der Sparkassen ist, ihren Bezirk mit Personalkrediten zu versorgen. In diesem Erlaß wird empfohlen, die Sparkassen zu einer stärkeren Personalkreditgewährung an die Landwirtschaft zu bewegen.³⁾⁴⁾

1) Erlaß zitiert bei Henze-Schmidt, a.a.O., S.27.

2) Vgl. Henze-Schmidt, a.a.O., S.26.

3) Vgl. ebenda S.27.

4) Anm.: Indirekt geht aus diesem Erlaß hervor, daß sich die Sparkassen noch am Ende des 19.Jahrhunderts zu sehr auf die Annahme von Spargeldern beschränkten und dabei die Kreditgewährung vernachlässigten.

Anfangs war die Betriebsweise der Sparkassen recht schwerfällig. Wegen der geringen Anforderungen, die damals in dem vorwiegend noch agrarischen Deutschland an die Geldinstitute gestellt wurden, war dieser Zustand zunächst völlig ausreichend. Ohne Rücksicht auf den wirtschaftlichen Aufstieg des Landes verliefen jedoch auch später, etwa bis 1880, die Geschäftsführung und Geschäftstätigkeit der Sparkassen in den alten Bahnen. Die Gründe dafür sind darin zu suchen, daß das preußische Reglement nur allgemeine Grundsätze enthielt und für alle Sparkassen gültige Ausführungsanweisungen fehlten, so daß die einzelnen Sparkassen nach eigenem Ermessen handelten. Zudem waren sie auf sich allein gestellt, ohne Kontakte zu anderen Instituten zu haben und einen Erfahrungsaustausch pflegen zu können. Das Personal bestand aus Gemeindebeamten, die ohne besondere Schulung und ohne vorherige Prüfung ihrer Eignung zum Sparkassendienst herangezogen wurden. Obendrein wurden durch den häufigen Amtswechsel, dem die Beamten unterworfen waren, zu oft eingearbeitete Kräfte durch unerfahrene ersetzt. Auch die Förderung der Sparkassentätigkeit vernachlässigten die Sparkassen insofern, als sie den Wünschen ihrer Kunden zu wenig entgegenkamen. So waren z.B. die Schalter nur an wenigen Tagen und zu einer für die berufstätige Bevölkerung ungünstigen Zeit geöffnet. Hinzu kam, daß sich die Einstellung des Staates zum Sparkassenwesen inzwischen geändert hatte. In den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts war die ursprüngliche Förderung der Sparkassen im wesentlichen einer fortschrittsheimmenden Haltung gewichen. Außerdem waren die seit der Jahrhundertmitte entstandenen gewerblichen und ländlichen Kreditgenossenschaften als Kreditinstitute des Mittelstandes neben die Sparkassen getreten.

Angesichts dieser offenkundigen Mängel wurde eine Neuregelung des Sparkassenwesens dringend nötig. Den Anstoß zu Reformbestrebungen gab der 1878 auftauchende Plan, nach

englischem Vorbild eine Postsparkasse zu errichten. Die Annahme von Sparbeträgen durch die Postämter sollte eine Förderung des Sparkassenwesens vor allem durch die Tatsache bringen, daß die Post jederzeit dem Sparverkehr zugänglich ist, und daß die Sparguthaben nicht wie bei normalen Sparkassen an ein bestimmtes Postamt gebunden wären, sondern daß es möglich sein sollte, an jedem Postamt Ein- und Auszahlungen vorzunehmen. Der Entwurf eines Reichspostsparkassengesetzes scheiterte zwar 1885 bei der Beratung im Reichstag, hatte jedoch die Sparkassen inzwischen selbst zum Handeln angespornt.

In den achtziger Jahren begannen nämlich die Sparkassen in den einzelnen Provinzen, sich zu Verbänden zusammenzuschließen. Diese Verbandsbildung entsprach dem Bedürfnis, Fragen der Geschäftspolitik und betriebswirtschaftliche Probleme in gemeinsamen Aussprachen zu klären, und der Notwendigkeit, den Standpunkt der Sparkassen nach außen zu vertreten. 1881 entstand in Rheinland-Westfalen der erste Sparkassenverband, der sich 1882 zum "Verband der Sparkassen Westdeutschlands" und 1884 zum "Deutschen Sparkassenverband" ausweitete und dem sich die im Laufe der Jahre noch entstehenden Provinzial- und Landessparkassenverbände anschlossen.

Jetzt wurden einige Verbesserungen durchgeführt, indem z.B. die Zahl der Amtsstunden vermehrt, die tägliche Verzinsung (anstelle der monatlichen und halbmonatlichen Verzinsung) und der Übertragbarkeitsverkehr eingeführt wurden. Einer Intensivierung des Sparverkehrs diente auch die Vermehrung der Sparstellen, die allgemeine Herabsetzung des Mindestbetrages für Einzahlungen auf eine Mark und Kleinspareinrichtungen verschiedener Art, insbesondere die Einführung und Erweiterung von Sparmarkenverfahren und Pfennigsparkassen.

Aber nicht nur der reine Sparverkehr hatte sich inzwischen als reformbedürftig erwiesen; Neuerungen waren auch in den übrigen Geschäftszweigen notwendig geworden. In den vier

Jahrzehnten von 1870 bis 1910 vollzog sich in der Wirtschaft eine zunehmende Konzentration¹⁾. Die Industrialisierung und die durch den technischen Fortschritt bedingte Entwicklung zum Großbetrieb brachte den gewerblichen Mittelstand in eine schwierige Lage. Wollte er dieser Entwicklung nicht zum Opfer fallen, so mußte er sich auf moderne Arbeitsmethoden umstellen. Hierzu benötigte er jedoch Kredite.

Auch im Bankwesen fand eine Konzentration statt. Von 1870 bis 1910 vergrößerten 8 Berliner Großbanken die Zahl ihrer Filialen von 7 auf 727; 260 ehemals selbständige Bankinstitute wurden von den Großbanken übernommen²⁾. Die Filialen dienten den Großbanken vorzugsweise zur Sammlung von Depositengeldern zur Befriedigung des zentralen Kreditbedarfs. Auf der lokalen Ebene hatte dies eine zunehmende Kreditknappheit zur Folge, die sich nachteilig auf die mittelständischen Betriebe auswirkte. Von den Großbanken war eine wirksame und nachhaltige Kredithilfe für die mittelständische Wirtschaft nicht zu erwarten, da sie ihrem erwerbswirtschaftlichen Charakter entsprechend lukrativere Großumsätze bevorzugten. Andererseits zeigten sich die Sparkassen den Anforderungen der mittelständischen Wirtschaft nicht gewachsen, da sie ihren Kunden nicht die notwendigen Dienstleistungen im Geldverkehr bieten konnten. Die unzulängliche Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft, der kleinen Städte und des flachen Landes erforderten dringend eine erneute, weitergehende Reform des Sparkassenwesens.

Bestrebungen, auch auf anderen Gebieten außerhalb des eigentlichen Sparverkehrs eine Reform des Sparkassenwesens herbeizuführen, scheiterten jedoch an der traditionalistischen Einstellung der maßgebenden Stellen. So bleiben z.B. die

1) Vgl. König, Heinz: Kartelle und Konzentration, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, hrsg. von Arnd, Helmut, Berlin 1960, S.303 ff.

2) Vgl. Henze-Schmidt, a.a.O., S.46.

Bemühungen vergeblich, den Sparkassenkunden ebenso wie den Kunden der Banken durch die Einführung des Scheckverkehrs die neuzeitliche Form des Zahlungsverkehrs zu ermöglichen. In mehreren Erlassen des Preußischen Ministers des Inneren, das letzte Mal im Jahre 1904, wurde die Einführung des Scheckverkehrs als unzulässig erklärt. Ebenso wurde 1899 in einem Erlaß die Einführung des Depositen- und Kontokorrentverkehrs abgelehnt.

c) Die Ausweitung des Geschäftsverkehrs durch die Aufnahme neuer Geschäftszweige

Der nächste Abschnitt in der Geschichte der Sparkassen ist gekennzeichnet durch die sogenannte bankmäßige Entwicklung der Sparkassen. Hierunter versteht man die Erweiterung des satzungsmäßigen Geschäftsbereichs durch die Aufnahme solcher Geschäfte, die dem ursprünglichen Zweck der Sparkassen nicht entsprechen, weil sie einen erwerbswirtschaftlichen Charakter tragen und bisher nur bei Banken üblich waren¹⁾. Das bedeutet aber nicht, daß die Sparkassen ihre ursprünglichen Funktionen aufgaben und sich von Sparinstituten in Kreditinstitute umwandelten, die sich durch nichts von anderen Banken unterschieden. Vielmehr vollzogen sie durch die Aufnahme neuer Geschäftszweige eine durchgreifende Veränderung ihrer Geschäftsstruktur, indem zusätzlich zum eigentlichen Sparverkehr Bankabteilungen angegliedert wurden.

Die Notwendigkeit zur Ausweitung des Geschäftsverkehrs ergab sich, wie oben bereits angedeutet wurde, aus der allgemein wirtschaftlichen Entwicklung. Die Sparkassen konnten nicht weiterhin lediglich Aufbewahrungsstelle für die Spargelder der ärmeren Bevölkerungsschicht bleiben.

1) Siehe hierzu: Senger, Frida: Die Entwicklung der Sparkassen zu Banken, Diss., Freiburg i.Br. 1926, S.47.

Angeichts der unzulänglichen Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft fiel der Sparkasse die Aufgabe zu, neben den Kreditgenossenschaften die Funktion eines Kreditinstituts für den Mittelstand zu übernehmen.

Ein weiterer Grund ist in der Änderung der Kundenstruktur zu suchen. Der Kundenkreis der Sparkassen bestand nicht mehr wie ursprünglich ausschließlich aus der ärmeren Bevölkerung, sondern in steigendem Maße auch aus dem wohlhabenden Mittelstand. Diese größeren Einleger stellten ganz andere Anforderungen an ein Kreditinstitut als die "kleinen" Sparer. Mit dem Aufkommen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs bestand daher die Gefahr, daß dieser mittelständische Kundenkreis an die Banken abwandern würde, um die Vorteile dieser Zahlungsweise wahrnehmen zu können¹⁾.

Eine Abwanderung der großen Einleger mußten die Sparkassen jedoch im Interesse ihrer Rentabilität verhindern. Denn die vielen kleineren Sparer verursachen durch die Eintragung und Buchung kleiner Sparbeträge im Verhältnis zum Einlagenbestand höhere Verwaltungskosten als die geringere Zahl größerer Einleger. Daher mußten die Sparkassen, um der Gefahr der Kundenabwanderung zu begegnen, selbst zum Überweisungsverkehr übergehen und alle übrigen Bankgeschäfte übernehmen.

Ferner war die Arbeitsweise der Sparkasse den damaligen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr angemessen. Bei den Sparkassen herrschte eine schwerfällige, bürokratische Betriebsführung; sie wurden mehr verwaltet als nach kaufmännischen Gesichtspunkten geleitet. So sprachen also diese betriebswirtschaftlichen Gründe für eine grundlegende Reform des Sparkassenwesens. Durch die Aufnahme erwerbswirtschaftlicher Bankgeschäfte sollte bei den Sparkassen das kameralistische durch das ökonomische Denken verdrängt werden.

1) Vgl. Senger, Frida, a.a.O., S.48.

Schließlich wurde während des ersten Weltkriegs und der darauf folgenden Inflationsjahre die bereits eingeleitete bankmäßige Entwicklung der Sparkassen durch den starken Rückgang der Rentabilität besonders vorangetrieben. Die Sparkassen standen vor der Alternative, entweder durch die Aufnahme gewinnbringender Geschäfte neue Einnahmequellen zu erschließen oder zu einem ständigen Zuschußbetrieb der Kommunen zu werden¹⁾.

Die bankmäßige Entwicklung der Sparkassen begann 1908 mit der Verleihung der passiven Scheckfähigkeit durch das Reichsscheckgesetz²⁾. Da das Sparkassenrecht Landesrecht ist, mußte die Einführung des Scheck- und Giroverkehrs zunächst erst nach in den einzelnen Ländern gesetzlich geregelt werden. Preußen machte den Anfang mit dem Runderlaß des Ministers des Innern vom 20.4.1909 betr. Scheckverkehr der öffentlichen Sparkassen, der in Preußen die Rechtsgrundlage für den unbaren Zahlungsverkehr bildete und den Sparkassen die Möglichkeit zum weiteren Ausbau sowohl des Passiv- als auch des Aktivgeschäftes gab.

In diesem Erlaß wurde den Sparkassen unter bestimmten Bedingungen die Einführung des Scheckverkehrs und die Einführung des Kontokorrent- und Depositenverkehrs unter Verwendung des Schecks und der Giroüberweisung gestattet. Die betreffende Sparkasse benötigte jedoch hierzu die Genehmigung des Oberpräsidenten. Voraussetzung für die Aufnahme dieser neuen Geschäftszweige war, daß bei der Sparkasse die tägliche Verzinsung der Einlagen und eine ordnungsgemäße doppelte Buchführung eingeführt und für regelmäßige und sachverständige Revisionen gesorgt wurde. Ferner mußte nach der Größe der Sparkasse, der Art ihrer Kundschaft und deren

1) Wgl. Senger, Frida, a.a.O., S.49.

2) Reichsgesetzblatt 1908, S.71.

speziellen Bedürfnissen, sowie nach der Entwicklung der örtlichen Verhältnisse ein Bedürfnis zur Einführung des Scheckverkehrs vorliegen.

Zunächst war für Kontokorrent- und Depositenguthaben noch eine Höchstgrenze von 10 v.H. und später 25 v.H. der Spareinlagen festgesetzt. Diese Begrenzung wurde jedoch 1921 beseitigt.

Der bargeldlose Zahlungsverkehr wurde sowohl in der Form des Scheckverkehrs als auch des Überweisungsverkehrs eingeführt. Lediglich in Sachsen wurde die Einführung des Scheckverkehrs von der Aufsichtsbehörde nicht gestattet, und nur der Überweisungsverkehr zugelassen. Dadurch wurde hier der Überweisungsverkehr die vorherrschende Zahlungsform, während die Sparkassen in anderen Ländern mehr den Scheckverkehr bevorzugten. Bis heute stehen beide Formen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs nebeneinander. Dabei wird im lokalen Verkehr, insbesondere bei Barabhebungen meist dem Scheck der Vorzug gegeben. Die Giroüberweisung wird dagegen für den Überweisungs- und Fernverkehr als geeigneter angesehen.

Der bargeldlose Zahlungsverkehr der Sparkassen war jedoch nicht allein Selbstzweck, sondern gleichzeitig Voraussetzung für eine andere Aufgabe: die Kredithilfe für den Mittelstand. Die Anlage des Sparkapitals geschah bisher in Hypotheken und anderen langfristigen Aktiven. Das Realkreditgeschäft sollte auch weiterhin unbeeinträchtigt bleiben. Für die verstärkte Pflege des kurzfristigen Kreditgeschäftes mußte daher ein gesonderter Fonds für kurzfristige Kredite geschaffen werden, und zwar durch die Annahme entsprechender kurz- und mittelfristiger Einlagen. Die Ermächtigung der Sparkassen zum Personalkreditgeschäft und zum außerhalb des Sparverkehrs liegenden Einlagenverkehrs in der neuzeitlichen Form des Kontokorrentverkehrs setzte aber die Einführung des unbaren Zahlungsverkehrs

voraus.

Die Abwicklung des Giroverkehrs erforderte eine verbandsmäßige Organisation. Hierzu wurden jedoch nicht die bereits bestehenden Sparkassenverbände herangezogen. Vielmehr wurden gesondert Giroverbände errichtet, die zum Träger der Verrechnungs- und Vermittlungsstellen des überörtlichen Überweisungsverkehrs wurden. Der erste Giroverband wurde 1908 in Sachsen errichtet. In Preußen erhielten die Gemeinden erst 1911 durch das Zweckverbandsgesetz die Möglichkeit, sich zur Erfüllung kommunaler Aufgaben zusammenzuschließen. Die Hauptgründungsperiode der Giroverbände begann daher 1911 und fand 1916 ihren Abschluß¹⁾. Als Spitzenorganisation der regionalen Giroverbände wurde 1916 der Deutsche Zentralgiroverband gegründet. Erst einige Jahre später kam es zur Bildung von Einheitsverbänden, indem sich die regionalen Giroverbände zu Sparkassen- und Giroverbänden zusammenschlossen²⁾. Ebenso wurde ein einheitlicher Spitzenverband geschaffen, in dem sich 1924 der Deutsche Sparkassenverband, der Deutsche Zentralgiroverband und der Deutsche Verband der kommunalen Banken zum Deutschen Sparkassen- und Giroverband vereinigten.

Für die Aufgabe der bankwirtschaftlichen Vermittlung des überörtlichen Überweisungsverkehrs wurden von den Giroverbänden Girozentralen geschaffen. Die Errichtung einer Zentrale für den Zahlungsausgleich der Sparkassen bedeutet eine erhebliche Arbeits- und Kostenersparnis. Denn ohne

1) Anm.: Die einzelnen Giroverbände wurden in folgenden Jahren errichtet: Hannover 1911, Pommern 1912, Posen 1912, Schleswig-Holstein 1912, Schlesien 1913, Brandenburg 1914, Bayern 1914, Mitteldeutschland (Sachsen, Thüringen, Anhalt) 1915, Ost- und Westpreußen 1915, Württemberg 1916, Baden 1916.

2) Anm.: Lediglich in Sachsen blieben der Sparkassenverband und der Giroverband nebeneinander bestehen. Ebenso bestanden hier auf lokaler Ebene Sparkassen und Girokassen selbständig nebeneinander.

das Bestehen einer Zentrale müßte jede Sparkasse die Konten aller übrigen Kassen auch bei sich unterhalten, was einen unübersehbaren Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeit erfordern würde. Im Anfang übernahm meistens noch eine größere Sparkasse diese Aufgabe. Später wurden hierfür eigene Anstalten der Giroverbände errichtet, da sich die betreffenden Sparkassen dem anwachsenden Verkehr nicht mehr gewachsen zeigten. In einigen Ländern wurden auch die Aufgaben der Girozentralen von den bestehenden Landesbanken übernommen, so im Rheinland, in Westfalen, Hessen-Nassau, Braunschweig und Schlesien.

Mit der Errichtung von Girozentralen fanden gleichzeitig frühere Pläne und Vorschläge zur Gründung einer "Sparkassenzentralbank" und einer "Deutschen Kommunalbank" ihre Realisierung¹⁾. So übernahmen die Girozentralen schon in den Anfangsjahren neben ihrer Funktion als Zentralstelle für den Überweisungsverkehr auch die Aufgaben, als Liquiditätszentralen der Sparkassen zu dienen und als Kommunalkreditinstitut tätig zu sein. Die Girozentralen hatten zwar keinen Anspruch auf die Zuweisung von Sparkassenbeständen; die Sparkassen waren jedoch angewiesen, ihre überschüssigen Gelder aus Liquiditätsgründen in erster Linie bei ihrer Girozentrale anzulegen. Die Girozentralen sorgten für einen regionalen Geldausgleich, in dem sie diese Gelder an zahlungsbedürftige Kassen weiterleiteten.

In Ihrer Eigenschaft als Kommunalkreditinstitute übernahmen die Girozentralen die Beschaffung von zunächst kurzfristigen, bald aber auch von langfristigen Krediten für die Gemeinden. Mit der Errichtung der Girozentralen wurden dem Kommunalkredit günstigere Bedingungen und eine bessere Pflege

1) Anm.: Der Plan einer Sparkassenzentralbank war z.B. schon 1891 auf dem Brandenburgischen Sparkassentag und 1877 auf einer Mitgliederversammlung des Deutschen Sparkassenverbandes erörtert worden, und daraufhin war eine Satzung für eine Preußische Sparkassenzentralbank entworfen worden.

zuteil, indem von ihnen Kommunalobligationen ausgegeben wurden. Insbesondere wenn einzelne Gemeinden keine Anleihen aufnehmen konnten, weil die hierzu erforderliche Größenordnung nicht erreicht wurde, war es den Girozentralen möglich, Sammelanleihen auszugeben, aus deren Erlös den Gemeinden Darlehen gewährt wurden.

In der vom Deutschen Zentralgiroverband errichteten "Deutschen Girozentrale - Deutsche Kommunalbank -" erhielten die Girozentralen 1918 ein Spitzeninstitut. Die Deutsche Girozentrale übernahm für die Girozentralen und mittelbar auch für die Sparkassen die Aufgaben einer Sparkassenzentralbank für das gesamte Reichsgebiet. Wie auch der Zusatz "Deutsche Kommunalbank" schon äußerlich zeigt, wurde durch sie vor allem auch im Kommunalkredit die Tätigkeit der Girozentralen wirksam ergänzt.

Als weiteres Glied in der bankmäßigen Entwicklung der Sparkassen ist die Aufnahme des Effektengeschäftes (An- und Verkauf von Wertpapieren auf eigene und fremde Rechnung) zu nennen. Zwar war der Sparkassenleitung schon im Art. 12 des preussischen Sparkassenreglements von 1838 gestattet worden, für Rechnung des Kunden ein mündelsicheres Papier einzukaufen, falls die Spareinlagen dieses Kunden eine bestimmte Höchstgrenze überstiegen. Diese Bestimmung ist jedoch praktisch bedeutungslos geblieben. Für sich selbst konnten die Sparkassen Wertpapiere nur anschaffen, um sie ihrem Sicherheitsfonds zuzuführen, zu dessen Bildung sie satzungsgemäß verpflichtet waren. Der Sicherheitsfonds mußte eine verzinsliche liquide Anlage in mündelsicheren Wertpapieren (Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen) darstellen.

Die Verwahrung, nicht aber auch die Verwaltung fremder mündelsicherer Papiere wurde den preussischen Sparkassen erstmalig im Jahre 1900 durch Erlaß gestattet. Die Erlaubnis zu einem beschränkten Effektenkommissionsgeschäft, nämlich zum Ankauf von mündelsicheren Wertpapieren auf Wunsch und für

Rechnung ihrer Kunden wurde den Sparkassen in dem bereits erwähnten Ministerialerlaß vom 20.4.1909 gewährt, in dem ihnen gleichzeitig auch die Einführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und des Kontokorrent- und Depositenverkehrs zugestanden worden war. Von dieser Erlaubnis zum beschränkten Effektenkommissionsgeschäft machten die Sparkassen jedoch zunächst nur wenig Gebrauch¹⁾.

Größere Bedeutung kam dem Effektingeschäft erst im ersten Weltkrieg zu, als die Sparkassen als Zeichnungsstellen für Kriegsanleihen tätig waren. Jetzt wurde den Sparkassen durch den preußischen Ministerialerlaß vom 11.3.1915 auch das Recht zugestanden, sogenannte offene Depots für Kriegsanleihen einzurichten und die Verwahrung und Verwaltung zu übernehmen, um dem Bedürfnis der Sparkassenkundschaft entgegenzukommen, die gleichzeitig mit der Zeichnung auch die Verwahrung und Verwaltung der gezeichneten Papiere durch die Sparkassen wünschte.

Durch das Gesetz vom 2.3.1918 wurde das Depotgeschäft der Sparkassen weiter ausgebaut, indem in Abänderung des preussischen Ausführungsgesetzes zum BGB den Sparkassen auch die Annahme von Mündelwertpapieren gestattet wurde. Die uneingeschränkte Genehmigung zum Depotgeschäft brachte die Depotzwangsverordnung vom 24.10.1919, die das Depotrecht (Verwahrung und Verwaltung) auf alle Wertpapiere, also nicht nur Mündelpapiere und Kriegsanleihen, ausdehnte.

In vollem Umfange gestattet wurde den preußischen Sparkassen das Effektenkommissionsgeschäft schließlich durch die Erlasse vom 15.4.1921 und 12.12.1922²⁾. Ausgeschlossen blieben nur solche Wertpapiere, die an den deutschen Hauptbörsen-

1) Vgl. Senger, Frida, a.a.O., S.90.

2) Anm.: In den übrigen deutschen Ländern wurde das Effektenkommissionsgeschäft durch entsprechende Erlasse und Gesetze geregelt.

plätzen weder gehandelt noch notiert werden. Nicht gestattet wurden spekulative An- und Verkäufe von Wertpapieren.

Damit war den Sparkassen - abgesehen vom Emissionsrecht, das auf die Girozentralen beschränkt blieb - die Aufnahme sämtlicher Bankgeschäfte zugestanden worden. Mit zunehmender Betätigung in den neuen Geschäftszweigen traten damit die Sparkassen in Wettbewerb zu den übrigen Kreditinstituten, insbesondere zu den Kreditgenossenschaften. Indessen ergaben sich aus dieser Entwicklung neben der Belebung des Wettbewerbs und der Verbesserung der Kreditversorgung des Mittelstandes schwerwiegende Wettbewerbsprobleme im Kreditwesen. Denn die Zuordnung der Sparkassen in den Bereich des öffentlichen Rechts, insbesondere die daraus resultierende Gewährsträgerhaftung und die Bestimmungen über die Mündelsicherheit, die ursprünglich nur zur Sicherung der Spareinlagen gedacht waren, blieben auch nach der Aufnahme erwerbswirtschaftlicher Geschäftszweige bestehen. Es wird in dieser Untersuchung durch eine Gegenüberstellung der jeweiligen Wettbewerbsbedingungen nachzuweisen sein, ob sich aus der unterschiedlichen rechtlichen Behandlung staatlicher und privater Kreditinstitute Wettbewerbsungleichheiten ergeben. Hierzu ist es notwendig, sich zunächst einen Überblick über die heutigen Funktionen, die Organisation und die Marktstellung der Sparkassen und der mit ihnen konkurrierenden Kreditinstitute zu verschaffen.

2. Die Organisation und die Geschäftstätigkeit der Sparkassen in der Gegenwart

a) Der Aufbau der Sparkassenorganisation

Der organisatorische Aufbau des Sparkassenwesens der Bundesrepublik gliedert sich in drei Ebenen: Auf lokaler Ebene stehen die öffentlich-rechtlichen Sparkassen, auf regionaler Ebene die Girozentralen und die Sparkassen- und Giroverbände und auf überregionaler Ebene die Deutsche Girozentrale und der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (vgl. Schaubild 1).

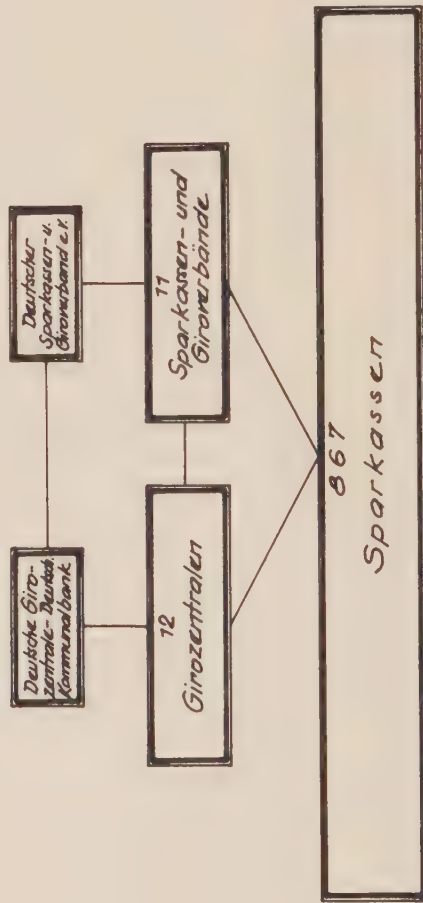
Der breite örtliche Unterbau besteht aus 867 Sparkassen¹⁾, die gleichmäßig über das ganze Bundesgebiet verteilt sind. Sie sind, abgesehen von 13 freien Sparkassen, selbständige kommunale Anstalten, deren Gewährsträger Städte, Kreise, Landgemeinden oder Zweckverbände sind. Die freien Sparkassen (Stiftungs-, Vereinssparkassen) haben die gleichen Aufgaben wie die kommunalen Sparkassen, jedoch besteht für sie keine öffentliche Gewährhaftung.

Die regionale Ebene der Sparkassenorganisation bilden 12 Girozentralen und 11 Sparkassen- und Giroverbände. Die Girozentralen, die die Funktion von Sparkassen-Zentralbanken haben, sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und unterliegen der staatlichen Aufsicht. Ihre Gewährsträger sind die regionalen Sparkassen- und Giroverbände, in denen die zugehörigen Sparkassen und deren Gewährsträger zusammengeschlossen sind. Die Sparkassenverbände nehmen die gemeinsamen Interessen der angeschlossenen Sparkassen wahr und vertreten eine einheitliche Geschäftspolitik

1) Jahresende 1960, Bundesgebiet einschließlich Saarland und Berlin (West).

Schaubild 1 :

Schema der Sparkassenorganisation



der Mitglieder nach außen. Ferner sorgen sie in vielfacher Weise für die Förderung und Vervollkommnung des Sparkassenwesens und übernehmen die Prüfung der Mitgliedssparkassen.

Die regionalen Sparkassen- und Giroverbände stimmen gebietsmäßig nicht mit den heutigen Ländern der Bundesrepublik überein. Soweit die nach 1945 gebildeten Länder mehrere bisherige Provinzen, Länder oder Landesteile umfassen, wie dies in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg der Fall ist, bestehen in diesen Ländern mehrere Verbände. Ebenso stimmt die Zahl der Girozentralen nicht mit der der Verbände überein, weil in einem der Verbände, nämlich im Hanseatischen Sparkassen- und Giroverband, hauptsächlich aus historischen Gründen zwei Institute nebeneinander tätig sind.

Auf überregionaler Ebene schließlich arbeitet als Zentralinstitut der regionalen Girozentralen die Deutsche Girozentrale - Deutsche Kommunalbank - Düsseldorf. Ihr Gewährsträger ist der Deutsche Sparkassen- und Giroverband e.V., Bonn, der seinerseits wiederum von den regionalen Verbänden und Girozentralen getragen wird. Ähnliche Aufgaben wie den regionalen Verbänden fallen dem zentralen Verband auf überregionaler Ebene zu.

b) Die Geschäftstätigkeit der Sparkassen

Der Geschäftskreis der Sparkassen wird durch die Bestimmungen der Sparkassensatzung genau umgrenzt. Die Satzungen der einzelnen Sparkassen sind insofern einander angeglichen, als sie den sog. Mustersatzungen der Sparkassen entsprechen, die von den Ländern jeweils für ihren Bereich erlassen worden sind. Diesen Mustersatzungen liegen die im Jahre 1953 vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband

herausgegebenen Entwürfe einer **Mustersatzung** für Sparkassen zugrunde¹⁾.

b₁) Die Passivgeschäfte

1. Spareinlagen. Trotz der Ausweitung des Geschäftsbereichs der Sparkassen steht das Spargeschäft auch heute noch im Vordergrund der Sparkassengeschäfte. Allerdings haben sich im Zuge der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung auch die Motive für die Förderung des Sparsinns in der Bevölkerung gewandelt. Während die Annahme und Verzinsung von Spareinlagen durch die öffentlich-rechtlichen Sparkassen im vorigen Jahrhundert rein aus sozialpolitischen Motiven erfolgte, sind heute für die staatliche Förderung des Sparens auch volkswirtschaftliche Überlegungen maßgebend.

Zur Pflege des Spargedankens bedienen sich die Sparkassen aller geeigneten Mittel. Insbesondere dient dieser Aufgabe die Schaffung ausreichender Sparmöglichkeiten durch ein ausgedehntes Sparstellennetz, durch Schul- und Betriebsspareinrichtungen, Heimsparbüchsen und Abholverfahren. Hinzu kommt die in den verschiedensten Formen durchgeführte Werbung für das Sparen.

1) Für die folgenden Ausführungen wurde die **Mustersatzung** für Sparkassen gemäß Erlaß des Ministers für Wirtschaft und Verkehr und des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 19. März 1958 - II/B2 - 182 - 59; III B 5/711 - 576/58 - (GV NW 1958 S.11) herangezogen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Standes der Spareinlagen bei den Sparkassen in den Jahren 1949-1960. Die Zahlen lassen erkennen, wie die Bedeutung des Spargeschäfts der Sparkassen nach der Währungsreform ständig zunahm.

Tabelle 1:

Die Entwicklung der Spareinlagen bei den öffentlich-rechtlichen Sparkassen in der Bundesrepublik ¹⁾ 1949-1960

Jahresende	Mio DM	1950 = 100	1955 = 100
1949	2.103,0	76	16
1950	2.755,8	100	20
1951	3.357,0	122	25
1952	4.934,1	179	36
1953	7.460,8	271	55
1954	10.964,6	398	81
1955	13.555,1	492	100
1956	15.506,1	563	114
1957	18.665,3	677	138
1958	22.882,1	830	169
1959	27.958,3	1015	206
1959 ²⁾	28.516,3	1035	210
1960 ²⁾	33.723,6	1224	249

1) Soweit nicht anders vermerkt, beziehen sich alle Statistiken auf das Bundesgebiet einschließlich West-Berlin.

2) einschl. Saarland.

Quelle: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland.

2. Sicht- und Termineinlagen. Abgesehen von den Spareinlagen nehmen die Sparkassen gemäß § 16 der Mustersatzung "im Kontokorrent- und Depositenverkehr Einlagen entgegen (sonstige

Einlagen)". Diese Einlagen setzen sich aus Sichteinlagen¹⁾ und aus Termineinlagen zusammen und werden getrennt ausgewiesen. Sichteinlagen, über die jederzeit durch Scheck, Überweisung und Barabhebung verfügt werden kann, werden hauptsächlich für ein- und ausgehende Bankzahlungen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs unterhalten. Termineinlagen dienen der zinsbringenden Anlage vorübergehend verfügbarer Gelder. Hierbei wird zwischen Kündigungsgeldern und Festgeldern unterschieden. Kündigungsgelder sind nach Ablauf einer Kündigungsfrist rückzahlbar, während Festgelder Einlagen mit einer festen Laufzeit darstellen, die innerhalb einer vereinbarten Frist nicht rückzahlbar sind.

Tabelle 2 bringt eine Aufteilung der Einlagen bei den Sparkassen nach Sicht-, Termin- und Spareinlagen für die Jahre 1955 bis 1960. Auffallend ist der starke prozentuale Anteil der Spareinlagen an den Gesamteinlagen. Er betrug am Jahresende 1960 über 70%.

Der bargeldlose Zahlungsverkehr, dem die Sichteinlagen hauptsächlich dienen, hat bei den Sparkassen seit 1938 schnell an Bedeutung gewonnen. Im Jahre 1960 nahmen die Sparkassen auf über 6 Millionen Konten 1135,3 Millionen Buchungen im Betrage von 1.256.921 Millionen DM vor²⁾. Hieraus läßt sich ersehen, daß es den Sparkassen gelungen ist, breite Kreise, besonders des gewerblichen Mittelstandes, für den unbaren Zahlungsverkehr und damit für eine rationelle Zahlungstechnik zu gewinnen.

1) Anm.: Als Sichteinlagen gelten in Übereinstimmung mit der Anweisung über Mindestreserven seit Juni 1949 außer den täglich fälligen auch solche Einlagen, für die eine Kündigungsfrist von weniger als einem Monat oder eine Laufzeit von weniger als 30 Tagen vereinbart ist.

2) Vgl.: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1961, S.376.

Tabelle 2:

Einlagen von Nichtbanken bei den Sparkassen

Jahres- ende	Sichteinlagen		Termineinlagen		Spareinlagen		Insgesamt	
	Mio DM	v.H.	Mio DM	v.H.	Mio DM	v.H.	Mio DM	v.H.
1955	4.653,5	23,3	1.761,8	8,8	13.555,1	67,9	19.970,4	100
1956	5.150,3	23,0	1.768,6	7,9	15.506,1	69,1	22.425,0	100
1957	5.927,9	21,8	2.542,1	9,4	18.665,3	68,8	27.135,3	100
1958	7.047,5	21,5	2.907,5	8,8	22.882,1	69,7	32.837,1	100
1959	7.952,5	20,4	3.086,5	7,9	27.958,3	71,7	38.997,3	100
1959 ¹⁾	8.151,1	20,5	3.146,0	7,9	28.516,3	71,6	39.813,4	100
1960 ¹⁾	9.019,0	19,5	3.583,0	7,7	33.723,6	72,8	46.325,6	100

1) einschließlich Saarland.

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank.

b₂) Die Aktivgeschäfte

Die Anlagepolitik der Sparkassen ist durch die **Muster-**satzung genau festgelegt. § 19 bestimmt als zulässige Aktivgeschäfte die Anlage der Mittel

1. in Realkrediten,
2. in Personalkrediten,
3. in Krediten an Gemeinden, Gemeindeverbände und andere Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts,
4. in Wertpapieren,
5. bei Kreditinstituten,
6. im Schatzwechseln und Privatdiskonten,
7. in Grundstücken,
8. im Beteiligungen.

Für das Kreditgeschäft der Sparkassen ist das große Übergewicht der langfristigen¹⁾ Kredite charakteristisch. Von dem gesamten Krediten der Sparkassen an Nichtbanken in Höhe von 32,6 Mrd DM waren am Jahresende 1960 etwa 24 Mrd DM oder rund 74 v.H. langfristig ausgeliehen. Der Anteil der mittelfristigen Kredite betrug dagegen nur 8 v.H. und der der kurzfristigen Kredite 18,3 v.H. Aus Tabelle 3 geht hervor, daß der Anteil der langfristigen Kredite in den Jahren von 1955 bis 1960 von 60,4 auf 73,7 v.H. gestiegen ist, und zwar hauptsächlich auf Kosten der kurzfristigen Kredite, deren Anteil von 29,7 auf 18,3 v.H. abnahm. Absolut gesehen ist der Umfang der Kredite jedoch in allen drei Sparten beträchtlich gestiegen.

1) Anm.: In Anlehnung an die amtliche Bankenstatistik werden im folgenden Kredite mit einer Laufzeit von vier Jahren und mehr als langfristig bezeichnet; mittelfristige Kredite sind Kredite mit einer Laufzeit von sechs Monaten bis unter 4 Jahren; kurzfristig sind Kredite mit einer Laufzeit von unter 6 Monaten.

Tabelle 3:

Kredite der Sparkassen an Nichtbanken 1955 - 1960

Jah- res- ende	Kurzfristige Kredite 1)		Mittelfristige Kredite 2)		Langfristige Kredite 3)		Insgesamt
	Mio DM	v.H.	Mio DM	v.H.	Mio DM	v.H.	
1955	4.494,5	29,4	1.523,1	10,0	9.279,9	60,4	15.297,5
1956	4.590,3	26,1	1.576,7	8,9	11.466,4	65,0	17.633,4
1957	4.590,5	23,5	1.811,7	9,3	13.128,5	67,2	19.530,7
1958	4.803,6	21,5	1.911,5	8,6	15.584,5	69,9	22.299,6
1959	5.131,8	19,2	2.346,0	8,8	19.263,6	72,0	26.741,4
1959 ⁴⁾	5.226,8	19,0	2.387,9	8,7	19.931,0	72,3	27.545,7
1960 ⁴⁾	5.960,4	18,3	2.627,2	8,0	24.039,2	73,7	32.626,8

1) ohne Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder.

2) Teilbeträge der Bilanzposten "Debitoren" und "Durchlaufende Kredite".

3) Bilanzposten "Langfristige Ausleihungen" und Teilbeträge der Bilanzposition "Durchlaufende Kredite".

4) einschließlich Saarland.

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank

Untersucht man die Verteilung der Sparkassenkredite auf die drei Sektoren "Wirtschaftsunternehmen und Private", "öffentliche Stellen" und "Kreditinstitute", so ist für das Jahresende 1960 der Anteil der ersten Gruppe mit 27,8Mrd DM und 82,1 v.H. des gesamten Kreditvolumens von 33,9 Mrd DM weitaus der größte. An zweiter Stelle stehen mit 4,7Mrd DM oder 14,0% die Kredite an öffentlichen Stellen. Die Kredite an Kreditinstitute beliefen sich auf etwa 1,3 Mrd DM oder 3,9 v.H.

Tabelle 4:

Die Verteilung der Sparkassenkredite Ende 1960 ^{1) 2)}

Kredite an:	Mio DM	v. H.
Wirtschaftsunternehmen und Private	27.887,6	82,1
Öffentliche Stellen	4.739,2	14,0
Kreditinstitute	1.315,6	3,9
Kredite insgesamt	33.942,4	100,0

1) In Zahlenangaben für das Jahr 1960 ist in dieser und allen folgenden Statistiken immer das Saarland eingeschlossen;

2) ohne Schatzwechsel- und Wertpapierbestände.

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank.

Die Entwicklung des Anteils der drei Sektoren am gesamten Kreditvolumen der Sparkassen läßt ein Absinken des Anteils der Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private von 87,0 v.H. am Jahresende 1955 auf 81,5 v.H. am Jahresende 1959 erkennen, während im gleichen Zeitraum der Anteil der Kredite an öffentlichen Stellen von 10,3 auf 14,4 v.H. gestiegen ist. Eine Zunahme von 2,7 auf 4,1 v.H. verzeichnen auch die Kredite an Kreditinstitute.

Tabelle 5:

Die prozentuale Verteilung der Sparkassenkredite 1955 - 1960 ¹⁾

Kredite an:	1955	1956	1957	1958	1959	1959 ²⁾	1960 ²⁾
Wirtschafts- unternehmen und Private	87,0	85,5	83,7	82,0	81,5	82,0	82,1
Öffentliche Stellen	10,3	12,0	13,4	14,4	14,4	14,0	14,0
Kredit- institute	2,7	2,5	2,9	3,6	4,1	4,0	3,9
Kredite insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1) jeweils Jahresende

2) einschließlich Saarland

Quelle: Berechnet nach Zahlenangaben der Monatsberichte der
Deutschen Bundesbank

Ob diese Entwicklungstendenz im Jahre 1960 zum Stillstand gekommen ist, läßt sich aus den vorliegenden Zahlen noch nicht entnehmen, da die Veränderungen ebenso auf die Einbeziehungen des Saarlandes in die Bankenstatistik zurückzuführen sein können (vgl. Tabelle 5).

1. Das Realkreditgeschäft. Die Vergabe von Realkrediten ist die traditionelle Anlageart der Sparkassen. In normalen Zeiten kommt dem Realkreditgeschäft unter den Aktivgeschäften die größte Bedeutung zu. Die Mittel für den Realkredit stammen ausschließlich aus den Spareinlagen, da nur diese aufgrund ihres langfristigen Charakters für eine langfristige Anlage geeignet sind. Aus liquiditätspolitischen Gründen dürfen gemäß § 20 Ziff. 7 der Mustersatzung aber nur bis zu 50 v.H. der Spareinlagen in Realkrediten angelegt werden, um der möglichen Divergenz in der Fristigkeit der Spareinlagen und Hypothekenkredite sowie möglichen Schwankungen der Spareinlagenbestände Rechnung zu tragen. Für die Spareinlagen ist durch die Anlage in Hypotheken wegen der dinglichen Sicherung an erster Stelle ein höchstmögliches Maß an Sicherheit gegeben.

Tabelle 6:

Hypothekenkredite der Sparkassen¹⁾

Jahres- ende	Mio DM	in v. H. der ge- samten Kredite an Nichtbanken
1955	6.145,7	40,0
1956	7.596,0	42,8
1957	8.981,1	45,6
1958	10.511,2	46,8
1959	13.150,2	49,0
1959 ²⁾	13.736,1	49,9
1960 ²⁾	16.734,1	51,3

1) Nachrichtlich. Enthalten in "langfristigen Ausleihungen" und "durchlaufenden Krediten";

2) einschließlich Saarland.

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank

Die Hypothekarkredite der Sparkassen erreichten am Jahresende 1960 eine Höhe von 16,7 Mrd DM. Das bedeutet, daß 51,3 v.H. der gesamten Kredite an Nichtbanken in Form von Realkrediten ausgeliehen waren (vgl. Tabelle 6). Damit hat sich der Umfang der Hypothekarkredite seit 1955 fast verdreifacht.

2. Das Personalkreditgeschäft. Personalkredite werden von den Sparkassen seit ihrer Entstehung gegeben. Die als feste Darlehen gewährten Personalkredite hatten jedoch bis zum Jahre 1909 keine große Bedeutung, da für diese Anlageart die entsprechenden Einlagen fehlten und aus Sicherheits- und Bequemlichkeitsgründen dem Realkredit der Vorzug gegeben wurde. Erst durch die Einführung des unbaren Zahlungsverkehrs und die Zulassung des Kontokorrentverkehrs erfuhr das Personalkreditgeschäft eine wesentliche Verbreitung¹⁾.

Die Personalkredite der Sparkassen sind zu unterscheiden in ungedeckte und gedeckte Personalkredite. Der ungedeckte Personalkredit hat keine andere Sicherung als die persönliche Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers. Der gedeckte Personalkredit wird nach § 21 der Mustersatzung gewährt gegen Pfandbestellung an Grundstücken, Wertpapieren und Wechseln, gegen Pfandbestellung und Sicherungsübereignung an Waren und sonstigen beweglichen Sachen, gegen Abtretung und Verpfändung von Rechten, gegen Bürgschaft, Mithaftung oder Depotwechsel und gegen Diskontierung von Wechseln.

1) Anm.: Am kurzfristigen Personalkreditgeschäft hatten die Sparkassen im Jahre 1913 erst einen Anteil von 15 v.H., die Kreditgenossenschaften einen solchen von 85 v.H. Die Sparkassen konnten bis 1924 ihren Anteil auf 59 v.H. steigern. 1930 betrug er 44 v.H. Vgl. Eisfeld, Curt: Das Personalkreditgeschäft der Sparkassen, in: "Sparkasse", 53.Jg., 1933, H.2, S.22.

Die Personalkredite sind, ebenso wie die Hypothekarkredite, örtlich auf das Gebiet des Gewährsträgers der Sparkasse begrenzt. Die Höchstgrenze für den gedeckten Personalkredit wird durch § 23 der Mustersatzung auf 1 v.H. der gesamten Einlagen der Sparkasse bzw. 200.000,-- DM festgelegt. Ungedechte Personalkredite sind auf 3 v.H. der gesamten Einlagen oder höchstens 50.000,-- DM begrenzt.

Die örtliche Begrenzung der Kreditgewährung auf das Gebiet des Gewährsträgers bewirkt, daß die aus den Kassensmitteln des lokalen Mittelstandes stammenden Giroeinlagen, die den Fonds für die Personalkredite bilden, den selbstem Kreisen wieder nutzbar gemacht werden. Die Höchstkreditgrenze für den einzelnen Kreditnehmer von 50.000,-- DM garantiert ferner - außer der hierdurch erzielten Risikoverminderung für die Sparkassen - die Ausleihung an mittelständische Schichten.

Tatsächlich handelt es sich, wie aus Tabelle 7 über die Größenklassengliederung der Personalkredite am Jahresende 1956 hervorgeht, bei den Personalkrediten zum überwiegenden Teil um kleinere Kredite, wie sie der mittelständischen Kundschaft der Sparkassen entsprechen. Zahlenmäßig lagen etwa 69 v.H. aller ausgegebenen Personalkredite am Jahresende 1956 in der Größenklasse bis 1.000,-- DM; 90 v.H. aller gewährten Kredite hatten eine Höhe bis 5.000,-- DM, etwa 95 v.H. bis 10.000,-- DM und 97,5 v.H. bis 20.000,-- DM. Nur in 2,5 v. H. aller Fälle überstiegen die Kredite 20.000,-- DM. Von den im Personalkreditgeschäft ausgeliehenen 5,8 Mrd DM entfielen 8 v.H. auf Kredite bis 1.000,-- DM, 25 v.H. auf Kredite bis 5.000,-- DM, 50 v.H. auf Kredite bis 20.000,-- DM und 80 v.H. auf Kredite bis 100.000,-- DM. Der Durchschnittsbetrag je Kredit betrug 2.810,-- DM.

Tabelle 7:

Größenklassengliederung der Personalkredite der Sparkassen in der Bundesrepublik (einschl. Berlin-West) Ende 1956

Größenklasse DM	Anzahl		Betrag	
	Stück	v. H.	1000 DM	v. H.
bis 1.000	1.442.774	68,99	470.801	8,01
1.001 " 5.000	440.916	21,08	973.461	16,57
5.001 " 10.000	97.722	4,67	672.983	11,45
10.001 " 20.000	58.099	2,78	797.954	13,58
20.001 " 50.000	36.367	1,74	1.087.937	18,52
50.001 " 100.000	10.313	0,49	696.203	11,85
100.001 " 200.000	3.602	0,17	486.158	8,27
200.001 " 500.000	1.180	0,06	339.398	5,78
500.001 u. darüber	335	0,02	351.083	5,97
Insgesamt	2.091.308	100,00	5.875.978	100,00

Quelle: Statistisches Handbuch der Sparkassenorganisation 1948-1956
Hrsg.: Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V., Bonn, Stuttgart, o.J., S.92.

3. Das Kommunalkreditgeschäft. Mehr noch als das Realkreditgeschäft ist das Kommunalkreditgeschäft eines der traditionellen Sparkassengeschäfte. Schon bei den ersten Sparkassen ist diese Anlageart in vielen Statuten aufgeführt. Vielfach sollen sogar die Gemeinden durch die Aussicht auf günstige Kredite zur Gründung von Sparkassen bewogen worden sein.¹⁾ Durch das Anwachsen der kommunalen Aufgaben stieg der Bedarf an Kommunalkrediten so stark, daß er vielfach von den einzelnen Sparkassen nicht mehr gedeckt werden konnte.

1) Vgl. Domes, R.: Sparkassenwandlungen, Wien 1930, S.39.

Erst durch die Errichtung der Girozentralen und die Einführung von kommunalen Sammelanleihen ergaben sich neue Möglichkeiten für die Ausbreitung dieses Geschäftszweiges.

Der Kommunalkredit der Sparkassen umfaßt Kredite an Gemeinden, Gemeindeverbände, Kirchengemeinden und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten. Er kann in zwei Formen gewährt werden: entweder unmittelbar als Darlehen gegen einfachen Schuldschein oder mittelbar durch Ankauf von Kommunalobligationen der Girozentralen. Der Grundsatz der Regionalität ist beim Kommunalkredit insofern durchbrochen, als Ausleihungen im Gebiet des gesamten Bundeslandes vorgenommen werden können. Der Gesamtbetrag der Kommunalkredite einschließlich der Kommunalobligationen darf gemäß § 24, III der Mustersatzung 25 v.H., derjenige der langfristigen Kredite 12,5 v.H. der gesamten Einlagen nicht übersteigen. Das Kommunalkreditgeschäft ist einer strengen Reglementierung unterworfen, die insofern begründet ist, als die Gemeinde als Kreditnehmer selbst entscheidenden Einfluß auf die kreditgewährenden Gremien der Sparkasse ausübt.

Die Höhe der Sparkassenkredite an öffentliche Stellen betrug am Jahresende 1960 4,8 Mrd DM (vgl. Tabelle 8). Zu etwa 90 v.H. der im Kommunalkreditgeschäft ausgeliehenen Beträge handelt es sich um langfristige Kredite; 7 bis 8 v.H. sind mittelfristig ausgeliehen. Der kurzfristige Kommunalkredit hat als Kassenkredit lediglich die Aufgabe, kurze zeitliche Unterschiede zwischen der Verausgabung und dem Eingang der Haushaltsmittel zu überbrücken.

Tabelle 8:

Kredite der Sparkassen an öffentliche Stellen

Mio DM

	Jahresende 1960
Debitoren (Kassenkredite)	66,9
Wechselkredite	4,4
zusammen	71,3
Schatzwechsel u.-anweisungen ¹⁾	87,6
Kurzfristige Kredite insg.	158,9
Mittelfristige Kredite ²⁾	344,2
Langfristige Kredite ³⁾	4.323,7
zusammen	4.826,8

1) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder.

2) Teilbeträge der Bilanzposten "Debitoren" und "Durchlaufende Kredite".

3) Bilanzposten "Langfristige Ausleihungen" und Teilbetrag der Bilanzposition "Durchlaufende Kredite".

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank.

4. Die Anlage in Wertpapieren. Neben den Real-, Personal- und Kommunalkrediten stehen die Wertpapiere im Vordergrund der Anlagen. § 25 der Mustersatzung bestimmt für die Anlage in Wertpapieren, daß nur Schuldverschreibungen auf den Inhaber, Orderschuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen von der Sparkasse erworben werden dürfen, soweit diese nach den gesetzlichen Bestimmungen mündelsicher sind. Die Wertpapierbestände der Sparkassen betrugen am Jahresende 1960 insgesamt 6,2 Mrd DM. Das sind etwa 11 v.H. der Bilanzsumme der Sparkassen (56 Mrd DM). Die Aufteilung dieser 6,2 Mrd DM auf die einzelnen Wertpapierarten zeigt Tabelle 9:

Tabelle 9:

Schatzwechsel und Wertpapierbestände der Sparkassen
Jahresende 1960

	Mio DM
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	87,6
Kassenobligationen	30,7
Wertpapiere	6.056,7
darunter: Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen öffent- licher Stellen	999,4
Bankschuldverschreibungen	4.979,6
Industrieobligationen und sonstige verzinsliche Schuldverschreibungen	69,0
Börsengängige Dividendenwer- te und Investmentzertifikate	6,8
Insgesamt	6.175,0

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank

5. Die Anlage bei Kreditinstituten. Verfügbare Gelder können gemäß § 26 der Mustersatzung von der Sparkasse als Sicht- und befristete Einlagen bei deutschen öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten, insbesondere bei der Girozentrale, ferner bei der Deutschen Bundesbank oder beim Postscheckamt angelegt werden. Als weitere Anlage bei Kreditinstituten kommt die Kreditgewährung an Genossenschaften hinzu, die im § 22 II der Mustersatzung genehmigt ist.

Die Kredite an Kreditinstitute hatten am Jahresende 1960 einen Umfang von 1.315,6 Mio DM. Im Vergleich zu den Krediten an Nichtbanken in Höhe von 32.626,8 Mio DM ergibt sich etwa ein Verhältnis von 1 : 25 .

Tabelle 10:

Kredite der Sparkassen an Kreditinstitute

Mio DM

	Jahresende 1960
Debitoren	41,0
Wechselkredite	191,7
Kurzfristige Kredite insgesamt	232,7
Mittelfristige Kredite	66,4
Langfristige Kredite	1.016,5
zusammen	1.315,6

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank

6. Die Anlage in Schatzwechseln und Privatkonten. Schließlich kann die Sparkasse gemäß § 27 der ~~Mustersatzung~~ "verfügbare Gelder zum Ankauf von rediskontfähigen Schatzwechseln sowie von solchen Wechseln verwenden, die als Privatkonten gehandelt werden". An Wechselkrediten, Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen des Bundes und der Länder waren am Jahresende 1960 1.845,6 Mio DM ausgeliehen. Das waren 5-6 v.H. der gesamten Kredite der Sparkassen an Nichtbanken.
7. Die Anlage in Grundstücken und Beteiligungen. Die Sparkasse kann ihre Mittel zum Erwerb von Grundstücken verwenden, wenn diese der eigenen Verwaltung oder der wohnungsmäßigen Unterbringung ihrer Dienstkräfte dienen sollen. Ferner dürfen Grundstücke freihändig oder im Wege der Zwangsversteigerung zur Vermeidung von Verlusten erworben werden (§ 28 ~~Mustersatzung~~). Beteiligungen sind der Sparkasse nur an Einrichtungen des zuständigen Sparkassen-

und Giroverbandes gestattet.

Dieser Überblick über die Sparkassengeschäfte zeigt, daß den Sparkassen in ihrer Geschäftstätigkeit keine Beschränkungen auferlegt sind, die über die allgemeinen Grundsätze der Sicherheit und Liquidität hinausgehen, die im gleichen Maße auch von den privaten Kreditinstituten befolgt werden müssen¹⁾. Allerdings werden die privaten Kreditinstitute zur Einhaltung dieser Grundsätze nicht durch Satzungsbestimmungen veranlaßt, sondern durch die Notwendigkeit, ihrer Geschäftstätigkeit "vertrauenswürdige Geschäftsgrundsätze" zugrunde zu legen.

¹⁾ Vgl. hierzu unten die Fußnote auf S. 176 .

II. Die Kreditgenossenschaften

1. Die geschichtliche Entwicklung

a) Die Entstehungsursachen

Die Kreditgenossenschaften entstanden um die Mitte des vorigen Jahrhunderts als Selbsthilfeorganisationen der kleineren und mittleren Unternehmer, deren Existenz durch die mit der Industrialisierung aufkommenden Großbetriebe gefährdet wurde. Durch verstärkten Einsatz des Produktionsfaktors Kapital konnten Großbetriebe aufgrund der billigeren Massenproduktion gegenüber kleineren Unternehmungen, insbesondere gegenüber dem Kleingewerbe, eine überragende Wettbewerbsposition erringen. Dadurch wurde zwar nicht allen handwerklichen Gewerbebetrieben die Existenzgrundlage entzogen, da nicht alles in industriellen Großserien hergestellt werden konnte und individuell gestaltete handwerkliche Erzeugnisse auch neben billigen Massenprodukten ihren Absatz fanden. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, mußten sich aber die kleineren und mittleren Unternehmer den industriellen Produktionsmethoden anpassen und überall, wo die Möglichkeit dazu bestand, von der arbeitsintensiven zu einer kapitalintensiveren Produktionsweise übergehen. Ebenso war in der Landwirtschaft der Kreditbedarf infolge der Wandlungen in der Sozial- und Agrarstruktur und der Änderung der Produktionstechnik erheblich gestiegen¹⁾.

Die Finanzierung der notwendig gewordenen Investitionen stieß jedoch im gewerblichen Mittelstand und in der Landwirtschaft auf erhebliche Schwierigkeiten. Die Eigenkapitalbildung war beim mittelständischen Unternehmer gering.

1) Vgl. Voßschmidt, Theo: Die westdeutschen Kreditgenossenschaften, Karlsruhe 1958, S.10 f.

Personalkredite waren von den bestehenden Kreditinstituten nur schwierig und unter ungünstigen Bedingungen zu erhalten, da entsprechende Sicherheiten meist nicht geboten werden konnten. Soweit nicht Verwandte, Nachbarn und Freunde mit Darlehen helfend eingriffen, mußten von Lieferanten, Händlern oder Geldverleihern Kredite zu oft untragbaren Bedingungen aufgenommen werden, so daß die Verschuldung des städtischen und ländlichen Mittelstandes immer weiter fortschritt und die Existenz vieler Bauern und Handwerker bedroht wurde¹⁾.

Diese Kreditnot zu beseitigen und die wirtschaftliche Lage des gewerblichen und ländlichen Mittelstandes durch eine organisierte Kreditversorgung wirkungsvoll und nachhaltig zu verbessern, war die Aufgabe der von Hermann Schulze-Delitzsch und Friedrich Wilhelm Raiffeisen gegründeten "Vorschußvereine"²⁾. Die solidarische Haftung der Mitglieder ermöglichte es der Kreditgenossenschaft, Darlehen von Dritten³⁾ anzunehmen, die zunächst das Betriebskapital bildeten, aus dem Kredite an die Mitglieder gewährt wurden. Geschäftsguthaben und Reserven bildete die Kreditgenossenschaft erst allmählich durch monatliche Beiträge der Mitglieder und durch Rücklagen aus dem Gewinn.

1) Vgl. Voßschmidt, Theo, a.a.O., S.11.

2) Anm.: Schulze-Delitzsch gründete 1850 in Delitzsch seinen ersten Vorschußverein. Für die ländlichen Kreditgenossenschaften wurde der 1862 von Raiffeisen in Anhausen gegründete Spar- und Darlehenskassen-Verein zum Vorbild, nicht die bereits vorher von ihm gegründeten Wohltätigkeitsvereine. (Vgl. Voßschmidt, Theo, a.a.O., S.13 ff.)

3) Anm.: Die Geldgeber waren meistens Privatleute, jedoch wurden auch Darlehen von Kreditinstituten aufgenommen. (Vgl. unten S. 48)

Die Aufgabenstellung der ersten Kreditgenossenschaften, ihre Mitgliederwirtschaften durch Kreditgewährung zu fördern, ist bis heute unverändert bestehen geblieben. Die Förderung der Mitglieder bestand nicht allein in der Kapitalbeschaffung zu einem günstigen Zinssatz; darüber hinaus gehört es zu den Aufgaben der Kreditgenossenschaft, die Mitglieder wirtschaftlich zu beraten - insbesondere im Hinblick auf die Verwendung der Kredite - und sie ganz allgemein zu ökonomischem Denken zu erziehen.

b) Die Entwicklung der Geschäftstätigkeit

Durch ihre Zweckbestimmung, den Mitgliedern die für ihre Erwerbsbetriebe erforderlichen Geldmittel zu verschaffen, waren den Kreditgenossenschaften die Grenzen und Richtlinien für ihre aktive Geschäftstätigkeit gesetzt. Die genossenschaftliche Kreditgewährung in ihrer ursprünglichen Form bestand in der Vermittlung von Personalkrediten im Vorschußgeschäft gegen Schuldschein, späterhin gegen Wechsel mit der Unterschrift des Darlehennnehmers und eines Bürgen. Neben den Vorschußdarlehen wurden Personalkredite mit akzessorischer Sicherung in der Form von Pfandunterlagen gewährt, falls es sich um größere Kreditentnahmen handelte¹⁾. Die Formen der Kreditgewährung wandelten sich im Laufe der Entwicklung: Aus dem primitiven Vorschußgeschäft wurde die Wechseldiskontierung, der Akzeptkreditverkehr und der Kontokorrentkreditverkehr. Aus dem Personalkreditgeschäft mit akzessorischer Sicherung, aus dem Vorschußgeschäft gegen Pfand entstanden das Lombard- und das Hypothekengeschäft und die Diskontierung von Buchforderungen²⁾.

1) Vgl. Wiglow, Walter: Die bankmäßige Entwicklung der Kreditgenossenschaften, Diss., Jena 1922, S.5.

2) Vgl. ebenda S.69.

Im Passivgeschäft der ersten Kreditgenossenschaften lag zunächst das Schwergewicht bei den fremden Geldern, die als "Anlehen" von Privatleuten gegen die solidarische Verpflichtung sämtlicher Mitglieder auf festgesetzte, meist längere Fristen hereingenommen wurden¹⁾. Diese fremden Mittel ermöglichten erst den Kreditverkehr; die Bildung von Eigenkapital trat bei der Gründung der Vorschußvereine nur subsidiär in Erscheinung. Neben den Anlehen wurden den Kreditgenossenschaften von Anfang an von den Angehörigen und näheren Bekannten der Mitglieder Spargelder zugeführt, die wegen ihrer geringen Höhe zunächst für das Aktivgeschäft eine relativ beschränkte Bedeutung hatten und infolgedessen niedriger verzinst wurden²⁾³⁾. Die Einleger suchten auch mehr eine sichere Aufbewahrung ihrer Ersparnisse als eine zinsbringende Anlage der Gelder. Mit zunehmendem Sparverkehr flossen den Kreditgenossenschaften reichliche Mittel zu, so daß sich eine Kapitalbeschaffung in Form von Darlehen immer mehr erübrigte (vgl. Tabelle 11). Wurde die Annahme fremder Gelder in den ersten Jahren nur als Mittel zum Zweck durchgeführt, so trat schon bald mit steigendem Angebot von Spargeldern die Kapitalverwaltung als Selbstzweck hervor. "So entwickelte sich aus der Pflege des Sparverkehrs einerseits und aus den durch die Anlehen entstandenen geschäftlichen Verbindungen mit kapitalkräftigen Erwerbskreisen andererseits das Depositengeschäft der Vorschußvereine"⁴⁾.

1) Vgl. Wiglow, Walter, a.a.O., S.33 f.

2) Vgl. ebenda S.34 f.

3) Anm.: Im Jahresbericht für 1859 des Vorschuß- und Kreditvereins in Delitzsch (gegründet 1850) sind im Rechnungsabschluß für das Jahr 1859 folgende Positionen (in Talern) angegeben:

Bestand der vom Verein aufgenommenen
Anlehen.....11873

Bestand der freiwilligen, in die Kasse
eingelegten Spareinlagen..... 1438.
(Vgl. Wiglow, Walter, a.a.O., S.36).

4) Wiglow, Walter, a.a.O., S.36.

Tabelle 11:

Eigene und fremde Mittel der Kreditgenossenschaften des Allgemeinen Verbandes (Schulze-Delitzsch) 1859-1880 in Tausend Mark

Be- richts- jahr	Zahl der berich- tend. Kre- dit- genos- sen- schaf- ten	Eigene Mittel		Fremde Mittel		
		Geschäfts- guthaben	Rück- lagen	Spar- einlagen	Anlehen von Privaten	Bank- Kre- dite
1859	80	738	92	1.537	1.505	
1865	498	13.328	1.229	19.506	33.463	
1870	740	40.347	3.642	70.507	60.410	7.080
1875	815	83.542	8.427	122.360	194.575	13.229
1880	906	102.029	16.398	122.072	231.005	11.371

Quelle: Wiglow, Walter, a.a.O., S.62/63.

Neben dem Depositenverkehr entstand schon früh der Scheck- und Giroverkehr. Bei der ersten Zusammenkunft der Schulze-Delitzsch'schen Vereine im Jahre 1859 wurde vereinbart, gegenseitig das Inkasso von Wechseln zu unternehmen, um die vielfach kostspielige Vermittlung der Privatbanken auszu-
schalten und den Wechselverkehr zu verbilligen^{1) 2)}. Die 1865 entstandene Deutsche Genossenschaftsbank übernahm das Inkassogeschäft der Vorschußvereine und wurde die Zentral-
stelle für den Zahlungsausgleich durch Giroüberweisung. 1867 wurde ein Giroverband zur Pflege des Überweisungsver-

1) Vgl. die "Beschlüsse des ersten Vereinstages deutscher Vorschuß- und Creditvereine", in: Die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Deutschland, Auszug aus dem Organ des Allgemeinen Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften: "Blätter für Genossenschafts-
wesen" (früher: Innung der Zukunft) von Schulze-Delitzsch, Berlin 1870, S.130.

2) Vgl. Wiglow, Walter, a.a.O., S.49.

kehrs gegründet. Indessen erwies es sich als Hemmnis, daß die Mitglieder der Kreditgenossenschaften die Vorteile des bargeldlosen Zahlungsverkehrs noch nicht erkannten und sich zunächst meist mißtrauisch und ablehnend verhielten¹⁾. Ausserdem beeinträchtigten die verworrenen Münz- und Währungsverhältnisse den interlokalen Zahlungsverkehr. Erst die nach der Reichsgründung 1873 eingeführte einheitliche Reichswährung bildete die Basis für einen Aufschwung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.

Mit der Annahme von Spargeldern traten die Kreditgenossenschaften in den Tätigkeitsbereich der Sparkassenein. Von einem starken Wettbewerb zwischen Sparkassen und Kreditgenossenschaften konnte indessen noch keine Rede sein, da sich beide Institute nur vereinzelt im Lokalverkehr gegenüberstanden und auf beiden Seiten der Stand der Entwicklung weniger durch einen Konkurrenzkampf als durch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kundenkreise, bzw. der Mitglieder bestimmt wurde²⁾. Auch die geringe Betätigung der Sparkassen im Personalkreditgeschäft war zu unbedeutend, um zu einem wirklichen Wettbewerb zu führen. Zu einem scharfen Konkurrenzkampf kam es erst, als die Sparkassen im Zuge ihrer bankmäßigen Entwicklung zu Anfang dieses Jahrhunderts das Personalkreditgeschäft mit mittelständischen Kreditnehmern in stärkerem Maße aufnahmen, das bis dahin fast ausschließlich von den Kreditgenossenschaften bestritten worden war.³⁾

Bei den Kreditgenossenschaften kann man nicht so wie bei den Sparkassen von einer bankmäßigen Entwicklung in dem Sinne sprechen, daß der Geschäftsbereich der Kreditgenossenschaften durch die Aufnahme von Geschäften erweitert

1) Vgl. Wiglow, Walter, a.a.O., S.49.

2) Vgl. ebenda S.35.

3) Vgl. Fußnote auf S. 37 .

wurde, die dem ursprünglichen Zweck der Vorschußvereine nicht entsprechen, weil sie erwerbswirtschaftlichen Charakter tragen und bisher nur bei Banken üblich waren¹⁾. Während sich bei den Sparkassen durch die Entwicklung vom Sparinstitut zur Universalbank ein grundlegender Wandel vollzog, wurden bei den Kreditgenossenschaften bereits in der Gründungsperiode Aktiv- und Passivgeschäfte in vollem Umfange aufgenommen. Von einer "bankmäßigen" Entwicklung der Geschäftstätigkeit kann bei den Kreditgenossenschaften nur insofern gesprochen werden, als sich z.B. die Arten der Kreditgewährung den Ansprüchen der Mitglieder gemäß von der ursprünglich primitiven Form des Personalkredits zu den bei den Kreditbanken üblichen Formen der Kreditgewährung entwickelten.

1) Vgl. oben S.16.

2. Der organisatorische Aufbau und die Geschäftstätigkeit der heutigen Kreditgenossenschaften

a) Der organisatorische Aufbau

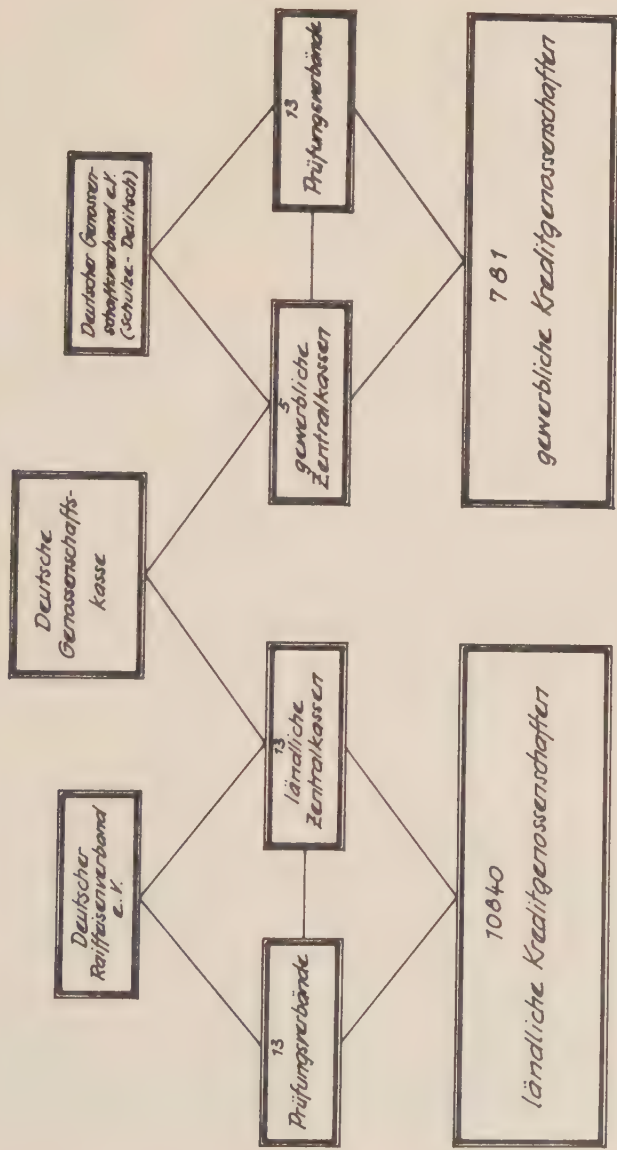
Das genossenschaftliche Kreditwesen ist wie die Sparkassenorganisation dreistufig aufgebaut (vgl. Schaubild 2). Auf lokaler Ebene stehen 10 840 ländliche Kreditgenossenschaften mit einem Bilanzvolumen von 10,2 Mrd DM und 781 gewerbliche Kreditgenossenschaften mit einem Bilanzvolumen von 8,6 Mrd DM¹⁾. Aus dieser großen Zahl von Kreditgenossenschaften ergibt sich, daß der genossenschaftliche Banksektor über ein weitverzweigtes Stellennetz verfügt, zumal noch eine größere Anzahl von Zweig- und Annahmestellen hinzukommt. Die Zahl der Genossenschaften zeigt infolge von Fusionen eine abnehmende Tendenz; die Dichte des Stellennetzes nimmt jedoch durch die Eröffnung neuer Zweigstellen zu²⁾.

Die regionale Ebene der genossenschaftlichen Bankorganisation wird von den Prüfungsverbänden und den Zentralkassen

1) Jeweils Jahresende 1960. Vgl. Jahrbuch des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V., 13.Jg.-1960, Bonn 1961, S.35 und Jahrbuch des Deutschen Genossenschaftsverbandes für 1960, Bonn 1961, S.53. Abweichend von den Angaben in den Jahrbüchern der beiden Genossenschaftsverbände gibt die amtliche Bankenstatistik die Zahl der am Jahresende 1960 bestehenden ländlichen Kreditgenossenschaften mit 10 858 und die der gewerblichen Kreditgenossenschaften mit 765 an.

2) Anm.: Es muß betont werden, daß das genossenschaftliche Kreditwesen in zwei Organisationen gespalten ist, so daß sich ländliche und gewerbliche Kreditgenossenschaften im Wettbewerb miteinander befinden. Eine Steigerung der Leistungsfähigkeit durch Zusammenlegung kleiner Kreditgenossenschaften erfolgt daher auch nur durch Fusionen zwischen Kreditgenossenschaften des gleichen Verbandes.

Organisationsschema des genossenschaftlichen Kreditwesens



gebildet. Die ländlichen und gewerblichen Kreditgenossenschaften sind in je 13 Prüfungsverbänden¹⁾ zusammengeschlossen, deren Aufgabe es ist, die angeschlossenen Genossenschaften zu betreuen und in wirtschaftlichen, rechtlichen und steuerlichen Angelegenheiten zu beraten, sowie die gemäß § 53 des Genossenschaftsgesetzes vorgeschriebene Prüfung der Genossenschaften durchzuführen und die Einhaltung der Grundsätze der Geschäfts- und Kreditpolitik der Kreditgenossenschaften zu überwachen.

Neben den Prüfungsverbänden stehen im Mittelbau der Organisation 13 ländliche und 5 gewerbliche Zentralkassen, die dem regionalen Geldausgleich und dem Zahlungsverkehr zwischen den angeschlossenen Kreditgenossenschaften und der sonstigen bankmäßigen Betreuung dienen. Sie übernehmen die Beschaffung von Geld- und Kapitalmarktmitteln und die Vermittlung und die Beratung im Wertpapiergeschäft. Kreditgeschäfte mit Nichtbanken werden insbesondere in den Fällen von den Zentralkassen vorgenommen, in denen die Höhe eines Kreditbedarfes die Möglichkeiten der angeschlossenen Kreditgenossenschaften übersteigt. Schließlich gehört die Wahrnehmung von Transaktionen im Zusammenhang mit Außenhandelsgeschäften und die Einschaltung in öffentliche Kreditaktionen zu den Funktionen der Zentralkassen.

Das Spitzeninstitut sowohl der ländlichen als auch der gewerblichen Zentralkassen ist die Deutsche Genossenschaftskasse. Während die Zentralkassen die Rechtsform einer e.G.m.b.H. oder einer AG haben, ist die Deutsche Genossenschaftskasse als Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.

1) Anm.: Bei den Prüfungsverbänden der Raiffeisenorganisation handelt es sich in allen Fällen um regionale Prüfungsverbände; von den gewerblichen Prüfungsverbänden sind 11 regionale Verbände und 2 Fachverbände: der Prüfungsverband der Post- Spar- und Darlehensvereine und der Verband der Eisenbahn-Spar- und Darlehenskassen.

Die Hauptaufgabe der Deutschen Genossenschaftskasse besteht darin, zwischen den einzelnen auf regionaler Ebene arbeitenden Zentralkassen und Genossenschaftszweigen den Geldausgleich vorzunehmen. Die regionalen Prüfungsverbände der ländlichen Kreditgenossenschaften sind im Deutschen Raiffeisenverband zusammengefaßt; die zentralen Verbandsaufgaben der gewerblichen Prüfungsverbände werden vom Deutschen Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) wahrgenommen.

b) Die Geschäftstätigkeit

Die ländlichen und gewerblichen Kreditgenossenschaften tätigen alle bankmäßigen Kredit-, Einlagen- und Dienstleistungsgeschäfte. Ausgeschlossen sind lediglich Spekulationsgeschäfte, da sie dem Charakter der Kreditgenossenschaften als Förderungsbetriebe nicht entsprechen. Der Mitgliederkreis und - im Falle des Nichtmitgliedergeschäfts - der Kundenkreis, setzt sich aus allen Bevölkerungskreisen zusammen¹⁾ Kredite werden jedoch nur an Mitglieder gewährt. Alle anderen Bankgeschäfte können auch mit Nichtmitgliedern betrieben werden.

b₁) Die Passivgeschäfte

1. Spareinlagen. Die ländlichen Kreditgenossenschaften hatten am Jahresende 1960 einen Spareinlagenbestand von rund 6,4 Mrd DM; bei den Volksbanken erreichten die Spareinlagen eine Höhe von rund 4,3 Mrd DM (vgl. Tabelle 12 und 13). Ähnlich wie bei den Sparkassen war der Anteil der

1) Über die Mitgliederstruktur der Kreditgenossenschaften siehe Voßschmidt, Theo, a.a.O., S.40 ff.

Tabelle 12:

Die Einlagen bei den ländlichen Kreditgenossenschaften

Jahres- ende	Sicht- und Termin- einlagen		Spareinlagen		Einlagen insgesamt
	Mio DM	v. H.	Mio DM	v. H.	Mio DM
1955	1.127,9	30,0	2.626,0	70,0	3.753,9
1956	1.219,7	28,0	3.001,8	71,1	4.221,5
1957 ¹⁾	1.512,5	29,5	3.620,8	70,5	5.133,3
1958	1.811,9	29,1	4.411,2	70,9	6.223,1
1959	2.135,2	28,3	5.397,7	71,7	7.532,9
1960 ²⁾	2.363,0	27,1	6.356,5	72,9	8.719,5

1) ab 31.12.1957 einschließlich Saarland.

2) Vorläufige durch Erhebung ermittelte Zahlen.

Quelle: Jahrbuch des Deutschen Raiffeisenverbandes
e.V., Bonn 1961, XIII.Jg. 1960, S.45.

Tabelle 13:

Die Einlagen bei den gewerblichen Kreditgenossenschaften

Jah- res- en- de	Sicht- einlagen		Termin- einlagen		Spar einlagen		insge- samt
	Mio DM	v. H.	Mio DM	v. H.	Mio DM	v. H.	Mio DM
1955	1.094,3	37,7	175,0	6,1	1.631,1	56,2	2.900,4
1956	1.221,1	36,6	206,7	6,2	1.907,1	57,2	3.334,9
1957	1.430,4	35,3	280,4	6,9	2.342,1	57,8	4.052,9
1958	1.690,3	34,4	330,3	6,7	2.892,6	58,9	4.913,2
1959	1.899,3	33,0	352,2	6,1	3.503,5	60,9	5.755,0
1959 ¹⁾	1.963,2	33,2	357,7	6,1	3.586,6	60,7	5.907,5
1960	2.149,0	31,5	426,8	6,2	4.257,4	62,3	6.833,2

1) einschließlich Saarland.

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank.

Spareinlagen an den gesamten Einlagen bei den Kreditgenossenschaften beider Verbände sehr hoch. Er betrug am Jahresende 1960 bei den ländlichen Kreditgenossenschaften 72,9 v.H., bei den gewerblichen 63,3 v.H. (Sparkassen 72,8 v.H.) und wird vom Jahr zu Jahr noch höher. Ein ähnlich hoher Spareinlagenanteil wird von keiner anderen Bankgruppe erreicht. Diese Zahlen zeigen sehr eindrucksvoll, welche Bedeutung der Pflege des Sparverkehrs bei den Kreditgenossenschaften zukommt.

2. Sicht- und Termineinlagen. Bei den gewerblichen Kreditgenossenschaften kommt den Sicht- und Termineinlagen größere Bedeutung zu als bei den Spar- und Darlehenskassen. Die Volksbanken verzeichnen am Jahresende 1960 einen Bestand an Sicht- und Termineinlagen von 2,6 Mrd DM, die ländlichen Kreditgenossenschaften von 2,4 Mrd DM. Ähnlich wie bei den Sparkassen überwiegt bei den gewerblichen Kreditgenossenschaften deutlich der Anteil der Sichteinlagen¹⁾. Er betrug am Jahresende 1960 bei den Volksbanken 31,5 v.H. der gesamten Einlagen, während auf die Termineinlagen nur 6,2 v.H. aller Einlagen entfielen. Aus Tabelle 13 geht hervor, daß der Prozentsatz der Sichteinlagen seit Jahren leicht sinkt, der der Termineinlagen etwa gleich bleibt.

b₂) Die Aktivgeschäfte

Die Art der von den Kreditgenossenschaften gewährten Kredite weist im Vergleich zu denen der öffentlich-rechtlichen

1) Anm.: In den Statistiken der Jahrbücher des Deutschen Raiffeisenverbandes werden Sicht- und Termineinlagen nicht getrennt ausgewiesen. Die amtliche Bankenstatistik, die nur 1479 der 10.858 ländlichen Kreditgenossenschaften erfaßt, gibt für das Jahresende 1960 die Einlagen in folgender Höhe an: Sichteinlagen 1.124,2 Mio DM, Termineinlagen 103,8 Mio DM, Spareinlagen 3.196,1 DM.

Sparkassen deutliche Unterschiede hinsichtlich der Form und Fristigkeit auf. Die Gewährung von Personalkrediten - ursprünglich als Darlehen gegen Schuldschein - spielt auch heute noch bei den Kreditgenossenschaften eine große Rolle. Diese Kreditform konnte eine solche Bedeutung erlangen, weil aufgrund des Lokalisierungsprinzips¹⁾ die kreditnehmenden Mitglieder den Verwaltungsorganen der Kreditgenossenschaft so bekannt sind, daß deren persönliche Kreditwürdigkeit einigermaßen zutreffend beurteilt werden kann. In neuerer Zeit haben der Kontokorrent- und der Wechselkredit zunehmend an Bedeutung gewonnen. Weniger umfangreich sind die durch Grundpfandrechte gesicherten Kredite. Bei größeren Kreditgenossenschaften sind schließlich auch andere im Bankverkehr übliche Kreditarten gebräuchlich, wie z.B. Lombard, Akzept- und Avalkredite.

Hinsichtlich der Fristigkeit nehmen die kurzfristigen Kredite sowohl bei den ländlichen als auch bei den gewerblichen Kreditgenossenschaften die erste Stelle ein. Bei beiden Genossenschaftszweigen beträgt der Anteil der kurzfristigen Kredite an den gesamten Ausleihungen etwa $\frac{2}{3}$ und macht damit einen wesentlich höheren Prozentsatz aus, als dies vor dem Kriege der Fall war. Im Jahre 1938 waren nur knapp die Hälfte aller Kredite kurzfristig ausgeliehen. Der Anteil der kurzfristigen Kredite sinkt jedoch seit der Währungsreform bei beiden Genossenschaftszweigen ständig (vgl. die Tabellen 14 und 15). Gleichzeitig nimmt der Anteil der langfristigen Ausleihungen als Folge einer entsprechenden Nachfrageentwicklung bei den Mitgliedern ständig zu.

Schließlich zeigt die Verteilung der Kredite auf Wirtschaftsunternehmen und Private, auf öffentliche Stellen und auf

1) Siehe hierzu: Voßschmidt, Theo, a.a.O., S.16.

Tabelle 14:

Kredite der ländlichen Kreditgenossenschaften an Nichtbanken

Jahres-ende	Debitoren		Wechsel-Kredite		Langfristige Kredite		Kredite insgesamt
	Mio DM	v.H.	Mio DM	v.H.	Mio DM	v.H.	Mio DM
1955	1.880,9	74,5	215,6	8,5	429,4	17,0	2.525,9
1956	2.135,0	73,1	218,3	7,5	568,2	19,4	2.921,5
1957 ¹⁾	2.322,4	69,7	235,6	7,1	773,3	23,2	3.331,3
1958	2.615,7	67,2	246,4	6,3	1.033,2	26,5	3.895,3
1959	3.088,5	64,4	289,4	6,0	1.416,9	29,6	4.794,8
1960 ²⁾	3.595,7	62,4	316,4	5,5	1.854,8	32,1	5.766,9

1) ab 31.12.1957 einschließlich Saarland.

2) Vorläufige durch Erhebung ermittelte Zahlen

Quelle: Jahrbuch des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V.

Bonn 1961, XIII. Jg.1960, S.45.

Tabelle 15:

Kredite der gewerblichen Kreditgenossenschaften an Nichtbanken

Jahres-ende	Kurzfristige Kredite		Mittelfristige Kredite		Langfristige Kredite		Kredite insgesamt
	Mio DM	v. H.	Mio DM	v. H.	Mio DM	v.H.	Mio DM
1955	2.017,9	72,5	218,7	7,9	546,9	19,6	2.783,5
1956	2.203,2	70,6	241,1	7,7	679,2	21,7	3.123,5
1957	2.350,8	68,8	265,0	7,8	798,3	23,4	3.414,1
1958	2.568,1	67,0	308,3	8,1	954,6	24,9	3.831,0
1959	2.927,3	64,3	413,2	9,1	1.209,3	26,6	4.549,8
1959 ¹⁾	2.973,5	64,0	444,1	9,6	1.228,0	26,4	4.645,6
1960 ¹⁾	3.412,5	62,6	524,0	9,6	1.511,9	27,8	5.448,4

1) einschließlich Saarland

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank.

Kreditinstitute bei den Kreditgenossenschaften ein wesentlich anderes Bild als bei den Sparkassen. Während bei den Sparkassen die an öffentliche Stellen ausgegebenen Kredite am Jahresende 1960 14,0 v.H. aller Sparkassenkredite ausmachten, entfiel bei den Kreditgenossenschaften jeweils nur ein minimaler Prozentsatz der Kredite auf öffentliche Stellen, nämlich 1,8 v.H. bei den gewerblichen und 3,0 v.H. bei den ländlichen Kreditgenossenschaften (vgl. Tabelle 16). Noch geringer waren die von den Kreditgenossenschaften an andere Kreditinstitute ausgelegten Kredite. Ihr Anteil betrug bei den gewerblichen 0,5 und bei den ländlichen Kreditgenossenschaften 0,1 v.H. der gesamten Kredite (Sparkassen 3,9 v.H.).

Tabelle 16:

Verteilung der Kredite am Jahresende 1960

Kredite an:	Gewerbliche Kreditgenossenschaften		Ländliche Kreditgenossenschaften ¹⁾		
	Mio DM	v.H.	Mio DM	v.H.	
Wirtschaftsunternehmen und Private	5.350,9	97,7	3.220,4	96,9	
Öffentliche Stellen	97,5	1,8	99,5	3,0	
Kreditinstitute	29,6	0,5	2,6	0,1	
Kredite insgesamt	5.478,0	100,0	3.322,5	100,0	

1) Teilerhebung bei 1479 von der amtlichen Bankstatistik erfaßten ländlichen Kreditgenossenschaften.

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank.

II. Abschnitt

Die sonstigen Kreditgeber des Mittelstandes

Um die Vollständigkeit der Untersuchung zu gewährleisten, muß im folgenden noch auf diejenigen Kreditinstitute eingegangen werden, die zwar keine ausgesprochenen "Mittelstandskreditinstitute" sind, die aber zu einem gewissen Anteil jeweils auch Kredite an mittelständische Schichten gewähren. Für die Zwecke der Untersuchung genügt es festzustellen, welche Bankengruppen hierfür in Frage kommen und welche für den Mittelstandskredit praktisch ausscheiden. Ebenso genügt es, ungefähr anzudeuten, wie groß jeweils die Bedeutung der einzelnen Institute als Kreditgeber des Mittelstandes ist.

Genaue Angaben über den jeweiligen Umfang der von ihnen gewährten Mittelstandskredite sind nicht möglich, da einmal der Begriff "Mittelstand" schwer abzugrenzen ist und zweitens von den Bankinstituten keine detaillierten Kreditnehmerstatistiken oder Zahlenangaben über die gewährten mittelständischen Kredite veröffentlicht werden. Soweit z.B. in Geschäftsberichten Angaben vorhanden sind, sind sie so allgemein gehalten, daß sie ebenfalls keine genaue Kenntnis der an mittelständische Kreditnehmer gewährten Darlehen vermitteln.

Neben Hinweisen in den Geschäftsberichten spricht vor allem ein hoher Anteil kleinerer und mittlerer Kredite für eine Kreditgewährung an mittelständische Kreise, wenn auch nicht unterstellt werden kann, daß kleinere Kredite in jedem Fall auch Mittelstandskredite sind. Untersucht man die in den Geschäftsberichten gelegentlich angegebene Verteilung der Kredite auf Größenklassen, so zeigt es sich, daß der Anteil kleinerer und mittlerer Kredite an der Gesamtzahl der Kredite und am gesamten Kreditvolumen der einzelnen

Institute umso größer ist, je niedriger die Bilanzsumme des Instituts ist. Da nur für verhältnismäßig wenige Banken Statistiken über die Aufgliederung der Kredite nach Größenklassen veröffentlicht sind, muß daher die Bilanzsumme als grober Anhaltspunkt dafür dienen, ob der Mittelstand bei diesem Bankinstitut an der Kreditnahme wesentlich beteiligt ist. In diesem Zusammenhang ist die nachfolgende Aufstellung über die Größenklassengliederung der Kreditinstitute nach Bilanzsummen von Nutzen (vgl. Tabelle 17).

I. Die Großbanken

Die drei in der Bundesrepublik bestehenden Großbanken, die Deutsche Bank AG, die Dresdner Bank AG und die Commerzbank AG, betreiben als Hauptgeschäftszweig das kurzfristige Kreditgeschäft und das Depotgeschäft. Ihre wichtigsten Kreditnehmer sind die großen industriellen Kapitalgesellschaften. Daher überwiegt volumenmäßig der Großkredit gegenüber der Kreditgewährung an mittlere und kleinere Unternehmungen.

Durch eine weitgehende Verselbständigung ihrer Filialen als Folge der Nachkriegsentwicklung und eine Ausdehnung ihres Zweigstellennetzes läßt sich jedoch in den letzten Jahren eine stärkere Pflege des Klein- und Mittelkredits feststellen. Dies dürfte ein Ergebnis der Erfahrung sein, das dem Mehr an Verwaltungsaufwand, das kleinere Kredite gegenüber Großkrediten erfordern, durch die breitere Streuung ein geringeres Risiko gegenübersteht und die kleinen Schuldner durchaus nicht die unsichersten und unliquidesten sind.

Ein Anzeichen für das zunehmende Interesse der Großbanken an kleineren Krediten ist die Aufnahme eines neuen

Geschäftszweiges in der Gewährung von "Persönlichen Kleinkrediten" im Jahre 1959. Hierbei handelt es sich um Darlehen bis zu einem Höchstbetrag von 2.000,-- DM mit einer Laufzeit von mehr als sechs Monaten bis höchstens zwei Jahren, die in gleichen Monatsraten zurückzuzahlen sind. Am Jahresende 1960 hatten die Großbanken insgesamt einen Betrag von 357,3 Mio DM in Form von Kleinkrediten ausgeliehen. Dies entspricht einem Anteil von 31,1 v.H. an den insgesamt von den westdeutschen Kreditinstituten ausgelegten Kleinkrediten (vgl. Tabelle 18).

Tabelle 18:

Kleinkredite ¹⁾ nach Bankengruppen
Jahresende 1960

Bankengruppen	Mio DM	v. H.
Kreditbanken	458,7	40,0
<u>davon:</u> Großbanken	357,3	31,2
Staats-, Regional- und		
Lokalbanken	77,9	6,8
Privatbankiers	22,2	1,9
Spezial-, Haus- und		
Branchebanken	1,3	0,1
Girozentralen	2,2	0,2
Sparkassen	488,1	42,6
Kreditgenossenschaften	197,0	17,2
<u>davon:</u> gewerbl. Kreditgenossen-		
schaften	169,3	14,8
ländliche Kreditgenossen-		
schaften	27,7	2,4
Insgesamt	1.146,0	100,0

1) Als Kleinkredite gelten alle mittelfristigen Darlehen mit vereinbarter Tilgung, deren ursprünglicher Auszahlungsbetrag 2.000,-- DM nicht übersteigt.

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank.

Da - wie bereits betont - die Kreditbanken keine Kreditnehmerstatistiken veröffentlichen, ist es nicht möglich, die Zahl der mittelständischen Kreditnehmer genau festzustellen. Einen Anhaltspunkt für die Beurteilung der Bedeutung eines Kreditinstituts für den Mittelstandskredit kann jedoch die Aufgliederung der Gesamtdebitoren nach Größenklassen geben.

Tabelle 19:

Verteilung der Kredite auf Größenklassen nach der Stückzahl bei der Dresdner Bank AG und der Deutschen Bank AG am Jahresende 1959¹⁾.

Kredite	Dresdner Bank		Deutsche Bank
	Stück	v. H.	v. H.
bis 10.000 DM	99.268	86,4	89,2
über bis 10.000 DM bis 100.000 DM	11.394	9,9	7,8
über bis 100.000 DM bis 1.000.000 DM	3.545	3,1	2,5
über 1.000.000 DM	717	0,6	0,5
insgesamt	114.924	100,0	100,0

- 1) Die Zahlen sind entnommen den Geschäftsberichten für das Jahr 1959 der Dresdner Bank AG und der Deutschen Bank AG. Angaben über die in die einzelnen Größenklassen entfallenden Beträge enthalten die Geschäftsberichte nicht.

Aus der Tabelle 19 geht hervor, daß stückzahlenmäßig die Kredite bis 10.000 DM überwiegen. Leider ist das zur Verfügung stehende Material in ungünstige Größenklassen aufgeteilt, da auch Kredite über 10.000 DM noch Kredite an die mittelständische Wirtschaft sein können.

Über den umfangmäßigen Anteil der Kredite bis 10.000 DM am gesamten Kreditvolumen der Aktiengroßbanken liegen keine Angaben vor. Er dürfte jedoch schätzungsweise unter 2 v.H. liegen.

Immerhin kann aus dem vorliegenden Material geschlossen werden, daß die Großbanken in gewissem Umfang Kredite an mittelständische Kreise geben. Jedoch sind diese Kredite sowohl im Vergleich zu den Krediten der Großbanken an andere Wirtschaftskreise, als auch im Vergleich zu dem Umfang des Kreditpotentials der eigentlichen Mittelstandsbanken unbedeutend.

II. Die Staats-, Regional- und Lokalbanken

Als Untergruppe der Kreditbanken werden in der amtlichen Bankenstatistik die Staats-, Regional- und Lokalbanken zusammengefaßt. Die Staatsbanken sind vom Staat als öffentlich-rechtliche Anstalten errichtete Kreditinstitute. Sie sind mit eigenem Kapital und mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattet. Als Eigentum des Staates betreiben sie in seinem Auftrage und in seinem Sinne Bankgeschäfte. Welche Banken im einzelnen als Staatsbanken anzusehen sind, ist in der Literatur umstritten. Hinsichtlich der Besteuerung gelten grundsätzlich alle Banken, die sich ausschließlich im Besitz des Staates befinden als Staatsbanken, ohne Rücksicht darauf, ob sie sich ausdrücklich als Staatsbanken bezeichnen¹⁾. Demzufolge werden in den Vermögenssteuer-richtlinien²⁾ im Abschnitt 109 Abs.3 folgende Banken

1) Vgl. RFH 17.5.1933 I A 124/33, RSTBl. S.973.

2) Vermögenssteuerrichtlinien für die Vermögenssteuer-Hauptveranlagung 1960 - VStR 1960 - Verwaltungsanordnung der Bundesregierung vom 27.Mai 1960 (BSTBl. 1960 I S.289.).

als Staatsbanken bezeichnet: Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung in München, Bayerische Staatsbank in München, Braunschweigische Staatsbank in Braunschweig, Hamburgische Landesbank - Girozentrale - in Hamburg, Staatliche Kreditanstalt Oldenburg/Bremen in Oldenburg und Bremen, Preußische Staatsbank (Seehandlung) in Berlin und in Hamburg, Saarländische Rediskontbank und Wirtschaftsaufbaukasse Schleswig-Holstein AG.

Die Staatsbanken dienen ihrer Bestimmung nach hauptsächlich Aufgaben staatswirtschaftlicher Art, d.h. Aufgaben, die mit dem wirtschaftlichen Eigenleben des Staates unmittelbar zusammenhängen. Hierzu zählt der gesamte Bankverkehr des Staates und seiner Anstalten, wie z.B. der Zahlungsverkehr, die Kreditgewährung an den Staat und seine Anstalten, die Mitwirkung an der Ausgabe von Anleihen des Staates und seiner Anstalten sowie die Übernahme dieser Anleihen als Ersterwerber und deren Kurspflege. Untergeordnete Bedeutung haben privatwirtschaftliche Geschäfte, die denen der Privatbanken entsprechen. Folglich ist auch die Bedeutung der Staatsbanken für die Kreditgewährung an mittelständische Kreditnehmer gering einzuschätzen.

Regional- und Lokalbanken sind Kreditinstitute, die in ihrem Tätigkeitsbereich auf einen bestimmten regionalen oder lokalen Bezirk beschränkt sind. Sie betreiben Bankgeschäfte jeder Art. Hinsichtlich ihrer Größe sind die Regional- und Lokalbanken sehr heterogen. Einige dieser Institute, wie z.B. die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, nähern sich der Größenordnung der Aktiengroßbanken, während es sich bei vielen anderen um kleinere Institute handelt.

Entsprechend unterschiedlich sind diese Kreditinstitute in ihrer Bedeutung für den Mittelstandskredit. Eingehendes Zahlenmaterial über den Umfang der an mittelständische Kreditnehmer gewährten Kredite liegt nicht vor. Annäherungs-

weise kann jedoch auch hier gesagt werden, daß sich der Umfang der Kreditgewährung an mittelständische Kreise etwa umgekehrt proportional zu der Größe der Kreditinstitute verhält. Denn je kleiner die Kreditinstitute sind, je kleiner ihr Einzugsgebiet ist, und je enger sie in ihrer Geschäftstätigkeit mit den lokalen Wirtschaftskreisen verbunden sind, desto intensiver ist auch ihre Betätigung im Mittelstandskreditgeschäft. So ist der Anteil der Mittelstandskredite am gesamten Kreditvolumen bei den großen Regionalbanken vermutlich ebenso gering wie bei den Großbanken. Die mittelgroßen Lokalbanken zählen vornehmlich mittlere Industriebetriebe - jedoch auch mittelständische Unternehmen - zu ihrer Kundschaft. Im allgemeinen kann der Mittelstand auch hier nur in geringem Maße auf die Befriedigung seiner Kreditbedürfnisse rechnen. Bei den kleineren Instituten, also bei vielen Lokalbanken, dürfte der Kundenkreis vornehmlich aus mittelständischen Schichten zusammengesetzt sein. Dies kommt rein äußerlich auch darin zum Ausdruck, daß diese Banken zum Teil für Kreditinstitute des Mittelstandes typische Firmenbezeichnungen führen, wie z.B. "Volksbank", "Mittelstandsbank", "Kreditverein", "Ver einsbank" oder "Spar- und Leihkasse".

Die Zahl der Kreditinstitute ist jedoch nur gering, so daß sie im Vergleich zu der Sparkassenorganisation und den genossenschaftlichen Instituten wenig ins Gewicht fallen. Dreißig der Lokalbanken haben eine Bilanzsumme von unter 25 Mio DM, wie sie Kreditinstituten mit überwiegend mittelständischer Kundschaft entsprechen würde. Bei weiteren 13 Banken liegt die Bilanzsumme zwischen 25 und 50 Mio DM (vgl. Tabelle 17). Die relativ geringe Bedeutung dieser Bankengruppe innerhalb der gesamten Bankwirtschaft der Bundesrepublik kommt schließlich darin zum Ausdruck, daß diese 43 kleineren Lokalbanken insgesamt einen Anteil von weniger als 1 v.H. der Bilanzsumme aller Kreditinstitute

ausmachen¹⁾).

III. Die Privatbankiers

Als Privatbankiers gelten in der Bankenstatistik der Deutschen Bundesbank "die Banken, die als Einzelfirma, offene Handelsgesellschaft oder als Kommanditgesellschaft betrieben werden, bei denen also mindestens ein Inhaber unbeschränkt haftet, die kapitalmäßige Kontrolle ausübt und das Institut aktiv leitet".²⁾ Hinsichtlich der Geschäftsstruktur und des Geschäftsumfanges ist die Gruppe der Privatbankiers sehr heterogen. Einige der Privatbankierfirmen sind ausgesprochene Universalbanken, deren Geschäftskreis das Kredit-, das Depositen-, das Effekten- sowie das Auslandsgeschäft umfaßt; andere Privatbankiers sind typische Haus- oder Branchebanken oder haben sich auf wenige oder sogar nur auf eine Geschäftssparte spezialisiert³⁾. So ist eine große Zahl von Privatbankiers vorzugsweise oder ausschließlich auf den verschiedenen Gebieten des Dienstleistungsgeschäftes tätig. Insbesondere übernehmen sie Effektenkommissionsgeschäfte, die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren, die Verwaltung von Vermögensanlagen oder Nachlässen, die Vermittlung von Beteiligungen, die Mitwirkung und Beratung bei Besitzumschichtungen, die Übernahme von Haftungen und Garantien für Dritte usw.⁴⁾.

-
- 1) Anm.: Die Gruppe der Staats-, Regional- und Lokalbanken hatte am Jahresende 1960 einen Anteil von 10,9 v.H. an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute.
 - 2) "Die Stellung der Privatbankiers im deutschen Kreditgewerbe", in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 13.Jg.1961, H.11, S.11.
 - 3) Vgl. ebenda S.11.
 - 4) Vgl. ebenda S.11.

Das Kreditgeschäft der Privatbankiers entspricht etwa dem der übrigen Kreditbanken. Das kurzfristige Kreditgeschäft dominiert mit etwa 85 v.H. aller ausgegebenen Kredite, so daß der Umfang der mittel- und langfristig ausgeliehenen Kredite vergleichsweise gering ist. Kreditnehmer sind fast ausschließlich Wirtschaftsunternehmen und Private; auf sie entfielen am Jahresende 1960 insgesamt 3843,6 Mio DM oder 94,7 v.H. aller Kredite dieser Bankengruppe. Demgegenüber sind die Kredite an öffentliche Stellen mit 2,3 Mio DM (gleich 0,1 v.H.) und an Kreditinstitute mit 212,11 Mio DM (gleich 5,2 v.H.) bedeutungslos.

Im Hinblick auf die Bedeutung der Privatbankiers für den Mittelstandskredit gilt etwa das gleiche wie für die Regional- und Lokalbanken. Die größeren Privatbankierfirmen unterscheiden sich in der Art der betriebenen Geschäfte nicht von den übrigen großen Kreditbanken¹⁾, so daß bei ihnen der Anteil der kleineren mittelständischen Kredite entsprechend gering sein dürfte. Den "kleineren" Privatbankiers kommt in bezug auf den Mittelstandskredit mehr Bedeutung zu als den größeren Firmen. Ihr Kundenkreis setzt sich weitgehend aus mittelständischen Schichten zusammen. Die Privatbankiers sind gute Kenner des lokalen Wirtschaftsbezirks und der wirtschaftlichen Verhältnisse des ländlichen und gewerblichen Mittelstandes. Dieser Einblick in die Lage der Kreditzeichnenden gestattet ihnen eine sachgemäße Beurteilung der Kreditwürdigkeit und Kreditfähigkeit ihrer Kunden.

Wie aus der Tabelle 17 hervorgeht, überwiegen zahlenmäßig die kleineren Privatbanken. Nur zwei der Privatbankierfirmen hatten am Jahresende 1960 eine Bilanzsumme zwischen 500 Mio und 1 Mrd DM, 14 lagen zwischen 100 und 500 Mio DM.

1) Kruse, Alfred: Der Mittelstandskredit, Jena 1941, S.212.

Dagegen hatten 19 der Privatbankiers nur eine Bilanzsumme von unter 500.000 DM. 13 lagen in der Größenklasse von 500.000 bis unter 1 Mio DM und 58 in der Größenklasse von 1 Mio bis unter 5 Mio DM. Somit hatten 90, also bald die Hälfte der 209 berichtenden Privatbankiers eine Bilanzsumme von unter 5 Mio DM.

Bei diesen Privatbankiers mit sehr niedriger Bilanzsumme spielt zwar die Kreditgewährung an den Mittelstand im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit eine große Rolle; aufgrund ihres geringen Geschäftsumfanges erreichen diese kleinen Kreditinstitute jedoch andererseits keinen nennenswerten Anteil am gesamten Mittelstandskreditgeschäft. Daraus ergibt sich, daß die verhältnismäßig hohe Zahl kleinster Institute das Gewicht dieser ganzen Bankengruppe mindert. Folglich kommt den 210 Privatbanken eine geringere Bedeutung für die Kreditversorgung des Mittelstandes zu, als ihrer Anzahl nach zu vermuten wäre.

IV. Die Spezial-, Haus- und Branchebanken

Als Spezialbanken gelten Kreditinstitute, die ihre Tätigkeit auf ein bestimmtes Spezialgebiet innerhalb der Bankgeschäfte oder auf bestimmte Wirtschaftszweige beschränken. Eine solche Beschränkung kann hinsichtlich der Bankgeschäfte z.B. auf den Wertpapierverkehr, die Vermögensverwaltung, auf Finanzierungen, auf Außenhandelsgeschäfte u.a.m. erfolgen¹⁾. Bei einer Spezialisierung auf einen bestimmten Wirtschaftszweig spricht man von Branchebanken. Die meisten

1) z.B.: Bankgesellschaft für Vermögensanlagen m.b.H., Frankfurt(Main);
Berliner Import- und Export-Bank AG, Berlin/
Frankfurt(Main).

der bestehenden Branchebanken haben sich auf die Land- und Forstwirtschaft sowie auf deren Erzeugnisse spezialisiert¹⁾. Bei den Haus- und Konzernbanken beschränkt sich die Geschäftstätigkeit auf einen bestimmten engen Kreis von Unternehmungen, so daß es sich praktisch um eine verselbständigte Bank- oder Finanzierungsabteilung einer bedeutenden Unternehmung oder eines Konzerns handelt²⁾.

Diese drei Arten von Spezialbanken³⁾ haben insgesamt nur eine sehr geringe quantitative Bedeutung auf dem westdeutschen Kreditmarkt. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute betrug am Jahresende 1960 nur 0,8 v.H., der Marktanteil am gesamten Kreditgeschäft 0,9 v.H. . Als Kreditgeber des Mittelstandes scheiden die Haus- und Konzernbanken völlig aus. Zu den Kunden der anderen Spezialbanken, insbesondere der Branchebanken, gehören auch mittelständische Schichten. Bei den meisten dieser Institute schließt jedoch die Eigenart ihrer Geschäftstätigkeit eine Gewährung von Mittelstandskrediten aus. Die Bedeutung der restlichen Banken für den Mittelstandskredit dürfte derartig gering sein, daß die gesamte Gruppe der Spezial-, und Branchebanken als Kreditgeber des Mittelstandes in der vorliegenden Untersuchung außer acht gelassen werden kann.

-
- 1) z.B.: Kreditbank für Gartenbau und Landwirtschaft KG a.A., Berlin-Charlottenburg;
Süddeutsche Holzwirtschaftsbank AG, München;
Viehmarktsbank der Unterweserstädte GmbH., Bremerhaven
 - 2) z.B.: Grundig-Bank GmbH., Frankfurt(Main);
Hugo Stinnes, Mülheim(Ruhr);
August Thyssen-Bank AG, Berlin
 - 3) Anm.: Spezialbanken sind außer den drei genannten Typen auch die Kreditinstitute mit Sonderaufgaben, die Teilzahlungskreditinstitute und die Postscheck- und Postsparkassenämter. Wir folgen hier jedoch der Einteilung der amtlichen Bankenstatistik, in der diese Institute getrennt ausgewiesen werden.

V. Die Teilzahlungskreditinstitute

Als letzte der Bankengruppen, die für die Kredite an den Mittelstand Bedeutung haben, sind die Teilzahlungskreditinstitute zu erwähnen. Am Jahresende 1960 bestanden in Westdeutschland 232 Teilzahlungskreditinstitute mit einer Bilanzsumme von insgesamt 3.011,2 Mio DM. Wie aus der Tabelle 17 hervorgeht, handelt es sich überwiegend um kleine Institute: 133 der 232 Teilzahlungskreditinstitute hatten eine Bilanzsumme von unter 5 Mio DM.

Wie nicht anders zu erwarten war, wurde der überwiegende Teil der im Jahre 1960 gewährten Teilzahlungskredite - nämlich etwa 80 v.H. - für langlebige Konsumgüter wie Autos, Motorräder, Fahrräder, Möbel, Rundfunk- und Fernsehgeräte usw. verwendet. Für insgesamt 789,6 Mio DM, das sind 19,1 v.H. der in diesem Zeitraum aufgenommenen Teilzahlungskredite, wurden jedoch Produktionsmittel bzw. Gebrauchsgüter mit ausschließlich gewerblichem Verwendungszweck angeschafft (vgl. Tabelle 20). Von diesem Betrag entfiel der größte Teil (10,3 v.H.) auf die Anschaffung von Lastwagen, Zugmaschinen und Anhängern, 5,6 v.H. auf Maschinen zur Erstellung von Wirtschaftsgütern (z.B. Textil- und landwirtschaftliche Maschinen) und 3,2 v.H. auf handwerkliche und berufliche Einrichtungen. Diese Angaben beweisen, daß - wenn auch nur in beschränktem Umfang - mittelständische Kreditnehmer Teilzahlungskredite zur Anschaffung von Investitionsgütern und sonstigen gewerblichen Einrichtungen benutzen.

Tabelle 20:

Verwendung und Höhe der im Jahre 1960 neu in Anspruch genommenen Teilzahlungskredite¹⁾ von Teilzahlungskreditinstituten

Verwendungszweck	Aufgenommene Teilzahlungskredite	
	Mio DM	v. H.
I. Beschaffung von Produktionsmitteln und Gebrauchsgütern mit ausschl. gewerblichem Verwendungszweck insgesamt	777,6	19,1
davon: Maschinen zur Erstellung von Wirtschaftsgütern	232,1	5,6
Lastkraftwagen, Zugmaschinen, Anhänger	425,4	10,3
handwerkliche und berufliche Einrichtungen	130,1	3,2
II. Beschaffung von sonstigen Gebrauchsgütern (Konsumgütern) insgesamt	3.326,9	80,9
Teilzahlungskredite insgesamt	4.114,5	100,0

1) Abweichend von der übrigen Kreditstatistik wird in dieser Tabelle nicht der Stand der ausstehenden Kredite zugrunde gelegt, sondern der Gesamtbetrag der im Jahre 1960 neu in Anspruch genommenen Teilzahlungskredite.

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank.

II. TEIL

Die gegenwärtige Marktstellung der einzelnen =====

Bankengruppen =====

Nach der Darstellung der Geschichte, der Organisation und der Geschäftstätigkeit der für den Mittelstandskredit relevanten Kreditinstitute, erscheint es geboten, einen kurzen Überblick über die Stellung dieser Kreditinstitute im Rahmen des westdeutschen Kreditmarktes zu geben, ehe die Problematik des Wettbewerbs zwischen den öffentlich-rechtlichen und den privaten Kreditinstituten angeschnitten wird. Dabei gilt es vor allem, die beiden für die Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft typischen Bankengruppen - die Kreditgenossenschaften und die öffentlich-rechtlichen Sparkassen - besonders hervorzuheben.

Zur Berechnung der Marktanteile der einzelnen Bankengruppen wurden hauptsächlich die in den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Statistiken und Zwischenbilanzen der Kreditinstitute herangezogen. Im Rahmen dieser monatlichen bankstatistischen Erhebungen berichten 3.792 von insgesamt 13.283 Kreditinstituten (Jahresende 1960), wobei etwa 98 v. H. des Bilanzvolumens aller Kreditinstitute im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West), erfaßt werden¹⁾. Das Zahlenmaterial über die ländlichen Kreditgenossenschaften wurde den

1) Vgl.: Statistisches Handbuch der Bank deutscher Länder.
1948 - 1954, Methodische Erläuterungen zu Teil III.

Jahrbüchern des Deutschen Raiffeisenverbandes entnommen, da von den - nach Angaben der amtlichen Bankenstatistik - am Jahresende 1960 bestehenden 10.858 ländlichen Kreditgenossenschaften¹⁾ lediglich 1.479 der Bankenstatistik berichten. Daher umfassen die vorliegenden Berechnungen insgesamt 13.153 Kreditinstitute und somit einen noch höheren Prozentsatz des Bilanzvolumens aller bestehenden Kreditinstitute als die amtliche Bankenstatistik.

I. Die Anteile der einzelnen Bankengruppen am Bilanzvolumen aller Kreditinstitute

Ein Vergleich der Bilanzsummen der verschiedenen Bankengruppen zeigt, daß die Sparkassenorganisation mit Abstand die größte Bankengruppe ist. Die Sparkassen hatten am Jahresende 1960 einen Anteil von 23,5 v.H. an dem Bilanzvolumen aller westdeutschen Kreditinstitute, die Girozentralen einen Anteil von 12,2 v.H. (vgl. Tabelle 21).

Sparkassen und Girozentralen vereinigten damit mehr als ein Drittel der Bilanzsumme des gesamten Kreditgewerbes auf sich (35,7 v.H.). Rein formal bilden die Kreditbanken mit einem Anteil von 26,0 v.H. die zweitstärkste Bankengruppe. Im Gegensatz zu den Sparkassen bestehen aber die Kreditbanken aus einer recht heterogenen Gruppe einzelner selbständiger und miteinander in Konkurrenz stehender Banken ohne einen gemeinsamen organisatorischen Rückhalt. Die genossenschaftlichen Kreditinstitute verfügen zusammen über 10,0 v.H. des gesamten Bilanzvolumens, und zwar entfallen hiervon 4,2 v.H. auf die Kreditgenossenschaften und Zentralkassen des gewerblichen und 5,8 v.H. auf die

1) Anm.: Der Raiffeisenverband gibt die Zahl der bestehenden ländlichen Kreditgenossenschaften mit 10840 an.

Tabelle 21:

Die Anteile der einzelnen Bankengruppen am Bilanzvolumen aller Kreditinstitute ¹⁾ - Jahresende 1960

Bankengruppen	Zahl der besteh-) berich- enden) tenden Institute		Bilanzsumme	
			Mio DM	v.H.
Kreditbanken	362	337	61.753,1	26,0
davon: Großbanken	6	6	28.128,7	11,8
Staats-, Regional- und Lokalbanken	89	87	25.850,2	10,9
Privatbankiers	232	209	5.952,0	2,5
Spezial-, Haus- u. Branchenbanken	35	35	1.822,2	0,8
Girozentralen	12	12	29.011,7	12,2
Sparkassen	867	866	56.031,1	23,5
Zentralkassen	18	18	5.014,3	2,1
davon: Gewerbl. Zentralkassen	5	5	1.337,3	0,6
Ländl. Zentralkassen	13	13	3.677,0	1,5
Kreditgenossenschaften	11.605	11.601	18.777,3	7,9
davon: Gewerbl. Kreditgenoss.	765	761	8.576,9	3,6
Ländl. Kreditgenoss. ²⁾	10.840	10.840	10.200,4 ³⁾	4,3
Teilzahlungskreditinst.	261	232	3.011,2	1,3
Sonstige Institute ⁴⁾	140	87	64.251,3	27,0
Insgesamt	13.265	13.153	237.850,0	100,0

1) Errechnet nach den Zwischenbilanzen der Kreditinstitute aus den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank.

2) Zahlen über die ländlichen Kreditgenossenschaften aus "Jahrbuch des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V.", 13.Jg. 1960, Bonn 1961.

3) Geschätzt.

4) Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten, Kreditinstitute mit Sonderaufgaben und Postscheck- und Postsparkassenämter.

des ländlichen Verbandes. Von den übrigen Kreditinstituten sind nur noch die Teilzahlungskreditinstitute für den Mittelstandskredit relevant. Wie gering die Bedeutung der Teilzahlungskreditinstitute jedoch ist, zeigt der Anteil von nur 1,3 v.H. an der Bilanzsumme des gesamten Kreditgewerbes.

II. Die Marktanteile im Passivgeschäft

Ebenso wie bei der Betrachtung der Bilanzsummen erweist sich die Sparkassenorganisation auch im Passivgeschäft als stärkste Bankengruppe. Am Jahresende 1960 vereinigten die Sparkassen und Girozentralen 46,2 v.H. aller Einlagen von Nichtbanken, d.h. von Privatpersonen, Wirtschaftsunternehmen und öffentlichen Stellen auf sich (vgl. Tabelle 23). Besonders auffallend ist der hohe Anteil der Sparkassen von rund 60 v.H. an den Spareinlagen bei allen westdeutschen Instituten. Damit haben auch heute noch die Sparkassen das Übergewicht in ihrem traditionellen Geschäftszweig. Aber auch an den Sicht- und Termineinlagen hatten die Sparkassen am Jahresende 1960 einen Anteil von 24,2 v.H. . Mit den Girozentralen zusammen waren es 30,9 v.H. . Dieser hohe Anteil an den Sicht- und Termineinlagen ist um so bemerkenswerter, als diese Geschäftszweige erst im Zuge der bankmäßigen Entwicklung der Sparkassen vor rund einem halben Jahrhundert eingeführt wurden.

Wiederum an zweiter Stelle steht mit 33,0 v.H. aller Einlagen die Gruppe der Kreditbanken. Jedoch anders als bei den Sparkassen, kommt bei ihnen den Sicht- und Termineinlagen weit größere Bedeutung zu als den Spareinlagen. Das Spargeschäft wurde von ihnen auch erst verhältnismäßig spät aufgenommen. Der Anteil der Kreditbanken am gesamten Sparaufkommen betrug Ende 1960 14,9 v.H., der Anteil an den Sicht- und Termineinlagen dagegen 53,0 v.H. .

Tabelle 22:

Die Einlagen von Nichtbanken am Jahresende 1960

Bankengruppen	Spar- einlagen	Sicht- u. Termin- einlagen	Einlagen insgesamt
Kreditbanken	8.402,2	27.620,8	36.023,0
davon: Großbanken	4.826,9	15.228,3	20.055,2
Staats-, Regional- u. Lokalbanken	3.026,7	9.345,0	12.371,7
Privatbankiers	526,5	2.506,7	3.033,2
Spezial-, Haus u. Branchenbanken	22,1	540,8	562,9
Girozentralen	147,4	3.510,8	3.658,2
Sparkassen	33.723,6	12.602,0	46.325,6
Zentralkassen	102,9	504,1	607,0
davon: Gewerbl. Zentralkassen	3,8	136,2	140,0
Ländl. Zentralkassen	99,1	367,9	467,0
Kreditgenossenschaften	10.613,9	4.938,8	15.552,7
davon: Gewerbl. Kreditgenossensch.	4.257,4	2.575,8	6.833,2
Ländl. Kreditgenossensch. ¹⁾	6.356,5	2.363,0	8.719,5
Postscheck- u. Post- sparkassenämter	3.273,5	1.978,8 ²⁾	5.252,3
Sonstige Institute ³⁾	10,4	917,6	928,0
Zusammen	56.273,9	52.072,9	108.346,8

1) Vorläufige, durch Erhebung ermittelte Zahlen, aus Jahrbuch des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V., 13.Jg. 1960, Bonn 1961, S.45.

2) Nur Sichteinlagen.

3) Hypothekenbanken und öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten. Kreditinstitute mit Sonderaufgaben, Teilzahlungskreditinstitute.

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank.

Tabelle 23:

Verteilung der Einlagen von Nichtbanken am Jahresende 1960
auf Bankengruppen

in v. H.

Bankengruppen	Spar- einlagen	Sicht- u. Termin- einlagen	Einlagen insgesamt
Kreditbanken	14,9	53,0	33,2
davon: Großbanken	8,6	29,2	18,5
Staats-, Regional- u. Lokalbanken	5,4	18,0	11,4
Privatbankiers	0,9	4,8	2,8
Spezial-, Haus- u. Branchebanken	0,0	1,0	0,5
Girozentralen	0,3	6,7	3,4
Sparkassen	59,9	24,2	42,8
Zentralkassen	0,2	1,0	0,5
davon: Gewerbl. Zentralkassen	0,0	0,3	0,1
Ländl. Zentralkassen	0,2	0,7	0,4
Kreditgenossenschaften	18,9	9,5	14,4
davon: Gewerbl. Kreditgenoss.	7,6	5,0	6,3
Ländl. Kreditgenoss.	11,3	4,5	8,1
Postscheck- und Postsparkas- senämter	5,8	3,8	4,8
Sonstige Institute ¹⁾	0,0	1,8	0,9
Zusammen	100,0	100,0	100,0

1) Hypothekenbanken und öffentlich-rechtliche Grundkredit-
anstalten, Kreditinstitute mit Sonderaufgaben, Teilzah-
lungskreditinstitute.

Auf den Genossenschaftssektor entfielen Ende 1960 14,9 v.H. aller Einlagen, und zwar 6,4 v.H. auf die gewerbliche und 8,5 v.H. auf die ländliche Genossenschaftsorganisation. Bemerkenswert ist der Anteil der Kreditgenossenschaften an den Spareinlagen. Mit 19,8 v.H. sind die Kreditgenossenschaften hinter den Sparkassen die zweitstärkste Bankorganisation im Spargeschäft. Erst dann folgen die Kreditbanken mit zusammen 14,9 v.H. und schließlich die Postscheck- und Postsparkassenämter mit 5,8 v.H.

III. Die Marktanteile im Aktivgeschäft

Von den gesamten Krediten an Nichtbanken waren am Jahresende 1960 23,2 v.H. von den Sparkassen und 11,8 v.H. von den Girozentralen ausgeliehen (vgl. Tabelle 24). Mit zusammen 35,0 v.H. ist damit die Sparkassenorganisation schließlich auch im Kreditgeschäft die Bankengruppe mit dem größten Marktanteil. Von dem zweiten Träger des Mittelstandskredits, den genossenschaftlichen Instituten, wurden insgesamt 8,9 v.H. der gesamten Kredite gewährt.

Auf die Kreditbanken entfielen insgesamt 26,5 v.H. aller Kredite, davon 11,4 auf die Großbanken, 11,5 v.H. auf die Staats-, Regional- und Lokalbanken, 2,7 v.H. auf die Privatbankiers und 0,9 v.H. auf die Spezial-, Haus- und Branchebanken. Die restlichen Kreditinstitute, die privaten Hypothekenbanken, die öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten, die Kreditinstitute mit Sonderaufgaben, die Teilzahlungskreditinstitute und die Postscheck- und Postsparkassenämter stellten zusammen 29,6 v.H. aller Kredite.

Betrachtet man das kurzfristige, mittelfristige und langfristige Kreditgeschäft getrennt, so zeigt es sich, daß

Tabelle 24:

Kredite an Nichtbanken Jahresende 1960¹⁾

Bankengruppen	Kurzfr. Kredite		Mittelfr. Kredite		Langfr. Kredite		Kredite insges.	
	Mio DM	v. H.	Mio DM	v. H.	Mio DM	v. H.	Mio DM	v. H.
Kreditbanken	24.847,4	57,4	4.678,9	37,9	7.674,1	9,0	37.200,4	26,5
davon: Großbanken	12.316,2	28,4	2.382,8	19,3	1.302,0	1,5	16.001,0	11,4
Staats-, Regional- u. Lokalbanken	8.456,1	19,5	1.806,1	14,6	5.815,0	6,9	16.077,2	11,5
Privatbankiers	3.242,3	7,5	304,1	2,5	299,5	0,3	3.845,9	2,7
Spezial-, Haus- u. Branchenbanken	832,8	1,9	185,9	1,5	257,6	0,3	1.276,3	0,9
Girozentralen	1.781,0	4,1	1.287,3	10,4	13.553,0	16,0	16.621,3	11,8
Sparkassen	5.960,4	13,8	2.627,2	21,3	24.039,2	28,4	32.626,8	23,2
Zentralkassen	674,6	1,5	95,1	0,8	440,4	0,5	1.210,1	0,9
davon: Gewerbl. Zentralk.	47,6	0,1	23,4	0,2	27,1	0,0	98,1	0,1
Ländl. Zentralkassen	627,0	1,4	71,7	0,6	413,3	0,5	1.112,0	0,8
Kreditgenossenschaften	7.008,2	16,2	840,4	6,8	3.366,7	4,0	11.215,3	8,0
davon: Gewerbl. Kreditgen.	3.412,5	7,9	524,0	4,2	1.511,9	1,8	5.448,4	3,9
Ländl. Kreditgen. ²⁾	3.595,7	8,3	316,4	2,6	1.854,8	2,2	5.766,9	4,1
Sonstige Institute ³⁾	3.042,8	7,0	2.823,4	22,8	35.665,5	42,1	41.531,7	29,6
Insgesamt	43.314,4	100,0	12.352,3	100,0	84.738,9	100,0	140.405,6	100,0

1) Ohne Schatzwechsel- und Wertpapierbestände.

2) Vorläufige, durch Erhebung ermittelte Zahlen, aus Jahrbuch des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V., 15. Jg. 1960, Bonn 1961, S.45.

3) Hypothekenbanken und öffentl.-rechtliche Grundkreditanstalten, Kreditinstitute mit Sonderaufgaben, Teilzahlungskreditinstitute u. Postscheck- u. Postsparkassenämter.

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank

einzelne Bankengruppen sich dieser oder jener Kreditart besonders intensiv widmen. So dominieren die Kreditbanken mit einem Marktanteil von 57,4 v.H. im kurzfristigen Kreditgeschäft¹⁾; auf die Großbanken allein entfällt ein Anteil von 28,4 v.H., auf die Staats-, Regional- und Lokalbanken entfallen 19,5 v.H. Recht hoch ist auch der Anteil von 16,2 v.H., den die Kreditgenossenschaften an den kurzfristig ausgeliehenen Krediten haben. Traditionsgemäß haben die Sparkassen ihren größten Marktanteil bei den langfristigen Krediten (28,4 v.H.); jedoch auch im kurz- und mittelfristigen Kreditgeschäft ist ihr Anteil mit 13,8 bzw. 21,3 v.H. bedeutend. Ein hoher Prozentsatz der langfristigen Kredite entfällt auf die in der Tabelle 24 unter "Sonstige Institute" stehenden Banken, was vor allem darauf zurückzuführen ist, daß hier die Hypothekendarlehen stark ins Gewicht fallen, deren Anteil 29,9 v.H. beträgt (Jahresende 1960). Weitere 10,2 v.H. der langfristigen Kredite sind von den Kreditinstituten mit Sonderaufgaben ausgelegt.

Abschließend soll noch kurz auf die Marktanteile der Bankengruppen im Hypothekarkreditgeschäft eingegangen werden. Hinter den Hypothekendarlehenbanken, deren Anteil in diesem Geschäftszweig 40,5 v.H. beträgt, haben die Sparkassen mit 33,1 v.H. einen sehr hohen Marktanteil (vgl. Tabelle 25). Sparkassen und Girozentralen übertreffen zusammen mit 43,0 v.H. sogar noch den Anteil der Hypothekendarlehenbanken. Keine bedeutende Rolle spielen dagegen die Kreditbanken (6,4 v.H.) und die genossenschaftlichen Institute (2,4 v.H.).

1) Ann.: Dieser hohe Marktanteil entspricht dem Marktanteil von 53,0 v.H. bei den Sicht- und Termineinlagen (vgl. oben Tabelle 23).

Tabelle 25:

Anteil der einzelnen Bankengruppen an
den Hypothekarkrediten¹⁾, Jahresende 1960

Bankengruppen	Mio DM	v. H.
Kreditbanken	3.250,5	6,4
Girozentralen	4.991,6	9,9
Sparkassen	16.734,1	33,1
Kreditgenossenschaften und Zentralkassen	1.215,9	2,4
Private Hypothekenbanken	9.379,6	18,5
Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	11.144,2	22,0
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben	3.840,9	7,6
Postscheck- und Post- sparkassenämter	47,5	0,1
Insgesamt	50.604,3	100,0

1) Nachrichtlich, aus Monatsberichte
der Deutschen Bundesbank.

Tabelle 26:

Übersicht über die Marktanteile der einzelnen Bankengruppen

Ende 1960

[illegible]

Aus diesem Überblick über die gegenwärtige Marktstellung der einzelnen Bankengruppen geht deutlich hervor, welche bedeutende Stellung die öffentlich-rechtlichen Sparkassen im westdeutschen Kreditgewerbe einnehmen. Die Sparkassenorganisation (Sparkassen und Girozentralen) ist sowohl nach Bilanzvolumen als nach dem Umfang der Einlagen und Kredite eindeutig die stärkste Bankengruppe (vgl. Tabelle 26). Wie nachteilig sich bei dieser quantitativen Überlegenheit etwaige Wettbewerbsvorteile der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute auf die Konkurrenten auswirken müssen, läßt sich aus dieser Übersicht bereits ermes sen.

III. TEIL

Die Problematik des Wettbewerbs zwischen

öffentlich-rechtlichen und privaten Kreditinstituten

Nach der Darstellung der geschichtlichen Entwicklung und der Wettbewerbssituation der für den Mittelstandskredit relevanten Bankorganisationen wendet sich nunmehr die Untersuchung der aktuellen Wettbewerbsproblematik zu, die weitgehend gerade auf den bisher dargestellten Tatbeständen beruht. Im folgenden wird zu untersuchen sein, welche Auswirkungen auf den Wettbewerb im Kreditwesen sich aus den oben dargelegten Maßnahmen (z.B. zur Förderung des Sparwesens) ergeben, die vom Staat in der Vergangenheit - meist ohne wettbewerbspolitische Absicht - getroffen wurden. Dabei erhebt sich die Frage, ob einige dieser Maßnahmen, die zwar der damaligen Situation angemessen waren, heute aber trotz weitgehend veränderter Verhältnisse aufrecht erhalten werden, Auswirkungen auf den Wettbewerb haben, die vom obersten Träger von Wirtschaftspolitik damals nicht beabsichtigt waren. Insbesondere ist es notwendig, diese Maßnahmen und ihre wettbewerbspolitischen Auswirkungen dahingehend zu überprüfen, ob sie mit den Wettbewerbsgrundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft zu vereinbaren sind, oder ob sie Störungen in unserem marktwirtschaftlichen System verursachen, die gegebenenfalls eine Revision dieser Maßnahmen erforderlich machen könnten.

Um derartige Feststellungen treffen zu können, ist es unumgänglich, zuvor die in der Bundesrepublik bestehende

Wirtschaftsordnung zu analysieren. Allerdings ist es nicht erforderlich, das gesamte, in allen Einzelheiten keineswegs immer eindeutig definierte System der Sozialen Marktwirtschaft darzustellen. Für die Zwecke der weiteren Untersuchung dürfte es ausreichen, die wesentlichsten Grundsätze und wirtschaftspolitischen Ziele der Sozialen Marktwirtschaft zu umreißen und die besondere Stellung des Kreditwesens in unserer Wettbewerbswirtschaft aufzuzeigen.

I. Abschnitt

Wettbewerbsordnung und Kreditwesen

I. Die Wettbewerbsgrundsätze in der Sozialen Marktwirtschaft

Die in der Sozialen Marktwirtschaft verwirklichte wirtschaftspolitische Konzeption ist eine Synthese aus Elementen der Wettbewerbswirtschaft und denen des Sozialstaates. Die Soziale Marktwirtschaft beruht auf dem Prinzip des Leistungswettbewerbs, das durch ein System beweglicher Preise Produktion und Verteilung in optimaler Weise lenken soll. Dieses Prinzip hat die Soziale Marktwirtschaft mit dem Wirtschaftssystem des laissez faire gemeinsam. Im Gegensatz zum klassischen Liberalismus, der der Auffassung war, das wirtschaftliche Geschehen führe von selbst zu einer prästabilierten Harmonie, so daß sich der Staat jeden Eingriffs zu enthalten habe, geht die Marktwirtschaftskonzeption der Sozialen Marktwirtschaft ebenso wie die des Neoliberalismus davon aus, daß eine Wettbewerbsordnung einer bewußten Steuerung bedarf. Während sich die Neoliberalen jedoch auf die Beeinflussung des Ordnungsrahmens beschränken, ist in der Sozialen Marktwirtschaft darüber hinaus auch Raum für eine aktive Prozeßpolitik.

Die Notwendigkeit eines lenkenden Eingriffs in den Wirtschaftsablauf ergibt sich daraus, daß die Voraussetzungen für das volle Wirksamwerden des Konkurrenzmechanismus, wie sie das Modell der vollkommenen Konkurrenz darlegt, in der Wirklichkeit nie gegeben sind. Die volle

Wirksamkeit des Konkurrenzmechanismus verlangt nämlich folgende Prämissen¹⁾:

- 1) Eine Vielzahl von Anbietern und Nachfragern, so daß das Verhalten des Einzelnen (d.h. der Umfang seines Angebots bzw. seiner Nachfrage) keinen Einfluß auf den Marktpreis hat;
- 2) Unendliche Teilbarkeit und Beweglichkeit sämtlicher Produktionsfaktoren;
- 3) Unendlich große Reaktionsgeschwindigkeit aller Anpassungsprozesse;
- 4) Streng rationales Verhalten aller Marktteilnehmer, d.h. die Käufer (Konsumenten) streben nach Nutzenmaximierung, die Verkäufer (Produzenten) nach Gewinnmaximierung;
- 5) Vollkommene Markttransparenz;
- 6) Das Fehlen jeglicher Präferenzen;
- 7) Keine staatlichen Eingriffe in den Wirtschaftsprozess.

Wie wenig die strengen Bedingungen dieses Denkmodells auf allen Märkten einer Volkswirtschaft gegeben sind, ist offensichtlich; ja nicht einmal ein einziger Markt läßt sich finden, der diesen Prämissen vollständig entspräche. Die Annahme des klassischen Liberalismus, der Marktautomatismus des Konkurrenzsystems führe von selbst zu einer harmonischen Ordnung, entbehrt bei den heutigen wirtschaftlichen Gegebenheiten jeder Grundlage. Will man die unbestreitbare Leistungsfähigkeit des Wettbewerbsprinzips erhalten, so ist es notwendig, den Unzulänglichkeiten dieses Systems durch eine aktive Wirtschaftspolitik zu begegnen.

1) Vgl. hierzu: Seraphim, Hans-Jürgen: Theorie der allgemeinen Volkswirtschaftspolitik, Göttingen 1955, S.26 f. und Gutenberg, Erich: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, 2.Bd., Berlin, Göttingen, Heidelberg 1955, S.150 f.

Die aktive Wirtschaftspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft hat demnach zwei Grundaufgaben:

1. Überall dort, wo sich die tatsächlichen Wettbewerbsverhältnisse der Volkswirtschaft z.B. durch ordnungspolitische Maßnahmen an die Bedingungen des Wettbewerbsmodells annähern lassen, hat der Staat für die Schaffung und Erhaltung des Wettbewerbs, und zwar des Leistungswettbewerbs zu sorgen.
2. Lassen sich wesentliche Prämissen des Wettbewerbsmodells nicht verwirklichen, so sind auf Märkten ohne ausreichenden Wettbewerb bzw. auf Märkten, auf denen der Wettbewerb unerwünschte Auswirkungen zeitigt, lenkende Eingriffe vorzunehmen, die letztlich den Einbau sozialer Sicherungen zum Ziel haben.

Bei der Durchführung dieser Aufgaben können nur die Formen der Lenkung Anwendung finden, die marktwirtschaftlichen Grundsätzen nicht widersprechen. Es sind dies die sogenannten "marktkonformen" Maßnahmen, d.h. die Maßnahmen, die den Marktmechanismus nicht aufheben. "Hierbei kann es sich einmal um Vorkehrungen handeln, welche die Marktfunktion erst ermöglichen oder eine Sicherung und Erhaltung des Marktgleichgewichtes erstreben, also um diejenigen wettbewerbspolitischen Maßnahmen, welche die volkswirtschaftlichen Leistungen der Konkurrenz zu erhalten und zu stabilisieren streben. Marktgerecht können aber auch Eingriffe sein, durch die wesentliche wirtschaftliche Daten grundlegend geändert werden, ohne daß die Auswertung dieser Fakten anders als marktwirtschaftlich erfolgt"¹⁾.

Hinsichtlich der ersten Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik, der Erhaltung und Sicherung der Marktwirtschaft,

1) Müller-Armack, Alfred: Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg 1947, S.93.

liegt es im Interesse des obersten Trägers der Wirtschaftspolitik, daß auf der Angebots- und Nachfrageseite der Märkte jeweils viele Marktbeteiligte vorhanden sind, die miteinander konkurrieren, da dies eine Voraussetzung für das störungsfreie Funktionieren des Systems darstellt. Ist die Zahl der Konkurrenten auf einem Markt zu gering, wird es nur in Ausnahmefällen gelingen, die Zahl der Anbieter und Nachfrager so zu erhöhen, daß sie sich dem Ideal des Wettbewerbsmodells nähert. In der Regel muß sich der oberste Träger der Wirtschaftspolitik damit begnügen, willkürliche Beschränkungen der Konkurrenzanzahl unmöglich zu machen, d.h. insbesondere die Bildung von Kollektivmonopolen zu verhindern (Kartellgesetz) und einen unbeschränkten Zugang zu den einzelnen Märkten zu gewährleisten (Gewerbefreiheit). Schließlich hat der Staat darauf zu achten, daß nicht Fehler der Gesetzgebung (z.B. eine nicht wirtschafts- und unternehmensneutrale Steuergesetzgebung) oder eine mangelhafte und falsche Verwirklichung der marktwirtschaftlichen Ordnung (z.B. unlauterer und ruinöser Wettbewerb) zu Konzentrationstendenzen führen.

Gewisse Möglichkeiten zur Intensivierung des Wettbewerbs hat der Staat ferner durch eine Förderung der Beweglichkeit der Produktionsfaktoren und die Verbreitung von Informationen über wirtschaftliche Tatbestände, insbesondere durch die Verbesserung der Markttransparenz.

Aber nicht nur die Intensivierung, sondern auch die Ordnung des Wettbewerbs gehört zur Aufgabe der Sicherung der Marktwirtschaft. Denn nicht Wettbewerb um jeden Preis ist das Ziel der Sozialen Marktwirtschaft, sondern Ziel ist der Leistungswettbewerb, der als stimulierende Kraft ein Höchstmaß an Produktivität bewirkt. Schädigungswettbewerb, der sich unwahrer Angaben bedient und auf falschen Kalkulationsgrundsätzen beruht, führt dagegen zu einer unerwünschten Verminderung der Zahl der Konkurrenten

und damit gerade zu einer Einschränkung des Wettbewerbs. Es ist daher eine wesentliche Aufgabe des obersten Trägers der Wirtschaftspolitik, den rechtlichen Rahmen für das wirtschaftliche Geschehen, insbesondere auf dem Gebiet des Wettbewerbsrechts zu formen, d.h. der Staat hat die Spielregeln für die wirtschaftliche Tätigkeit zu setzen und ihre Einhaltung zu überwachen (Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb).

Zur Durchsetzung des Leistungswettbewerbs gehört es ebenfalls, Ungleichheiten in den Startbedingungen der Wettbewerber im Rahmen des Möglichen zu beseitigen. Unter u n g l e i c h e n S t a r t b e d i n g u n g e n werden im folgenden Unterschiede in der jeweiligen Wettbewerbsposition verstanden, die nicht auf unterschiedlicher ökonomischer Leistungsfähigkeit beruhen, sondern auf der V e r k n ü p f u n g ö k o n o m i s c h e r u n d a u ß e r ö k o n o m i s c h e r M a c h t s t e l l u n g e n in der Hand beliebiger Wettbewerber oder auf v o n d r i t t e r S e i t e g e w ä h r t e n P r i v i l e g i e n auf der einen, bzw. v o n d r i t t e r S e i t e v e r u r s a c h t e n B e n a c h t e i l i g u n g e n auf der anderen Seite ¹⁾. In einer Vielzahl der Fälle, insbesondere in den in dieser Untersuchung zu behandelnden Fällen, handelt es sich bei solchen Privilegien oder Benachteiligungen um Ausflüsse von Maßnahmen, die der Staat selbst getroffen hat. Sind es marktkonforme Maßnahmen des obersten Trägers von Wirtschaftspolitik, die die Wettbewerbsstellung einzelner Marktteilnehmer tangieren, so können diese nicht als wett-

1) Anm.: Bei der Herstellung "gleicher Startbedingungen" handelt es sich daher immer nur um die Herstellung einer relativen Gleichheit der Startbedingungen und nicht um die Herstellung absolut gleicher Startbedingungen, da hierin auch eine Beseitigung aller Unterschiede in der ökonomischen Leistungsfähigkeit eingeschlossen wäre. Gerade das Bestehen ökonomischer Leistungsunterschiede zwingt die Wettbewerber jedoch, ständig nach einer Verbesserung ihrer eigenen Leistung zu streben.

bewerbsverzerrend angesehen werden, wenn die Wirkungen auf die Wettbewerbsposition beabsichtigt waren, d.h. wenn sie Teil einer bewußten Wirtschafts- und Sozialpolitik sind. Gehen jedoch von staatlichen Eingriffen unbeabsichtigt Einflüsse auf die Wettbewerbsposition einzelner Konkurrenten aus, so führt dies zu einer Verfälschung des Wettbewerbs, so daß es sich empfiehlt, diese Maßnahmen zu korrigieren. Da nämlich gesamtwirtschaftlich die höchste Produktivität nur durch einen unverfälschten Leistungswettbewerb erreicht wird, ist es grundsätzlich notwendig, ungleiche Startbedingungen der Wettbewerber zu beseitigen, damit der Konkurrent zum Zuge kommen kann, der optimale Leistungen erbringt und nicht der, der aufgrund von Privilegien einen Wettbewerbsvorsprung hat.

Gelingt es nicht, den Wettbewerb modellgerecht zu gestalten, weil die Zahl der Anbieter oder Nachfrager so klein ist, daß sich Oligopole oder Monopole gebildet haben, so kann eine Ergänzung des reinen Wettbewerbsprinzips durch den bewußten Ausgleich der Monopolisierungsgrade erfolgen. Durch die Bildung einer gegengewichtigen Marktmacht¹⁾ auf der bislang benachteiligten Marktseite, d.h. durch die Bildung ähnlicher Konzentrationsformen wie die der originären Machtorganisationen, kann ein Ausgleich der Marktübermacht herbeigeführt werden, der zur Wiederherstellung des Marktgleichgewichts (zumindest aber zur Herstellung eines labilen Gleichgewichts) führt. Die gegengewichtige Marktmacht übernimmt somit wettbewerbsfördernde Funktionen.

Einige Wirtschaftsbereiche weichen schließlich so stark vom Wettbewerbsmodell ab, daß hier der uneingeschränkte Wettbewerb nicht zu einem Gleichgewicht führen kann, bzw. andere unerwünschte Auswirkungen hat. So kann beispielsweise als Folge des Vordringens der fixen Kosten in der

1) Vgl. hierzu Seraphim, Hans-Jürgen, a.a.O., S.127 ff.

industriellen Fertigung ein Versagen des Marktmechanismus eintreten, wenn Großbetriebe mit hohem Fixkostenanteil - ohne die optimale Betriebsausnutzung zu erreichen - bei andauernder Kostendegression wegen des Wettbewerbs der meist oligopolitischen Konkurrenten zu Grenzkosten anbieten¹⁾. Dieser Preis erlaubt keine Deckung der fixen Kosten und läßt daher die ganze Produktion unrentabel werden. Eine solche Kostengestaltung ist typisch für sog. Versorgungsbetriebe (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke) und Verkehrsbetriebe (z.B. Eisenbahn, Straßenbahn, Binnenschifffahrt). Der freie Wettbewerb führt auf diesen Märkten nicht zu einem Preisgleichgewicht, sondern artet unter den dargestellten Bedingungen leicht zu einem Schädigungswettbewerb aus. Die Konsequenz ist die Einführung der staatlichen Tarifoheit oder die Übernahme in öffentliche Regie.

Ein teilweises Versagen des Preismechanismus zeigt sich auch bei der Agrarpreisbildung²⁾. Ein Sinken des Preises führt hier nicht automatisch zu einer Einschränkung des Angebots und damit zu einem Stillstand der Preissenkungstendenz. Ganz im Gegenteil kann sogar eine Steigerung der Angebotsmenge erfolgen, um die Preiseinbuße durch gesteigertes Angebot einzuholen und das Einkommen des bäuerlichen Betriebes zu halten³⁾. Dadurch wird jedoch infolge dieser sogenannten inversen Preiselastizität des Angebots die Preissenkungstendenz nur noch weiter verschärft. Hinzu kommt in der Agrarwirtschaft die Unsicherheit über die Höhe der zu erwartenden Ernteerträge,

1) Vgl. Müller-Armack, Alfred, a.a.O., S.98 f.

2) Vgl. ebenda S.100 f. und Wittmann, Walter: Die Agrarpreisbildung, Freiburg (Schweiz) 1960, S.62 ff.

3) Vgl. hierzu Aschhoff, Gunther: Agrarpolitik und landwirtschaftliche Genossenschaften in der EWG, Quellen und Studien des Instituts für Genossenschaftswesen an der Universität Münster, Karlsruhe 1961, S.63.

sowie die schlechte Lagerfähigkeit der Agrarprodukte, die eine Anpassung des Angebots an die Nachfrage erschweren¹⁾. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit einer gewissen Marktstabilisierung durch eine Preisregelung im Agrarbereich. Diese darf allerdings nicht dazu führen, daß der Leistungswettbewerb unwirksam wird.

Schließlich gehört auch der Bankensektor zu den Wirtschaftsbereichen, in denen ein unregelmäßiger und uneingeschränkter Wettbewerb zu Störungen führt, die sich wegen der zentralen Bedeutung des Kreditgewerbes auf die gesamte Wirtschaft auswirken. Auf die besondere Stellung des Bankgewerbes in der Sozialen Marktwirtschaft soll daher im nächsten Abschnitt noch genauer eingegangen werden.

Selbst bei voller Wirksamkeit des Wettbewerbsmechanismus führt dieser in sozialer Beziehung nicht zwangsläufig zu einer befriedigenden Ordnung. Denn nur die konkurrenzfähigen Wettbewerber sind imstande, sich den ihrer Leistung entsprechenden Anteil am Sozialprodukt zu sichern. Sind die Menschen aufgrund ihres Alters, ihres Gesundheitszustandes oder ihres Geschlechts nicht in der Lage, mit anderen zu konkurrieren, so bietet ihnen eine Marktwirtschaft nach dem Prinzip des laissez faire keine Möglichkeit, sich in ausreichendem Maße Kaufkraft zu verschaffen. Auch bei einem idealen Ablauf des Konkurrenzmechanismus ist also bereits der Einbau sozialer Sicherungen notwendig (Arbeitslosenversicherung, Altersversorgung usw.).

Eine weitere wichtige soziale Aufgabe der Sozialen Marktwirtschaft besteht in der Erhaltung und Förderung der mittelständischen Wirtschaft. Im System einer reinen

1) Vgl. hierzu Aschhoff, Gunther, a.a.O., S.62.

Marktwirtschaft sind keine Sicherungen dagegen vorgesehen, daß der Wettbewerb zu einer sozial unerwünschten Gesellschaftsstruktur oder zu anderen sozialen Störungen führt¹⁾. Die marktwirtschaftliche Ordnung verhält sich grundsätzlich zu der Frage der Betriebsgröße völlig neutral. "Diejenige Zahl von Betrieben und diejenige Größe und Struktur von Betrieben soll sich durchsetzen, die nach dem jeweiligen Stand der Technik, der Organisationskunst, der Besonderheit der Erzeugnisse, der Standorte, der Marktstruktur und aller übrigen Daten kostenmäßig die optimale ist"²⁾. Die marktwirtschaftliche Ordnung präjudiziert also keineswegs eine großbetriebliche kapitalistische Betriebsverfassung. Dennoch zeigt die Vergangenheit ein Vordringen der Großbetriebe, durch das die Klein- und Mittelbetriebe in die Defensive gedrängt wurden. Die Hauptursache hierfür dürfte in der Entwicklung der maschinellen Technik zu suchen sein, die anfänglich technische Leistungsfähigkeit nur in Form verhältnismäßig großer Aggregate zu bauen wußte³⁾. Erst später, infolge der Erfindung des Elektro- und des Gasmotors, konnte durch die Schaffung kleiner Maschinenaggregate die Mechanisierung der Klein- und Mittelbetriebe durchgeführt werden, wodurch deren Wettbewerbsfähigkeit gesichert wurde. Zwar hatte das Vordringen der Großbetriebe starke Strukturveränderungen im mittelständischen Gewerbe zur Folge, die vor allem von der marxistischen Theorie vorausgesagte Verdrängung des Mittelstandes blieb jedoch aus.

Tatsächlich gibt es nämlich Wirtschaftsbereiche, in denen mittelständische Betriebe dem Großbetrieb ökonomisch

1) Vgl. Böhm, Franz: Die Bedeutung des Mittelstandes und die Ursachen seiner Gefährdung, in: Rüstow, Alexander (Hrsg.): Der mittelständische Unternehmer in der Sozialen Marktwirtschaft, Ludwigsburg 1956, S.12.

2) Vgl. ebenda, S.12.

3) Vgl. Müller-Armack, Alfred, a.a.O., S.123.

überlegen sind. Es sind diejenigen Bereiche, in denen es auf individuelle Leistung und Orientierung nach dem Konsum ankommt und wo deshalb eine Massenfertigung nicht möglich ist, so daß bei steigender Ausbringung keine Kostendegression erreicht werden kann.¹⁾

Erste Aufgabe der Mittelstandspolitik muß es daher sein, dem mittelständischen Betrieb überall dort die Möglichkeit zu geben, sich im Wettbewerb gegen den Großbetrieb zu behaupten, wo der Klein- und Mittelbetrieb eine ökonomische Leistungsüberlegenheit für sich verbuchen kann. Hierzu ist es notwendig, alle Konzentrationsanreize auszuscheiden, die auf außerökonomischen Faktoren beruhen. Zum Teil handelt es sich hier um Maßnahmen und Bestimmungen aus der Zeit der Lenkungswirtschaft, die bis heute wirksam sind. Solche Konzentrationsfördernden Effekte gehen z.B. aus von äußeren Faktoren der Kreditorganisation, der staatlichen Auftragsgesetzgebung und der Steuerpolitik (insbesondere von der Umsatzsteuer) und haben jahrzehntelang die Tendenz zum Großbetrieb über das technisch notwendige Maß hinaus gefördert²⁾. "Es besteht daher kein Anlaß, die sich in der Marktwirtschaft herausstellende Betriebsstruktur als endgültig hinzunehmen. So wie in ihr Resultate der bisherigen Wirtschaftspolitik und zufällige Organisationsfaktoren stecken, schließt die Marktwirtschaft es keineswegs aus, daß sich mit ihr eine durchaus bewußte Beeinflussung der Betriebsformen verbindet"³⁾.

Grundsätzlich muß die Wettbewerbsordnung die ökonomischen Notwendigkeiten der Betriebsgrößengestaltung beachten. Wo ein Großbetrieb leistungsgemäß eindeutig überlegen ist, kann er daher nicht aus sozialen Erwägungen durch mittelständische Betriebe ersetzt werden. Die rein wirt-

1) Vgl. Müller-Armack, Alfred, a.a.O., S.122.

2) Vgl. ebenda, S.128.

3) Ebenda, S.123.

schaftliche und überdies nicht einmal unbestrittene Überlegenheit des Großbetriebes kann aber auch kein hinlängliches Argument sein, die sozialen Nachteile einfach in Kauf zu nehmen. Auch wenn das Prinzip der Leistungsüberlegenheit anerkannt wird, bleibt für eine ausgeglichene Beeinflussung der Betriebsgrößen noch ein erheblicher Spielraum, um im Rahmen des marktwirtschaftlich Zulässigen eine sozial günstige Betriebsstreuung anzubahnen.¹⁾

Ein ungehindertes Anwachsen der Großbetriebe und eine ständige Konzentrationstendenz führen letztenendes zu einer Aushöhlung der Marktwirtschaft selbst. Denn wie oben gezeigt wurde, ist die Existenz einer Vielzahl kleiner und mittlerer Betriebe eine lebensnotwendige Voraussetzung für das Funktionieren eines Wettbewerbsystems. Der besondere Schutz und die Förderung dieser Betriebe erweist sich daher schon aus Gründen der Erhaltung des Wettbewerbs als unbedingt notwendig.

II. Die besondere Stellung des Kreditwesens im System der Marktwirtschaft

Das Kreditwesen ist einer der Wirtschaftsbereiche, in denen lenkende Eingriffe des Staates wegen des Versagens des Wettbewerbsmechanismus unumgänglich sind. Bei der oligopolistischen Marktstruktur des Kreditgewerbes führt der Wettbewerb nicht zu einem Marktgleichgewicht.²⁾ Auf den lokalen Märkten stehen sich jeweils nur wenige Kreditinstitute im Wettbewerb gegenüber, so daß jeder der Konkurrenten über einen so großen Marktanteil verfügt, daß er durch sein Verhalten das Marktgeschehen maßgeb-

1) Vgl. Müller-Armack, Alfred, a.a.O., S.123.

2) Siehe hierzu: Stackelberg, Heinrich von: Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, 2.Aufl., Tübingen und Zürich 1951, S.206 ff.

lich beeinflussen kann. So muß er z.B. bei seiner Preisgestaltung nicht nur mit bestimmten Reaktionen der Marktgegenseite sondern auch der Wettbewerber rechnen. Versucht bei einer oligopolistischen Marktform einer der Wettbewerber, seine Konkurrenten zu unterbieten, bricht ein äußerst scharfer Konkurrenzkampf aus, der leicht ruinöse Formen annimmt. Bei dem Versuch, sich gegenseitig vom Markt zu verdrängen, scheuen sich die Oligopolisten nicht, den Preis vorübergehend auch unter die gesamten Stückkosten sinken zu lassen.

Ein solcher ruinöser Konkurrenzkampf im Kreditgewerbe ist für die gesamte Wirtschaft untragbar. Ein Wettbewerb der Banken untereinander in der Kreditgewährung, der über die Zinssätze, Provisionen und Nebenleistung hinaus sich z.B. auf die Sicherheiten erstreckt, indem in diesem Punkte die Anforderungen herabgesetzt werden, führt zu einer unvertretbaren Kreditausweitung, zu einem Ansteigen des Risikos und schließlich zu Bank-Fallissements. Gerade die Gefahr von Bankzusammenbrüchen und die sich hieraus ergebenden schweren Störungen für die Gesamtwirtschaft lassen die uneingeschränkte Anwendung des Konkurrenzautomatismus nicht zu.

Das bedeutet nicht, daß nicht auch einmal der Zusammenbruch einer Bank hingenommen werden kann und sogar im Interesse einer rationalen Gestaltung des Bankapparates zugelassen werden muß. Denn die Spielregeln der Wettbewerbsauslese sind auch im Bankwesen anwendbar und werden tatsächlich praktiziert, so daß einzelne unrentable Betriebe ausgeschaltet werden¹⁾²⁾. Falls es sich um solche

1) Vgl. Schreihage, Heinrich (I): Wettbewerb und Wettbewerbsbeschränkung im Kreditgewerbe, in: Z.f.d.g.K., 1960, Heft 1, S.15 und Muthesius, Volkmar, a.a.O., S.109.

2) Anm.: Die Wettbewerbsauslese erstreckt sich allerdings nicht auf öffentlich-rechtliche Bankinstitute, da in diesem Fall die Gewährsträger für den Schaden aufkommen und die Bank aus Steuergeldern gestützt wird.

Einzelfälle handelt, lassen sich deren Auswirkungen leicht lokalisieren. In der Regel kommt es zu einer Übernahme der in Schwierigkeiten geratenen Bank durch einen stärkeren Konkurrenten oder die wichtigsten Institute an dem betreffenden Bankplatz finden sich zu einer Solidaritätsaktion zusammen und garantieren mindestens den kleinen Einlegern den Bestand ihrer Forderungen. Der Zusammenbruch einer Bank muß also nicht um jeden Preis verhindert werden, wenn es sich um einen Einzelfall handelt und sich die Auswirkungen lokalisieren lassen.

Häufen sich jedoch Zusammenbrüche von Banken, so kann dies wegen der zentralen Bedeutung des Kreditgewerbes für die gesamte Volkswirtschaft schwere gesamtwirtschaftliche Schäden anrichten. Es liegt daher im öffentlichen Interesse, daß Insolvenzen im Kreditgewerbe nach Möglichkeit vermieden werden und das Vertrauen in die Sicherheit der Banken erhalten wird. Da die Gefahr von Fallissements bei der oligopolistischen Marktstruktur im Kreditgewerbe durch einen unbeschränkten Wettbewerb erhöht wird, ist es nicht nur gerechtfertigt, sondern sogar geboten, gewisse Grenzen für die Konkurrenz festzulegen¹⁾. "In einer grundsätzlich auf dem marktpolitischen Prinzip beruhenden Ordnung sind solche Einschränkungen des Wettbewerbs jedoch nur in dem Umfang vertretbar, in dem sie zur Abwendung der allgemeinwirtschaftlichen Nachteile notwendig sind. Sie dürfen deshalb nur unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten vorgenommen werden".²⁾

Im Kreditgewerbe wird die Tendenz zu einer ruinösen Konkurrenz noch durch einen weiteren Tatbestand verstärkt: Während bei der gewerblichen Erzeugung die Preisbildung

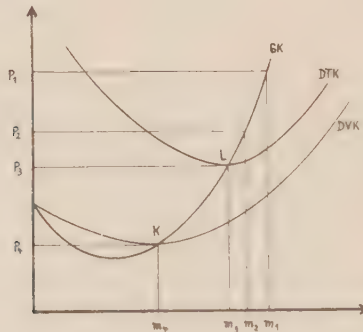
1) Vgl. Schreihage, Heinrich (I), a.a.O., S.15.

2) Ebenda, S.15.

in Form der gesamten Stückkosten¹⁾ eine regulierende Untergrenze aufweist, unter die der Preis nicht fallen

- 1) Anm.: Die (langfristige) Preisuntergrenze wird durch das Minimum der gesamten Stückkosten gebildet (vgl. Schaubild 3: Schnittpunkt L der Kurve der Grenzkosten und der durchschnittlichen Gesamtkosten). Sinkt der Preis unter diese Grenze, arbeitet die Unternehmung

Schaubild 3:



GK	Grenzkosten
DTK	Gesamte Stückkosten
DVK	Durchschnittliche variable Kosten

mit Verlust, so daß sie (langfristig) aus dem Markt ausscheidet. Das schließt nicht aus, daß es für eine Unternehmung sinnvoll ist, (kurzfristig) weiter zu produzieren, so lange der Preis noch über den durchschnittlichen variablen Kosten liegt, da auf diese Weise die fixen Kosten wenigstens zu einem Teil gedeckt werden können, so daß ein geringerer Verlust entsteht als bei einer Einstellung der Produktion. Erst wenn der Preis (p_4) das Minimum der durchschnittlichen variablen Kosten erreicht (K = Produktionsschwelle), scheidet die Unternehmung auch bei kurzfristiger Betrachtung aus dem Markt aus.

Vgl. hierzu Schneider, Erich: Einführung in die Wirtschaftstheorie, II. Teil, Wirtschaftspläne und wirtschaftliches Gleichgewicht in der Verkehrswirtschaft, 7. Aufl., Tübingen 1961, S.123 und Stackelberg, Heinrich von, a.a.O., S.55 ff.

kann, ohne eine entsprechende Einschränkung der Angebotsmenge¹⁾ und damit eine Preisauftriebstendenz auszulösen, gibt es für den Zins als Preis des Kredits auf der Angebotsseite keine feste Untergrenze, da eine Ausweitung der Kreditgewährung durch Kreditschöpfung keinen den Produktionskosten der gewerblichen Wirtschaft vergleichbaren Aufwand erfordert²⁾. Damit fehlt der Zinsbildung eine wesentliche Voraussetzung für eine sich konkurrenzwirtschaftlich regelnde Automatik, die der Gefahr entgegenwirken könnte, daß eine Kreditexpansion eine übermäßige Steigerung des Geldumlaufs hervorruft.

Dieses Versagen der Preismechanik macht eine zentrale Steuerung der Zinssätze und der Kreditmenge unumgänglich, um das Gleichgewicht zwischen der Geldmenge und der Menge der verfügbaren Güter und Dienstleistungen herzustellen und aufrecht zu erhalten. Die Manipulierung der Geldmenge bietet gleichzeitig die Möglichkeit zu einer aktiven Währungs- und Konjunkturpolitik. Für diese Aufgaben stehen der Zentralbank die kreditpolitischen Instrumente der Diskontpolitik, der Offenmarktpolitik und der Mindestreservenpolitik zur Verfügung, sowie die Mittel der Rediskontkontingente und der Kreditrichtsätze. Dabei erfolgt auf dem Bankensektor insofern eine Einschränkung des Wettbewerbs, als sich Angebot und Nachfrage nur noch innerhalb der von der Notenbank gesetzten Grenzen frei entfalten können³⁾. Für die Kreditinstitute bedeutet dies, daß ihre Betätigungsfrei-

1) Anm.: Eine Einschränkung des Angebots erfolgt nicht nur durch das Ausscheiden der Grenzproduzenten. Nach der Preistheorie wird im Bereich steigender Grenzkosten bereits das Angebot eingeschränkt, wenn der Preis sinkt. (Vgl. Schaubild 3: sinkt der Preis von p_1 auf p_2 , geht die angebotene Menge von m_1 auf m_2 zurück).

2) Vgl. Müller-Armack, Alfred, a.a.O., S.102.

3) Anm.: Über die Maßnahmen und Anordnungen, die eine Wettbewerbsbeschränkung bewirken vgl. unten: "Die Regelung des Wettbewerbs im Kreditwesen durch die generellen Rechtsvorschriften des Kreditwesengesetzes".

heit und ihre Gewinnchancen aus gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen in einem Umfang beschnitten werden, wie es bei keinem anderen Wirtschaftszweig geschieht. Andererseits nehmen die getroffenen Maßnahmen auch Rücksicht auf eine gewisse Sicherung der Rentabilität der Banken¹⁾.

Innerhalb der durch die Währungs- und Konjunkturpolitik gesetzten Grenzen behalten die oben abgeleiteten marktwirtschaftlichen Wettbewerbsregeln ihre Gültigkeit. Dies gilt insbesondere für den Grundsatz des fairen Leistungswettbewerbs und den damit eingeschlossenen Grundsatz der relativen Gleichheit der Startbedingungen. Gerade der Grundsatz der gleichen Startbedingungen gewinnt auf dem Banksektor besondere Bedeutung, da sich hier die privaten Banken einem Übergewicht öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute im Wettbewerb gegenübersehen. Es ist daher besonders wichtig, daß Startgleichheit besteht zwischen den privaten und den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten, die sowohl Sonderaufgaben auszuführen haben, als auch mit Sonderrechten ausgestattet sind.

Es erscheint daher angebracht, an dieser Stelle kurz auf die Stellung der staatlichen Betriebe in der Marktwirtschaft einzugehen. Denn nur soweit es sich um öffentliche Unternehmungen handelt, die hoheitliche Aufgaben des Staates durchführen und nicht mit privaten Betrieben in Konkurrenzbeziehungen stehen (z.B. die Zentralbank), können auch keine Wettbewerbsprobleme auftreten. Stehen jedoch Staatsbetriebe mit Privatunternehmen im Wettbewerb, so müssen sich die staatlichen Betriebe den gleichen marktwirtschaftlichen Wettbewerbsgrundsätzen unterwerfen, die für die Privatwirtschaft gelten, da sonst eine Verzerrung der Wettbewerbsbedin-

1) Anm.: Dies wird besonders deutlich beim Habenzinsabkommen. Vgl. unten S. 119.

gungen eintreten würde. "So ist es in bezug auf die Wirtschaftsrechnung erforderlich, die öffentlichen Betriebe in der Besteuerung und Zinsbelastung den gleichen Lasten auszusetzen wie die mit ihnen konkurrierenden Betriebe, es sei denn, die Steuer- und Kreditbevorzugung wäre ein unmittelbarer Ausgleich für bestimmte wirtschaftspolitische Aufgaben. Eine derartige marktwirtschaftliche Einpassung schließt keineswegs die Erfüllung wichtiger wirtschaftspolitischer Aufgaben aus"¹⁾. Nur wenn Staatsbetriebe wirtschafts- oder sozialpolitische Aufgaben übernehmen, die von der Privatwirtschaft nicht ausgeführt werden können, dürfen die hierdurch entstehenden Belastungen z.B. durch entsprechende Steuerbegünstigungen ausgeglichen werden²⁾. Dienen Staatsbetriebe jedoch nicht wirtschaftspolitischen Aufgaben, müssen an sie die gleichen Anforderungen gestellt werden, wie an ihre privatwirtschaftlichen Wettbewerber. "Unverträglich jedoch mit der Marktwirtschaft ist ein Betriebsverhalten der öffentlichen Hand, das etwa bei der Preisgestaltung sich wettbewerbsfähig erhält durch einen Verzicht auf notwendige Kostenelemente ... Eine durch Steuer-, Kapital- und Zinsverzicht rentabel gemachte staatliche Produktion kann vom Wettbewerbsmechanismus ebenso wenig assimiliert werden wie der Wettbewerb eines privaten Konkurrenten, der sich durch Nichtzahlen seiner Steuern und Schulden rentabel macht"³⁾.

1) Müller-Armack, Alfred, a.a.O., S.126.

2) Anm.: Analog gilt dies auch für Privatunternehmen, die solche wirtschafts- oder sozialpolitischen Aufgaben erfüllen.

3) Müller-Armack, Alfred, a.a.O., S.126.

II. Abschnitt

Die Einflußnahme des Staates auf den Wettbewerb im Kreditwesen

Wurde im vorigen Abschnitt versucht, die wirtschaftspolitische Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft und insbesondere die auf dem Bankensektor geltenden Wettbewerbsgrundsätze zu umreißen, um gewissermaßen ein Leitbild für die Wettbewerbsordnung auf dem Kreditsektor zu liefern, so sollen in diesem Abschnitt die gültigen Rechtsnormen analysiert werden, soweit sie in irgendeiner Form auf den Wettbewerb der Kreditinstitute in der Bundesrepublik einwirken. Die hier relevanten Rechtsnormen werden in der folgenden Untersuchung in zwei Gruppen aufgeteilt, und zwar erstens in generelle Rechtsvorschriften, worunter diejenigen Rechtsnormen verstanden werden sollen, die alle Kreditinstitute betreffen, sowie zweitens in spezielle Rechtsvorschriften, d.h. Rechtsnormen, die nur für bestimmte Bankengruppen gelten. Im großen und ganzen kann gesagt werden, daß es sich bei der ersten Gruppe um Rechtsvorschriften und staatliche Maßnahmen handelt, die zu einer Ordnung des Wettbewerbs führen sollen. Dagegen handelt es sich bei der zweiten Gruppe in der überwiegenden Zahl der Fälle um Rechtsvorschriften, mit denen kein ordnender Eingriff in den Wettbewerb beabsichtigt war, sondern die - aus anderen Gründen erlassen - nur (unbeabsichtigte) Sekundärwirkungen auf den Wettbewerb haben.

Im Vordergrund der Untersuchung steht jeweils die Frage, ob sich aus einigen der betreffenden Rechtsnormen Wettbewerbsungleichheiten ergeben könnten.

A. Die Regelung des Wettbewerbs im Kreditwesen durch die generellen Rechtsvorschriften des Kreditwesengesetzes

Die staatliche Wettbewerbsregelung des Kreditsektors durch generelle - also alle Kreditinstitute betreffende Rechtsvorschriften erfolgt sowohl durch Vorschriften, die alle Wirtschaftszweige, also auch das Kreditwesen betreffen, als auch durch solche Bestimmungen, die lediglich auf dem Kreditsektor eine Ordnung des Wettbewerbs herbeiführen sollen und dabei in der Regel dem Wettbewerb der Kreditinstitute zusätzliche Beschränkungen auferlegen.

Dem Zweck dieser Untersuchung entsprechend, sind die für alle Wirtschaftszweige gleichmäßig geltenden Rechtsvorschriften in diesem Zusammenhang weniger bedeutsam. Erwähnt seien nur das "Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb" vom 7.6.1909 (BGBl. I, S.499), von dem hauptsächlich die Generalklausel des § 1 interessiert ¹⁾ und das "Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen" vom 27.7.1957 (BGBl. I, Nr. 41 vom 9.8.1957, S.1081), das die Einschränkung des Wettbewerbs im Kreditwesen über das vom Gesetzgeber beabsichtigte Maß hinaus verhindert.

Die Grundlage für die gesetzliche Regelung des Wettbewerbs im Kreditwesen bildet das Gesetz über das Kreditwesen (KWG). Das erste, im Jahre 1934 erlassene Kreditwesengesetz wurde auf Grund der Erfahrungen aus der Bankenkrise von 1931 in seinen Grundzügen schon

1) § 1 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb lautet: "Wer im geschäftlichen Verkehr zu Zwecken des Wettbewerbs Handlungen vornimmt, die gegen die guten Sitten verstoßen, kann auf Unterlassung und Schadenersatz in Anspruch genommen werden".

vor 1933 konzipiert und war dementsprechend noch auf die Stellung der Kreditinstitute in der freien Wirtschaft zugeschnitten¹⁾. Aus diesem Grunde konnte das Kreditwesengesetz vom 25. September 1939²⁾ in der Nachkriegszeit bis zur Ausarbeitung einer neuen Fassung im großen und ganzen unverändert beibehalten werden. Das neue, am 15. Juli 1961 verkündete Kreditwesengesetz³⁾ 4) knüpft vielfach an den Vorschriften des alten KWG an. Es enthält in den Grundzügen keine umwälzenden Neuerungen, sondern strebt lediglich eine organische Fortbildung des bisherigen Rechtszustandes an, indem die aufgrund der neueren Entwicklungen gemachten Erfahrungen verwertet werden. Das neue Gesetz soll, wie in § 63 vorgesehen, am 1. Januar 1962 in Kraft treten.

Das KWG - und zwar sowohl das alte, als auch das neue - steckt den Ordnungsrahmen, in dem sich der Wettbewerb auf dem Kreditsektor abwickeln soll. Ziel dieses Gesetzes ist es, neben der Erhaltung der Währungsstabilität die Funktionsfähigkeit des Kreditapparates zu wahren und die Gläubiger der Kreditinstitute nach Möglichkeit vor Verlusten zu schützen. Im öffentlichen Interesse wird daher das privatwirtschaftliche Verhalten der Kreditinstitute durch die vom Gesetzgeber erlassenen Ordnungsmaßnahmen eingeengt. Die Bestimmungen zielen aus diesen Gründen z.T. sowohl auf eine Beschränkung als auch auf eine Regelung der Formen und Methoden des Wettbewerbs ab.

-
- 1) vgl.: "Das neue Kreditwesengesetz", in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, August 1961, 13. Jg., Nr. 8, S.3.
 - 2) Gesetz über das Kreditwesen vom 25. September 1939 (RGBl. I, S.1955) in der Fassung der Verordnungen vom 23. Juli 1940 (RGBl. I, S.1047) und 18. September 1944 (RGBl. I, S.211).
 - 3) Gesetz über das Kreditwesen vom 10. Juli 1961 (BGBl. I, S.881).
 - 4) Anm.: Zur Unterscheidung wird im folgenden das KWG vom 25. September 1939 als das "alte" KWG oder als das "KWG 1939" bezeichnet und das Kreditwesengesetz vom 10. Juli 1961 als das "neue" KWG oder als "KWG 1961".

Zur Durchführung dieser Aufgaben hat der Gesetzgeber im KWG hauptsächlich zwei Maßnahmen ergriffen, und zwar

1. die staatliche Aufsicht über das Kreditwesen, durch die die Einhaltung der Vorschriften des KWG überwacht werden, und
2. die Regelung der Konditionen und der Werbung, die im alten KWG gemäß § 36 durch die Abkommen der Spitzenverbände der Kreditinstitute erfolgte und im neuen KWG gemäß § 23 durch Rechtsverordnungen durchgeführt wird, vor deren Erlaß die Spitzenverbände der Kreditinstitute gehört werden.

I. Die Bankenaufsicht

Im vorigen Abschnitt wurde bei der Erörterung der Wettbewerbsgrundsätze in der Sozialen Marktwirtschaft darauf hingewiesen, daß die Banken in der modernen Volkswirtschaft eine wichtige Schlüsselstellung einnehmen, da sie einen erheblichen Teil des Volksvermögens verwalten. Schwierigkeiten und Zusammenbrüche von Banken führen leicht zu Erschütterungen im Kreditwesen, die wegen dieser zentralen Bedeutung des Kreditwesens für die Gesamtwirtschaft, wegen der engen Verknüpfung des Banksystems mit der Währungsordnung und infolge der hohen Vertrauensempfindlichkeit der Kreditinstitute nachteilige Auswirkungen auf das gesamte Wirtschaftsleben haben. Es liegt deshalb im allgemeinen Interesse, einen störungsfrei arbeitenden und leistungsfähigen Bankenapparat aufrechtzuerhalten.

Zusammenbrüche von Banken waren auch der Anlaß für die Forderung nach einer staatlichen Aufsicht über das Bank-

wesen. Sie sollte auftretenden Funktionsfehlern im Kreditwesen begegnen, um die Gesamtwirtschaft vor Schäden zu schützen und die Gläubiger der einzelnen Institute nach Möglichkeit vor Verlusten zu bewahren. Allerdings können Verluste und Insolvenzen bei Kreditinstituten auch durch eine noch so intensive Bankenaufsicht nicht mit absoluter Sicherheit ausgeschlossen werden. Immerhin ist aber eine Bankenaufsicht in der Lage, auftretende Schwierigkeiten zu lokalisieren und größere Schäden zu verhindern.

Einer staatlichen Aufsicht durch die Behörden der einzelnen Bundesländer unterlagen bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts allein die öffentlich-rechtlichen Sparkassen. Private Banken wurden zum erstenmal einer Staatsaufsicht unterstellt, als es durch den Zusammenbruch mehrerer Hypothekenbanken am Ende des 19. Jahrhunderts zu einer ersten Krise und zu schweren Schäden für die gesamte Wirtschaft kam. Das daraufhin erlassene Hypothekbankgesetz, das am 1.1.1900 in Kraft trat, unterwarf diese Bankengruppe der Kontrolle der Bundesländer. Eine allgemeine Bankenaufsicht wurde jedoch erst nach der Bankenkrise des Jahres 1931 durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 19.9.1931 eingeführt. Endgültig geregelt wurde die Bankenaufsicht in dem Reichsgesetz über das Kreditwesen vom 5.12.1934.

Die staatliche Aufsicht über das Bankwesen lag bisher in der Bundesrepublik bei den Länderregierungen. In der Regel waren die Bankenaufsichtsbehörden den Wirtschaftsministerien der Länder als Abteilungen angegliedert. Die unentbehrliche Einheit der materiellen und verfahrensrechtlichen Verwaltungspraxis wurde durch den Sonderausschuß Bankenaufsicht gewahrt. Dieser Ausschuß hatte nur koordinierende Funktionen; die Bankaufsichtsbehörden der Länder berieten gemeinsam alle wichtigen rechtlichen und

technischen Fragen und tauschten ihre Erfahrungen aus. Die in diesem Gremium beschlossenen Empfehlungen und Richtlinien waren richtungsweisend für die Anordnungen, Entscheidungen und sonstigen Verwaltungsmaßnahmen der einzelnen Bankenaufsichtsbehörden¹⁾.

Im Gegensatz zur bisherigen Regelung sieht das neue Kreditwesengesetz im § 5 die Errichtung einer zentralen Bankenaufsicht mit dem Sitz in Berlin vor²⁾. Durch diese Neuordnung soll eine wirksamere Aufsicht gewährleistet werden, als es bei einem dezentralen Aufsichtssystem möglich ist. Das neue Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen und die Bundesbank sollen eng zusammenarbeiten und Informationen und statistisches Material austauschen (§ 7 Abs. I). Der Präsident des Bundesaufsichtsamtes hat das Recht, an den Beratungen des Zentralbankrates der Deutschen Bundesbank teilzunehmen (§ 7 Abs. II).

Die staatliche Kontrolle des Bankwesens, die - wie nachgewiesen wurde - wegen der besonderen Verhältnisse des Kreditwesens aus währungs-, wirtschafts- und bankpolitischen Gesichtspunkten notwendig ist, muß mit dem marktwirtschaftlichen System der Bundesrepublik in Einklang stehen. Aus dem Wesen der Marktwirtschaft ergibt sich, daß eine systemkonforme Bankenaufsicht nicht eine dirigistische staatliche Einflußnahme auf die einzelnen Bankgeschäfte sein kann. Die Eigeninitiative und Selbstverantwortung der Marktpartner muß bei Bankgeschäften erhalten bleiben.

1) vgl. Consbruch, Johannes - Möller, Annemarie, in Einleitung zu: Kreditwesengesetz mit verwandten und zugehörigen Vorschriften, München und Berlin 1954, S.2.

2) Ann.: Gegen die Ablösung der bisherigen regionalen Aufsicht der Länderbehörden durch eine einheitliche Bundesaufsicht über das Kreditgewerbe wollen die Bundesländer beim Bundesverfassungsgericht Klage erheben, da sie hierin eine unrechtmäßige Einschränkung ihrer Verwaltungshoheit sehen.

Daher kann die Bankenaufsicht in einer Marktwirtschaft nur Schutz- und Ordnungsfunktionen haben. Ihre Aufgabe ist darauf beschränkt, zum Schutze der Einleger eine allgemeine vorbeugende Überwachung durchzuführen und die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zu kontrollieren, die darauf abzielen, die Liquidität der Institute zu sichern und eine angemessene Verteilung der Risiken zu erreichen. Ihrer Ordnungsfunktion entsprechend, soll die Bankenaufsicht darüber wachen, daß innerhalb des vom Staat gesetzten Ordnungsrahmens der Wettbewerb nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen ausgetragen wird.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben stehen der Bankenaufsicht im wesentlichen folgende Mittel des Kreditwesengesetzes zur Verfügung¹⁾:

1. Durch die Einführung der Konzessionspflicht wurde die bis zur Errichtung der Bankenaufsichtsbehörden im Kreditwesen bestehende Gewerbefreiheit beseitigt. Der Erlaubniszwang für die Ausübung einer bankgeschäftlichen Tätigkeit soll das Eindringen unlauterer und ungeeigneter Elemente in das Kreditgewerbe und das Entstehen finanziell ungenügend fundierter Unternehmen verhindern (§§ 3 u. 4 KWG 1939; §§ 32 u. 33 KWG 1961)²⁾.

1) vgl. hierzu Schreihage, Heinrich (II): Zentrale Organisation der Bankenaufsicht, in: Der Volkswirt, 12. Jg., 1958, Nr. 12, S.465 und Schreihage, Heinrich (III): Bankenaufsicht und Anlagepolitik der Kreditinstitute, in: Der Volkswirt, Beilage zu Nr. 42 vom 15.10.1960, S.20 ff.

2) Anm.: Eine Einschränkung des Wettbewerbs stellt die Bedürfnisprüfung (gemäß § 4 Abs. I, b, KWG 1939) dar, von der die Erteilung der Erlaubnis zur Errichtung neuer Kreditinstitute und Zweigstellen bis zu dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 10.7.1958 abhängig gemacht wurde, die aber durch dieses Urteil für verfassungswidrig erklärt wurde und seitdem weggefallen ist.

Durch Richtlinien, die das Verhältnis gewisser Bilanzpositionen zueinander festsetzen, soll die Krisenfestigkeit und die betriebliche Stabilität der Kreditinstitute gewahrt werden. Die zu diesem Zweck erlassenen Rahmenvorschriften der §§ 11 und 16 des KWG 1939 konnten jedoch niemals ausgefüllt werden, da die Aufstellung fester, einheitlicher und zugleich wirklichkeitsnaher Normen für Eigenkapital und Liquidität wegen der Verschiedenheit der Kapitalstruktur, der Haftsummenverhältnisse, der kapitalmäßigen und gesellschaftlichen Verflechtung innerhalb großer Gruppen, sowie wegen der Schwierigkeit der Bestimmung des Liquiditätswertes der einzelnen Aktiven nicht möglich ist¹⁾. Der gleiche Zweck, nämlich die Durchsetzung bestimmter Ordnungsvorstellungen, wurde jedoch mit Hilfe der von der Bank Deutscher Länder im Jahre 1951 aufgestellten Kreditrichtsätze erreicht, von deren Einhaltung die Refinanzierungshilfe der Notenbank abhängig gemacht werden kann. Es bestehen vier Richtsätze, und zwar

- a) für das Verhältnis der kurz- und mittelfristigen Kredite zu den haftenden Mitteln,
- b) für das Verhältnis der Debitoren zu den haftenden Mitteln und Einlagen,
- c) für die Liquidität,
- d) für das Verhältnis der Akzeptkredite zu den haftenden Mitteln²⁾.

Diese Kreditrichtsätze bilden auch den Ausgangspunkt für die Regelung der Liquiditäts- und Eigenkapitalverhältnisse in den §§ 10 und 11 des neuen KWG. Die Auf-

1) vgl. "Das neue Kreditwesengesetz", in Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, a.a.O., S.6.

2) Siehe hierzu: v. Spindler, Joachim / Becker, Willy / Starke, O.-Ernst: Die Deutsche Bundesbank, 2. Aufl., Stuttgart 1960, S.61 ff.

stellung solcher Richtsätze ist in Zukunft Aufgabe des Bundesaufsichtsamtes, das im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank Grundsätze aufstellt, nach denen im Regelfall zu beurteilen ist, ob die in den §§ 10 f. gestellten Anforderungen erfüllt werden¹⁾.

3. Auf eine Beschränkung des Geschäftsrisikos und auf eine breitere Kreditstreuung sind ferner die Bestimmungen über Großkredite und sog. Organkredite gerichtet, die zum Teil der Bankenaufsichtsbehörde anzuzeigen sind (§§ 12, 13, 14 KWG 1939; §§ 13 bis 18 KWG 1961).
4. Die Kontroll- und Prüfungsbefugnisse der Bankenaufsicht erstrecken sich insbesondere auf das Recht, die Einreichung von Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen von den Kreditinstituten zu verlangen, Auskünfte zu fordern und Prüfungen vorzunehmen (§§ 32, 33 KWG 1939; § 44 KWG 1961).
5. Der Überwachung des Kreditapparates dienen auch die Publizitätsvorschriften, sowie die Melde- und Anzeigepflichten der Kreditinstitute. Hierdurch erhalten die Bankenaufsichtsbehörden die erforderlichen Unterlagen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufsichtsbefugnisse benötigen. Die Kreditinstitute sind verpflichtet, Monatsausweise, Jahresbilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen einzureichen, sie entsprechend zu erläutern und die geforderten Auskünfte zu erteilen (§§ 20, 32 KWG 1939; §§ 25, 26 KWG 1961). Ferner sind Tatbestände, wie ein Wechsel in der Person des Geschäftsleiters, Kapitalveränderungen und Fusions- oder Liquiditätsabsichten der Bundesaufsicht anzuzeigen (§ 8 KWG 1939;

1) über den voraussichtlichen Inhalt der geplanten neuen Richtsätze siehe: "Bald neue Kreditrichtlinien bei den Banken", in: Die Welt, Nr. 6 vom 8.1.1962, S.8.

§ 24 KWG 1961). Ebenso muß gemeldet werden, wenn die Gesamtverschuldung eines Kreditnehmers eine bestimmte Grenze übersteigt (§ 9 KWG 1939; § 13, 14, 16 KWG 1961).

6. Schließlich stehen der Bankenaufsicht gewisse Eingriffsmöglichkeiten zur Verfügung, falls die Vorschriften des KWG verletzt werden oder falls ein Kreditinstitut in Schwierigkeiten gerät oder zu geraten droht (§§ 30, 18, 43 ff. KWG 1939; §§ 45 ff. KWG 1961). In diesen Fällen ist die Bankenaufsicht zu direkten Eingriffen in die Geschäftspolitik der Kreditinstitute berechtigt. Insbesondere kann die Ausschüttung von Gewinnen, die Gewährung von Krediten und die Annahme von Einlagen verboten und den Inhabern oder Geschäftsleitern der Kreditinstitute die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagt werden. Zur Durchsetzung ihrer Verfügungen kann das Bundesaufsichtsamt Zwangsmittel anwenden.

Die Überwachung der rund 13 300 im Bundesgebiet arbeitenden Kreditinstitute wird den Bankenaufsichtsbehörden durch die staatliche Sonderaufsicht über die 867¹⁾ Sparkassen und durch die besonderen gesetzlichen Prüfungsverbände erleichtert, in denen die 781¹⁾ gewerblichen und 10 840¹⁾ ländlichen Kreditgenossenschaften zusammengefaßt sind und durch die in einer Art Selbstverwaltung eine intensive Kontrolle ausgeübt wird. Hinzu kommt, daß die Sparkassen und Kreditgenossenschaften über eigene Spitzeninstitute für den Geldausgleich verfügen, so daß ihnen durch ihre Organisation bei eintretenden Schwierigkeiten bereits gewisse Sicherungen gegeben sind. Daraus ergibt sich, daß der Schwerpunkt der Bankenaufsicht bei den übrigen rd. 800 Kreditinstituten liegen muß, denen ein solcher organisatorischer Rückhalt fehlt²⁾.

1) Bestand am Jahresende 1960.

2) vgl. hierzu Schreihage, Heinrich (II), a.a.O., S.465.

Es ist wohl unbestritten, daß sowohl durch das KWG als durch die Existenz der Bankenaufsicht vorbeugend ein gewisser Schutz geboten ist. Eine absolute Garantie für die Vermeidung von Verlusten kann den Gläubigern der Kreditinstitute jedoch auch durch eine noch so intensive Bankenaufsicht nicht gegeben werden.

II. Die Regelung der Konditionen und der Werbung

1. gemäß § 38 des alten Kreditwesengesetzes

An der Regelung der Konditionen und der Werbung im Kreditgewerbe hat die Kreditwirtschaft selbst wesentlichen Anteil. Gemäß § 38 des alten Kreditwesengesetzes konnten Mehrheitsbeschlüsse der Spitzenverbände der Kreditinstitute über die Geschäftsbedingungen - insbesondere über die Zins- und Provisionssätze - und über den Wettbewerb von den Bankenaufsichtsbehörden für allgemein verbindlich erklärt werden. Aufgrund dieser Bestimmung wurde am 22.12.1936 der "Mantelvertrag zwischen den Spitzenverbänden, Wirtschaftsgruppen und Fachgruppen der Kreditinstitute"¹⁾ abgeschlossen. Der Mantelvertrag enthält selbst noch keine Bestimmungen über Zins- und Wettbewerbsfragen, sondern ist lediglich die Grundlage für die Abkommen über die Haben- und Sollzinssätze und das Wettbewerbsabkommen, deren Abschluß in den §§ 1, 2 und 4 des Mantelvertrages vereinbart ist.

Die in den Zinsabkommen festgelegten Zinssätze gelten nur gegenüber der Nichtbankierkundschaft²⁾. Für den Geschäftsverkehr der Banken untereinander bleibt der Zins ungebunden.

1) Reichsanz. Nr. 299/36

2) vgl. hierzu § 3 des Mantelvertrages

Die drei Abkommen wurden gleichzeitig mit dem Mantelvertrag am 22.12.1936 abgeschlossen und vom damaligen Reichskommissar für das Kreditwesen gem. § 36 KWG für allgemeinverbindlich erklärt¹⁾. Als Anordnungen der Bankenaufsichtsbehörden der Länder blieben sie auch nach dem Kriege bestehen²⁾. Bis zur Neuregelung der Konditionen und der Werbung gemäß § 23 des neuen KWG sind die Abkommen noch gültig. Da sie auch die Grundlage für die zukünftige Regelung der Konditionen bilden werden, ist es notwendig, sich mit ihnen näher zu befassen.

a) Das Habenzinsabkommen

Die Habenzinssätze wurden gemäß § 1 des "Abkommens über die Festsetzung von Höchstzinssätzen für hereingenommene Gelder (Habenzinsabkommen) vom 22. Dezember 1936"³⁾ von den Spitzenverbänden der Kreditinstitute im zentralen Kreditausschuß von Fall zu Fall untereinander ausgehandelt und der Bankenaufsicht zur Genehmigung vorgeschlagen. Über die Zustimmung zu den im zentralen Kreditausschuß beschlossenen Zinssätzen entschied der Sonderausschuß Bankenaufsicht im Einvernehmen mit der Bundesbank.

1) vgl. Reichsanzeiger Nr. 299/36

2) vgl. hierzu: Schmidt, Dirk: Die Rechtsgrundlage der Konditionenregelung in: Z.f.d.g.K., 14. Jg., 1961, H. 2, S.74 ff.

3) Reichsanz. Nr. 299/36 in der Fassung der Änderungen vom 23. April 1940 (Reichsanz. Nr. 96/40), 20. Juni 1940 (Reichsanz. Nr. 144/40), 8. Mai 1941 (Reichsanz. Nr. 106/41), 12. April 1943 (Reichsanz. Nr. 87/43) und 29. Mai 1943 (Reichsanz. Nr. 126/43).

Für sämtliche Arten von hereingenommenen Geldern - das Habenzinseinkommen unterscheidet täglich fällige Gelder (§ 2), Kündigungsgelder (§ 3), feste Gelder (§§ 4 und 5) und Spareinlagen (§ 6) - wurden Höchstsätze festgelegt. Lediglich Einlagen mit einer Kündigungsfrist von mehr als vier Jahren unterlagen nicht dem Habenzinsabkommen¹⁾. Auf eine Erörterung der einzelnen Bestimmungen des Habensabkommens kann hier verzichtet werden, da der Zweck dieser Untersuchung nur darin liegt, zu prüfen, inwieweit solche Zinsregelungen den Wettbewerb in der Kreditwirtschaft beeinflussen.

Der Sinn des augenblicklich noch geltenden Habenzinsabkommens ist es, regelnd in den Wettbewerb der Banken um die Einlagen einzugreifen und durch die Festsetzung einer Obergrenze der Habenzinsen eine ruinöse Konkurrenz der Kreditinstitute untereinander zu vermeiden²⁾. Die Zinsobergrenze dürfen die Kreditinstitute nicht überschreiten. Dagegen steht es ihnen frei, hereingenommene Gelder niedriger zu verzinsen. Der Wettbewerb der Kreditinstitute wirkt sich jedoch in Richtung auf eine Gewährung höherer Zinsen aus, so daß aus Konkurrenzgründen tatsächlich kein Kreditinstitut unter den höchstzulässigen Zinssätzen bleiben kann. Nicht rechtlich, aber praktisch sind die aufgrund des Habenzinsabkommens festgesetzten Höchstsätze deshalb gleich-

-
- 1) vgl. hierzu: Beschluß des Sonderausschusses Bankenaufsicht vom 9./11. Dezember 1954.
 - 2) vgl. Kleine, Walter: Die Stellung der ländlichen Kreditgenossenschaften in Westfalen und Lippe im Wettbewerb mit anderen Bankorganisationen, Diss., Münster 1960, S.29.

zeitig Festsätze für die Einlagezinsen¹⁾. Ein Preiswettbewerb um die Einlagen wird durch das Habenzinsabkommen also vollständig unterbunden²⁾.

Für die Kreditinstitute bedeutet dies eine gewisse Stützung ihrer Rentabilität, da die unter einem Wettbewerbsdruck in die Höhe getriebenen Habenzinsen hohe Geldbeschaffungskosten und damit auch hohe Kreditkosten zur Folge haben würden. Den Einlegern ist durch diese Regelung allerdings die Möglichkeit genommen, bei entsprechend starker Marktposition von den Kreditinstituten für ihre Einlagen besonders hohe Zinsen auszuhandeln. Für die Einleger bewirkt die Ausschaltung eines scharfen Konkurrenzkampfes im Passivgeschäft der Banken mittelbar aber auch einen Schutz ihrer Einlagen, da verhindert wird, daß Kreditinstitute, die besonders hohe Habenzinsen gewähren, dadurch auch gezwungen sind, besonders ertragreiche, aber deswegen in der Regel auch besonders risikobehaftete Aktivgeschäfte zu suchen³⁾.

Die Wirksamkeit der Habenzinsfestsetzungen hängt wesentlich davon ab, ob der fixierte Zinssatz "marktgerecht" ist, d.h. ob er in etwa dem Zins entspricht, der sich bei freier Preisbildung nach Angebot und Nachfrage bilden würde (unter der Voraussetzung, daß es überhaupt zu einem Preisgleichgewicht kommen würde). Ist der Habenzins zu niedrig, so führt dies zu Überschreitungen des offiziellen Zinssatzes durch die miteinander im Wettbewerb stehenden Kreditinstitute. Diese Erscheinung war vor allem in Zeiten der Geldverknappung in der

1) vgl. Schreihage, Heinrich (I), a.a.O., S.16.

2) vgl. Kaiser, Albrecht: Habenzinsbefehl statt Habenzinsabkommen, in: Z.f.d.g.K., 13. Jg., H. 8, S.317 f.

3) vgl. Schreihage, Heinrich (I), a.a.O., S.18.

Bundesrepublik festzustellen. Mit gesetzlichen Mitteln gegen diese "grauen Habenzinsen" anzugehen ist schwierig¹⁾.

Hinsichtlich der Auswirkungen auf den Wettbewerb ist für das Habenzinsabkommen also eine starke Einschränkung des Wettbewerbs festzustellen. Bis auf eine Ausnahme, auf die noch nicht eingegangen wurde, enthält das Habenzinsabkommen jedoch keine Wettbewerbsungleichheiten. Bei dieser Ausnahme handelt es sich um den sog. Zinsvoraus des § 10, wonach Kreditgenossenschaften, Privatbankfirmen sowie kleine und mittlere Banken die Höchstzinssätze um ein bestimmtes Maß überschreiten dürfen. Da es sich hierbei jedoch um Bestimmungen handelt, die nur für einige Bankengruppen Gültigkeit haben, hier jedoch nur die generellen Rechtsvorschriften behandelt werden sollen, wird hierauf an späterer Stelle speziell einzugehen sein.

b) Das Sollzinsabkommen

Dem Habenzinsabkommen für das Einlagegeschäft entsprechend wurde für das Kreditgeschäft das "Abkommen über die Berechnung der Zins- und Provisionssätze bei der Weitergabe von Geldern an Dritte (Sollzinsabkommen) vom 22. Dezember 1936²⁾" abgeschlossen.

In diesem Abkommen wurde für die Kreditkosten eine Obergrenze festgelegt. Insgesamt dürfen lediglich folgende Kosten für Kredite berechnet werden: Sollzinsen,

-
- 1) vgl. hierzu: Günther, Hans: Können Zinsabkommen wirksam sein? in: Z.f.d.g.K., 1956, H. 9, S.307.
 - 2) Reichsanz. Nr. 299/36, gültig in der Fassung vom 23. April 1940 (Reichsanz. Nr. 96/40).

Kreditprovision, - oder an Stelle von Sollzinsen und Kreditprovision ein Nettozinssatz - sowie Überziehungsprovision, Umsatzprovision und Barauslagen (§ 1 des Sollzinsabkommens). Für Sollzinsen und Kreditprovision wurden gemäß den §§ 2 und 3 des Abkommens vom Zentralen Kreditausschuß "Normalsätze"¹⁾ festgelegt, die der Genehmigung der Bankenaufsicht bedürfen. Der jeweils geltende Sollzins soll sich an den Diskontsatz anlehnen (§ 2, Abs. 2, Satz 2), so daß bei jeder Diskontveränderung als währungspolitische Maßnahme der Notenbank auch eine Neufestsetzung der Sollzinsen erfolgen muß.

Die Normalsätze begrenzen den Spielraum für die Berechnung der Zinsen und der Kreditprovision nach oben (§ 7, Abs. 1, Satz 1). Während die Berechnung niedriger Zinssätze jederzeit möglich ist, wird eine Überschreitung der Normalsätze von der Bankenaufsicht nur in besonders begründeten Fällen gestattet (§ 7). Die weiteren Einzelheiten des Sollzinsabkommens, insbesondere die Bestimmungen über die mehr technische Seite der Berechnung der Kreditkosten, sind hier nicht von Interesse²⁾.

In beiden Abkommen wurden Obergrenzen für die Zinssätze festgelegt. Die Wirkungsweise dieser Beschränkungen ist jedoch jeweils entgegengesetzt. Dient das Habenzinsabkommen hauptsächlich dem Schutz der Kreditinstitute vor einer ruinösen Konkurrenz, so sollen durch

1) Anm.: Lediglich für Hamburg wurden absolute Höchstsätze festgelegt.

2) Anm.: Auf die Bedeutung des § 17 des Sollzinsabkommens, nach dem analog zum § 10 des Habenzinsabkommens bestimmte Kreditinstitute die Normalsätze überschreiten dürfen (Zinsvoraus), wird zusammen mit dem § 10 des Habenzinsabkommens an späterer Stelle eingegangen.

das Sollzinsabkommen die Kreditnehmer vor Wucherzinsen bewahrt werden. Im Kreditgeschäft tendiert der Wettbewerbsdruck auf die Einräumung möglichst billiger Konditionen, Das bedeutet, daß ein Höchstpreis den Kreditnehmer schützt, ohne gleichzeitig eine wettbewerbsbeschränkende Wirkung zu haben. Somit tragen Höchstpreise auf der Sollseite mehr deklaratorischen Charakter¹⁾. De jure und theoretisch beeinflussen sie den Wettbewerb der Kreditinstitute kaum. De facto mildern sie jedoch den Konkurrenzkampf auf dem Kreditmarkt. Da nämlich der oligopolistische Wettbewerb auf dem Kreditmarkt von selbst nicht zu einem Gleichgewichtspreis führt, bringt ein Richtpreis - vorausgesetzt, daß er wiederum annähernd "marktgerecht" ist - eine gewisse Stabilität auf einem solchen gleichgewichtslosen Markt²⁾. Denn jeder der Oligopolisten wird bei der Festsetzung der Kreditpreise diesen Richtpreis zugrunde legen, da er einen ungehemmten, ruinösen Konkurrenzkampf scheut.

Das bedeutet jedoch nicht, daß der Richtpreis, also der "Normalsatz" des Sollzinsabkommens dadurch in der Praxis zu einem Festpreis wird. Der Wettbewerb der Kreditinstitute untereinander bewirkt, daß die effektiv berechneten Sollzinssätze zu einem großen Teil unter diesen Höchstsätzen liegen³⁾, je nachdem inwieweit es den Kreditnehmern mit starker Marktposition gelingt, einen Druck auf den Preis auszuüben⁴⁾. Die "Normalsätze" des Sollzins-

1) vgl. Kaiser, Albrecht; a.a.O., S.317.

2) vgl. hierzu Günther, Hans, a.a.O., S.307.

3) vgl. Kaiser, Albrecht, a.a.O., S.317.

4) Anm.: Schreihage ist der Ansicht, "daß in den letzten Jahren, und zwar auch in Zeiten knappen Geldes, für fast die Hälfte des Kreditvolumens Konditionen eingeräumt wurden, die unter den zulässigen Höchstsätzen lagen, wobei die Unterschreitungen zum Teil ein ganz erhebliches Ausmaß annahmen." (Schreihage, Heinrich (I), a.a.O., S.16).

abkommens stellen daher keinen so starken Eingriff dar, wie die im Habenzinsabkommen verwendeten Höchstsätze.

c) Das Wettbewerbsabkommen

Das "Wettbewerbsabkommen vom 22. Dezember 1936"¹⁾ stellt Richtlinien für die Werbung der Kreditinstitute auf. Es ist insofern eine Ergänzung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb. Während die Bestimmungen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb nur vor solchen Handlungen schützen, die ein Institut direkt gegen das andere richtet, erfaßt das Wettbewerbsabkommen darüber hinaus auch die Beziehungen des Kreditinstituts zum Publikum²⁾. Jede Werbung, die gegen die guten Sitten verstößt, wird untersagt. Dabei werden für das Kreditgewerbe besonders strenge Maßstäbe angelegt.

So wird z.B. der Grundsatz aufgestellt, daß die geschäftliche Werbung eines Kreditinstituts niemals mit einer Herabsetzung anderer Kreditinstitute verbunden sein darf (§ 1 des Wettbewerbsabkommens). Bei der Hervorhebung der Sicherheit eines Instituts darf nicht der Eindruck geringer Sicherheit anderer Kreditinstitute hervorgerufen werden (§ 2). Jede aufdringliche Werbung ist untersagt (§ 3). Weitere Bestimmungen des Wettbewerbsabkommens behandeln Einzelfragen, wie das Verbot der Einflußnahme von Behörden auf die Errichtung von Konten bei bestimmten Kreditinstituten (§ 4), den Mißbrauch des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zur Kundenwerbung (§ 7) usw..

1) Reichsanzeiger Nr. 299/36

2) vgl. Hammer, Klaus: Kreditwirtschaftliches Wettbewerbsrecht, in: Z.f.d.g.K., 9. Jg. 1956, H. 12, S.434.

Aus diesen Beispielen wird deutlich, daß das Wettbewerbsabkommen lediglich dazu bestimmt ist, die Spielregeln des Wettbewerbs festzulegen, soweit dies nicht bereits durch die Zinsabkommen geschehen ist. Eine Einschränkung des Wettbewerbs erfolgt durch das Wettbewerbsabkommen nicht. Durch die Ausschaltung unlauterer Wettbewerbsmethoden sollen lediglich eine ruinöse Tendenz und die schädlichen Entartungen des Wettbewerbs (z.B. Verkauf unter Selbstkosten oder zu Schleuderpreisen) unterbunden werden.

2. gemäß § 23 des neuen Kreditwesengesetzes

Wie erwähnt, dienen die drei Abkommen der Spitzenverbände der Kreditwirtschaft als Grundlage für die zukünftige Regelung der Konditionen und der Werbung. Ähnlich wie im § 36 des alten Kreditwesengesetzes enthält das neue KWG in § 23 eine Ermächtigung, Anordnungen für die Kreditinstitute über die Bedingungen zu erlassen, zu denen Kredite gewährt und Einlagen angenommen werden dürfen. Auch in Zukunft ist eine Mitwirkung der Kreditwirtschaft vorgesehen, die in der Praxis über das Gehörtwerden hinausgehen dürfte¹⁾. Widerspricht die Auffassung der Kreditwirtschaft den allgemeinen Grundsätzen und Zielen, die das KWG für die Bemessung der Zinssätze und Provisionen aufstellt, oder gelangen die Spitzenverbände der Kreditinstitute nicht zu einer einheitlichen Auffassung, so erfolgt die Konditionenregelung von oben her durch Rechtsverordnungen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank erläßt.

1) vgl. "Das neue Kreditwesengesetz" in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, a.a.O., S.7.

Die Ermächtigung zur Regelung der Konditionen kann vom Bundeswirtschaftsminister auf das Bundesaufsichtsamt übertragen werden. Von dieser Möglichkeit der Delegierung der primär dem Bundeswirtschaftsminister erteilten Ermächtigung wird wahrscheinlich in der Regel Gebrauch gemacht werden, da das Bundesaufsichtsamt durch seine genaue Kenntnis der Verhältnisse im Kreditgewerbe für den Erlass zweckmäßiger Regelungen besonders befähigt ist¹⁾. Hierdurch wird eine schnelle und unbürokratische Änderung der Konditionen möglich, da im anderen Falle vom Bundeswirtschaftsminister zunächst die Berichte und Stellungnahmen des Bundesaufsichtsamtes und der Bundesbank eingeholt werden müßten.

Mehr als bisher werden in § 23 des neuen Kreditwesengesetzes die gesamtwirtschaftlichen Zwecke der Konditionenregelung betont. In Abs. 1 Satz 2 wird ausdrücklich festgestellt, daß die "kreditpolitischen Maßnahmen der Bundesbank gestützt" und "die Funktionsfähigkeit des Kreditgewerbes gewahrt" werden soll. Dabei soll darauf Bedacht genommen werden, daß "eine der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung angemessene Kreditversorgung gesichert und die Spartätigkeit gefördert wird" (Abs. I Satz 3). Abweichend vom bisherigen Recht gestattet § 23 nur die Regelung der Konditionen für das Kredit- und Einlagegeschäft. Die Entgelte für andere Zweige der bankgeschäftlichen Tätigkeit, z.B. für Dienstleistungsgeschäfte können in Zukunft nicht mehr staatlich geregelt werden. Die Ermächtigung des neuen KWG ist somit wesentlich enger als die des § 36 des alten KWG, wonach ganz allgemein die "Geschäftsbedingungen" der Kreditinstitute staatlich geregelt werden konnten. Schließlich können - ebenfalls im Gegensatz zu dem bisherigen Verfahren - gemäß § 23 für die Konditionen sowohl Höchst- als auch Mindestsätze angeordnet werden.

1) vgl. Schreihage, Heinrich (IV): Das neue Gesetz über das Kreditwesen, in: Z.f.d.g.K., 14. Jg. 1961, H. 14, S.664.

Die zur Regelung des Wettbewerbs auf dem Kreditsektor erlassenen Rechtsvorschriften zeigen keinen Verstoß gegen die im ersten Abschnitt dieses Kapitels entwickelten Wettbewerbsgrundsätze der Sozialen Marktwirtschaft. Zu entscheiden, ob die in der Bundesrepublik verwirklichte Wettbewerbsordnung in der Kreditwirtschaft ein Zuviel oder ein Zuwenig an Wettbewerb zuläßt, ist nicht Aufgabe dieser Untersuchung. Abgesehen von einer Ausnahme kann festgestellt werden, daß bei den bisher untersuchten Rechtsvorschriften das Prinzip der gleichen Startbedingungen gewahrt wurde. Ob es sich bei der erwähnten Ausnahme - es handelt sich um den sog. Zinsvoraus, also um Bestimmungen, die nur einen Teil der Kreditinstitute betreffen - tatsächlich um einen Verstoß gegen die Wettbewerbsgleichheit handelt, kann erst an späterer Stelle nach eingehender Untersuchung dieser Frage entschieden werden.

Im folgenden wird zu prüfen sein, inwieweit die oben umrissene Wettbewerbsordnung im Kreditwesen durch spezielle Rechtsvorschriften verschiedenster Art tangiert wird und welche Auswirkungen auf den Wettbewerb sich im einzelnen dabei ergeben.

B. Wettbewerbliche Bedeutung und wirtschaftliche
Auswirkungen spezieller Rechtsvorschriften

Nach der Darstellung der generellen Rechtsvorschriften, die den Wettbewerb auf dem Kreditsektor gestalten, sollen im folgenden diejenigen Rechtsvorschriften hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf den Wettbewerb untersucht werden, die lediglich einzelne Kreditinstitute oder Gruppen von Kreditinstituten betreffen. Obwohl mit diesen speziellen Rechtsvorschriften offensichtlich in der überwiegenden Zahl der Fälle vom Gesetzgeber keine Beeinflussung des Wettbewerbs bezweckt war, sondern ihnen - wie noch gezeigt werden soll - die verschiedensten anderen Motive und Absichten zugrunde liegen, haben diese Rechtsvorschriften aufgrund der ungleichen Behandlung der einzelnen Banken vom Gesetzgeber unbeabsichtigte Sekundärwirkungen auf die Wettbewerbsstellung dieser Banken zur Folge. Dem Zweck der folgenden Untersuchung entsprechend wird nicht eine erschöpfende Darstellung der Rechtsgrundlagen der einzelnen Bankengruppen angestrebt, sondern es werden nur jeweils diejenigen Rechtsvorschriften geprüft, die ungleiche Wettbewerbsbedingungen verursachen könnten.

I. bei den öffentlich-rechtlichen Sparkassen

Das Sparkassenrecht der Bundesrepublik Deutschland ist Gegenstand der konkurrierenden Gesetzgebung und hat daher keine einheitliche Regelung erfahren. Rechtsgrundlagen der Sparkassen sind die jeweiligen Sparkassengesetze der Länder sowie die von den zuständigen Landesministerien erlassenen Mustersatzungen.

Im folgenden werden die für die öffentlich-rechtlichen Sparkassen geltenden Rechtsvorschriften aus Gründen der Zweckmäßigkeit in vier Problemkreisen abgehandelt. Es sind dies:

1. Der Einfluß der Gebietskörperschaft auf die Sparkassenleitung
2. Die Gewährsträgerhaftung
3. Die Mündelsicherheit
4. Die Besteuerung

1. Der Einfluß der Gebietskörperschaft auf die Sparkassenleitung

a) Rechtsgrundlagen

Durch die bindende Vorschrift des § 2 Art. 1 Kap. I Teil V der Reichsverordnung vom 6.10.1931¹⁾ wurden die Sparkassen aus ihrer bisherigen Stellung als unselbstständige Anstalten der Gemeinden auf dem Wege über die Landesgesetzgebung zu Anstalten mit eigener Rechtspersönlichkeit umgestaltet. Die entsprechende landesrechtliche Regelung in Preußen war die Sparkassenrechtsverordnung vom 20. Juli 1932. Trotz dieser formalrechtlichen Verselbstständigung sind die Sparkassen jedoch Einrichtungen und Anstalten der Gemeinden geblieben. Der Charakter der Sparkassen als kommunale Anstalt und die enge Verbindung zwischen Kommune und Sparkasse kommt bereits

1) Dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober 1931, RGBl. I S.537 ff.

dadurch zum Ausdruck, daß die Sparkassen von den Gemeinden oder Gemeindeverbänden errichtet werden¹⁾ und diese als Gewährsträger für die Verbindlichkeiten der Sparkasse unbeschränkt haften²⁾. Noch deutlicher wird die enge Verbindung zwischen Kommune und Sparkasse, wenn die sehr weitgehende personelle Verflechtung zwischen Vertretungskörperschaft und Verwaltungsorganen des Gewährsträgers einerseits und den Organen der Sparkasse andererseits untersucht wird.

Durch die personelle Verflechtung sichert sich der Gewährsträger, wie unten anhand der Bestimmungen der Sparkassengesetze gezeigt wird, einen starken Einfluß auf die Verwaltung und die Geschäftsführung der Sparkasse. Dieses in den Sparkassengesetzen der Länder verankerte Recht der Einflußnahme auf die Leitung der Sparkasse und die Kontrolle der Geschäftsführung der Sparkasse muß als ein Ausfluß der unbeschränkten Haftung des kommunalen Gewährsträgers für die Verbindlichkeiten der Sparkassen gesehen werden, da eine Risikoübernahme ohne entsprechende Einfluß- und Kontrollmöglichkeiten nicht zumutbar ist.

Als erstes Beispiel für den Einfluß des Gewährsträgers auf die maßgeblichen Organe der Sparkasse sollen die Bestimmungen des Sparkassengesetzes von Nordrhein-Westfalen³⁾ angeführt werden, die die Besetzung des Sparkassenrates, des Kreditausschusses und des Vorstandes regeln. Danach besteht der Sparkassenrat aus dem Vorsitzenden und vier bis zehn weiteren sachkundigen ehrenamtlichen Mitgliedern (§ 9). Zum Vorsitzenden des Sparkassenrates wird von der

1) vgl. z.B. § 1 des Sparkassengesetzes von Nordrhein-Westfalen (GV.NW. 1958 S.5).

2) vgl. ebenda § 6.

3) Gesetz über die Sparkassen sowie über die Girozentralen und Sparkassen- und Giroverbände (Sparkassengesetz) vom 7.1.1958 (GV.NW. 1958 S.5).

Vertretungskörperschaft des Gewährsträgers eines ihrer Mitglieder oder der Hauptverwaltungsbeamte, also der Leiter der Verwaltung des Gewährsträgers gewählt (§ 10). Ist der Vorsitzende des Sparkassenrates ein Mitglied der Vertretungskörperschaft, so nimmt der Hauptverwaltungsbeamte mit beratender Funktion an den Sitzungen des Sparkassenrates teil (§ 10 Abs. 4). Ist der Vorsitzende des Sparkassenrates ein Mitglied der Vertretungskörperschaft, so wählt diese auch seine beiden Stellvertreter (§ 10 Abs. 2). Ist der Hauptverwaltungsbeamte Vorsitzender des Sparkassenrates, so wird er durch seinen allgemeinen Vertreter im Hauptamt vertreten (§ 10 Abs. 3). Auch die ehrenamtlichen Mitglieder des Sparkassenrates werden von der Vertretungskörperschaft des Gewährsträgers gewählt. Höchstens zwei Drittel von ihnen dürfen zugleich auch Mitglieder der Vertretungskörperschaft des Gewährsträgers sein (§ 11 Abs. 1).

Aufgabe des Sparkassenrates ist es, die Richtlinien der Geschäftspolitik zu bestimmen, Geschäftsanweisungen für den Kreditausschuß und den Vorstand zu erlassen und deren Geschäftsführung zu überwachen (§ 15). Weiterhin muß der Sparkassenrat gem. § 15 über die Maßnahmen wie z.B. die Errichtung und Auflösung von Verwaltungsgebäuden, sowie über Geschäfte wie den Erwerb und die Veräußerung von Grundstücken und über die Aufnahme von Darlehen beschließen.

Das zweite Organ der Sparkasse, der Kreditausschuß, setzt sich zusammen aus dem Vorsitzenden, den Mitgliedern des Vorstandes und aus ehrenamtlichen Mitgliedern, deren Zahl um eins höher sein muß als die der Vorstandsmitglieder (§ 17 Abs. 1). Vorsitzender des Kreditausschusses ist gemäß § 17 Abs. 2 der Hauptverwaltungsbeamte des Gewährsträgers. Die ehrenamtlichen Mitglieder wählt der Sparkassenrat aus seiner Mitte (§ 17 Abs. 3). Aufgabe des Kreditausschusses ist es, über Kreditanträge zu beschließen,

für deren Entscheidung er nach der Satzung zuständig ist oder die ihm vom Vorstand zur Entscheidung vorgelegt werden (§ 18 Abs. I).

Das geschäftsführende Organ der Sparkasse, der Vorstand, wird schließlich aus einer oder mehreren Personen gebildet, die auf Vorschlag des Sparkassenrates von der Vertretungskörperschaft des Gewährsträgers bestellt werden (§ 7) und die als Beamte des Gewährsträgers der Sparkasse auf Lebenszeit oder auf die Zeit von 12 Jahren hauptamtlich angestellt werden (§ 19 Abs. 1 und 2). Besteht der Vorstand aus mehreren Mitgliedern, so wird eines seiner Mitglieder von der Vertretungskörperschaft des Gewährsträgers auf Vorschlag des Sparkassenrates zum Vorsitzenden des Vorstandes bestellt (§ 19). Der Vorstand ist eine öffentliche Behörde (§ 20 Abs.1). Er vertritt die Sparkasse gerichtlich und außergerichtlich und führt die laufenden Geschäfte der Sparkasse selbständig nach Maßgabe der Gesetze und im Rahmen der vom Sparkassenrat bestimmten Richtlinien für die Geschäftspolitik.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß in Nordrhein-Westfalen über die Besetzung sämtlicher Sparkassenorgane direkt oder indirekt die Vertretungskörperschaft des Gewährsträgers entscheidet, so daß ihr ein starker Einfluß auf die Verwaltung der Sparkasse und eine weitgehende Kontrollmöglichkeit gegeben ist. Der Sparkassenrat, das Kontrollorgan der Sparkasse, kann bis zu zwei Dritteln aus Mitgliedern der Vertretungskörperschaft des Gewährsträgers bestehen und auch die restlichen Mitglieder werden von der Vertretungskörperschaft gewählt. Infolge der Mehrheitsverhältnisse im Sparkassenrat kann die Vertretungskörperschaft indirekt auch auf die Zusammensetzung des Kreditausschusses Einfluß nehmen, da der Sparkassenrat die Mitglieder des Kreditausschusses aus seinen Reihen wählt. Dies ist insofern

problematisch, als der Kreditausschuß u.a. auch über die Kreditanträge der Gemeinde entscheidet¹⁾. In diesem Fall müssen die dem Kreditausschuß angehörenden Mitglieder der Vertretungskörperschaft, die somit also auch Vertreter des Kreditnehmers sind, als Vertreter des Kreditgebers über die Kreditgewährung entscheiden. Besonders deutlich zeigt sich dieser Tatbestand einer Interessenkollision in der Person des Vorsitzenden des Kreditausschusses, zu dem gemäß § 17 Abs. 2 des Sparkassengesetzes von Nordrhein-Westfalen der Hauptverwaltungsbeamte des Gewährsträgers berufen ist. Dies wird dadurch noch umso problematischer, als die Mitglieder des Kreditausschusses gleichzeitig auch Mitglieder des Sparkassenrates sind und ihnen somit in ihrer Funktion als Mitglied des Sparkassenrates die Kontrolle ihrer eigenen Tätigkeit als Mitglied des Kreditausschusses obliegt.

Abgesehen von ihrem Einfluß auf die Besetzung der Sparkassenorgane, hat die Vertretungskörperschaft des Gewährsträgers in wichtigen Sparkassenangelegenheiten die Entscheidungsbefugnis. Und zwar beschließt sie gemäß § 7 Abs. 2 des Sparkassengesetzes von Nordrhein-Westfalen über:

- a) die Errichtung der Sparkasse,
- b) die Auflösung der Sparkasse,
- c) die Vereinigung der Sparkasse mit einer benachbarten Sparkasse,
- d) den Erlaß oder die Änderung der Sparkassensatzung,
- e) den Stellenplan der Sparkasse auf Vorschlag des Sparkassenrates,

1) vgl. § 5, I Ziff. 1 der Mustersatzung für die Sparkassen des Landes Nordrhein-Westfalen vom 1. April 1958 (GV.NW. 1958 S.5).

- f) die Bestellung der Vorstandsmitglieder und der Vorsitzenden des Vorstandes der Sparkasse auf Vorschlag des Sparkassenrates,
- g) die Genehmigung zur Errichtung von Verwaltungsgebäuden,
- h) die Entlastung der Sparkassenorgane,
- i) die Verwendung der Überschüsse."

Die Sparkassengesetze der einzelnen Bundesländer sind, wie bereits erwähnt wurde, nicht einheitlich. Insbesondere der Aufbau und die innere Organisation der Sparkassen ist unterschiedlich geregelt. Wie an zwei weiteren Beispielen gezeigt werden soll, läßt sich jedoch auch in den anderen Bundesländern ein starker Einfluß des jeweiligen Gewährsträgers auf die Verwaltung der Sparkasse feststellen, so daß die angeführten Bestimmungen des Sparkassengesetzes von Nordrhein-Westfalen in dieser Beziehung keineswegs eine Ausnahme darstellen.

So bestimmt z.B. § 9 Abs. 1 des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein vom 6.5.1958¹⁾, daß der Landrat, der Bürgermeister, der Amtmann oder der Zweckverbandsvorsitzende des Gewährsträgers Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse ist, wenn der Vorstand das einzige Organ der Sparkasse darstellt²⁾. Dem Vorstand gehören ferner gem. § 8 der Sparkassenleiter sowie mindestens vier bis höchstens acht ehrenamtliche Mitglieder an, die von der Vertretungskörperschaft des Gewährsträgers gewählt werden.

1) GVOBl. Schl'. - H. 1958 S.191.

2) Anm.: Das Sparkassengesetz für das Land Schleswig-Holstein kennt Sparkassen mit einem Organ (Vorstand) und zwei Organen (Vorstand und Verwaltungsrat). Im Gegensatz zum Sparkassengesetz von Nordrhein-Westfalen gilt in Schleswig-Holstein der Kreditausschuß nicht als Organ.

Bei Sparkassen kreisfreier Städte ist außerdem gemäß § 8 der Kämmerer Mitglied des Sparkassenvorstandes, wenn er nicht bereits gemäß § 9 Abs. 1 zum Vorsitzenden bestellt ist. In § 9 ist ferner festgelegt, daß in kreisfreien Städten der Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister, auch wenn er nicht Vorsitzender des Vorstandes ist, berechtigt ist, "jederzeit den Vorsitz mit Stimmrecht zu übernehmen, sofern Angelegenheiten von besonderer Bedeutung beraten werden sollen; in diesen Fällen nimmt der Vorsitzende des Vorstandes an der Sitzung mit beratender Stimme teil."

Die Aufgaben des Vorstandes sind in § 11 des Sparkassengesetzes und in § 31 der Mustersatzung B¹⁾ geregelt. Sie entsprechen im wesentlichen denen des Sparkassenrates in Nordrhein-Westfalen.

Der Kreditausschuß der Sparkasse wird aus dem Vorsitzenden des Vorstandes als Vorsitzendem, dem Sparkassenleiter sowie aus zwei ehrenamtlichen Mitgliedern gebildet, die vom Vorstand aus seiner Mitte gewählt werden (§ 16 SpG, § 33 MuSa B). Der Kreditausschuß der schleswig-holsteinischen Sparkassen hat die gleiche Funktion wie der der Sparkassen in Nordrhein-Westfalen.

Der Sparkassenleiter führt die laufenden Geschäfte (§ 15 Abs. 1 SpG, § 37 MuSa B). Er wird auf Vorschlag des Vorstandes vom Gewährsträger berufen (§ 14 SpG, § 36 MuSa B).

Bei den Sparkassen mit zwei Organen (Vorstand und Verwaltungsrat) gilt für die Zusammensetzung und die Auf-

1) Mustersatzung für Sparkassen mit einem ehrenamtlich besetzten Vorstand (MuSa B) - Runderlaß des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein vom 16. Juni 1958 - I 31 Sp. 800 - (Amtsbl. Schl.-H. 1958 S.298).

gaben des Verwaltungsrates das gleiche wie bei den Sparkassen mit einem Organ für den Vorstand (vgl. §§ 10 und 11 SpG, §§ 29, 30 und 31 MuSa A). In diesem Falle ist ebenso wie in Nordrhein-Westfalen der Vorstand das geschäftsführende Organ der Sparkasse (vgl. §§ 8, 9 Abs. 2 und 15 Abs. 2 SpG, und §§ 36 und 37 MuSa A).

Schließlich besteht ebenso wie in Nordrhein-Westfalen eine Mitwirkung der Vertretungskörperschaft des Gewährsträgers in wesentlichen Sparkassenangelegenheiten (§ 6 SpG).

Als drittes und letztes Beispiel soll das Sparkassengesetz von Rheinland-Pfalz¹⁾ angeführt werden. In Rheinland-Pfalz bestehen die Organe der Sparkasse aus dem Verwaltungsrat mit kontrollierender und dem Vorstand mit geschäftsführender Funktion (vgl. die §§ 5, 6 und 7 SpG und die §§ 30 und 33 der Mustersatzung für Sparkassen des Landes Rheinland-Pfalz²⁾). Gemäß § 6 Abs. I des Sparkassengesetzes besteht der Verwaltungsrat aus:

- "1. dem Leiter der Verwaltung des Gewährsträgers als Vorsitzendem,
2. drei, sechs oder neun Mitgliedern, von denen nach Maßgabe oder Satzung:
 - a) zwei Drittel von der Vertretungskörperschaft des Gewährsträgers gewählt werden,
 - b) ein Drittel von dem Leiter der Verwaltung des Gewährsträgers berufen wird; diese dürfen der Vertretungskörperschaft des Gewährsträgers nicht angehören."

1) Landesgesetz über die Neuordnung des Sparkassenwesens - Sparkassengesetz - vom 12.3.1958 (GVBl. 1958 S.47).

2) Erlaß des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr des Landes Rheinland-Pfalz vom 17.7.1958 - Wi A III/ 1c - 5170/58. Mustersatzung zitiert nach: Sparkassenfachbuch 1959, Hrsg.: Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V., Stuttgart (1959), S. 178 ff.

Der Kreditausschuß wird gemäß § 32 der Mustersatzung gebildet "aus dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates oder seinem Stellvertreter als Vorsitzendem, mindestens zwei, höchstens drei vom Verwaltungsrat bestellten Verwaltungsratsmitgliedern sowie dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied (Sparkassenleiter) und einem weiteren Mitglied des Vorstandes."

Gegenüber den beiden vorher besprochenen Sparkassengesetzen enthält das Sparkassengesetz von Rheinland-Pfalz die Besonderheit, daß ein Drittel der Verwaltungsmitglieder vom Leiter der Verwaltung des Gewährsträgers berufen wird, wodurch dessen Einfluß auf den Verwaltungsrat über seine Stellung als Vorsitzender hinaus noch verstärkt wird.

Es würde zu weit führen, auch noch auf die Sparkassengesetze aller übrigen Bundesländer ausführlich einzugehen. Im wesentlichen ergibt sich jeweils das gleiche Bild, so daß die drei angeführten Beispiele als repräsentativ für die Sparkassengesetze der Bundesländer gelten können. Trotz einiger formalrechtlicher Unterschiede läßt sich hinsichtlich der Einfluß- und Kontrollmöglichkeiten der Gewährsträger materiell eine weitgehende Übereinstimmung feststellen. In allen Bundesländern besteht eine enge personelle Verbindung zwischen den Gebietskörperschaften und den vor ihnen errichteten und getragenen Sparkassen, die dem Gewährsträger die Möglichkeit gibt, die Richtlinien der Geschäftspolitik zu bestimmen und eine Kontrolle der Geschäftsführung auszuüben. Da die Gebietskörperschaften die volle Haftung für die Verbindlichkeiten der Sparkassen übernehmen, wurde ihnen dieses Kontrollrecht vom Gesetzgeber zugestanden. Gleichzeitig soll aber auch durch die Kontrollfunktion der Gebietskörperschaft den Sparkassenkunden ein größerer Schutz geboten und die Sicherheit der Sparkassen erhöht werden.

b) Wirtschaftliche Auswirkungen

b₁) Die Anlage öffentlicher Gelder bei den Sparkassen

Die enge rechtliche und personelle Verbindung zwischen Gebietskörperschaft und Sparkasse bleibt jedoch nicht ohne Einfluß auf den Wettbewerb im Bankgewerbe, da sie eine ebenso enge geschäftliche Verbindung zur Folge hat. Es ist erklärlich, daß der Vorsitzende der Vertretungskörperschaft und der Hauptverwaltungsbeamte des Gewährsträgers, die aufgrund ihrer Funktionen in den Sparkassenorganen mit der Geschäftstätigkeit der Sparkasse sehr vertraut sind, die Bankgeschäfte der Gemeinde vorwiegend mit "ihrer" Sparkasse abwickeln.

Wie weitgehend die Bankgeschäfte der Gemeinden auf die Sparkassen konzentriert sind, geht hinsichtlich der Anlage ihrer Kassenbestände aus zwei Sondererhebungen der Deutschen Bundesbank vom 31. Dezember 1954¹⁾ und vom 31. Oktober 1958²⁾ über die Spar- und Termineinlagen hervor. Nach der Sondererhebung vom 31. Oktober 1958 betrug die Gesamtsumme der bei allen Kredit-

1) "Die Ergebnisse der Sondererhebung über Spar- und Termineinlagen", in: Monatsberichte der Bank Deutscher Länder, August 1955, S.43 ff.

2) "Die Ergebnisse der Sondererhebung über Spar- und Termineinlagen zum Oktober 1958", in Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Januar 1959, S.57 ff.

Tabelle 27: Die Spareinlagen nach Einlegergruppen bei den Kreditinstituten im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) am 31. Okt. 1958 in Mio DM

	Alle Kreditinstitute ¹⁾	Kreditbanken	darunter		Girozentralen	Sparkassen	Zentralbanken	Gewerbl. Kreditgenossenschaften	Ländl. Kreditgenossenschaften	Übrige Kreditinstitute ²⁾
			Großbanken	Staats-, Regional- u. Lokalbanken						
Privatpersonen	29.571,4	5.096,4	2.786,6	1.994,0	305,9	19.721,3	54,8	2.638,2	1.997,8	5,6
Wirtschaftsunternehmen	876,8	258,4	159,4	79,6	15,7	469,1	10,5	93,9	39,5	0,2
Öffentliche Stellen	2.010,1	119,6	59,5	57,3	2,8	1.759,2	1,1	54,8	56,4	0,0
Gemeinden u. Gemeindeverbände	1.228,0	21,1	5,1	15,7	0,3	1.164,1	0,0	17,5	23,9	0,0
Sozialversicherungsträger und Arbeitslosenversicherung	372,8	32,0	10,4	21,3	0,3	318,8	0,6	11,1	4,7	-
übrige öffentl. Stellen	409,3	66,5	44,0	20,3	2,2	276,3	0,5	26,2	27,8	-
Insgesamt	32.458,3	5.474,4	3.005,5	2.130,9	324,4	21.949,6	66,4	2.786,9	2.093,7	5,8

1) ohne Postsparkassenämter.

2) Hypothekenbanken und Kreditinstitute mit Sonderaufgaben.

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Januar 1959, S.62.

Tabelle 28:

Die prozentuale Verteilung der nach Einlegergruppen auf gegliederten Spareinlagen auf die einzelnen Bankengruppen am 31. Oktober 1958

Einlegergruppen	Alle Kreditinstitute ¹⁾	Kreditbanken	darunter			Girozentralen	Sparkassen	Zentralbanken	Gewerbl. Kreditgenossenschaften	Ländl. Kreditgenossenschaften	Übrige Kreditinstitute ²⁾
			Großbanken	Staats-, Regional- u. Lokalbanken	Privatbankiers						
Spareinlagen insgesamt	100,0	16,9	9,3	6,6	1,0	0,3	67,6	0,2	8,6	6,4	0,0
Spareinlagen nach Einlegergruppen:											
Privatpersonen	100,0	17,2	9,4	6,7	1,0	0,2	66,7	0,2	8,9	6,8	0,0
Wirtschaftsunternehmen	100,0	29,5	18,2	9,1	1,8	0,6	53,5	1,2	10,7	4,5	0,0
Öffentliche Stellen	100,0	6,0	3,0	2,9	0,1	0,9	87,5	0,1	2,7	2,8	0,0
Gemeinden u. Gemeindeverbände	100,0	1,7	0,4	1,3	0,0	0,1	94,8	0,0	1,4	2,0	0,0
Sozialversicherungsträger u. Arbeitslosenversicherung	100,0	8,6	2,8	5,7	0,1	1,5	85,5	0,2	3,0	1,2	-
übrige öffentliche Stellen	100,0	16,3	10,8	5,0	0,5	2,9	67,5	0,1	6,4	6,8	-

1) ohne Postsparkassenämter.

2) Hypothekenbanken und Kreditinstitute mit Sonderaufgaben.

instituten¹⁾ unterhaltenen Spareinlagen rund 32,5 Mrd DM, von denen rund 29,6 Mrd DM oder 91,1 v.H. auf Spareinlagen von Privatpersonen, rund 0,9 Mrd DM oder 2,7 v.H. auf Spareinlagen von Wirtschaftsunternehmen und rund 2 Mrd DM oder 6,2 v.H. auf Spareinlagen von öffentlichen Stellen entfallen (vgl. Tabelle 27). Von diesen wiederum stammt der überwiegende Teil, nämlich 1.228,0 Mio DM von Gemeinden und Gemeindeverbänden; 372,8 Mio DM sind Einlagen der Sozialversicherung und der Arbeitslosenversicherung und 409,3 Mio DM entfallen auf sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts, vor allem auf Kirchen und karitative Verbände (rund 330 Mio DM) (vgl. Tabelle 27).

Untersucht man nun die Verteilung der Spareinlagen dieser Einlegergruppen auf die einzelnen Bankengruppen, so fällt es besonders auf, daß die Spareinlagen der Gemeinden fast ausschließlich, nämlich zu 94,8 v.H., bei den Sparkassen unterhalten wurden. Weitere 0,1 v.H. entfielen auf die Girozentralen, während sich die restlichen 5,1 v.H. auf das gesamte übrige Bankgewerbe verteilen (vgl. Tabelle 28).

Bei der Beurteilung der Verteilung der Einlagen der Gemeinden und Gemeindeverbände auf die Bankengruppen muß beachtet werden, daß über die Anlage von Kassenbeständen der Gemeinden und Gemeindeverbände keine zwingenden Gesetzesvorschriften bestehen. Vielmehr ist es grundsätzlich den Gemeinden und Gemeindeverbänden möglich, ihre Kassenbestände bei allen Kreditinstituten anzulegen, wenn

1) Anm.: Mit Ausnahme der Postsparkassenämter, die daher in den folgenden Zahlenangaben nicht enthalten sind, waren alle von der monatlichen Bankenstatistik erfaßten Kreditinstitute meldepflichtig.

auch den Gemeinden, die über eine eigene Sparkasse verfügen von den übergeordneten Behörden empfohlen wird, ihre Kassenbestände in erster Linie bei "ihrer" Sparkasse oder bei der zuständigen Girozentrale anzulegen¹⁾. Die Tatsache, daß die Gelder der Gemeinden fast ausschließlich den Sparkassen zukommen, muß daher weitgehend als Folge der formal-rechtlichen und personellen Verknüpfung von Sparkassen und Kommunen angesehen werden.

Ein ähnliches Ergebnis zeigte bereits die Sondererhebung vom 31.12.1954²⁾. Zu diesem Zeitpunkt betrug die Gesamtsumme aller Spareinlagen rund 16,0 Mrd DM (vgl. Tabelle 29). Sie teilt sich nach Einlegergruppen auf in rund 14,1 Mrd DM (88,1 v.H.) von Privatpersonen, 0,5 Mrd DM (3,5 v.H.) von Wirtschaftsunternehmen und rund 1,3 Mrd DM (8,4 v.H.) von öffentlichen Stellen, die sich wiederum aus 731,8 Mio DM (4,6 v.H.) von Gemeinden und Gemeindeverbänden, 375,0 Mio DM (2,3 v.H.) von Sozialversicherung und Arbeitslosenversicherung und 239,5 DM (1,5 v.H.) von den übrigen öffentlichen Stellen zusammen-

1) Anm.: Gegen die Entschließung des Bayerischen Staatsministeriums des Inneren vom 14.7.1958, in der die Gemeinden, die Gemeindeverbände, die Schul- und Berufsverbände, die kommunalen Zweckverbände und die kommunalen Stiftungen zur Abwicklung ihrer Bankgeschäfte an die Sparkassen verwiesen wurden, haben die Verbände der privaten Kreditinstitute in Eingaben erfolgreich Einspruch erhoben. Den Belangen der privaten Kreditinstitute wurde in der Entschließung des Bayerischen Staatsministers des Inneren vom 1.12.1960 Rechnung getragen, indem die Bestimmungen der ersten Entschließung unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbsneutralität geändert wurden. Damit wurde anerkannt, daß die Auswahl der Kreditinstitute, bei denen die Gelder der Gemeinden anzulegen sind, aufgrund des Selbstverwaltungsrecht allein der Gemeinde obliegt. (vgl. hierzu: "Die Anlegung von Gemeindegeldern bei Raiffeisenkassen", in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt, 65. Jg. 1961, H. 3, S.63 f.).

2) Anm.: Im folgenden werden die im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Januar 1959 S.57-65 angegebenen Ziffern über die Sondererhebung vom 31. Dezember 1954 herangezogen, da diese sich abweichend von früheren Veröffentlichungen für dieses Jahr auf das Gebiet der Bundesrepublik einschließlich Berlin (West) beziehen.

Tabelle 29:

Die Spareinlagen¹⁾ nach Einlegergruppen bei den Kreditinstituten
im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) am 31. Dez. 1954 in Mio DM

	Alle Kreditinstitute ²⁾	Kreditbanken	darunter		Girozentralen	Spar-kassen	Zentral-kassen	Gewerbl. Kredit-genossen-schaften	Ländl. Kredit-genossen-schaften	Übrige Kredit-institute ³⁾
			Groß-banken	Staats-, Regional- u. Lokal-banken						
Privatpersonen	14.123,4	2.405,2	1.338,7	904,8	25,8	9.407,7	30,6	1.219,9	1.032,3	1,9
Wirtschafts-unternehmen	554,3	225,3	141,1	62,7	2,8	246,7	6,3	49,5	23,5	0,1
Öffentliche Stellen	1.346,3	145,2	67,5	75,2	11,1	1.129,0	2,8	29,2	29,0	0,0
Gemeinden u. Gemeinde-verbände	731,8	26,0	13,4	12,1	1,2	684,2	0,1	8,1	12,3	-
Sozialver-sicherungs-träger und Arbeitslosen-versicherung	375,0	67,3	20,9	46,3	0,1	288,1	2,3	6,4	2,1	-
übrige öffent-liche Stellen	239,5	51,9	33,2	16,8	1,1	156,7	0,4	14,7	14,6	0,0
Insgesamt	16.024,0	2.775,7	1.547,3	1.042,7	39,7	10.783,4	39,7	1.298,6	1.084,8	2,0

1) ohne die auf Sonderkonto verbuchten Ausgleichs- u. Entschädigungsguthaben in Höhe von 238,1 Mio DM.

2) ohne Postsparkassenämter.

3) Hypothekenbanken und Kreditinstitute mit Sonderaufgaben

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Januar 1959, S.63.

Tabelle 30: Die prozentuale Verteilung der nach Einlegergruppen aufgegliederten Spareinlagen¹⁾ auf die einzelnen Bankengruppen am 31. Dezember 1954

Einlegergruppen	Alle Kreditinstitute ²⁾	Kreditbanken	darunter		Girozentralen	Sparkassen	Zentralbanken	Gewerbliche Kreditgenossenschaften	Ländl. Kreditgenossenschaften	Übrige Kreditinstitute ³⁾
			Großbanken	Staats-, Regional- u. Lokalbanken						
Spareinlagen insges.	100,0	17,3	9,7	6,5	0,25	67,3	0,25	8,1	6,8	0,0
Spareinlagen nach Einlegergruppen:										
Privatpersonen	100,0	17,0	9,5	6,4	0,2	66,6	0,2	8,6	7,3	0,0
Wirtschaftsunternehm.	100,0	40,7	25,5	11,3	0,5	44,5	1,1	8,9	4,2	0,0
Öffentl. Stellen	100,0	10,8	5,0	5,6	0,8	83,9	0,2	2,2	2,2	0,0
Gemeinden und Gemeindevverbände	100,0	3,6	1,8	1,7	0,2	93,5	0,0	1,1	1,7	-
Sozialversicherungsträger u. Arbeitslosenversicherung	100,0	17,9	5,6	12,3	2,3	76,8	0,6	1,7	0,6	-
Übrige öffentliche Stellen	100,0	21,7	13,9	7,0	0,5	65,4	0,2	6,1	6,1	0,0

1) ohne die auf Sonderkonto verbuchten Ausgleichs- u. Entschädigungsguthaben in Höhe von 238,1 Mio DM.

2) ohne Postsparkassenämter.

3) Hypothekenbanken und Kreditinstitute mit Sonderaufgaben.

setzen. Der Rückgang des Anteils der öffentlichen Stellen an den gesamten Spareinlagen von 8,4 auf 6,2 v.H. ist einmal darauf zurückzuführen, "daß die finanzielle Position der öffentlichen Einleger sich seit 1954 nicht im gleichen Maße verstärkt hat, wie die anderer Einleger"¹⁾. Zum anderen "dürfte er aber auch mit Änderungen in der Vermögensanlage der betreffenden Stellen zusammenhängen"²⁾.

Die Verteilung der in diesem Zusammenhang besonders interessierenden Spareinlagen der Gemeinden und Gemeindeverbände auf die einzelnen Bankengruppen zeigt wiederum eine einseitige Bevorzugung der Sparkassen mit einem Anteil von 93,5 v.H. (vgl. Tabelle 30). Bei den Girozentralen lagen 0,2 v.H. Der Anteil der Kreditbanken betrug 1954 3,6 v.H., der der gewerblichen und ländlichen Kreditgenossenschaften 1,1 und 1,7 v.H. Ein Vergleich der Ergebnisse der beiden Sondererhebungen ergibt, daß der Anteil der Sparkassen an den Spareinlagen der Gemeinden sich von 1954 bis 1958 noch erhöht hat, nämlich um 1,3 v.H. von 93,5 v.H. auf 94,8 v.H. Ebenso konnten die gewerblichen und ländlichen Kreditgenossenschaften durch verstärkte Bemühungen um öffentliche Einlagen jeweils ihren Anteil geringfügig um je 0,3 v.H. erhöhen nämlich von 1,1 auf 1,4 bzw. von 1,7 auf 2,0 v.H. Dagegen nahm der Anteil der Kreditbanken sowohl absolut von 26,0 Mio DM auf 21,1 Mio DM, als auch relativ von 3,6 v.H. auf 1,7 v.H. ab.

Diese Veränderungen in der Verteilung der Spareinlagen der Gemeinden und Gemeindeverbände auf die einzelnen Bankengruppen wiegen dadurch um so schwerer, als die Spar-

-
- 1) "Die Ergebnisse der Sondererhebung über Spar- und Termineinlagen zum Oktober 1958", a.a.O., S.58.
2) ebenda S.58.

einlagen der Gemeinden und Gemeindeverbände seit 1954 dem absoluten Betrage nach stark zugenommen haben, nämlich von 731,8 Mio DM auf 1.228,0 Mio DM.

Obwohl der Anteil der Spareinlagen der Gemeinden und Gemeindeverbände nur 3,8 v.H. der insgesamt bei allen Kreditinstituten unterhaltenen Spareinlagen beträgt, sind diese Einlagen mit über 1,2 Mrd. DM dem absoluten Betrage nach gewichtig genug, um durch ihre fast ausschließliche Anlage bei den kommunalen Sparkassen, diesen - wie unten noch ausgeführt wird - spürbare Vorteile im Wettbewerb mit anderen Kreditinstituten zu verschaffen. Bei der oben festgestellten starken Zunahme der kommunalen Spareinlagen und bei der ganz allgemein zu beobachtenden Tendenz steigender kommunaler Aufgaben und den damit folglich an Umfang zunehmenden Bankgeschäften der Gemeinden, gewinnt dieser Faktor ständig an Bedeutung.

Auf die Verteilung der Spareinlagen der Sozialversicherungsträger und der Arbeitslosenversicherung sowie auf die Spareinlagen der übrigen öffentlichen Stellen wird an späterer Stelle noch genauer einzugehen sein. Nur der Vollständigkeit halber soll hier kurz darauf hingewiesen werden, daß auch diese öffentlichen Einleger ihre Gelder vorwiegend bei den Sparkassen anlegen. So entfielen am 31. Oktober 1958 insgesamt 87,0 v.H. der Spareinlagen der Sozialversicherungsträger und der Arbeitslosenversicherung auf die Sparkassen und Girozentralen (Ende 1954 waren es 79,1 v.H.), 8,6 v.H. auf die Kreditbanken (1954: 17,9 v.H.), 4,4 v.H. auf den Genossenschaftssektor (1954: 2,9 v.H.). Von den Spareinlagen der übrigen öffentlichen Stellen waren 70,4 v.H. (65,9 v.H.) bei den Sparkassen und Girozentralen, 16,3 v.H. (21,7 v.H.) bei den Kreditbanken und 13,3 v.H. (12,4 v.H.) bei Genossenschaften und Zentralkassen angelegt.

Die Verteilung der gesamten öffentlichen Spareinlagen zeigt schließlich folgendes Bild: Die Sparkassen und Girozentralen verwalteten 1958 88,4 v.H. (1954: 84,7 v.H.) der gesamten Spareinlagen der öffentlichen Einleger, die Kreditbanken 6,0 v.H. (10,8 v.H. und die genossenschaftlichen Institute 5,6 v.H. (4,6 v.H.) (vgl. Tabellen 28 und 30).

Bei einem Vergleich dieser Anteilziffern von 1958 und 1954 zeigt sich die gleiche Entwicklung, wie sie schon bei den Ziffern über die Verteilung der Spareinlagen der Gemeinden und der Gemeindeverbände festgestellt wurde. Die Anteile der Kreditbanken gingen zum Teil recht beträchtlich zurück, während sich diejenigen der Sparkassen in fast dem gleichen Maße noch erhöhten. Ebenso ist auch wieder eine leichte Zunahme der Anteile der genossenschaftlichen Institute zu beobachten.

Da in den statistischen Übersichten der beiden Sondererhebungen der Deutschen Bundesbank von 1954 und 1958 die Termineinlagen der öffentlichen Stellen nicht - wie bei den Spareinlagen - in Einlagen der "Gemeinden und Gemeindeverbände", der "Sozialversicherungsträger und der Arbeitslosenversicherung" und der "übrigen öffentlichen Stellen" unterteilt sind, läßt sich über die Verteilung der Termineinlagen der Gemeinden und Gemeindeverbände auf die einzelnen Bankengruppen direkt nichts aussagen. Lediglich aus der Verteilung der Termineinlagen aller öffentlichen Einleger können gewisse Anhaltspunkte über die Termineinlagen der Gemeinden gewonnen werden.

Von den insgesamt rund 17,4 Mrd DM am 31. Oktober 1958 bei allen Kreditinstituten liegenden Termineinlagen stammten rund 6,8 Mrd DM - das sind 39,1 v.H. - von öffentlichen

Tabelle 31:

Die Termineinlagen von Nichtbanken nach Einlegergruppen bei den Kreditinstituten im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) am 31. Okt. 1958

Bankengruppen	Termineinlagen von			Termin- einlagen insge- samt
	Privat- perso- nen	Wirt- schafts- unter- nehmen	Öffentl. Stellen	
Kreditbanken	680,9	7.552,3	3.106,7	11.339,9
darunter:				
Großbanken	362,5	4.609,7	1.618,4	6.590,6
Staats-, Regio- nal- u. Lokal- banken	212,8	2.099,8	1.417,0	3.729,6
Privatbankiers	92,1	686,3	63,1	841,5
Girozentralen	10,5	790,5	1.471,5	2.272,5
Sparkassen	208,5	788,9	1.949,6	2.947,0
Zentralkassen	8,7	141,9	56,6	207,2
Kredit- genossenschaften	89,1	200,3	103,8	393,2
Kreditinstitute mit Sonderauf- gaben	1,8	97,4	103,2	202,4
Hypothekenbanken u. öffentl.-recht- liche Grundkred- itanstalten	2,9	9,7	10,8	23,4
Alle Kreditin- stitute	1.002,3	9.581,0	6.802,3	17.385,6

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank,
Januar 1959, S.62.

Tabelle 32:

Die prozentuale Verteilung der nach Einlegergruppen aufgegliederten Termineinlagen auf die einzelnen Bankengruppen am 31. Okt. 1958

Bankengruppen	Termineinlagen			insgesamt
	Privatpersonen	Wirtschaftsunternehmen	Öffentl. Stellen	
Kreditbanken	67,9	78,8	45,7	65,2
darunter:				
Großbanken	36,2	48,1	23,8	37,9
Staats-, Regional- u. Lokalbanken	21,2	21,9	20,8	21,5
Privatbankiers	9,2	7,2	0,9	4,8
Girozentralen	1,0	8,3	21,6	13,1
Sparkassen	20,8	8,2	28,7	16,9
Zentralkassen	0,9	1,5	0,8	1,2
Kreditgenossenschaften	8,9	2,1	1,5	2,3
Kreditinstitute m. Sonderaufgaben	0,2	1,0	1,5	1,2
Hypothekenbanken u. öffentl.-rechtliche Grundkreditanstalten	0,3	0,1	0,2	1,1
Alle Kreditinstitute	100,0	100,0	100,0	100,0

Tabelle 33:

Die Termineinlagen von Nichtbanken bei den Kreditinstituten im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) am 31. Dezember 1954

Bankengruppen	Termineinlagen von		Termin- einlagen insgesamt
	Wirtschafts- unternehmen und Private	Öffentl. Stellen	
Kreditbanken	4.002,3	1.800,0	5.802,3
darunter:			
Großbanken	2.257,3	686,7	2.944,0
Staats-, Regional- und Lokalbanken	1.170,1	1.067,2	2.237,3
Privatbankiers	495,9	31,1	527,0
Girozentralen	338,7	1.629,1	1.967,8
Sparkassen	450,4	1.384,3	1.834,7
Zentralkassen	86,3	56,6	142,9
Gewerbliche Kredit- genossenschaften	120,0	52,6	172,6
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben	76,5	44,1	120,6
Hypothekenbanken und öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	47,2	3,5	50,7
Alle Kreditinstitute ¹⁾	5.121,5	4.970,1	10.091,6

1) ohne ländliche Kreditgenossenschaften

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank,
Januar 1959, S.63.

Tabelle 34:

Die Anteile der einzelnen Bankengruppen an den Termineinlagen der Wirtschaftsunternehmen und Privaten und der öffentlichen Stellen am 31. Dezember 1954

Bankengruppen	Termineinlagen von		Termin- einlagen insges.
	Wirtschafts- unternehmen und Private	Öffentl. Stellen	
Kreditbanken	78,1	36,2	57,5
darunter:			
Großbanken	44,1	13,8	29,2
Staats-, Regional- und Lokalbanken	22,8	21,5	22,2
Privatbankiers	9,7	0,6	5,2
Girozentralen	6,6	32,8	19,5
Sparkassen	8,8	27,9	18,2
Zentralkassen	1,7	1,1	1,4
Gewerbliche Kredit- genossenschaften	2,3	1,0	1,7
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben	1,5	0,8	1,2
Hypothekenbanken u. öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten	0,9	0,1	0,5
Alle Kreditinstitute ¹⁾	100,0	100,0	100,0

1) ohne ländliche Kreditgenossenschaften

Stellen (vgl. Tabelle 31). Hiervon wurden 50,3 v.H. bei den Sparkassen und Girozentralen angelegt, 45,7 v.H. bei den Kreditbanken und 3,8 v.H. bei den Kreditgenossenschaften und Zentralkassen (vgl. Tabelle 32). Am Jahresende 1954 lauteten die Prozentsätze 60,7 v.H. für die Sparkassen und 36,2 v.H. für die Kreditbanken (vgl. Tabelle 34).

Obwohl die Spareinlagen der öffentlichen Stellen insgesamt nur einen Bruchteil der gesamten Spareinlagen aller Einlegergruppen ausmachen, hat ihre ungleiche Verteilung auf die Institutsgruppen einen deutlichen Einfluß auf deren Einlagenstruktur. Errechnet man aus den in dem Bundesbankbericht über die beiden Sondererhebungen angegebenen absoluten Zahlen die Anteile der von öffentlichen Stellen stammenden Spareinlagen an den gesamten Spareinlagen einer jeden Bankengruppe, so zeigt es sich, daß bei den Sparkassen und Girozentralen erwartungsgemäß der Prozentsatz der von öffentlichen Stellen stammenden Spareinlagen wesentlich höher ist, als bei den übrigen Bankengruppen. Und zwar betrug dieser Prozentsatz am 31.10.1958 bei den Sparkassen 8,0 v.H. ihrer gesamten Spareinlagen und bei den Girozentralen 23,3 v.H. Weit geringer waren die entsprechenden Anteile bei den privaten Kreditinstituten. Sie lauteten für die Kreditbanken 2,2 v.H., für die Zentralkassen 1,7 v.H., für die gewerblichen Kreditgenossenschaften 2,0 und für die ländlichen Kreditgenossenschaften 2,7 v.H. (vgl. Tabelle 35).

Wie aus Tabelle 36 zu ersehen ist, lagen abgesehen von den ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Anteil gleich blieb - die entsprechenden Ziffern am 31.12.1954 jeweils höher als am 31.10.1958. Dies dürfte im wesentlichen zwei Gründe haben: Einmal sind - wie bereits erwähnt - die Spareinlagen öffentlicher Stellen weniger stark gestiegen als die privater Einleger; hieraus ergibt sich bereits jeweils ein entsprechender Rückgang

Tabelle 35:

Die Zusammensetzung der Spareinlagen von Nichtbanken nach Einlegergruppen bei ausgewählten Bankengruppen am 31. Oktober 1958 in v.H.

Bankengruppen	Privat- personen	Wirt- schafts- unter- nehmen	Öffentl. Stellen	
			insge- samt	darunter: Gemeinden u. Gemein- deverbände
Alle Kredit- institute	91,1	2,7	6,2	3,8
Kreditbanken	93,2	4,7	2,2	0,4
Girozentralen	70,5	6,2	23,3	1,7
Sparkassen	89,8	2,1	8,0	5,3
Zentralkassen	82,5	15,8	1,7	0,0
Gewerbl. Kredit- genossenschaften	94,7	3,4	2,0	0,6
Ländliche Kredit- genossenschaften	95,4	1,9	2,7	1,1

Tabelle 36:

Die Zusammensetzung der Spareinlagen von Nichtbanken nach Einlegergruppen bei ausgewählten Bankengruppen am 31. Dezember 1954 in v.H.

Bankengruppen	Privat- personen	Wirt- schafts- unter- nehmen	Öffentl. Stellen	
			insge- samt	darunter: Gemeinden u. Gemein- deverbände
Alle Kredit- institute	88,1	3,5	8,4	4,6
Kreditbanken	86,7	8,1	5,2	0,9
Girozentralen	65,0	7,1	28,0	3,0
Sparkassen	87,2	2,3	10,5	6,3
Zentralkassen	77,1	15,9	7,1	0,3
Gewerbl. Kredit- genossenschaften	93,9	3,8	2,2	0,6
Ländliche Kredit- genossenschaften	95,2	2,2	2,7	1,1

Tabelle 37:

Die Zusammensetzung der Termineinlagen von Nichtbanken nach Einlegergruppen bei den Bankengruppen am 31. Oktober 1958 in v.H.

Bankengruppen	Privat- personen	Wirtschafts- unternehmen	Öffentl. Stellen
Alle Kreditinstitute	5,8	55,1	39,1
Kreditbanken	6,0	66,6	27,4
Girozentralen	0,5	34,8	64,8
Sparkassen	7,1	26,8	66,2
Zentralkassen	4,2	68,5	27,3
Kreditgenossenschaften	22,7	50,9	26,4
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben	0,9	48,1	51,0
Hypothekenbanken und öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	12,4	41,5	46,2

Tabelle 38:

Die Zusammensetzung der Termineinlagen von Nichtbanken nach Einlegergruppen bei den Bankengruppen am 31. Dezember 1954 in v.H.

Bankengruppen	Wirtschaftsunter- nehmen und Private	Öffentl. Stellen
Alle Kreditinstitute	50,8	49,2
Kreditbanken	69,0	31,0
Girozentralen	17,2	82,8
Sparkassen	24,5	75,5
Zentralkassen	60,4	39,6
Kreditgenossenschaften	69,5	30,5
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben	63,4	36,6
Hypothekenbanken und öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	93,1	6,9

des Spareinlagenanteils öffentlicher Stellen bei den einzelnen Bankengruppen. Bei den Kreditbanken und den Zentralkassen ist die Abnahme des von den öffentlichen Einlegern aufgebrauchten Spareinlagenanteils zweitens eine Folge der veränderten Verteilung der öffentlichen Spareinlagen auf die Bankengruppen. Denn wie oben festgestellt wurde, ergab die Sondererhebung vom 31.10.1958, daß die Anteile der Kreditbanken und Zentralkassen an den gesamten öffentlichen Spareinlagen gegenüber 1954 zurückgegangen waren.

Eine noch größere Rolle als bei den Spareinlagen spielt der Anteil der öffentlichen Gelder bei den Termineinlagen der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute. Am 31.10.1958 stammten bei den Sparkassen 66,2 v.H., also zwei Drittel der Termineinlagen von öffentlichen Stellen (vgl. Tabelle 37). Bei den Girozentralen bewegte sich dieser Prozentsatz mit 64,8 v.H. fast in der gleichen Höhe. Einen überdurchschnittlich hohen Anteil hatten die öffentlichen Gelder auch an den Termineinlagen der Kreditinstitute mit Sonderaufgaben (51,0 v.H.) und an den Termineinlagen der Hypothekenbanken und öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten (46,2 v.H.). Bei den Kreditbanken, Zentralkassen und Kreditgenossenschaften machten die von öffentlichen Stellen stammenden Termineinlagen dagegen mit 27,4 v.H., 27,3 v.H. und 26,4 v.H. jeweils etwa nur ein Viertel der gesamten Termineinlagen aus.

Ein Vergleich mit den entsprechenden Ziffern von 1954 (Tabelle 38) zeigt, daß - abgesehen von den Kreditinstituten mit Sonderaufgaben sowie den Hypothekenbanken und öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten - bei allen übrigen Bankengruppen jeweils der Prozentsatz der öffentlichen Einlagen an den gesamten Termineinlagen gesunken ist, was wiederum - ebenso wie schon bei den Spareinlagen auf ein stärkeres Ansteigen der Termineinlagen von

Wirtschaftsunternehmen und Privaten im Vergleich zu denen von öffentlichen Stellen zurückzuführen ist. Bei den Kreditinstituten mit Sonderaufgaben stiegen die öffentlichen Termineinlagen weit stärker als die übrigen Gelder, während bei den Hypothekenbanken und öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten die Einlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten stark sanken, die der öffentlichen Stellen sich jedoch verdreifachten.

Zusammenfassend läßt sich folgendes feststellen: Die angeführten Zahlen zeigen, daß der überwiegende Teil der bei Kreditinstituten angelegten öffentlichen Gelder der Sparkassenorganisation zufließt. Insbesondere die Spareinlagen der Gemeinden sind fast ausschließlich bei den Sparkassen angelegt. Bei der Verteilung der Spareinlagen öffentlicher Stellen ist ferner von 1954 auf 1958 eine Zunahme der Anteilziffer der Sparkassen festzustellen, so daß "sich damit die Monopolstellung der Sparkassen für die Spareinlagen der öffentlichen Stellen weiter verstärkt"¹⁾ hat.

b₂) Die Auswirkungen der Konzentration öffentlicher Gelder bei den Sparkassen auf die Wettbewerbsstellung der konkurrierenden Bankengruppen

Die Konzentration der öffentlichen Gelder auf die Sparkassen bringt diesen wesentliche Vorteile in ihrem Konkurrenzkampf gegen die privaten Kreditinstitute. Der

1) "Die Ergebnisse der Sondererhebung über Spar- und Termineinlagen zum 31. Oktober 1958", a.a.O., S.64.

Tabelle 39:

Der Anteil der Groß-Spareinlagen von DM 50.000,-- und darüber je Konto an den gesamten Spareinlagen bei ausgewählten Bankengruppen am 31. Oktober 1958
gesamt und nach Einlegergruppen in v.H.

	Alle Kredit- institute	Kredit- banken	Girozen- tralen	Spar- kassen	Zentral- kassen	Gewerbl. Kreditgen.	Ländliche Kreditgen.
Insgesamt	7,7	8,3	27,1	8,2	14,3	5,1	2,9
Privatpersonen	1,4	3,2	8,7	1,0	0,4	2,1	0,8
Wirtschaftsunternehmen	65,7	75,8	74,5	63,3	81,9	55,2	48,9
Öffentliche Stellen	74,2	78,9	93,7	75,0	63,6	65,7	43,4
Gemeinden und Ge- meindeverbände	76,0	78,2	71,4	76,5	-	76,6	51,9
Sozialversicherungs- träger und Arbeitslo- senversicherung	94,1	96,6	98,2	94,5	100,0	81,1	72,3
übrige öffentliche Stellen	50,9	70,7	94,2	46,2	20,0	51,9	31,3

Zufluß der öffentlichen Spar- und Termineinlagen erhöht die Rentabilität ihres Passivgeschäfts beträchtlich. Denn einmal ist die Höhe der öffentlichen Einlagen bei den Sparkassen recht bedeutend, so daß sie einen nennenswerten Anteil an den gesamten Einlagen der Sparkassen ausmachen. Zum Zweiten handelt es sich bei diesen Einlagen zum überwiegenden Teil um Groß-Spareinlagen und Groß-Termineinlagen, deren Verwaltung relativ weniger Kosten verursacht als die kleinen Konten. Wie aus Tabelle 39 zu ersehen ist, entfielen am 31. Oktober 1958 74,2 v.H. der bei den Kreditinstituten liegenden Spareinlagen öffentlicher Einleger auf Groß-Spareinlagen von DM 50.000,- und darüber je Konto. Bei den Spareinlagen der Wirtschaftsunternehmen war der Anteil der Groß-Spareinlagen im Durchschnitt aller Kreditinstitute geringer; die Spareinlagen von Privatpersonen bestanden nur zu einem minimalen Prozentsatz aus Groß-Spareinlagen. Bei den Sparkassen waren 75,0 v.H. der Spareinlagen von öffentlichen Stellen Groß-Spareinlagen, bei den Spareinlagen von Wirtschaftsunternehmen waren es 63,3 v.H. während es sich bei den Spareinlagen von Privatpersonen nur zu 1,0 v.H. um Groß-Spareinlagen handelte. Bei den Girozentralen waren diese Prozentsätze wesentlich höher.

Der gleiche Tatbestand läßt sich ebenfalls durch einen Vergleich der Durchschnittsguthaben je Sparkonto nachweisen. Auch hierbei wird deutlich sichtbar, daß die durchschnittliche Höhe der öffentlichen Sparguthaben je Konto diejenige der Sparguthaben von Wirtschaftsunternehmen und Privatpersonen weit übersteigt. Wie aus Tabelle 40 zu ersehen ist, betrug die durchschnittliche Höhe der Spareinlagen pro Sparbuch bei allen Kreditinstituten¹⁾ am 31. Oktober 1958 993,- DM. Die Aufteilung

1) außer Postsparkassenämter

Tabelle 40:

Die Durchschnittsguthaben je Sparbuch bei den Kreditinstituten im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) am 31. Oktober 1958 in DM

Bankengruppen	durchschnittl. Sparguthaben bei			insgesamt
	Privatpersonen	Wirtschaftsunternehmen	Öffentl. Stellen	
Alle Kreditinstitute ¹⁾	913	6.033	11.308	993
Kreditbanken	1.849	15.876	11.233	1.966
darunter:				
Großbanken	2.073	20.336	28.760	2.220
Staats-, Regional- u. Lokalbanken	1.612	11.327	7.385	1.702
Privatbankiers	1.802	11.297	3.469	1.887
Girozentralen	1.405	22.262	84.391	1.972
Sparkassen	816	4.686	11.854	899
Zentralkassen	1.098	21.271	2.705	1.308
Gewerbl. Kreditgen.	863	5.082	7.302	904
Ländl. Kreditgen.	864	4.062	5.341	898
Übrige Kreditinstitute ²⁾	1.440	19.800	1.000	1.488

1) ohne Postsparkassenämter.

2) Hypothekenbanken und Kreditinstitute mit Sonderaufgaben

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Januar 1959, S.62.

Tabelle 41:

Der Anteil der Groß-Termineinlagen an den gesamten Termineinlagen bei ausgewählten Bankengruppen am 31. Oktober 1958, gesamt und nach Einlegergruppen in v.H.

	Alle Kredit- institute	Kredit- banken	Giro- zentralen	Spar- kassen	Zentral- kassen	Kreditge- nossensch.
Groß-Termineinlagen von DM 50.000,-- und darüber je Konto						
Insgesamt	95,2	95,9	99,1	91,1	98,4	79,6
Privatpersonen	53,4	57,2	46,7	45,2	92,0	41,2
Wirtschaftsunternehmen	97,3	98,0	98,7	92,2	98,2	89,5
Öffentliche Stellen	98,3	99,5	99,7	95,6	99,6	93,4
darin enthalten:						
Groß-Termineinlagen von DM 1.000.000,-- und darüber						
Insgesamt	64,3	69,5	78,6	39,8	54,3	15,1
Privatpersonen	6,6	9,0	-	1,5	12,6	-
Wirtschaftsunternehmen	63,0	68,4	66,1	23,6	49,2	15,3
Öffentliche Stellen	74,6	85,3	85,8	50,4	73,5	27,7

der Sparkonten nach Einlegergruppen ergibt für die Sparguthaben von Privatpersonen eine durchschnittliche Höhe von 913,- DM, für die von Wirtschaftsunternehmen einen Durchschnittsbetrag von 6.033,- DM und für die von öffentlichen Stellen einen solchen von 11.308,- DM. Bei den Sparkassen lauten die entsprechenden Durchschnittsbeträge für die gesamten Spareinlagen 899,- DM, für die Spareinlagen von Privatpersonen 816,- DM, von Wirtschaftsunternehmen 4.686,- DM und von öffentlichen Stellen 11.854,-DM. Dieser hohe Durchschnittsbetrag läßt die Bedeutung der Guthaben der öffentlichen Stellen für die Rentabilität des gesamten Spareinlagengeschäfts erkennen. Da die öffentlichen Spareinlagen bei den Sparkassen 8 v.H. ihrer gesamten Spareinlagen ausmachen¹⁾ - bei den Girozentralen sind es sogar 23,3 v.H. -, sind sie durchaus in der Lage, die Rentabilität dieser Institute zu steigern.

Ähnlich verhält es sich bei den Termineinlagen, die am 31.10.1958 insgesamt zu 95,2 v.H. aus Groß-Termineinlagen von 50.000,- DM und darüber je Konto bestanden (vgl. Tabelle 41). Jedoch war hier der Prozentsatz der Groß-Termineinlagen bei den Einlagen von öffentlichen Stellen mit 98,3 v.H. nur unwesentlich größer als der bei den Termineinlagen von Wirtschaftsunternehmen mit 97,3 v.H. Deutlicher wird das Bild schon bei den Groß-Termineinlagen von 1 Mio DM und darüber je Konto. Im Durchschnitt aller Kreditinstitute standen 64,3 v.H. der Termineinlagen auf Konten von 1 Mio DM und darüber (vgl. Tabelle 41). Nach Einlegergruppen aufgeteilt, waren es 74,6 v.H. bei den Einlagen von öffentlichen Stellen, 63,0 v.H. bei denen von Wirtschaftsunternehmen und 6,6 v.H. bei den Termineinlagen von Privatpersonen. Was die einzelnen Bankengruppen betrifft, so waren die entsprechenden Prozentsätze bei den Kreditbanken und Girozentralen am höchsten,

1) vgl. Tabelle 35

bei den Kreditgenossenschaften am niedrigsten. Bei den Sparkassen bestanden die Termineinlagen von Wirtschaftsunternehmen zu 23,6 v.H. und die von öffentlichen Stellen zu 50,4 v.H. aus Einlagen von 1 Mio DM und darüber. Von den Termineinlagen von Privatpersonen hatten sogar nur 1,5 v.H. eine Höhe von 1 Mio DM und darüber pro Konto. Wenn trotzdem bei den Sparkassen im Durchschnitt aller Einlegergruppen von den gesamten Termineinlagen 39,8 v.H. auf Groß-Termineinlagen von über 1 Mio DM entfielen, so kann daraus ersehen werden, wie sehr die öffentlichen Termineinlagen die Durchschnittshöhe der gesamten Termineinlagen - und damit auch hier wiederum die Rentabilität dieses Geschäftszweiges - beeinflussen.

Es bleibt also festzustellen, daß erstens den Sparkassen und Girozentralen der überwiegende Teil der öffentlichen Einlagen zufließt, und zweitens diese Anlagen für sie noch dadurch eine besondere Bedeutung gewinnen, daß es sich bei den einzelnen Guthaben um sehr hohe Beträge handelt, deren Verwaltung besonders gewinnbringend ist. Ist die Rentabilität der bei den Sparkassen liegenden öffentlichen Spareinlagen schon allein durch die hohen Durchschnittsbeträge der Guthaben gesichert, so kommt noch hinzu, daß das Spargeschäft der Sparkassen **k e i - n e r B e s t e u e r u n g** unterliegt. Dies kommt einer Senkung der Kosten gleich und bewirkt daher eine weitere Rentabilitätsverbesserung.

Schließlich muß darauf hingewiesen werden, daß die Wirkungen der öffentlichen Einlagen bei den Sparkassen sich nicht nur auf das Passivgeschäft beschränken, sondern natürlich auch Einfluß auf das Aktivgeschäft haben; denn mit der Erhöhung der Liquidität beim Zufluß öffentlicher Gelder vergrößert sich gleichzeitig auch der Kredit-spielraum der Sparkassen. Da die öffentlichen Einlagen bei

den Sparkassen einen beträchtlichen Prozentsatz ihrer Gesamteinlagen ausmachen, bilden sie folglich die Grundlage für einen großen Teil der gewährten Kredite.

Im Zusammenhang mit dem Umstand, daß die öffentlichen Stellen ihre Konten bevorzugt bei den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten unterhalten, muß an dieser Stelle noch auf einen weiteren Tatbestand hingewiesen werden, der sich aus der Zusammenballung der Steuerzahlungen auf eine geringe Anzahl von Zahlungsterminen ergibt. An jedem dieser großen Steuertermine werden Beträge, die sich normalerweise zwischen 3 bis 3,5 Mrd DM bewegen, von den Konten der Steuerzahler auf die der öffentlichen Hand übertragen¹⁾. Da die Steuerzahler vorwiegend ihre Konten bei privaten Kreditinstituten unterhalten, die Steuerbehörden jedoch bei öffentlich-rechtlichen Instituten und dem Zentralbanksystem, verursacht dies jeweils eine plötzliche Bewegung von den privaten zu den öffentlich-rechtlichen Instituten. Soweit diese Gelder in das Zentralbanksystem fließen - wie es hauptsächlich bei den flüssigen Mitteln des Bundes und der Länder²⁾ der Fall ist, - hat dies eine Verminderung der aktiven Geldmenge zur Folge und damit bestimmte konjunkturpolitische Auswirkungen, die hier jedoch nicht weiter ausgeführt zu

-
- 1) vgl. Richebächer, Kurt: Wohin mit den öffentlichen Geldern? in: Der Volkswirt, 9. Jg. 1955, H. 45, S.14 und Hofmann, Walter (I): Die öffentlichen Gelder im Bundesbankgesetz, in: Z.f.d.g.K., 9. Jg. 1956, H. 9, S.308.
 - 2) Anm.: Gemäß § 17 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I, S.745) müssen die flüssigen Mittel von Bund und Ländern bei der Bundesbank angelegt werden. Eine anderweitige Anlegung bedarf der Zustimmung der Bundesbank.

werden brauchen. Für das gesamte Banksystem bedeutet dies einen Verlust an Liquidität und entsprechende Einbußen an Kreditspielraum¹⁾. Wettbewerbliche Konsequenzen ergeben sich hier nicht.

Soweit es sich jedoch um Gelder der Gemeinden und Gemeindeverbände handelt, verbleiben diese Beträge im Geldkreislauf, da diese Gebietskörperschaften die Anlage bei Kreditinstituten vorziehen, und zwar wie nachgewiesen wurde, vorwiegend bei öffentlich-rechtlichen Instituten: Staatsbanken, Girozentralen und Sparkassen. Damit findet eine Liquiditätsverschiebung zugunsten dieser öffentlich-rechtlichen Institute statt, die deren Kreditbereitschaft erhöht²⁾. Die liquiden Mittel werden von ihnen wieder ausgeliehen, und zwar sowohl als Kredite direkt an die Wirtschaft, als auch über den Geldmarkt an die privaten Kreditbanken, die ihre durch den Geldabfluß beeinträchtigte Liquidität wiederherstellen müssen. Im Zuge der kontinuierlichen Verausgabung der Steuergelder fließen diese Beträge in der folgenden Zeit langsam wieder zurück in die Wirtschaft und in das private Bankgewerbe, wodurch die Liquiditätsverschiebung allmählich wieder rückgängig gemacht wird.

Es ist evident, welche Wettbewerbsvorteile den öffentlich-rechtlichen Instituten aus dieser Praxis des Steuereinzugs erwachsen. Selbst wenn sie Steuerüberweisungen ihrer Kundschaft auszuführen haben, bedeutet dies für sie nur eine Buchung von einem bei ihrem Institut unterhaltenen Konto auf ein anderes oder allenfalls eine Buchung von Konto zu Konto innerhalb der eigenen Giroorganisation, aber keine Liquiditätsbeschränkung.

1) vgl. Richebächer, Kurt, a.a.O., S.15.

2) vgl. ebenda S.15.

Für die privaten Banken, die Steuerüberweisungen ihrer Kundschaft an die öffentlich-rechtlichen Institute auszuführen haben, bringt dieser Vorgang jedoch eine erhebliche Schmälerung ihrer Rentabilität. Es wird nicht nur ihre Liquidität und damit ihr Kreditspielraum vermindert; da die Steuerzahlungen auf einige wenige Zahlungstermine zusammengeballt sind, handelt es sich jeweils um derartig hohe Beträge, daß von den privaten Instituten der Geldmarkt in Anspruch genommen werden muß, was mit zusätzlichen, auf jeden Fall aber höheren Kosten verbunden ist, als sie Sichteinlagen der privaten oder öffentlichen Einleger bei der eigenen Bank verursachen.

Das Ausmaß der Nachteile, die den privaten Kreditinstituten im Wettbewerb infolge der einseitigen Bevorzugung der öffentlich-rechtlichen Bankinstitute durch die öffentlichen Stellen entstehen, wurde an Hand des umfangreichen Zahlenmaterials und der angeführten Beispiele verdeutlicht. Eine der wesentlichen Ursachen für diese Bevorzugung der öffentlich-rechtlichen Institute wurde oben dargestellt: Die personelle Verflechtung der Organe der Gebietskörperschaft und der Sparkasse lassen die enge geschäftliche Zusammenarbeit zwischen Sparkasse und Gewährsträger verständlich werden¹⁾. Im letzten Abschnitt dieser Untersuchung wird auf die Frage einzugehen sein, ob es mit den Wettbewerbsgrundsätzen unserer Wirtschaftsordnung zu vereinbaren ist, daß öffentliche Stellen ihre flüssigen Mittel ganz überwiegend bei einer bestimmten Bankengruppe anlegen und dieser dadurch erhebliche wirtschaftliche Vorteile zukommen lassen.

1) Anm.: Welche anderen Gründe (a.B. Anlagevorschriften) noch für die Konzentration der öffentlichen Gelder auf die öffentlich-rechtlichen Institute eine Rolle spielen, wird an späterer Stelle noch eingehend untersucht.

2. Die Gewährsträgerhaftung

a) Rechtsgrundlagen

Wie bereits betont wurde, haftet die Gemeinde bzw. der Gemeindeverband als Gründer und Träger der Sparkasse unbeschränkt mit dem gesamten Vermögen und dem Steueraufkommen für die Verbindlichkeiten der Sparkasse. Diesen Grundsatz enthalten alle Sparkassengesetze in der Bundesrepublik. So heißt es z.B. in § 6 des Sparkassengesetzes von Nordrhein-Westfalen: "Für die Verbindlichkeiten der Sparkassen haftet die Gemeinde oder der Gemeindeverband als Gewährträger unbeschränkt. Die Gläubiger der Sparkasse können den Gewährträger nur in Anspruch nehmen, soweit sie aus dem Vermögen der Sparkasse nicht befriedigt werden."

Bestimmungen über die Gewährsträgerhaftung enthielt bereits das preußische Sparkassenreglement von 1838¹⁾, das auch in den anderen deutschen Bundesstaaten für deren Sparkassengesetze zum Vorbild genommen wurde. Allerdings konnte damals hinsichtlich der Haftung der Gemeinde schon insofern kein rechtlicher Zweifel aufkommen, als die Sparkassen noch keine eigene Rechtspersönlichkeit besaßen. Da sie als rechtlich unselbständige Anstalten von den Gemeinden verwaltet wurden, war es selbstverständlich, daß der Träger der Anstalt für alle Verbindlichkeiten aus den Sparkassengeschäften wie für eigene Verpflichtungen uneingeschränkt haftete.

Nach der endgültigen rechtlichen Verselbständigung der Sparkassen im Jahre 1931²⁾ handelt es sich nunmehr um

1) vgl. oben Seite 9.

2) vgl.: Dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober 1931 (RGBl. I, S.537) V. Teil, Kap. 1, Art. 1, § 2.

eine Haftung für fremde Schuld, und zwar um eine Ausfallgarantie des Gewährsträgers der Sparkasse gegenüber den Gläubigern der Sparkasse. Diese Haftung ist ihrem Wesen nach subsidiär, ihrem Umfang nach unbeschränkt. Sie ist ein der Ausfallbürgschaft (Bürgschaft mit Einrede der Vorausklage gem. § 771 BGB) völlig ähnliches Verhältnis, das den Gläubigern der Sparkasse einen im ordentlichen Rechtsweg verfolgbaren Anspruch gewährt¹⁾.

Die Verpflichtung der Gebietskörperschaft ist jedoch mit dieser bloßen Garantie nicht bereits erschöpft. Die Gewährleistung des Haftungsverbandes schließt die Pflicht ein, die Anstalt, solange sie betrieben wird, zur ordnungsgemäßen Erfüllung des Anstaltszweckes instand zu halten und mit den erforderlichen Mitteln zu versehen, damit sie ihren Verpflichtungen gerecht werden und den Geschäftsverkehr fortsetzen kann. Tritt also der Fall ein, daß die Sparkasse einmal vorübergehend nicht in der Lage ist, den an sie gestellten Anforderungen nachzukommen, ohne daß bereits eine Unterbilanz vorliegt, so muß der Gewährsträger den Sparkassen vorübergehend die nötigen Gelder überlassen, aus denen die Kunden befriedigt werden können. Nach Beseitigung der Schwierigkeiten kann der Gewährsträger die Beträge allerdings zurückfordern²⁾.

Darüber hinaus ist der Gewährsträger jedoch verpflichtet, eine eventuell auftretende Unterbilanz der Sparkasse auszugleichen³⁾, und zwar zumindest zunächst buchmäßig, indem der Gewährsträger in Höhe des Fehlbetrages als Schuldner geführt wird ("Forderungen an den Gewährsverband"), aber auch durch Barzahlung der benötigten

1) vgl. hierzu Will, Hellmut, a.a.O., S.21.

2) vgl. Nicolai, Helmut, a.a.O., S.171.

3) vgl. ebenda, S.24 und 171.

Beträge. Für diese eingeschossenen Gelder kann später kein Rückforderungsrecht geltend gemacht werden¹⁾.

Diese Bilanzierungshilfe ist eine über die sparkassenrechtliche Haftungsverpflichtung hinausgehende kommunalrechtliche Pflicht des Gewährsverbandes einer Sparkasse, der die von ihm errichtete Anstalt in die Lage zu versetzen hat, den angestrebten Zweck ordnungsmäßig zu erfüllen. Dies ist also kein Anspruch der Sparkasse gegenüber dem Gewährsverband oder eine Verpflichtung gegenüber Dritten, denen etwa hieraus ein Anspruch auf Erfüllung zustehen würde, sondern eine kommunalrechtliche Obliegenheit der Gemeinde, also eine Pflicht aufgrund des Gesetzes gegenüber dem Staat²⁾. Die Erfüllung dieser Pflicht kann von der Aufsichtsbehörde des Gewährsverbandes nötigenfalls gem. § 110 DGO erzwungen werden.

Die Errichtung der ersten Sparkassen als rechtlich unselbständige Anstalten der Gemeinde und die damit verbundene unbeschränkte Haftung der Gemeinde für die Verbindlichkeiten der Sparkasse sollten die unbedingte Sicherheit der Spareinlagen garantieren. Die von den ärmsten Bevölkerungskreisen aufgebraachten Sparbeträge mußten eine absolut sichere Anlage finden. Zudem warb man mit dieser Garantie um das Vertrauen der Bevölkerung in diese Einrichtung, um den Sparwillen - besonders den ärmeren Volksschichten - zu wecken. Später, bei der Umwandlung der Sparkassen in rechtlich selbständige Institute glaubte man auf die Gewährsträgerhaftung nicht verzichten zu können, da eventuelle Zusammenbrüche von

1) vgl. Nicolai, Helmut, a.a.O., S.171.

2) vgl. Will, Hellmut, a.a.O., S.22.

Sparkassen das Vertrauen der Bevölkerung hinsichtlich der Sicherheit ihrer Spareinlagen schwer erschüttert hätten. Die Gewährträgerhaftung blieb auch dann bestehen, als die Sparkassen längst neben dem Sparverkehr alle anderen Bankgeschäfte aufgenommen hatten und sich ihr Charakter vom reinen Sparinstitut der armen Bevölkerungsschichten zum Bankinstitut des Mittelstandes gewandelt hatte.

So wird auch heute noch die Sicherheit der Sparkasse durch die unbeschränkte Haftung des Gewährsträgers gewährleistet. Hierin besteht zwischen den Sparkassen und den privaten Kreditinstituten ein grundsätzlicher Unterschied. Die Sicherheit der privaten Banken beruht auf der Höhe ihres Grund- oder Stammkapitals und der Reserven, sowie ganz allgemein auf der Vertrauenswürdigkeit ihrer Geschäftsgrundsätze. Insofern ist die Sicherheit der privaten Institute beschränkt, da Grundkapital und Reserven aufgebraucht und die Verbindlichkeiten der Bank größer als ihre Aktiven werden können. Selbst wenn einer oder mehrere der Geschäftsinhaber persönlich voll haften, ist dies für die Gläubiger der Bank nur eine begrenzte Sicherheit. So konnte es in der Vergangenheit - vor allem bei kleineren Banken - gelegentlich geschehen, daß die Kunden der Bank Verluste erlitten. Die Sicherheit der Banken ist heute jedoch durch weitere Maßnahmen erhöht worden, wie z.B. durch die staatliche Aufsicht über das Bankgewerbe, die Kontrolle durch Prüfungsverbände usw.

Die Sicherheit der Einlagen bei den öffentlich-rechtlichen Sparkassen beruht dagegen primär auf der unbeschränkten Haftung des Gewährsträgers, wie oben ausgeführt wurde. Die Höhe des Vermögens und die Steuerkraft der Gebietskörperschaft lassen die Sicherheit der Sparkasse praktisch unbegrenzt erscheinen, so daß die Mög-

lichkeit, daß ein Kunde der Sparkasse irgendwelche Verluste erleidet, ausgeschlossen ist. Das Eigenkapital der Sparkassen, das lediglich aus den in die gesetzliche Rücklage überführten Überschüssen besteht und rein quantitativ hinter dem Eigenkapital privater Institute zurückbleibt, ist lediglich von sekundärer Bedeutung. Ebenso haben die genauen Anlage- und Geschäftsvorschriften, die den Sparkassen in ihrer Geschäftstätigkeit auferlegt sind, wegen der Garantie des Gewährsträgers für den Schutz der Sparkassenkunden vor Verlusten effektiv keine Bedeutung, sondern bewirken lediglich eine Verminderung des Risikos des Gewährsträgers, für die Verbindlichkeiten der Sparkasse in Anspruch genommen zu werden.

b) Wirtschaftliche Auswirkungen

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Gewährsträgerhaftung, insbesondere hinsichtlich des Wettbewerbs zwischen den öffentlich-rechtlichen Sparkassen und den privaten Kreditinstituten sind folgende:

1. Während die privaten Kreditinstitute eine Dividende auf ihr Aktien- oder Geschäftskapital erwirtschaften müssen, entfällt bei den öffentlich-rechtlichen Sparkassen die Notwendigkeit der Eigenkapitalverzinsung. Wegen der Gewährsträgerhaftung kann bei der Errichtung der Sparkassen auf die Ausstattung mit einem genügend großen Stammkapital als Risikopolster verzichtet werden. Gegenüber den privaten Bankinstituten, die ihr Stammkapital verzinsen müssen, haben die öffentlich-rechtlichen Sparkassen daher einen Kostenvorteil.
2. Die Rücklagen, die aus den jährlichen Überschüssen gebildet werden, sind die einzige Form des Eigenkapitals der Sparkassen. Da den Rücklagen wegen der Gewährsträ-

gerhaftung jedoch wiederum für die Sicherheit der Sparkasse nicht die gleiche Bedeutung zukommt, wie bei den privaten Instituten, brauchen die Sparkassen aus diesem Grunde auch weniger auf die Bildung von Rücklagen bedacht zu sein. Daher hält sich diese Art der Eigenkapitalbildung bei den Sparkassen in Grenzen.

Dieser Tatbestand läßt sich leicht nachweisen, wenn man die Eigenmittel, d.h. das eingezahlte Grund- oder Stammkapital bzw. die Geschäftsguthaben zuzüglich der ausgewiesenen Reserven, zum Bilanzvolumen ins Verhältnis setzt. Aus einem solchen Vergleich geht hervor, daß von allen Bankengruppen die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und ihre Girozentralen über die niedrigste Eigenkapitalausstattung verfügen (vgl. Tabelle 42). Bei den Kreditgenossenschaften ist der Prozentsatz der Eigenmittel etwa doppelt so groß wie bei den Sparkassen; bei den Privatbankiers ist er sogar fast $2\frac{1}{2}$ mal so groß. Hierbei sei erwähnt, daß es sich bei diesem Vergleich um die effektiven Eigenkapitalverhältnisse handelt und nicht um das sog. "haftende Eigenkapital" der Kreditinstitute nach § 11 Abs. 2 des KWG. Bei einer Untersuchung der Haftungsgrundlagen der einzelnen Institutsgruppen wäre die Betrachtung des haftenden Eigenkapitals sinnvoll.

Das haftende Eigenkapital unterscheidet sich von dem oben herangezogenen effektiven Eigenkapital dadurch, daß gem. § 11, Abs. 2, Buchst. a KWG 1939 bei den unbeschränkt haftenden Privatbankiers nachgewiesenes freies Vermögen dem Geschäftskapital hinzugezählt werden kann. Bei eingetragenen Genossenschaften sind gem. Buchst. c als haftendes Eigenkapital "die Geschäftsguthaben und ausgewiesenen Reserven zuzüglich eines Zuschlags, welcher der Haftsummenverpflichtung der Genossen Rechnung trägt" anzusehen. Das haftende Eigenkapital liegt also bei diesen beiden Bankengruppen höher als das effektive Eigen-

Tabelle 42:

Der Anteil der Eigenmittel an der Bilanzsumme
bei den einzelnen Bankengruppen am Jahresende 1960¹⁾

Bankengruppen	Eigenmittel ²⁾ i. v. H. der Bilanzsumme
Kreditbanken	5,12
darunter: Großbanken	4,79
Privatbankiers	7,31
Girozentralen	2,23
Sparkassen	3,07
Zentralkassen	4,11
davon: gewerbl. Zentralkassen	5,09
ländl. Zentralkassen	4,11
Kreditgenossenschaften	6,04
davon: gewerbl. Kreditgenossen- schaften	6,34
ländl. Kreditgenossen- schaften	5,56
Hypothekenbanken und öffentlich- rechtliche Grundkreditanstalten	3,45
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben	6,41
Teilzahlungskreditinstitute	7,98
Alle Bankengruppen	4,14

- 1) Berechnet für das Bundesgebiet einschl. Saarland und Berlin (West) nach den in den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Zwischenbilanzen der Kreditinstitute.
- 2) Grund- oder Stammkapital bzw. Geschäftsguthaben einschl. Rücklagen nach § 11 KWG 1939.

kapital, so daß der Abstand zu den Sparkassen noch größer wird. Die genaue Berechnung des haftenden Eigenkapitals stößt jedoch insofern auf Schwierigkeiten, als die Gesamtsumme des "freien Vermögens" bei den Privatbankiers nicht bekannt ist. Ebenso ist es unmöglich, aus den in der amtlichen Bankenstatistik enthaltenen Angaben das haftende Eigenkapital der Kreditgenossenschaften mit unbeschränkter Haftung zu berechnen, da bei diesen der Haftsummenzuschlag DM 100,- je Mitglied, mindestens jedoch 50 % des Eigenkapitals beträgt.

Angesichts dieser Auswirkungen auf den Wettbewerb ergibt sich die Frage, ob an der Gewährsträgerhaftung noch festgehalten werden kann oder ob aus wettbewerbspolitischen Gründen eine Änderung erforderlich ist. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß der Gewährsverband, dessen Haftungsgarantie ursprünglich nur zum Schutze der Sparer gedacht war, seit der Ausdehnung des Geschäftsbereichs der Sparkassen auch das Risiko für rein erwerbswirtschaftliche Geschäfte trägt, so daß in dieser Beziehung eine Zweckentfremdung der Gewährsträgerhaftung eingetreten ist. Schließlich bildet die Gewährsträgerhaftung die Grundlage für die Mündelsicherheit der Sparkassen, die ihrerseits wieder Auswirkungen auf den Wettbewerb hat, die im folgenden Abschnitt untersucht werden sollen.

3. Die Mündelsicherheit

a) Begriff

Der Begriff der "Mündelsicherheit" geht auf die §§ 1806 ff. BGB zurück, in denen die Anlegung von Mündelgeld geregelt wird. Allerdings kennt das BGB das Wort "Mündelsicherheit" noch nicht. Erst in späteren Gesetzen und Verordnungen wird dieses Wort gebraucht.

Eine gesetzliche Begriffsbestimmung der "Mündelsicherheit" gibt es nicht. Der Begriff leitet sich aus dem im § 1806 BGB behandelten Tatbestand ab, daß der Vormund das zum Vermögen des Mündels gehörende Geld (Mündelgeld) verzinslich anzulegen hat, soweit es nicht zur Bestreitung von Ausgaben bereitzuhalten ist. Für die Anlage dieses Mündelgeldes gelten besondere Vorschriften, die nur eine besonders sichere Anlage gestatten. Diese besonders sicheren Anlagemöglichkeiten, die im Gesetz genau festgelegt sind, werden als "mündelsicher" bezeichnet; die Institute und die Wertpapiere, die vom Gesetz zur Anlage von Mündelgeldern vorgesehen sind, besitzen die Eigenschaft der "Mündelsicherheit".

Bei der Mündelsicherheit wird von einer objektiven und subjektiven Mündelsicherheit gesprochen, sowie von einer Mündelsicherheit im engeren und im weiteren Sinne. Unter objektiver Mündelsicherheit versteht man die Eigenschaft bestimmter Gegenstände (Objekte), für die Anlegung von Mündelgeld geeignet zu sein. Dabei handelt es sich um bestimmte Forderungen und Wertpapiere, die in § 1807 Abs. 1 Ziff. 1 - 4 BGB genauer bezeichnet werden. Subjektive Mündelsicherheit ist entsprechend die Mündelsicherheit bestimmter juristischer Personen, und zwar bestimmter Kredit-

institute, die im § 1807 Abs. I Ziff. 5 BGB und § 1808 BGB unter gewissen Voraussetzungen für die Anlage von Mündelgeldern als geeignet erklärt werden.

Bei der Mündelsicherheit im engeren Sinne handelt es sich um die mündelsichere Anlage des Vermögens eines Mündels, während die Mündelsicherheit im weiteren Sinne die Anlage von Vermögenswerten anderer Personen (als der Mündel) bezeichnet, die jedoch auch (ganz oder teilweise) nach den Vorschriften des BGB über die Mündelsicherheit erfolgen muß.

b) Rechtsgrundlagen

b₁) Anlagevorschriften für Mündelgelder

Wie bereits erwähnt bestimmt § 1806 BGB, daß der Vormund das Mündelgeld, soweit es nicht zur Bestreitung von Ausgaben bereit zu halten ist, grundsätzlich verzinslich anzulegen hat. Die zulässigen Formen der Anlage sind in den §§ 1807, 1808 und 1811 geregelt. Gemäß § 1807 BGB soll die Anlage von Mündelgeld nur erfolgen:

- "1) in Forderungen, für die eine sichere Hypothek an einem inländischen Grundstücke besteht, oder in sicheren Grundschulden oder Rentenschulden an inländischen Grundstücken;
- 2) in verbrieften Forderungen gegen das Reich oder einen Bundesstaat sowie in Forderungen, die in das Reichsschuldbuch oder in das Staatsschuldbuch eines Bundesstaats eingetragen sind;
- 3) in verbrieften Forderungen, deren Verzinsung von dem Reiche oder einem Bundesstaate gewährleistet ist;

- 4) in Wertpapieren, insbesondere Pfandbriefen, sowie in verbrieften Forderungen jeder Art gegen eine inländische kommunale Körperschaft oder die Kreditanstalt einer solchen Körperschaft, sofern die Wertpapiere oder die Forderungen von der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrates zur Anlegung von Mündelgeld für geeignet erklärt sind;
- 5) bei einer inländischen öffentlichen Sparkasse, wenn sie von der zuständigen Behörde des Bundesstaates, in welchem sie ihren Sitz hat, zur Anlegung von Mündelgeld für geeignet erklärt ist."

Ziff. 1 - 4 des § 1807 Abs. I behandelt die objektive Mündelsicherheit, d.h. bestimmte Forderungen und Wertpapierarten werden für mündelsicher erklärt. Hinsichtlich der Auswirkungen auf den Wettbewerb im Bankwesen ist Ziff. 5 von besonderem Interesse, da die Anlage von Mündelgeldern bei den öffentlichen Sparkassen genehmigt wird, wenn diese von den zuständigen Landesbehörden für mündelsicher erklärt werden (Subjektive Mündelsicherheit). Dies ist bei allen öffentlich-rechtlichen Sparkassen der Fall, aber auch bei den 14 heute in der Bundesrepublik bestehenden sog. freien Sparkassen (Sparkassen des Privatrechts), die im "Verband der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen E.V." zusammengeschlossen sind. Bei ihnen ist die Mündelsicherheit von folgenden Merkmalen abhängig: unbeschränkter Einlegerkreis, Gemeinnützigkeit, Staatsaufsicht, obrigkeitliche Bestätigung.

Die verzinsliche Anlegung von Mündelvermögen bei Kreditinstituten - vor allem in der Form der Spareinlage entsprach dem Bedürfnis, eine unkomplizierte Anlagemöglichkeit für Beträge zu schaffen, die nur geringfügig sind oder die für den Unterhalt und die Erziehung des Mündels benötigt werden und daher leicht verfügbar sein müssen. Die Auswahl der für diese Anlage geeigne-

ten Kreditinstitute erfolgte unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit. Hierbei hatten die Sparkassen gegenüber den privaten Kreditinstituten insofern wesentliche Vorteile, als sie - hauptsächlich durch die Gewährsträgerhaftung, aber auch wegen der straffen Staatsaufsicht und, wie vom Gesetzgeber angeführt, wegen der satzungsmäßigen Begrenzung des Geschäftsrisikos¹⁾ - ein Höchstmaß an Sicherheit boten. Darüber hinaus hatten die Sparkassen den Vorzug, daß durch die Gewährsträgerhaftung eine besondere Prüfung der Sicherheit der einzelnen Sparkasse überflüssig war, so daß die Vormünder und Vormundschaftsgerichte im einzelnen der Nachprüfungspflicht enthoben wurden.

1) Anm.: Da bei Verlusten grundsätzlich der Gewährsträger in Anspruch genommen wird, tritt die satzungsmäßige Beschränkung der Geschäfte als Garantie für die Sicherheit der Sparkasse gegenüber der Gewährsträgerhaftung zurück. Da den Sparkassen außer Emissionen alle Bankgeschäfte gestattet sind, liegt in dieser Beziehung keine Beschränkung vor. Eine tatsächliche Beschränkung ist den Sparkassen nur auferlegt, indem ihnen besonders risikoreiche Geschäfte untersagt sind und vor allem im Passivgeschäft zur Vermeidung von Verlusten und Liquiditätsschwierigkeiten genaue Kreditgrenzen gesetzt sind. Diese Risikobeschränkung kann jedoch auf die Sicherheit der Depositen keinen Einfluß haben, da auch bei unvorsichtiger Geschäftsführung der Gewährsträger für Verluste aufkommt. Die Beschränkung der Sparkassengeschäfte kann daher nur eine Risikobeschränkung für den Gewährsträger sein, ein Schutz, wegen risikoreicher Geschäftstätigkeit der Sparkasse zu häufig für deren Verbindlichkeiten haften zu müssen. (Überdies ist diese Risikobeschränkung der Sparkassengeschäfte problematisch, da die Grenze zwischen sicheren und risikoreichen Geschäften zumindest sehr unbestimmt ist.) Der Auffassung, daß die satzungsgemäße Beschränkung der Geschäfte eine wichtige Grundlage für die Mündelsicherheit darstellt, kann daher nicht gefolgt werden. Ebenso ist die Argumentation, daß diese satzungsmäßige Begrenzung der Geschäfte, die offensichtlich bankbetriebliche Gründe hat, ein wettbewerbllicher "Nachteil" zum Ausgleich des "Vorteils" der Mündelsicherheit sei, nicht zwingend, denn das, was für die Sparkassen die satzungsmäßige Risikobegrenzung darstellt, heißt bei privaten Banken "vertrauenswürdige Geschäftsgrundsätze".

Demgegenüber war die Sicherheit der privaten Kreditinstitute im Jahre 1900, in dem das BGB in Kraft trat, noch nicht so ausgebildet wie heute, wo staatliche Aufsicht, erhöhte Publizitätspflicht etc. die Sicherheit der Depositen erhöht haben. Bei einer Anlegung von Mündelgeldern bei privaten Instituten wäre daher grundsätzlich zunächst eine Prüfung der Sicherheit durch das Vormundschaftsgericht notwendig geworden. Aus diesen Gründen wurde vom Gesetzgeber zur regelmäßigen Anlegung von Mündelgeldern bei Kreditinstituten nur die Sparkasse zugelassen.

Lediglich, wenn eine Anlegung den Umständen nach nicht in der im § 1807 bezeichneten Weise erfolgen kann, ist das Geld gemäß § 1808 BGB bei der Deutschen Bundesbank, der Deutschen Genossenschaftskasse, der Deutschen Girozentrale (Deutsche Kommunalbank), bei einer Staatsbank oder bei einer anderen durch Landesgesetz dazu für geeignet erklärten inländischen Bank oder bei einer Hinterlegungsstelle anzulegen.

Eine Anlegung von Mündelgeld bei den in § 1808 BGB genannten Instituten ist nur eine hilfsweise Anlegung, die nur gestattet ist, wenn eine Anlage nach § 1807 BGB nicht möglich oder unzweckmäßig ist. Sobald das Hindernis weggefallen ist, muß die Anlage in eine solche nach § 1807 BGB umgewandelt werden.

Obwohl die Deutsche Bundesbank also gemäß § 1808 BGB eine mündelsichere Anstalt ist, kann sie nur zur Anlage von Vermögenswerten dienen, die nach den Vorschriften über die Mündelsicherheit im weiteren Sinne anzulegen sind. Eine Anlage von Mündelgeld bei der Bundesbank ist aus zwei Gründen nicht möglich: Erstens nimmt die Bundesbank grundsätzlich keine Einlagen von Privatleuten entgegen; die bei ihr unterhaltenen Einlagen von privaten Stellen sind ausschließlich Spitzenbeträge aus dem Zahlungsverkehr. Zweitens darf Mündelgeld gemäß § 1806 BGB nur verzinslich angelegt werden; Einlagen bei der Bundesbank werden jedoch nicht verzinst.

Bei den "anderen durch Landesgesetz dazu für geeignet erklärten inländischen" Banken handelt es sich ebenfalls um öffentlich-rechtliche Institute, nämlich um Landesbanken und Girozentralen und um einige Grund- und Kommunalkreditanstalten. Private Banken, die gemäß § 1807 und § 1808 BGB mündelsicher sind, gibt es nicht.

Ausnahmen von den in den §§ 1807 und 1808 BGB vorgeschriebenen Anlageformen können vom Vormundschaftsgericht gemäß § 1811 BGB gestattet werden. Seine jetzige Fassung erhielt dieser Paragraph durch das Gesetz über die Anlegung von Mündelgeld vom 23.6.1923. Waren vorher nur Ausnahmen, "aus besonderen Gründen" gestattet, so sollte durch die Neufassung auch eine anderweitige Anlegung möglich sein, wenn dies die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse geboten. Dadurch sollten die Mündelvermögen z.B. durch Anlegung in Aktien in den Inflationsjahren vor der Geldentwertung geschützt werden.

Voraussetzung für die von den §§ 1807 und 1808 BGB abweichende Anlage sind also entweder besondere, den Verhältnissen des Einzelfalles zu entnehmende Gründe oder Gründe, die sich aus den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen ergeben. Liegt der zweite Fall vor, so ist jede andere Art der Anlegung zulässig, "die Vormund und Vormundschaftsgericht nach ihrem durch keine gesetzlichen Schranken eingeeengten pflichtmäßigen Ermessen hier geboten erachten"¹⁾.

Abgesehen von diesem Fall einer anderweitigen Anlage aus Gründen der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, bleibt die Anlegung nach §§ 1807, 1808 BGB nach wie

1) vgl.: Reichsgerichtsentscheidung vom 3.4.1930, zitiert bei Sprengel, H.-E.: Die Spareinlage bei öffentlichen Sparkassen als Anlageform für Mündelgeld, in: Sparkasse Jg. 1954, H. 23, S.377.

vor die Regel. Eine Abweichung hiervon aus besonderen Gründen ist nur möglich, wenn die andere Anlegung Vorzüge wirtschaftlicher Art bietet, die durch eine Anlegung nach §§ 1807, 1808 nicht erreichbar wären, so daß dies den Grundsätzen einer wirtschaftlichen Vermögensverwaltung im Sinne des § 1811 BGB entsprechen würde. Diese anderweitige Anlegung ist jedoch noch von der Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes abhängig, das die Sicherheit der Anlage erst durch genaue Prüfung festzustellen hat. "Lassen sich derartige Vorzüge einer anderweitigen Anlegung nicht dartun, so bleibt es bei der Regel, ohne daß das Vormundschaftsgericht in eine Prüfung der Sicherheit der anderweitigen Anlegung einzutreten braucht"¹⁾.

Die Erfüllung der Bedingung, daß die Anlegung nach § 1811 BGB gegenüber der Anlegung nach §§ 1807, 1808 BGB besondere Vorzüge aufweisen muß, dürfte bereits auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen. Da die "allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse" auf die Spareinlagen aller Kreditinstitute gleichermaßen Einfluß nehmen, wird ein Antrag an das Vormundschaftsgericht, gemäß § 1811 BGB die Anlegung von Mündelgeld in Form einer Spareinlage bei einem anderen Kreditinstitut als bei einer öffentlich-rechtlichen Sparkasse zu genehmigen, nur damit begründet werden können, daß diese Anlage besondere wirtschaftliche Vorteile bietet, die durch die Anlage bei einer öffentlich-rechtlichen Sparkasse nicht zu erreichen sind. Als ein solcher wirtschaftlicher Vorteil wäre z.B. eine höhere Verzinsung der Einlagen denkbar. Dies ist jedoch den privaten Kreditinstituten nicht gestattet, da die Zinsbedingungen durch das Habenzinsabkommen einheitlich festgelegt sind²⁾. Solange daher an dieser Bedingung eines

1) vgl.: Reichsgerichtsentscheidung v. 3.4.1930 (wie vorher)

2) Anm.: Auch der Zinsvoraus kann bei der Anlage von Mündelgeldern nicht als "wirtschaftlicher Vorteil" für die betreffenden privaten Kreditinstitute wirksam werden, da die Gewährung des Zinsvoraus für Mündelgelder nicht gestattet ist (vgl. unten Fußnote 1) auf Seite 181.

besonderen wirtschaftlichen Vorteils festgehalten wird¹⁾, dürfte die Anlage von Mündelgeldern bei privaten Kreditinstituten schon an dieser Voraussetzung scheitern.

Selbst wenn aber in einzelnen Fällen ein wirtschaftlicher Vorteil festgestellt werden sollte, ist zunächst noch die Frage zu prüfen, ob die Sicherheit der Anlage durch die wirtschaftliche Lage des betreffenden Kreditinstituts gewährleistet ist. Für die öffentlich-rechtlichen Sparkassen wird die Sicherheit in jedem Falle und ohne weitere Prüfung als gegeben angesehen. Bei privaten Kreditinstituten ist dagegen grundsätzlich eine Sicherheitsprüfung durch das Vormundschaftsgericht notwendig.

Je nach Art des einzelnen Instituts ist der Umfang und der Schwierigkeitsgrad dieser Prüfung unterschiedlich. Bei zahlreichen privaten Kreditinstituten ist es für das Vormundschaftsgericht sofort auch ohne besondere Prüfung erkennbar, daß die Sicherheit der Einlagen genau so gewährleistet ist, wie bei öffentlich-rechtlichen Sparkassen. Im Falle der Kreditgenossenschaften ist hinsichtlich der Frage der Sicherheit in mehreren Verwaltungsanordnungen der Länder²⁾ festgestellt worden, daß die Mündelgelder ausreichend gesichert sind, wenn die Zentralkassen die selbstschuldnerische Bürgschaft über-

1) vgl. hierzu den Beschluß des Landgerichts Göttingen vom 2.5.1960. Siehe unten Seite 182 f.

2) vgl. z.B. die bayer. Bekanntmachung vom 30.6.1947 (JMBL. S.18); Runderlaß des württ.-badischen Justizministers vom 15.2.1947 (Amtsblatt des Justizministeriums 1947 S.53); Allg. Verfügung des Justizministeriums Baden-Württemberg vom 19.7.1956 (Die Justiz - Amtsbl. des Justizministeriums Baden-Württemberg - S. 219; teilweise abgedruckt in: Der Betriebsberater, Jg. 1956, S.803); Landesverfügung des Justizministeriums Rheinland-Pfalz vom 15.9.1947 (JBl. S.47) und 13.8.1949 (JBl. S.83); Allg. Verfügung des niedersächsischen Justizministers vom 24.5.1951 (Niedersächsische Rechtspflege 1951, S.94).

nehmen¹⁾). Die Übernahme der Bürgschaft durch die Zentralkasse für jede einzelne Anlage von Mündelgeld gestaltet jedoch die wegen der erforderlichen Ausnahmegenehmigung durch das Vormundschaftsgericht ohnehin schon umständliche Prozedur noch schwieriger. Vor einem solch komplizierten Verfahren werden die meisten Vormünder zurückschrecken.

Handelt es sich bei dem für die Anlage vorgesehenen Institut nicht um eine Kreditgenossenschaft oder ein anderes Kreditinstitut, dessen Sicherheit offensichtlich ist, so ist eine Sicherheitsprüfung zumindest schwierig und zeitraubend. In diesen Fällen besteht die Auffassung, daß es für den Vormundschaftsrichter eine nicht zumutbare Aufgabe darstellt, die Sicherheit einer Bank erst durch umständliche und verantwortungsvolle Prüfungen festzustellen, da er nicht über die erforderlichen Voraussetzungen verfügt. Damit scheitert die Anlage von Mündelgeld auch bei diesen Instituten, selbst wenn sie die erste Bedingung des § 1811 BGB erfüllen konnten, nämlich wirtschaftliche Vorteile zu bieten.

Zusammenfassend kann folgendes festgestellt werden: Grundsätzlich stehen zur Anlage von Mündelgeldern bei Kreditinstituten nur die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und in besonderen Fällen gem. § 1808 einige

1) Anm.: Da die "Grundsätze für den Zinsvoraus" unter Ziff. 4 bestimmen, daß der Zinsvoraus nicht gewährt werden darf "für hereingenommene Gelder, soweit dafür ein anderes Kreditinstitut oder eine Körperschaft des öffentlichen Rechts die Bürgschaft oder Garantie übernommen hat", ist es den Kreditgenossenschaften nicht möglich, Mündelgelder höher zu verzinsen als die Sparkassen, (vgl. hierzu oben Seite 179). Die "Grundsätze für den Zinsvoraus" sind abgedruckt in: Handbuch des gesamten Kreditwesens, hrsg. von Hofmann, Walter (II), Frankfurt a.M. 1960, 6. Aufl., S.454 f.

andere öffentlich-rechtliche Institute zur Verfügung. Die Anlage bei privaten Kreditinstituten bildet dagegen nur die Ausnahme. Selbst wenn die wirtschaftlichen Bedingungen der Anlage (Verzinsung etc. und Sicherheit) bei den öffentlich-rechtlichen Sparkassen und den privaten Kreditinstituten völlig gleich sind, wird den öffentlich-rechtlichen Sparkassen der Vorzug gegeben. Zur Genehmigung der Anlage von Mündelgeldern bei privaten Banken durch das Vormundschaftsgericht wurde aufgrund der zitierten Reichsgerichtsentscheidung bisher ein besonderer wirtschaftlicher Vorteil dieser Anlageform verlangt. Als weiteres Hindernis erweist sich schließlich die Sicherheitsprüfung, die bei einer Anlegung von Mündelgeldern bei privaten Kreditinstituten vom Vormundschaftsgericht grundsätzlich vorgenommen werden muß.

Sicherlich wurden diese Bestimmungen über die Anlage von Mündelgeld bei Kreditinstituten nicht mit der Absicht geschaffen, den Sparkassen im Wettbewerb mit privaten Banken eine Vorzugsstellung zu verschaffen. Maßgebend für den Gesetzgeber waren zwei Motive: Wegen ihrer durch die Gewährsträgerhaftung garantierten absoluten Sicherheit wurde die Mündelsicherheit den Sparkassen verliehen. Die Beschränkung der Anlage von Mündelgeld auf die Sparkassen als einzige Bankengruppe erfolgte aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung, da bei den Sparkassen eine Sicherheitsprüfung entfällt.

Die oben dargestellte Rechtslage ist jedoch, wie aus einer Reihe von Entscheidungen verschiedener Amts- und Landgerichte über die Anlage von Mündelvermögen bei privaten Banken hervorgeht, in neuerer Zeit nicht mehr unbestritten. So hat zum Beispiel das Landgericht Göttingen am 2. Mai 1960¹⁾ entschieden, daß die Anlegung

1) vgl. den Beschluß des Landgerichts Göttingen vom 2.5.1960 - 5 T 130/59; siehe hierüber: Anlegung von Mündelvermögen, in: Z.f.d.K. 13.Jg. 1960, H.18, S.854 und: Zur Anlage von Mündelgeldern, in: Mitteilungen der Deutschen Genossenschaftskasse, Nr. X/3, März 1961, S.10 f.

von Mündelgeld bei einer Großbank den in § 1811 Satz 2 BGB geforderten Grundsätzen einer wirtschaftlichen Vermögensverwaltung nicht zuwiderläuft, da die Zinssätze die gleichen wie bei den Sparkassen seien. Die Forderung, daß ein wirtschaftlicher Vorteil dieser Anlageart gegeben sein müsse, wurde also hier fallengelassen. Außerdem wurde anerkannt, daß die Sicherheit einer Großbank nicht geringer ist, als die einer öffentlich-rechtlichen Sparkasse. Der Gewährsträgerhaftung stehe bei der Großbank ein meist ungleich höheres Eigenkapital gegenüber. Zwar seien die Sparkassen einer besonderen Kontrolle unterworfen, jedoch unterlägen auch die Großbanken der Bankenaufsicht. Schließlich sei es nicht vorstellbar, daß Großbanken zahlungsfähig werden, ohne daß sich entweder die öffentliche Hand in der gleichen Lage befindet oder stützend zur Vermeidung des Konkurses eingreift, da das Schicksal der gesamten Wirtschaft mit dem Funktionieren der Großbanken zu eng verknüpft ist.

b₂) Anlagevorschriften für sonstige, nach den Mündelsicherheitsvorschriften anzulegende Vermögenswerte

Bei allen bisher behandelten Bestimmungen handelte es sich immer um die Mündelsicherheit im engeren Sinne, d.h. also um die Anlegung von Mündelvermögen. Die besprochenen BGB-Vorschriften haben aber noch eine weitergehende Bedeutung. Wie oben bei der Erläuterung des Begriffs der Mündelsicherheit im weiteren Sinne erwähnt wurde, sind noch bestimmte andere Personen gehalten, ihre Vermögenswerte nach den Vorschriften des BGB über die Mündelsicherheit anzulegen. Dadurch wird die

Bedeutung dieser Vorschriften und damit auch gleichzeitig der Kreis der in Frage kommenden Gelder beträchtlich erweitert. Ebenso verstärken sich hierdurch die quantitativen Auswirkungen auf den Wettbewerb im Bankgewerbe.

Im folgenden werden die wichtigsten Rechtsvorschriften aufgeführt, in denen eine Anlegung von Geldern nach den Vorschriften über die Mündelsicherheit verlangt wird, und durch die folglich die Sparkassen und die anderen öffentlich-rechtlichen Banken bei der Anlage von Vermögenswerten eine Sonderstellung genießen.

Über die Anlegung des Vermögens der Versicherungsträger bei Kreditinstituten bestimmt der § 26 der Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911 (RGBl. 509):

"... Die Anlegung kann erfolgen:

... 8. bei einer inländischen öffentlichen Sparkasse, wenn sie von der zuständigen Behörde des Landes, in welchem sie ihren Sitz hat, zur Anlegung von Mündelgeld für geeignet erklärt ist,

9. bei der Reichsbank, bei einer Staatsbank oder bei einer anderen durch Gesetz dazu für geeignet erklärten inländischen Bank. ..."

Ähnlich verweist das Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I 315, 750) in § 68 hinsichtlich der Anlage des Deckungsstocks auf die öffentlich-rechtlichen Banken. Nachdem in Abs. 1 zur Anlage bestimmte - vor allem mündelsichere - Wertpapiere und Forderungen aufgezählt wurden, heißt es im Abs. 3:

"Erscheint es nach den besonderen Umständen zweckmäßig, die Bestände des Deckungsstocks nicht nach Abs. 1 anzulegen, so können sie bei der Reichsbank, einer Staatsbank, einer öffentlichen Bank oder Sparkasse oder mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde bei einer anderen geeigneten inländischen Bank oder einer der Versicherungsunternehmung nahestehenden Unternehmung angelegt werden. Die Aufsichtsbehörde kann gestatten, daß die Bestände des Deckungsstocks auch anders angelegt werden."

In der Satzung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder - einer Anstalt, bei der in der öffentlichen Verwaltung und bei sonstigen Körperschaften beschäftigte Personen versichert werden können - bestimmt z.B. der § 62 über die Anlegung der Deckungsrückstände:

"Geld, das nicht für die laufenden Zahlungen benötigt wird, ist ... mündelsicher nach den Vorschriften der §§ 1807, 1808 des Bürgerlichen Gesetzbuches anzulegen."¹⁾

Ebenso wie bei den Versicherungen und Bausparkassen bestehen für die Innungen Anlagevorschriften, die die Bestimmungen über die Mündelsicherheit zur Grundlage haben. Der § 89 a der Gewerbsordnung (i.d.F. des Art. I § 1 des Gesetzes vom 11. Februar 1929 - RGBl. I 21 -) bestimmt im Absatz 2:

"Die Bestände und zeitweilig verfügbaren Gelder müssen in der durch die §§ 1807 und 1808 des Bürgerlichen Gesetzbuches bezeichneten Weise angelegt werden ..."

Erst als Ausnahmeregelung kann die "Aufsichtsbehörde ... der Innung eine andere Anlegung gestatten."

Abschließend soll noch auf einige §§ des Bürgerlichen Gesetzbuches hingewiesen werden. So bestimmt § 1079 BGB (Nießbrauch an verzinslichen Forderungen und Wertpapieren):

"Der Nießbraucher und der Gläubiger sind einander verpflichtet, dazu mitzuwirken, daß das eingezogene Kapital nach den für die Anlegung von Mündelgeld geltenden Vorschriften verzinslich angelegt ... wird."

Analog hierzu heißt es im § 1288 BGB:

"Wird eine Geldforderung in Gemäßheit des § 1281 eingezogen, so sind der Pfandgläubiger und der Gläubiger

1) Satzung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, BAnz. Nr. 182 vom 19.9.1952.

einander verpflichtet, dazu mitzuwirken, daß der eingezogene Betrag ... nach den für die Anlegung von Mündelgeld geltenden Vorschriften verzinslich angelegt ... wird."

§ 1642 BGB bestimmt:

"Der Vater hat das seiner Verwaltung unterliegende Geld des Kindes ... nach den für die Anlegung von Mündelgeld geltenden Vorschriften der §§ 1807, 1808 verzinslich anzulegen ..."

Die letzte der hier anzuführenden Bestimmungen findet sich im Erbrecht. § 2119 BGB lautet:

"Geld, das nach den Regeln einer ordnungsmäßigen Wirtschaft dauernd anzulegen ist, darf der Vorerbe nur nach den für die Anlegung von Mündelgeld geltenden Vorschriften anlegen."

c) Wirtschaftliche Auswirkungen

Die Tatsache, daß die Anlage bestimmter Gelder und Vermögenswerte bei Kreditinstituten durch die Mündelsicherheitsbestimmungen zwangsläufig und fast ausnahmslos auf die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und andere öffentlich-rechtliche Kreditinstitute beschränkt ist, kann nicht ohne weitgehende Auswirkungen auf den Wettbewerb im Kreditwesen bleiben. Ein gewisser Teil der Einlagen bei den Sparkassen besteht aus Vermögenswerten, die aufgrund der Mündelsicherheitsbestimmungen angelegt wurden. Der genaue Prozentsatz solcher Einlagen ist für den Außenstehenden schwer abzuschätzen. Am Jahresende 1959 machte der betragsmäßige Anteil der Mündelguthaben an den gesamten Spareinlagen nach Angabe des Sparkassen- und Giroverbandes etwa 1 v.H. aus¹⁾.

1) vgl. Hoffmann, Josef (I): Die Sparkassen im Spannungsfeld des Wettbewerbs, in: Sparkasse, Jg. 1960, H. 7, S.101.

Erheblich höher ist jedoch der Umfang der Gelder, die infolge der "Mündelsicherheit im weiteren Sinne" zu den Sparkassen fließen. Einen Anhaltspunkt bietet das oben angegebene Zahlenmaterial über die Verteilung der Spareinlagen öffentlicher Stellen auf die einzelnen Bankengruppen (vgl. Tabelle 27): Von den Spareinlagen der Sozialversicherungsträger und der Arbeitslosenversicherung entfielen am 31. Oktober 1958 318,8 Mio DM oder 85,9 v.H. auf die öffentlich-rechtlichen Sparkassen. Dies sind 1,5 v.H. der gesamten Spareinlagen der Sparkassen. Wie aus dem oben aufgeführten Katalog der Anlagevorschriften hervorgeht, sind diese Beträge der Sozialversicherungsträger und der Arbeitslosenversicherung aber nur ein Teil der nach den Mündelsicherheitsbestimmungen anzulegenden Gelder. Ebenso ist damit über die Höhe der entsprechenden Termineinlagen noch nichts ausgesagt. Da es Einlagen nicht ohne weiteres anzusehen ist, ob sie nach den Mündelsicherheitsvorschriften angelegt worden sind oder nicht, dürfte die wirkliche Höhe der nach diesen Bestimmungen angelegten Gelder selbst den Sparkassen nicht bekannt sein.

Die aufgrund der Mündelsicherheit bei den Sparkassen angelegten Gelder haben den gleichen günstigen Einfluß auf die Rentabilität und den Kreditspielraum der Sparkassen wie die öffentlichen Einlagen, die, wie oben nachgewiesen wurde, als Folge der personellen Verflechtung der Organe der Sparkassen und der Gebietskörperschaft, bei den Sparkassen unterhalten werden. Zumindest bei den nach den Mündelsicherheitsvorschriften im weiteren Sinne (Anlagevorschriften für sonstige Vermögenswerte) angelegten Geldern handelt es sich in der Regel um Großeinlagen. Die wirtschaftliche Bedeutung der Mündelsicherheit im weiteren Sinne ist daher sowohl quantitativ als auch qualitativ wesentlich höher

zu veranschlagen als die der Mündelsicherheit im engeren Sinne (Anlagevorschriften für Mündelvermögen)¹⁾.

Schließlich darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Eigenschaft der Mündelsicherheit den Sparkassen als Argument für ihre Einlagenwerbung dient. Daher werden auch Gelder, die keineswegs nach den Mündelsicherheitsvorschriften angelegt zu werden brauchten, bei den mündelsicheren Sparkassen deponiert, weil darin eine besonders empfehlenswerte Anlage erblickt wird. Dabei spielt es keine Rolle, daß der Begriff "Mündelsicherheit" beim Publikum weitgehend unbekannt ist. Obwohl (oder gerade weil) der Bankkunde keine genauen oder sogar falsche Vorstellungen von diesem Begriff hat, erweckt die Werbung²⁾ der öffentlich-rechtlichen Sparkassen mit der Mündelsicherheit beim Bankkunden den Eindruck,

1) Anm.: Die wirtschaftliche Bedeutung der Mündelsicherheitsbestimmungen beurteilt Sichtermann folgendermaßen: "Die wirtschaftliche Bedeutung der Mündelsicherheitsvorschriften ist größer, als ihre etwas versteckte Stellung im Familienrecht des BGB vermuten läßt. Die Zahl der bei den Amtsgerichten geführten Vormundschaften und Pflegschaften (auf die nach § 1915 BGB im wesentlichen die Vorschriften über die Vormundschaft entsprechend angewandt werden) ist nicht gering. Bereits die auf Grund von Vormundschaften und Pflegschaften anzulegenden Gelder bilden einen beachtlichen Teil des Volksvermögens. Wirtschaftlich aber noch bedeutsamer sind die Vorschriften (und ihre Auswirkungen) die die Mündelsicherheitsbestimmungen des BGB für entsprechend anwendbar erklären. Dazu kommt, daß ein Teil des anlage-suchenden Kapitals freiwillig in mündelsicheren Werten angelegt wird, weil die Öffentlichkeit in der Mündelsicherheitserklärung eine besondere Empfehlung erblickt." Sichtermann, Siegfried: Das Recht der Mündelsicherheit, Sparkassenhefte Nr. 18, Hrsg.: Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V., Deutscher Sparkassenverlag: Stuttgart 1958, S.74 f.

2) Anm.: Eine Werbung mit der Mündelsicherheit erfolgt bereits dadurch, daß die Sparkassen es nicht versäumen, die von ihnen ausgegebenen Sparbücher mit dem Hinweis zu versehen: "Mündelsicher - Anstalt des öffentlichen Rechts".

daß z.B. die Einrichtung eines Sparkontos bei einer mündelsicheren Sparkasse etwas Besonderes sei, das kein anderes Kreditinstitut zu bieten in der Lage ist. Zumindest wird durch die Reklame mit der Mündelsicherheit der Eindruck erweckt, als ob es sich bei den öffentlich-rechtlichen Sparkassen um besonders sichere und folglich bei den anderen Kreditinstituten um weniger sichere Kreditinstitute handelte.

Obwohl damit indirekt eine gewisse Diskriminierung der privaten Kreditinstitute verbunden ist, wurde den Sparkassen vom Reichskommissar für das Kreditwesen ausdrücklich die Werbung mit der Eigenschaft der Mündelsicherheit gestattet, solange sie nicht in eine ausgesprochene Herabsetzung der nicht mündelsicheren Kreditinstitute ausartet. In einem Schreiben des Reichskommissars vom 5. Dezember 1934 heißt es: "... Eine völlige Unterbindung dieser Reklame erscheint mir nicht erforderlich und auch nicht gerechtfertigt, da die Mündelsicherheit eine Eigenart der Sparkassen darstellt und die hiervon ausgehende Werbekraft volkswirtschaftlich durchaus wertvoll ist. Bedenklich wird diese Werbung erst dann, wenn sie durch ihre Art und ihren Umfang in der Bevölkerung Zweifel hinsichtlich der Sicherheit anderer Kreditinstitute wachrufen könnte."¹⁾ Und in einem weiteren Schreiben vom 6. Mai 1938 wird ausgeführt: "... Die Mündelsicherheit, die durch staatliche Verleihung erworben wird, stellt eine Eigenart insbesondere der öffentlichen Sparkassen dar. Ein allgemeiner Hinweis auf ein solches Wesensmerkmal ist ebensowenig zu beanstanden wie z.B. Ausfüh-

1) Schreiben des Reichskommissars für das Kreditwesen vom 5. Dezember 1934 - Tgb.Nr. 11303/34 -, in Auszügen abgedruckt bei: Hofmann, Walter (II), a.a.O., S.495.

rungen über die Höhe des Eigenkapitals oder über den Wert des genossenschaftlichen Zusammenschlusses ..."¹⁾.

4. Die Besteuerung

Die steuerliche Behandlung der Kreditinstitute ist im deutschen Steuerrecht nicht einheitlich. Die Differenzierung reicht von der vollen Steuerpflicht über Vergünstigungen in den Tarifen bis zu persönlichen und sachlichen Steuerbefreiungen. Dies gilt insbesondere für das Körperschaftsteuer-, das Vermögensteuer- und das Gewerbesteuerrecht. In dieser unterschiedlichen steuerlichen Belastung der einzelnen Bankorganisationen, die auf den verschiedensten Motiven beruht, kann gegebenenfalls eine Verzerrung des Wettbewerbs liegen, so daß auf die Behandlung der Besteuerung in dieser Untersuchung nicht verzichtet werden kann.

Wie unten gezeigt wird, werden die Sparkassen in erheblichem Umfange durch Steuervergünstigungen bei der Ausübung ihrer ursprünglichen Aufgabe, nämlich der Pflege des Sparens, gefördert. Durch diese Förderung sollen die Sparkassen in die Lage versetzt werden, ihrer Verpflichtung nachzukommen, auch die kleinsten Sparbeträge anzunehmen und zu verwalten. Diese Aufgabe der Sparkassen, ebenso wie die Kreditgewährung an den Mittelstand, ist ohne Zweifel förderungswürdig.

Im folgenden werden die Bestimmungen des Körperschaftsteuer-, Vermögensteuer- und Gewerbesteuerrechts dar-

1) Schreiben des Reichskommissars für das Kreditwesen vom 6. Mai 1938, in Auszügen abgedruckt bei: Sichter mann, Siegfried, a.a.O., S.73.

gestellt, soweit sie die Sparkassen betreffen, um einen Überblick über den Umfang der steuerlichen Belastung der Sparkassen zu gewinnen und um an späterer Stelle einen Vergleich mit der steuerlichen Behandlung anderer Bankorganisationen durchführen zu können.

a) Die Steuerbestimmungen

a₁) des Körperschaftsteuergesetzes

Gemäß § 4 Abs. 1 Ziff. 4 Körperschaftsteuergesetz¹⁾ sind die öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen von der Körperschaftsteuer befreit, "soweit sie der Pflege des eigentlichen Sparverkehrs dienen". Falls sich die Sparkassen ausschließlich auf den "eigentlichen Sparverkehr" beschränken, sind sie demnach persönlich und in vollem Umfang steuerfrei. Betreiben sie auch noch andere Bankgeschäfte, wie dies heute regelmäßig der Fall ist, so sind sie nur mit dem Teil ihrer Einkünfte sachlich befreit, der aus dem "eigentlichen Sparverkehr" stammt.

Was unter "eigentlichem Sparverkehr" zu verstehen ist, ergibt sich aus dem Gesetz über das Kreditwesen vom 29.9.1939 (RGBl. I, S. 1955), in dem man den Begriff

1) Körperschaftsteuergesetz in der Fassung vom 18. Nov. 1958 - KStG 1958 - (BGBl. I S. 447, und des Gesetzes vom 30. Juli 1960, BGBl. I S. 616 und des Steueränderungsgesetzes 1961 vom 13. Juli 1961, BGBl. I S. 981).

"Sparverkehr" als Überschrift zu den §§ 22 bis 27 findet. Eine genaue Definition des Begriffs "Sparverkehr" enthält das KWG jedoch nicht. Lediglich die Begriffe "Spareinlagen" (§ 22) und "Spargeschäft" (§ 23) werden definiert. Immerhin läßt sich aus dem KWG entnehmen, daß zum eigentlichen Sparverkehr gehören: Die Einrichtung von Geldkonten, die nicht dem Zahlungsverkehr, sondern der festen Anlage dienen, die Ausstellung von Sparbüchern, die Annahme und Auszahlung von Spareinlagen, sowie die Anlegung von vorhandenen Spareinlagen. Für die Abgrenzung der steuerlichen Tatbestände ist der Begriff "eigentlicher Sparverkehr" jedoch nicht eindeutig genug definiert¹⁾.

1) Anm.: Der Begriff "eigentlicher Sparverkehr" ist nicht mit dem Begriff des "eigentlichen Sparkassenverkehrs" gleichbedeutend. Nach § 9 Abs. 1 Ziff. 4 KStG 1925 waren öffentliche und dem öffentlichen Verkehr dienende Sparkassen persönlich befreit, wenn sie sich auf die Pflege des eigentlichen Sparkassenverkehrs beschränkten, bzw. gemäß § 11 Abs. 1 Ziff. 2 KWG 1925 sachlich mit den Einkünften aus dem eigentlichen Sparkassenverkehr befreit, wenn sie auch andere nicht zum eigentlichen Sparverkehr gehörende Bankgeschäfte betrieben. Der eigentliche Sparkassenverkehr umfaßt naturgemäß einen weit größeren Kreis von Geschäften als der eigentliche Sparverkehr. Zum eigentlichen Sparkassenverkehr gehören gemäß § 1 Abs. 1 der Verordnung über die Abgrenzung des eigentlichen Sparkassenverkehrs im Sinne der Reichssteuergesetze vom 22. März 1928 (RGBl. Teil I, S.109 f) insbesondere:

1. die Annahme und die Auszahlung von Spareinlagen,
2. die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren und anderen Wertgegenständen,
3. die Vermietung von Sicherheitsfächern,
4. der Kontokorrentverkehr, sofern er jedoch mit Krediteinräumung verbunden ist, nur unter den Voraussetzungen der Nr. 7,
5. die Einlösung fälliger Zins- und Gewinnanteile,
6. Ein- und Auszahlungsverkehr für fremde Rechnung (Giro- und Scheckverkehr),

Durch den gesetzlichen Begriff "eigentlicher Sparverkehr" soll eine zu weite Auslegung des Begriffs Sparverkehr verhindert werden, indem der Sparverkehr von anderen Geschäftszweigen unterschieden wird, die in gewissem Umfang mittelbar ebenfalls dem Spargedanken dienen, wie etwa der Giro- und Kontokorrentverkehr¹⁾. Als Voraussetzung für die Steuervergünstigung genügt daher auch nicht die Pflege des Sparverkehrs, sondern Voraussetzung ist der Sparverkehr selbst.

Fortsetzung der Fußnote¹⁾ der vorhergehenden Seite:

7. die Anlegung der Sparkassenbestände. Hierzu gehört die Einräumung von Personalkredit an den Mittelstand (Mittelstandskredit), soweit
 - a) der Kredit durch Sicherungshypothek, durch Faustpfand, durch eine oder mehrere Bürgschaften oder durch Dreimonatswechsel mit einem oder mehreren anderen wechselmäßig Haftenden nach den näheren, vom Reichsminister der Finanzen mit Zustimmung des Reichsrats zu erlassenden Bestimmungen gesichert ist, oder
 - b) der Gesamtbetrag der ungesicherten Kreditsinräumung fünf von Hundert der im Depositen-, Giro- und Kontokorrentverkehr bei der Sparkasse vorhandenen Guthaben nicht übersteigt.

Nicht zum eigentlichen Sparkassenverkehr gehören gemäß § 1 Abs. 2 der gleichen Verordnung lediglich:

1. der Ankauf von Wertpapieren ohne sofortige Barzahlung,
2. der Verkauf von Wertpapieren ohne sofortige Hinterlegung,
3. der An- und Verkauf von ausländischen Zahlungsmitteln für fremde Rechnung,
4. die Einräumung von Personalkredit, soweit die im Abs. 1 Nr. 7 bezeichneten Voraussetzungen nicht gegeben sind,
5. Geldgeschäfte spekulativen Charakters.

Ein Vergleich dieser Sparkassenverordnung mit den Modersatzungen der Sparkassen zeigt, daß alle satzungsmäßigen Geschäfte der Sparkassen zu den Geschäften des "eigentlichen Sparkassenverkehrs" zählen. Damit blieb gemäß § 9 Abs. 1 Ziff. 4 KStG 1925 praktisch der gesamte Gewinn der Sparkassen steuerfrei.

1) vgl. hierzu: RFH v. 26.9.1939 I 443/38, RStBl. 39 S.1217.

Die Befreiung des Sparverkehrs von der Körperschaftsteuer wird wirksam, indem die Einnahmen aus der Anlegung der Spareinlagen von der Körperschaftsteuer befreit sind. Denn im Passivgeschäft verursachen Spareinlagen lediglich Kosten, ohne Erträge zu bringen, die von einer Gewinnsteuer befreit werden könnten. Die Förderung des Spargeschäfts durch steuerliche Maßnahmen kann also nur indirekt durch die Steuerbefreiung des Aktivgeschäfts erfolgen, soweit es sich um die Anlegung der Spareinlagen handelt.

Da eine isolierte Förderung des Spargeschäfts nicht möglich ist, ist damit gleichzeitig eine Förderung des Mittelstandskredits verbunden, da zur Anlegung der Spareinlagenbestände auch die Einräumung von Personalkrediten an den Mittelstand gehört. Bemerkenswert ist jedoch, daß auch die Anlage der Spargelder in Bundes-, Staats- und Kommunalanleihen unter die Steuerbefreiung fällt¹⁾. Da es ferner bei Spareinlagen - den Bestimmungen der Sparkassen-Mustersatzungen und der §§ 22 und 23 des KWG entsprechend - nur auf die Bedingungen ankommt, unter denen die Gelder gegeben werden und nicht auf die Bezeichnung der Gelder und auf die Person der Geldgeber, gehören zum steuerbegünstigten Sparverkehr auch die Spareinlagen aller öffentlichen Stellen²⁾.

Die Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens, also des Einkommens aus dem Teil der Geschäfte, die nicht zum eigentlichen Sparverkehr gehören und die deshalb steuerpflichtig sind, wird im allgemeinen in den Fällen keine Schwierigkeiten bereiten, in denen für die Geschäfte des

1) RFH 20.6.1939 I 66/39, RStBl. S.1002.

2) RFH 26.9.1939 I 443/38, RStBl. 39, S.1217.

eigentlichen Sparverkehrs eine gesonderte Buchführung vorhanden ist. Eine getrennte Buchführung für das Spargeschäft wird im § 25 des Gesetzes über das Kreditwesen vom 25. September 1939 vorgeschrieben. Jedoch wurde in einem Erlaß des Reichs- und Preussischen Wirtschaftsministeriums vom 31.10.1936 - I 26 747/36 - der getrennte Ausweis des Spargeschäfts nach § 25 KWG zurückgestellt, bis die entsprechenden Grundsätze des Aufsichtsamtes für das Kreditwesen ergangen sind. Da solche Grundsätze bisher nicht erschienen sind, braucht der Vorschrift des § 25 KWG über die getrennte buchmäßige Führung des Spargeschäfts von den Kreditinstituten nicht entsprochen zu werden.¹⁾

Ermittelt eine Sparkasse, die sich nicht auf das Spargeschäft beschränkt, das Ergebnis des eigentlichen Sparverkehrs nicht buchmäßig getrennt, so muß der steuerpflichtige Teil des Gewinns geschätzt werden. Die Einzelheiten des Verfahrens bei der Schätzung sind im Abschnitt 11 der Körperschaftsteuer-Richtlinien für das Kalenderjahr 1958²⁾ festgelegt. Die Schätzung geht aus von der Passivseite der steuerlichen Schlußbilanz. "Der zu besteuernde Teil des Gesamtgewinns ergibt sich aus dem Verhältnis, in dem die nicht in Spareinlagen bestehenden Einlagen und sonstigen Verbindlichkeiten einerseits zu den gesamten Einlagen und sonstigen Verbindlichkeiten andererseits stehen".³⁾

-
- 1) Anm.: Die Zahl der Sparkassen, die den eigentlichen Sparverkehr getrennt vom sonstigen Geschäft in der Buchhaltung erfassen, scheint sehr gering zu sein. Nach Schätzung des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Dr. Josef Hoffmann, war im Jahre 1956 bei 99 % der Sparkassen keine getrennte Buchführung vorhanden.
(Hoffmann, Josef (II): Konkurrenzvorteile der Sparkassen? in Z.f.d.g.K., Jg. 1956, S.396).
- 2) Körperschaftsteuer-Richtlinien für das Kalenderjahr 1958 - KStR 1958 - in der Fassung der Bekanntmachung des Bundesministers der Finanzen vom 18. September 1959 (BStBl. 1959 I, S.901).
- 3) Abschnitt 10 Abs. 1 KStR 1958.

a₂) des Vermögensteuergesetzes

Die steuerliche Behandlung der Sparkassen im Vermögensteuergesetz erfolgt analog zu der Regelung im Körperschaftsteuergesetz. Gemäß § 3 Vermögensteuergesetz¹⁾ sind die öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen von der Vermögensteuer befreit, soweit sie der Pflege des eigentlichen Sparverkehrs dienen. Deshalb gehören nach § 59 Ziff. 1 Bewertungsgesetz²⁾ die Wirtschaftsgüter, die dem Sparverkehr dienen, nicht zum Betriebsvermögen. Ausdrücklich wird in dem zu § 3 Abs. 1 Ziff. 4 VStG und zu § 59 Ziff. 1 BewG erlassenen § 51 der Durchführungsordnung zum Bewertungsgesetz³⁾ noch einmal festgestellt, daß nur diejenigen Wirtschaftsgüter zum Betriebsvermögen zu rechnen sind, die nicht der Pflege des eigentlichen Sparverkehrs dienen. Entsprechend gilt gemäß § 51 Abs. 2 BewDV als Wert des Betriebsvermögens "der Teil des gesamten Vermögens der Sparkasse, der sich aus dem Verhältnis ergibt, in dem die nicht in Spareinlagen bestehenden Einlagen und die eingegangenen Verbindlichkeiten einerseits zu den gesamten Einlagen und den eingegangenen Verbindlichkeiten andererseits stehen".

Im allgemeinen wird das sich ergebende Verhältnis bereits bei der Veranlagung zur Körperschaftsteuer ermittelt worden sein. Aus Vereinfachungsgründen bestimmt deshalb

-
- 1) Vermögensteuergesetz in der Fassung vom 10. Juni 1954-VStG 1954 - BGBl. I S.137/ BStBl. I S.296, ber. S.417, mit den Änderungen des Gesetzes vom 26. Juli 1957, BGBl. I S.848 und des Steueränderungsgesetzes 1961 vom 13. Juli 1961, BGBl. I S.981.
 - 2) Bewertungsgesetz - BewG - vom 16. Oktober 1934 (BGBl. I, S.1035) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung vermögensteuerrechtlicher Vorschriften vom 24. Juli 1958 (BGBl. I, S.538) und des Steueränderungsgesetzes 1961 vom 13.7.1961 (BGBl. I S.981).
 - 3) Durchführungsverordnung zum Bewertungsgesetz -BewDV- vom 2. Februar 1935 (RGBl. I S.81) in der Fassung der Verordnung vom 10. April 1954 (BGBl. I, S.83).

Abschnitt 111 der Vermögensteuer-Richtlinien¹⁾, daß zur Ermittlung des steuerpflichtigen Teils des Vermögens der Sparkasse, der bei der Körperschaftsteuer nach Abschnitt 11 KStR 1958 festgesetzte Hundertsatz zu übernehmen ist. Im übrigen erfolgt die Aufteilung nach den Anweisungen in Abschnitt 11 KStR wesentlich genauer, als sie in § 51 Abs. 2, BewDV vorgeschrieben ist, und kann daher ohne weiteres übernommen werden.

Den genauen Umfang der steuerfreien Wirtschaftsgüter und Vermögensteile festzustellen, ist kaum möglich. Da es sich hier ebenso wie bei der Körperschaftsteuerveranlagung nur um eine Schätzung handelt, wird die Aufteilung des gesamten Betriebsvermögens der Sparkasse ohne Rücksicht darauf vorgenommen, daß die Wirtschaftsgüter, die tatsächlich und unmittelbar dem Sparverkehr dienen, wertmäßig dem sich bei der Aufteilung ergebenden Betrag entsprechen.

Wird für die Geschäfte des Sparverkehrs von den übrigen Geschäften getrennt Buch geführt, so ist für die Ermittlung des der Steuer unterliegenden Betriebsvermögens von den Zahlen der getrennten Buchführung auszugehen.

a₃) des Gewerbesteuergesetzes

Schließlich wird den Sparkassen die gleiche sachliche Steuerbefreiung gemäß § 3 Ziff. 4 Gewerbesteuergesetz²⁾ auch bei der Gewerbesteuer gewährt. Die bei der Körper-

1) Vermögensteuer-Richtlinien für die Vermögensteuer-Hauptveranlagung 1960 - VStR 1960 - Verwaltungsanordnung der Bundesregierung vom 27. Mai 1960 (BStBl. 1960 I, S.289).

2) Gewerbesteuergesetz in der Fassung vom 18. Nov. 1958 - GewStG 1957 - (BGBl. I S.755, und in der Fassung des Gesetzes vom 30. Juli 1960, BGBl. I S.616, sowie des Steueränderungsgesetzes 1961 vom 13. Juli 1961, BGBl. I S.981).

schaft- und Vermögensteuerveranlagung geltenden Bestimmungen finden entsprechende Anwendung, so daß als Bemessungsgrundlage jeweils nur der Teil des Gewerbeertrages, des Gewerbekapitals und gegebenenfalls der Lohnsumme infrage kommt, der nicht auf den eigentlichen Sparverkehr entfällt¹⁾.

Beschränken sich Sparkassen auf das reine Spargeschäft, so wird gemäß Abschnitt 11 GewStR die Befreiung von der Gewerbesteuer nicht dadurch beeinträchtigt, daß nebenher in geringfügigem Umfang bestimmte Dienstleistungsgeschäfte betrieben werden, aus denen nur geringe Einnahmen erzielt werden.

b) Der Umfang der steuerlichen Belastung der Sparkassen

Der Umfang der steuerlichen Belastung der Sparkassen läßt sich an Hand des im Abschnitt 11 KStR 1958 vorgeschriebenen Schätzungsverfahrens leicht berechnen. Danach sind die nicht in Spareinlagen bestehenden Einlagen (Bilanzposition 1 Buchstabe b und c) und sonstige Verbindlichkeiten (Bilanzpositionen 2 bis 4) den gesamten Einlagen und sonstigen Verbindlichkeiten (Bilanzpositionen 1 bis 4) gegenüberzustellen²⁾. Der sich hieraus

1) vgl. hierzu die Abschnitte 27 und 44 der Gewerbesteuer-Richtlinien für das Kalenderjahr 1958 - GewStR 1958 - in der Fassung der Bekanntmachung des Bundesministers der Finanzen vom 22. September 1959 (BStBl. 1959 I, S.943).

2) vgl. Abschnitt 11 Abs. 1 Ziff. 1 KStR 1958. Da die in den aufgenommenen langfristigen Darlehen (Bilanzposition 4) enthaltenen Weiterleitungskredite (durchlaufende Kredite mit mehr als treuhänderischer Haftung) in den in den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Zwischenbilanzen nicht ausgewiesen sind, müssen sie bei der folgenden Schätzung unberücksichtigt bleiben, obwohl sie nach Abschnitt 11 Abs. 1 Ziff. 2 KStR 1958 von den aufgenommenen langfristigen Darlehen abzuziehen sind. Der Genauigkeitsgrad des Ergebnisses wird dadurch nur unwesentlich beeinflusst.

ergebende Hundertsatz wird z.B. bei der Körperschaftsteuer auf den Gesamtgewinn angewandt und ergibt den Teil des Gesamtgewinns, der der Körperschaftsbesteuerung unterliegt.

Als Beispiel soll diese Verhältnisrechnung für die konsolidierte Bilanz der Sparkassen zum Jahresende 1960 aufgestellt werden. Die für die Berechnung notwendigen Bilanzpositionen¹⁾ lauten:

Bil.Pos.	1a Spareinlagen	33 723,6 Mio DM		
"	1b Sichteinlagen	9 128,0 "	"	"
"	1c Befristete Einlagen	3 783,7 "	"	"
"	2 Aufgenommene Gelder	215,8 "	"	"
"	3 Eigene Akzepte und Solawechsel	2,2 "	"	"
"	4 Aufgenommene langfr. Darlehen	2 444,3 "	"	"
Bil.Pos.	1 bis 4 insgesamt	49 297,6 Mio DM		

Die nicht in Spareinlagen bestehenden Verpflichtungen (Bilanzpositionen 1b bis 4) betragen 15 574,0 Mio DM. Von den Gesamtverbindlichkeiten von 49 297,6 Mio DM sind dies etwa 31,6 v.H. Da dieser Hundertsatz auf die jeweilige Besteuerungsgrundlage angewandt wird, ermäßigt sich die Körperschaftsteuer, die Vermögensteuer und die Gewerbesteuer auf etwa ein Drittel.

Auf die sich aus diesen Steuervergünstigungen ergebenden Auswirkungen auf den Wettbewerb im Bankgewerbe kann erst an späterer Stelle eingegangen werden, sobald ein Überblick über die Besteuerung der übrigen Kreditinstitute, insbesondere der ebenfalls steuerbegünstigten Kreditgenossenschaften vorliegt.

1) Die einzelnen Bilanzpositionen sind den in den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Zwischenbilanzen entnommen.

II. bei den mit den Sparkassen konkurrierenden Kreditinstituten

1. Die Besteuerung

a) Die steuerliche Behandlung

a₁) der Kreditgenossenschaften

a₁a) im Körperschaftsteuergesetz

Da die Kreditgenossenschaften als Träger des Mittelstandskredits ähnliche förderungswürdige Aufgaben erfüllen wie die Sparkassen, wurden auch ihnen vom Gesetzgeber bei der Körperschaft-, Vermögen- und Gewerbesteuer gewisse Vergünstigungen zugestanden. Zwar unterliegen Kreditgenossenschaften und Zentralkassen gemäß § 1 Abs. 1 Ziff. 2 KStG 1958 grundsätzlich unbeschränkt der Körperschaftsteuer, wenn sie ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz im Inland haben; § 23 KStG 1958 gibt jedoch die Möglichkeit, von diesem Grundsatz abzuweichen:

"Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates ... für Kreditgenossenschaften und Zentralkassen, die Kredite ausschließlich an ihre Mitglieder gewähren, eine Befreiung von der Körperschaftsteuer oder die Anwendung eines ermäßigten Steuersatzes anzuordnen ..."

Von dieser Ermächtigung wurde in der Körperschaftsteuereinführungsvorordnung 1958¹⁾ Gebrauch

1) Körperschaftsteuer-Durchführungsvorordnung -KStDV 1958- in der Fassung vom 5. August 1959 (BGBl. 1959 I, S.625.)

gemacht, die in § 33 bestimmt, daß die Steuer auf 19 v.H. des Einkommens ermäßigt wird, unter der Voraussetzung, daß Kredite ausschließlich an Mitglieder der Genossenschaft gewährt werden¹⁾. Diese Steuerermäßigung gilt auch für Kreditgenossenschaften, die neben dem Geld- und Kreditgeschäft bankfremde Geschäfte betreiben (z.B. das Warengeschäft), falls das Geld- und Kreditgeschäft den Hauptgeschäftszweig darstellt²⁾.

Schließlich wird eine Steuerermäßigung auf 19 v.H. gem. § 34 KStDV 1958 auch den Zentralkassen gewährt. Voraussetzung ist, daß die Zentralkassen Kredite ausschließlich an ihre Mitglieder geben und sich auf ihre eigentlichen genossenschaftlichen Aufgaben beschränken. Eine Beschränkung auf die eigentlichen genossenschaftlichen Aufgaben ist gemäß Abschnitt 64 Abs. 1 KStR 1958 anzunehmen, "wenn von der Gesamtsumme der Ausleihungen mindestens 80 v.H. auf genossenschaftliche Mitglieder der Zentralkasse und auf die Deutsche Genossenschaftskasse entfallen". Genossenschaftliche Mitglieder sind Genossenschaften und Genossenschaftszentralen, die Anteile oder Aktien der Zentralkasse besitzen.

Voraussetzung für die Steuerermäßigung ist in jedem Falle, daß Kredite nur an Mitglieder gegeben

1) Anm.: § 33 KStDV folgt damit der Regelung des § 8 Abs. 2 des Genossenschaftsgesetzes vom 20. Mai 1898 (RGBl. S.810), wonach Kreditgenossenschaften Kredite nur an Mitglieder gewähren dürfen.

2) vgl. Abschnitt 61 KStR 1958. Hinsichtlich der Feststellung des Hauptgeschäftszweiges vgl. Zülow, Kurt - Henze, Max - Schubert, Rolf (I): Die Besteuerung der Genossenschaften, 4. Aufl., Berlin und Frankfurt/Main 1956, S.99 f.

werden¹⁾.

Gewährt eine Kreditgenossenschaft Kredite an ein Nichtmitglied, so wird sie in vollem Umfang steuerpflichtig. Unter den Begriff der Kreditgewährung fällt dabei nicht nur die darlehnsweise Überlassung von Geld, sondern auch die Übernahme von Haftungen, Garantien, Bürgschaften, die Gewährung von Vorschüssen, die Vornahme von Wechseldiskontierungen usw.²⁾. Lediglich Geschäfte, die keine Kreditgewährung darstellen, können ohne Beeinträchtigung der Steuervergünstigung auch mit Nichtmitgliedern abgeschlossen werden, so z.B. die Vermittlung des An- und Verkaufs von Wertpapieren, die Hereinnahme fremder Gelder u.ä.

-
- 1) Anm.: Eine Ausnahme bilden gem. Abschn. 6o Abs. 4 KStR 1958 lediglich durchlaufende Kredite aus öffentlichen Mitteln an Vertriebene und Flüchtlinge, die nicht Mitglied der Genossenschaft zu sein brauchen. Abschn. 6o Abs. 4 der KStR 1958 lautet: "Die Steuerbegünstigung des § 33 KStDV bleibt unberührt, wenn Kredite an Nichtmitglieder aus öffentlichen Kreditprogrammen für fremde Rechnung, also nicht aus eigenen Mitteln der Kreditgenossenschaften, zweckgebunden gegeben werden. Diese Kredite müssen in den Büchern besonders gekennzeichnet sein. Die Übernahme einer Haftung durch die Kreditgenossenschaften bis zu 1o v.H. des Kredits ist unschädlich."
- 2) Anm.: Den Begriff der Kreditgewährung im Sinne des § 33 KStDV erläutert Abschn. 6o Abs. 2 KStR 1958. vgl. hierzu auch: Klein, Friedrich: Das Steuerrecht der Genossenschaften, in: Seraphim, Hans-Jürgen (II): Vom Wesen der Genossenschaften und ihre steuerliche Behandlung, Neuwied 1951, S.2o3 ff. und: Zülów, Kurt - Henze, Max - Schubert, Rolf (I), a.a.O., S. 91 ff. und (II): Die Besteuerung der Genossenschaften - Ergänzungsband zur 3. und 4. Auflage, Berlin und Frankfurt/Main 1961, S. 71 ff.

a,b) im Vermögensteuergesetz

Der Vermögensteuer unterliegen Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften gemäß § 1 Abs. 1 Ziff. 26 VStG grundsätzlich unbeschränkt. Ebenso wie das KStG enthält auch das VStG im § 22 eine Ermächtigungsklausel, aufgrund der durch Rechtsverordnung "für bestimmte Gruppen von Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften ... eine Befreiung von der Vermögensteuer oder die Ermittlung ihres Betriebsvermögens besonders geregelt werden" kann. Aufgrund dieser Bestimmung ist die Vorschrift des § 12 VStDV ergangen, die die landwirtschaftlichen Nutzungs- und Verwertungsgenossenschaften von der Vermögensteuer befreit.

Eine Befreiung von der Vermögensteuer oder eine Ermäßigung des Steuersatzes gibt es für Kreditgenossenschaften nicht. Sie genießen jedoch hinsichtlich der Bemessungsgrundlage eine Steuervergünstigung, da bei ihnen die Ermittlung des Betriebsvermögens besonders geregelt wird. Gemäß § 52 a Ziff. 1 BewDV sind bei Kreditgenossenschaften, die Kredite ausschließlich an ihre Mitglieder gewähren, vom Rohvermögen außer den in § 62 Abs. 1 des Bewertungsgesetzes bezeichneten Schulden auch die Geschäftsguthaben der Genossen abzuziehen. Durch die Bestimmung des § 52 a Ziff. 1 BewDV werden auch die Zentralkassen steuerlich begünstigt, wenn sie sich auf ihre eigentlichen genossenschaftlichen Aufgaben beschränken und Kredite ausschließlich an ihre Mitglieder gewähren¹⁾.

1) vgl. Abschnitt 13o Abs. 8 VStR 1960, wonach die bei der Körperschaftsteuer nach der Vorschrift des Abschnitt 64 Absatz 1 KStR 1958 getroffene Entscheidung auch bei der Vermögensteuer zu übernehmen ist.

a₁c) im Gewerbesteuergesetz

Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften unterliegen gemäß § 2 Gewerbesteuergesetz der Gewerbesteuer. Allerdings ist für die Kreditgenossenschaften ebenso wie bei der Körperschaftsteuer und der Vermögensteuer eine Steuervergünstigung vorgesehen. Gemäß § 11 Abs. 4 GewStG ermäßigt sich die Steuermeßzahl des § 11 Abs. 2 Ziff. 2 für den Gewerbeertrag bei Kreditgenossenschaften und Zentralkassen auf ein Drittel, wenn sich bei ihnen die Körperschaftsteuer ermäßigt. Bei der Berechnung der Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital genießen die Kreditgenossenschaften hinsichtlich der Bemessungsgrundlage die gleiche Vergünstigung wie bei der Vermögensteuer, da dem Gewerbskapital der Einheitswert zugrunde liegt. Das bedeutet also, daß bei Kreditgenossenschaften, die Kredite ausschließlich an ihre Mitglieder gewähren, gemäß § 52 a Ziff. 1 BewDV die Geschäftsguthaben der Mitglieder vom Rohvermögen abgezogen werden.

a₂) der sonstigen Bankinstitute

Nach der Darstellung der Steuerbefreiung der öffentlichen Sparkassen für die Geschäfte des Sparverkehrs sowie der steuerlichen Begünstigung der Kreditgenossenschaften ist zunächst noch ein kurzer Überblick über die steuerliche Behandlung der übrigen Kreditinstitute notwendig, ehe die Auswirkungen dieser Steuerdifferenzierung auf den Wettbewerb der am Mittelstandskredit beteiligten Kreditinstitute abgeschätzt werden können.

Auch im folgenden ist eine Beschränkung auf die Körperschaftsteuer, Vermögensteuer und Gewerbesteuer als die allein für den Wettbewerb relevanten Steuern möglich.

a₂a) Die Normalbesteuerung

Für Kreditinstitute, die in vollem Umfange der Körperschaftsteuer unterliegen, beträgt der Steuersatz gemäß § 19 Abs. 1 Ziff. 1 bei unbeschränkt steuerpflichtigen nicht personenbezogenen Kapitalgesellschaften 51 v.H. des Einkommens. Für die ausgeschütteten Teile des Gewinns ermäßigt sich die Körperschaftsteuer auf 15 v.H., soweit es sich um berücksichtigungsfähige Ausschüttungen handelt¹⁾. Gehören einzelne Kreditinstitute zu den sogenannten personenbezogenen Kapitalgesellschaften²⁾, so wird für sie der Tarif bis zu einer Einkommenshöhe von 50.000 DM gestaffelt; und zwar steigt er für je 10.000 DM von 39 v.H. auf 44, 49, 54 und 59 v.H. Für alle weiteren Beträge über 50.000 DM beträgt er 49 v.H. Für berücksichtigungsfähige Ausschüttungen ermäßigt er sich auf 26,5 v.H. Bei den übrigen Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen im Sinne des § 1 Abs. 1 Ziff. 2 bis 6 und des § 2 Abs. 1 Ziff. 1 KStG beträgt der Steuersatz 49 v.H. des Einkommens, ohne Rücksicht darauf, ob eine Gewinnausschüttung vorgenommen wird oder nicht.

Bei der Vermögensteuer beträgt der Steuersatz gemäß § 8 VStG für alle voll steuerpflichtigen Kreditinstitute gleichmäßig 1 v.H. des steuerpflichtigen Vermögens.

-
- 1) Hinsichtlich des Begriffs der berücksichtigungsfähigen Ausschüttungen vgl. § 19 Abs. 3 KStG.
2) Über die notwendigen Voraussetzungen siehe § 19 Abs. 1 Ziff. 2

Ein "normaler" Tarifsatz für die Gewerbesteuer läßt sich nicht angeben, da die Hebesätze, die den eigentlichen Tarifsatz darstellen, von jeder Gemeinde ihrem Finanzbedarf entsprechend festgesetzt werden und daher von Gemeinde zu Gemeinde verschieden hoch sind. Einheitlich sind lediglich die Steuermeßzahlen zur Ermittlung des Steuermeßbetrages. Sie betragen für die Berechnung der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag bei Personengesellschaften

für die ersten	7 200 DM des Gewerbeertrages	0 v.H.
für die weiteren	2 400 DM des Gewerbeertrages	1 v.H.
für die weiteren	2 400 DM des Gewerbeertrages	2 v.H.
für die weiteren	2 400 DM des Gewerbeertrages	3 v.H.
für die weiteren	2 400 DM des Gewerbeertrages	4 v.H.
für alle weiteren Beträge		5 v.H.

und bei allen anderen Unternehmen gleichmäßig 5 v.H. Für die Berechnung nach dem Gewerbekapital beträgt die Steuermeßzahl einheitlich 2 v.T. Ebenfalls 2 v.T. beträgt die Steuermeßzahl bei der Lohnsummensteuer, die von einigen Gemeinden zusätzlich erhoben wird.

a₂b) Die Steuerbefreiungen

Gemäß § 4 Abs. 1 Ziff. 2 KStG sind folgende Kreditinstitute in vollem Umfang persönlich von der Körperschaftsteuer befreit: Die Deutsche Bundesbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die Deutsche Rentenbank, die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt, die Lastenausgleichsbank (Bank für Vertriebene und Geschädigte), die Deutsche Landesrentenbank und die Deutsche Siedlungsbank. Unter bestimmten Bedingungen befreit sind ferner die Landwirtschaftliche Rentenbank nach Maßgabe des § 14 des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank in der Fassung vom 14. September 1953 (BGBl. I, S.1330) sowie

die Deutsche Genossenschaftskasse nach Maßgabe des § 7 des Gesetzes über die Deutsche Genossenschaftskasse in der Fassung vom 4. April 1957 (BGBl. I, S.372). Schließlich sind nach § 4 Abs. 1 Ziff. 3 KStG die Staatsbanken von der Körperschaftsteuer befreit, soweit sie Aufgaben staatswirtschaftlicher Art erfüllen.

In analoger Regelung zu § 4 KStG sind die genannten Kreditinstitute gemäß § 3 Abs. 1 Ziff. 1 und 2 VStG und § 3 Ziff. 2 und 3 GewStG ebenfalls von der Vermögen- und Gewerbesteuer befreit.

Die Gründe für die Steuerbefreiung werden deutlich, wenn man die Aufgaben dieser Bankinstitute betrachtet: Die Deutsche Bundesbank wurde durch das Bundesbankgesetz mit währungspolitischen Befugnissen ausgestattet, um durch die Regulierung der Geldmenge die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstreichen. Ähnlichen Aufgaben, nämlich der Stabilisierung der Mark, diente auch die Deutsche Rentenbank, die 1923 von Vertretern der deutschen Wirtschaft gegründet wurde und die Befugnis erhielt, die Übergangswährung der "Rentenmark" herauszugeben. Da die Deutsche Rentenbank bisher nicht liquidiert wurde und noch eigenes Vermögen verwaltet, wird sie noch in den Steuergesetzen aufgeführt.

Ganz speziellen wirtschaftspolitischen Aufgaben dienen die übrigen steuerbefreiten Banken. So sollte die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt als Zentralinstitut für die Landwirtschaft diesen nach dem ersten Weltkrieg darniederliegenden Wirtschaftszweig mit Krediten versorgen. Auch die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt ist bisher noch nicht liquidiert worden. Ihre Aufgaben wurden nach dem zweiten Weltkrieg von der 1949 gegründeten Landwirtschaftlichen Rentenbank übernommen, die deshalb ebenfalls von der Steuer befreit wurde, jedoch gemäß § 14 des

Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank¹⁾ nur bis zur Erreichung eines Kapitals von 200 Mio DM, mindestens jedoch auf die Dauer von 10 Jahren. Die durch das Gesetz vom 22.1.1952²⁾ gegründete Kreditanstalt für Wiederaufbau hat die Aufgabe, die Wirtschaft durch Versorgung mit mittel- und langfristigen Krediten insoweit zu fördern, als andere Kreditinstitute hierzu die notwendigen Mittel nicht aufzubringen vermögen. Der Deutschen Landesrentenbank und der Deutschen Siedlungsbank obliegt die Förderung des Eigenheimbaues auf dem Lande. Die Lastenausgleichsbank hat die Aufgabe, Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsbeschädigte durch Kredite und finanzielle Beihilfen zu unterstützen. Die Deutsche Genossenschaftskasse schließlich hat den Auftrag, das Genossenschaftswesen zu pflegen. Ihre Steuerbefreiung gilt bis zu dem Zeitpunkt, in dem die Steuerbefreiung der Landwirtschaftlichen Rentenbank erlischt³⁾.

Generell ist zu den Aufgaben dieser steuerbefreiten Banken festzustellen, daß sie, soweit sie nicht wie die Deutsche Bundesbank sogar hoheitliche Funktionen haben, als Organe zur Durchführung ganz spezieller wirtschafts- oder/und sozialpolitischer Aufgaben errichtet wurden, für die kein anderes Kreditinstitut zur Verfügung steht und die ohne die Errichtung dieser Spezialbanken entweder nicht durchgeführt werden könnten oder unmittelbar vom Staat selbst ausgeführt werden müßten. Hierin liegt der Grund für ihre Steuerfreiheit. Da sie sich ausschließlich auf diese Aufgaben beschränken, stehen sie nicht im Wettbewerb mit anderen Banken. Dieser Mangel

1) Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank in der Fassung vom 14.9.1953 (BGBl. I 1953, S.1330).

2) BGBl. I. 1952, S.65.

3) vgl. Verordnung über die Verlängerung der Steuerbefreiungen der Deutschen Genossenschaftskasse vom 19.7.1958 (BGBl. I 1958, S.525).

an Konkurrenzbeziehungen zwischen den steuerbefreiten und den übrigen Kreditinstituten schließt nachteilige Wirkungen der Steuerbefreiungen auf die Wettbewerbsverhältnisse im Kreditsektor aus.

Staatsbanken sind nach § 4 Abs. 1 Ziff. 3 KStG, § 3 Abs. 1 Ziff. 2 VStG und § 3 Ziff. 3 GewStG steuerbefreit, soweit sie Aufgaben staatswirtschaftlicher Art erfüllen. Was Aufgaben staatswirtschaftlicher Art sind, ist nicht genau abgegrenzt. Die Vermögensteuer-Richtlinien verstehen darunter "Geschäfte, die mit dem wirtschaftlichen Eigenleben des Bundes oder Landes unmittelbar zusammenhängen"¹⁾. Nach Steinberg gehören zu den Aufgaben staatswirtschaftlicher Art: "die Verwaltung der Staatsgelder und die Führung der Kassengeschäfte des Staates, insbesondere die Durchführung des Bankverkehrs für den Staat, die Gewährung von Krediten an den Staat, die Vermittlung der Unterbringung von Staatsanleihen, die Übernahme solcher Anleihen sowie deren Kurspflege. Des weiteren gehört hierher die Mitwirkung in der Gewährung von Krediten, für die der Staat die Haftung übernommen hat und die nicht als Kredite an den Staat anzusehen sind; außerdem die Mitwirkung in der Gewährung von Krediten aus Staatsmitteln im Auftrag des Staates"²⁾.

Alle anderen Geschäfte, durch die nicht Aufgaben staatswirtschaftlicher Art erfüllt werden, sind voll steuerpflichtig. Dies sind insbesondere Geschäfte, die den Geschäften der privaten Banken entsprechen und daher zu einem Wettbewerb mit diesen führen können³⁾. Die Kreditgewährung an private Kreditnehmer z.B. gehört also - ab-

1) Abschn. 109 Abs. 2 der Vermögensteuer-Richtlinien 1960

2) Steinberg, Wilhelm: Die Besteuerung der Kreditinstitute, in: Sparkasse, Jg. 1960, H. 5, S. 68.

3) vgl. Abschn. 109 Abs. 2 VStR 1960.

gesehen von den oben erwähnten Fällen, daß der Staat die Haftung übernimmt oder die Mittel zur Verfügung stellt - nicht zu den steuerbegünstigten Geschäften, und zwar auch dann nicht, wenn es sich um förderungswürdige und tatsächlich vom Gewährsträger geförderte Zwecke handelt¹⁾. Auch im Falle der Staatsbanken dürfte daher die steuerliche Sonderbehandlung keine negative Wirkung auf den Wettbewerb haben.

a₂c) Die Tarifvergünstigungen

Das Körperschaftsteuergesetz gewährt Tarifvergünstigungen nach § 19 Abs. 2 bei Kreditanstalten des öffentlichen Rechts für Einkünfte aus dem langfristigen Kommunalkredit-, Realkredit- und Meliorationskreditgeschäft. Die Tarifiermäßigung des § 19 Abs. 2 gilt jedoch nicht für die bereits nach § 4 Abs. 1 Ziff. 4 KStG begünstigten Sparkassen, sondern ist nur anwendbar auf Landesbanken, Girozentralen, öffentlich-rechtlichen Bausparkassen und Grund- und Kommunalkreditanstalten²⁾. Um für die privaten Institute, die mit diesen öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten im Wettbewerb stehen, die gleichen Bedingungen zu schaffen, werden die ermäßigten Tarife nach § 19 Abs. 2 ebenfalls den privaten Bausparkassen für die Einkünfte aus dem langfristigen Realkreditgeschäft, den reinen Hypothekenbanken für die Einkünfte aus den in § 5 des Hypothekendarlehenbankgesetzes bezeichneten Geschäften, den Schiffspfandbriefbanken, sowie der Industriekreditbank A.G. und der Deutschen Industriebank für Einkünfte aus dem langfristigen Kreditgeschäft gewährt³⁾.

1) vgl. Abschn. 26 Gewerbesteuer-Richtlinien 1958.

2) vgl. hierzu: Steinberg, Wilhelm, a.a.O., S.70.

3) Anm.: Langfristige Kredite im Sinne dieser Bestimmung sind solche Kredite, die nicht innerhalb von 4 Jahren zurückzuzahlen sind.
vgl. § 28 KStDV.

Die ermäßigten Steuersätze für die steuerbegünstigten Kreditinstitute bzw. für den begünstigten Teil ihrer Einkünfte betragen, wenn die Kreditinstitute nicht personenbezogene unbeschränkt steuerpflichtige Kapitalgesellschaften im Sinne des § 19 Abs. 1 Ziff. 1 sind, 27,5 v.H. des Einkommens und soweit berücksichtigungsfähige Ausschüttungen vorgenommen worden sind, 15 v.H. des Einkommens. Ist das steuerbegünstigte Kreditinstitut eine personenbezogene Kapitalgesellschaft (§ 19 Abs. 1 Ziff. 2 KStG), betragen die ermäßigten Steuersätze für die ersten angefangenen oder vollen 10.000 DM des Einkommens 21,5 v.H., für jede weiteren angefangenen oder vollen 10.000 DM jeweils ansteigend 24 v.H., 26,5 v.H., 29 v.H. bzw. 31,5 v.H. und schließlich für alle weiteren Beträge über 50.000 DM Einkommen 26,5 v.H.¹⁾. Gehört das steuerbegünstigte Kreditinstitut zu den Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen im Sinne des § 19 Abs. 1 Ziff. 3 KStG, so beträgt der Steuersatz 26,5 v.H. Für Gewinnausschüttungen dieser letzten Gruppe sind ebenso wie für die der personenbezogenen Kapitalgesellschaften keine besonderen Steuersätze vorgesehen.

Tarifvergünstigungen, die denen des § 19 Abs. 2 KStG entsprechen würden, finden sich weder im Vermögensteuer- noch im Gewerbesteuergesetz.

1) Anm.: Da in der Bundesrepublik keine steuerbegünstigten Kreditinstitute in der Form personenbezogener Kapitalgesellschaften bestehen, ist dieser Tarif gegenstandslos.

b) Die Auswirkungen der Besteuerung auf die Wettbewerbsstellung

Die Darstellung der Besteuerung der Kreditinstitute in den vorigen Abschnitten zeigt eine sehr unterschiedliche Behandlung der einzelnen Bankengruppen. Inwieweit sich aus dieser steuerlichen Differenzierung Auswirkungen auf den Wettbewerb der Kreditinstitute des Mittelstandes ergeben und inwieweit die aufgezeigten Steuervergünstigungen mit den Wettbewerbsgrundsätzen der Marktwirtschaft zu vereinbaren sind, soll im folgenden untersucht werden.

Daß eine unterschiedliche Steuerbelastung von Kreditinstituten aus wirtschafts- und insbesondere aus sozialpolitischen Gesichtspunkten mit den Grundsätzen einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung im Einklang stehen kann, läßt sich aus den im I. Abschnitt des III. Kapitels niedergelegten Thesen ableiten. Soweit eine Besteuerung nicht primär fiskalpolitischen Zielen dient, bietet sie sich dem obersten Träger von Wirtschaftspolitik als Mittel zur Verfolgung der verschiedenartigsten wirtschaftspolitischen Ziele an. Tatsächlich zeigen in den vorliegenden Fällen die Begründungen für die Steuerermäßigungen, daß sich der Staat dieser Kreditinstitute als Instrument zur Durchführung seiner wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgaben (Sparförderung, Mittelstandspolitik etc.) bedient, indem er bestimmte Zielsetzungen dieser Kreditinstitute unterstützt, die mit seinen eigenen übereinstimmen. Gegen derartige indirekte Lenkungsmaßnahmen kann solange kein Einwand erhoben werden, als sich hieraus keine unerwünschten Auswirkungen auf den Wettbewerb ergeben und die Wettbewerbsregeln der Marktwirtschaft Beachtung finden.

Soweit keine Konkurrenzbeziehungen zwischen den unterschiedlich besteuerten Kreditinstituten bestehen, bleibt eine Steuerbegünstigung eo ipso ohne Einfluß auf den Wettbewerb. Dies ist, wie festgestellt wurde, bei den vollständig von der Steuer befreiten Bankinstituten der Fall, die Hoheits- und Staatsaufgaben durchführen und deren Geschäftstätigkeit keine Berührungspunkte mit dem hier zu untersuchenden Markt für Mittelstandskredite aufweist. Ebenfalls scheiden für die folgende Betrachtung die nach § 19 Abs. 2 begünstigten Kreditinstitute aus, deren Geschäfte, zumindest soweit sie steuerbegünstigt sind, sich nicht mit denen der Kreditinstitute des Mittelstandes überschneiden.

Beim Bestehen von Konkurrenzbeziehungen hat die Steuerbegünstigung der förderungswürdigen Kreditinstitute eine Stärkung ihrer Wettbewerbsstellung zur Folge, und zwar zu Lasten der konkurrierenden, nicht begünstigten Institute. Die Benachteiligung der nicht geförderten Institute ist somit die unvermeidbare Konsequenz einer wirtschaftspolitischen Maßnahme. Im vorliegenden Fall kann daher grundsätzlich noch nicht von einer Wettbewerbsverzerrung im oben definierten Sinne gesprochen werden, wenn die Kreditinstitute des Mittelstandes durch Steuerermäßigungen gefördert werden, während die übrigen, mit ihnen im Wettbewerb stehenden Bankinstitute keine Steuervergünstigungen genießen, weil sie dem förderungswürdigen Zweck nicht dienen¹⁾.

Dennoch können auch in diesem Fall noch Wettbewerbsverzerrungen vorliegen, wenn nämlich die Förderung das notwendige und wünschenswerte Maß überschreitet. So könnte es z.B. sein, daß die Steuervergünstigung den Kreditinstituten des Mittelstandes in einem größeren Umfang

1) vgl. oben Seite 93.

Vorteile bringt, als ihnen bei der Ausübung ihres förderungswürdigen Zweckes Nachteile entstehen. In diesem Falle würden also die nicht geförderten Kreditinstitute im Wettbewerb eine unerwünschte Benachteiligung erleiden. Ebenso kann es ferner innerhalb der Gruppe der geförderten Kreditinstitute zu Wettbewerbsverzerrungen kommen, wenn ein Teil von ihnen in einem ungerechtfertigten Maße gefördert wird.

Ehe auf die Kernfrage dieser Untersuchung eingegangen wird, ob als Folge der Steuerbestimmungen im Wettbewerb der eigentlichen Mittelstandsbanken untereinander Ungleichheiten der Startbedingungen bestehen, erscheint es zweckmäßig, sich zunächst kurz dem Verhältnis der (steuerlich begünstigten) Mittelstandskreditinstitute zu den mit ihnen in Konkurrenzbeziehungen stehenden (steuerlich nicht begünstigten) Mittelstandskreditinstituten zuzuwenden. Die Annahme, die Mittelstandskreditinstitute würden generell mehr als notwendig gefördert, erscheint unbegründet. Irgendwelche Anzeichen, die hierauf schließen ließen, liegen nicht vor. Ein endgültiges Urteil hierüber abzugeben ist im Rahmen dieser Arbeit jedoch nicht möglich. Denn um festzustellen, wie hoch eine Steuervergünstigung sein muß, um genau die bei der Ausübung des förderungswürdigen Zweckes entstehenden Belastungen auszugleichen, müßte u.a. eine eingehende Untersuchung über den Grad der Rentabilität der förderungswürdigen Bankgeschäfte angestellt werden.

Eine Wettbewerbsungleichheit liegt jedoch offensichtlich darin, daß bei den Kreditbanken die gleichen Geschäfte der vollen Steuerpflicht unterliegen, für die den Sparkassen und Kreditgenossenschaften Steuererleichterungen gewährt werden. Zwar ist die Pflege des Sparverkehrs und die Gewährung von Krediten an mittelständische Bevölkerungsschichten hauptsächliche Aufgabe der Sparkassen und Kreditgenossenschaften, so daß diesen "typischen" Kreditinstituten des Mittelstandes auch an erster Stelle hierfür eine Steuerermäßigung zusteht; sowohl das

Spargeschäft als auch die Kreditgewährung an die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsschichten wird jedoch - wenn auch in entsprechend geringerem Umfange - ebenfalls von den Kreditbanken betrieben. Wegen des unklaren Begriffs "Mittelstandskredit", der fehlenden statistischen Unterlagen, sowie der geringen Markttransparenz auf dem Kreditmarkt in bezug auf den Kreis der Kreditnehmer, läßt sich die Gewährung von Krediten an den Mittelstand bei den Kreditbanken nicht quantifizieren. Leicht zu überblicken ist jedoch die Betätigung der Kreditbanken im Spargeschäft. Am Jahresende 1960 verwalteten die Kreditbanken Spareinlagen in Höhe von insgesamt 8,4 Mrd DM. Dies entspricht einem Marktanteil von etwa 15 v.H. Die Verzinsung und sonstigen Konditionen sind bei den Kreditbanken die gleichen wie bei den Sparkassen. Sie betreiben eine intensive Werbung für das Sparen, so daß bei ihnen alle Voraussetzungen einer "Pflege des Sparverkehrs" vorliegen. Dennoch wird ihnen hierfür keine Steuerermäßigung gewährt, so daß sie bei der Ausübung dieses Geschäftszweiges in steuerlicher Hinsicht den öffentlich-rechtlichen Sparkassen gegenüber benachteiligt sind. Das gleiche gilt im Aktivgeschäft, soweit Kredite an mittelständische Kreditnehmer ausgelegt werden. Es handelt sich daher hier um eine echte Ungleichheit der Wettbewerbsbedingungen.

Als nächstes ist die Frage zu untersuchen, ob innerhalb der Gruppe der Mittelstandskreditinstitute Wettbewerbsverzerrungen als Folge der Besteuerung festzustellen sind. Im Falle unterschiedlicher Förderungswürdigkeit müßte auch bei ihnen zunächst jeweils der Umfang der Förderungsnotwendigkeit festgestellt werden. Lediglich im Fall gleicher Förderungswürdigkeit würde sich die Untersuchung insofern vereinfachen, als nur der jeweilige Umfang der tatsächlichen Förderung miteinander verglichen zu werden braucht.

Die offiziellen Begründungen des Gesetzgebers für die Steuerermäßigungen bei Sparkassen und Kreditgenossenschaften gehen auf unterschiedliche Tatbestände zurück: Die Sparkassen haben die Aufgabe, den Sparsinn der Bevölkerung zu wecken und zu pflegen; die Kreditgenossenschaften haben sich das Ziel gesetzt, den "Erwerb und die Wirtschaft der Mitglieder" durch Kreditgewährung zu fördern. Beide Zielsetzungen wurden vom Gesetzgeber - besonders unter sozialpolitischen Gesichtspunkten - als förderungswürdig anerkannt. Sie sind mit einer Verminderung der Rentabilität der Kreditinstitute verbunden, da sie weitgehend den Verzicht auf Gewinnmaximierung voraussetzen, so daß es dem Gesetzgeber notwendig erschien, die Tätigkeit dieser Kreditinstitute durch Steuererleichterungen zu unterstützen.

Folgte man den für die Steuerermäßigungen gegebenen Begründungen des Gesetzgebers, der bei den Bankengruppen völlig unterschiedliche förderungswürdige Zwecke sieht, so ließen sich zu der Frage, ob eine der beiden Bankengruppen in ungerechtfertigter Weise bevorzugt oder benachteiligt ist, ohne weitergehende Untersuchungen keine Feststellungen treffen. Denn sind unterschiedliche Gründe für die Förderung maßgebend, besteht keine Veranlassung, daß das Ausmaß der Förderung unbedingt bei beiden Bankengruppen gleich sein muß. Dadurch würde aber ein direkter Vergleich der Förderung der Sparkassen mit der der Kreditgenossenschaften gegenstandslos, denn die einfache Gegenüberstellung des Ausmaßes der Steuervergünstigung der Sparkassen und der Kreditgenossenschaften genügt nicht für die Aussage, das eine oder das andere Kreditinstitut sei bevorzugt, wenn bei dem Vergleich in keiner Weise berücksichtigt wird, in welchem Maße eine Förderung überhaupt notwendig ist.

Die unterschiedlichen Begründungen, die der Gesetzgeber für die Steuerermäßigungen der Sparkassen und Kreditgenossenschaften anführt, sind jedoch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus nicht gerechtfertigt, da sich weder die Sparkassen auf die Annahme von Spargeldern noch die Kreditgenossenschaften auf die Gewährung von Krediten an ihre mittelständischen Kreditnehmer beschränken. Vielmehr obliegen - wie im ersten Teil dieser Untersuchung gezeigt wurde - den Sparkassen und Kreditgenossenschaften die gleichen Aufgaben. Beide Bankengruppen versorgen den Mittelstand mit Krediten und erfassen die Spargelder der mittelständischen Bevölkerungsschichten. Führen jedoch beide Bankengruppen in gleicher Weise diese beiden Aufgaben aus, die vom Gesetzgeber als förderungswürdig anerkannt sind, so müssen demnach auch beide Bankengruppen steuerlich gleichgestellt sein, d.h. die Steuer muß sich für beide Bankengruppen um den gleichen Prozentsatz ermäßigen. Ob dies der Fall ist, zeigt die folgende Gegenüberstellung der steuerlichen Belastung der Sparkassen und Kreditgenossenschaften.

Bei der Körperschaftsteuer wirken sich, trotz unterschiedlicher gesetzlicher Konstruktion die Steuervergünstigungen der Sparkassen und Kreditgenossenschaften rein quantitativ gesehen, d.h. im Verhältnis zum Gewinn, etwa gleich aus. Aus den oben durchgeführten Untersuchungen geht hervor, daß schätzungsweise 60 v.H. der Geschäfte der Sparkassen zu den steuerbefreiten Geschäften des eigentlichen Sparverkehrs gehören. Die Berechnung ergab, daß durchschnittlich nur 31,6 v.H. des Gewinns mit dem vollen Körperschaftsteuersatz versteuert wurden. Das entspricht einer Ermäßigung des Steuersatzes auf 15 - 16 v.H. Dieser Satz liegt geringfügig unter dem Steuersatz von 19 v.H., auf den sich die Körperschaftsteuer bei steuerbegünstigten Kreditgenossenschaften ermäßigt.

Im gleichen Verhältnis, nämlich auf etwa 31 v.H. des vollen Satzes ermäßigt sich bei den Sparkassen die Vermögensteuer und die Gewerbesteuer.

Das Ausmaß der Steuervergünstigung der Kreditgenossenschaften bei der Vermögensteuer ist dadurch bestimmt, um wieviel sich das steuerpflichtige Reinvermögen der Kreditgenossenschaften durch die Anwendung der Vorschrift des § 52a Ziff. 1 BewDV vermindert, die den Abzug der Geschäftsanteile der Genossen vom Rohvermögen gestattet. Die Quantifizierung dieser Steuervergünstigung bereitet insofern Schwierigkeiten, als sich für die Gesamtzahl der Kreditgenossenschaften zwar die Höhe der Geschäftsguthaben feststellen läßt, nicht jedoch der Umfang des zu versteuernden Reinvermögens, der nur aus den Steuerbilanzen der einzelnen Kreditgenossenschaften zu ersehen ist. Zwar läßt sich aus der Höhe der gesamten Geschäftsguthaben der Genossen die absolute Höhe der Steuerersparnis berechnen - bei einem Steuersatz von 1 v.H. beträgt der erlassene Steuerbetrag demnach 1 v.H. der Geschäftsguthaben -, die absoluten Zahlen über die Höhe der Steuerermäßigung lassen jedoch keinen Vergleich mit der steuerlichen Belastung der konkurrierenden Kreditinstitute zu. Hierzu ist die Berechnung des Prozentsatzes notwendig, um den sich die Steuer ermäßigt.

Um festzustellen, um welchen Prozentsatz sich der Steuerbetrag durchschnittlich etwa ermäßigt, mußte der Weg einer besonderen Erhebung beschritten werden. Untersucht wurden 140 Kreditgenossenschaften ohne Warenverkehr des Verbandes ländlicher Genossenschaften der Provinz Westfalen. Es wurden jeweils die Geschäftsguthaben dem Reinvermögen einschließlich den Geschäftsguthaben gegenübergestellt.

Tabelle 43: Erhebung über die Auswirkung der Vermögenssteuervergünstigung bei Kreditgenossenschaften

Tabelle I: Aufgliederung der untersuchten Kreditgenossenschaften nach Bilanzgruppen und Zahl der Kreditgenossenschaften mit Minusvermögen
(Jahresende 1959)

Bilanzgruppen 1.000 DM	Zahl der untersuch- ten Kredit- genossen- schaften insgesamt	davon:		Kreditge- nossen- schaften mit Minus- vermögen	darunter: Minusver- mögen klei- ner als Ge- schäftsgut- haben
		Kreditge- nossen- schaften ohne Minus- vermögen	Kreditge- nossen- schaften mit Minus- vermögen		
bis 350	10	9	1	-	-
über 350 bis 500	9	9	-	-	-
über 500 bis 1000	30	25	3	2	2
über 1000 bis 2000	25	23	2	-	-
über 2000 bis 5000	47	40	4	3	3
über 5000	19	17	1	1	1
insgesamt	140	123	11	6	6

Dabei zeigte es sich, daß sich der Abzug der Geschäftsguthaben wegen der großen Schwankungen der Relation Geschäftsguthaben : Vermögen je nach der zufälligen Höhe dieser Bilanzpositionen recht unterschiedlich auswirkt. Denn je geringer das Vermögen und je größer die Geschäftsguthaben sind, umso geringer fällt der zu entrichtende Steuerbetrag aus und umgekehrt.

Von den 140 untersuchten Kreditgenossenschaften wiesen am Jahresende 1959 11 ein Minusvermögen aus, so daß keine Vermögensteuer zu entrichten war (vgl. Tabelle 43). Bei sechs von diesen elf Kreditgenossenschaften war das Minusvermögen kleiner als die Summe der Geschäftsguthaben der Genossen, d.h. erst durch den Abzug der Geschäftsguthaben von Rohvermögen war das Minusvermögen entstanden. Im Extremfall kann der Abzug der Geschäftsguthaben vom Rohvermögen also einen Rückgang des Steuerbetrages bis auf Null bewirken.

Für die anderen fünf Kreditgenossenschaften, bei denen das Minusvermögen größer als die Geschäftsguthaben war, blieb die Steuerbegünstigung des § 52a Ziff. 1 BewDV gegenstandslos, da sich bei ihnen ein Minusvermögen auch ohne den Abzug der Geschäftsguthaben ergeben hätte, so daß ohnehin keine Steuer zu entrichten gewesen wäre.

In den 123 Fällen, in denen sich kein Minusvermögen ergab, lag bei den einzelnen Kreditgenossenschaften der prozentuale Anteil der Geschäftsguthaben am Reinvermögen einschließlich Geschäftsguthaben zwischen 99 und knapp 5 v.H., also innerhalb einer denkbar großen Variations-

Tabelle 44: Erhebung über die Auswirkung der Vermögenssteuervergünstigung bei Kreditgenossenschaften

Tabelle II: Die Verminderung des steuerpflichtigen Vermögens bei Kreditgenossenschaften durch den Abzug der Geschäftsguthaben der Genossen
(Jahresende 1959)

Bilanzgruppen 1000 DM	Durchschnittliches zu versteuerndes Reinvermögen (gem. § 52a Ziff.1 BewDV ohne Geschäftsguthaben) in DM		Durchschnittliches Geschäftsguthaben der Genossen in DM		Durchschnittliches Reinvermögen (Spalte 1) plus durchschnittliche Geschäftsguthaben (Spalte 2) in DM		Anteil der Geschäftsguthaben (Spalte 2) am Reinvermögen einschl. Geschäftsguthaben (Spalte 3) in v.H.	
	1	2	3	4				
bis 350	13.666,82	5.944,03	19.610,85	30,3				
über 350 bis 500	23.130,81	8.505,54	31.636,35	26,9				
über 500 bis 1000	32.441,55	15.729,96	48.171,51	32,7				
über 1000 bis 2000	51.975,61	30.821,55	82.797,16	37,2				
über 2000 bis 5000	75.024,06	62.209,27	137.233,33	45,3				
über 5000	255.775,67	93.587,52	349.363,19	26,8				
insgesamt	78.754,52	43.183,33	121.937,85	35,4				

breite¹⁾). Im Durchschnitt betrug der Prozentsatz 35,4 v.H., d.h. durchschnittlich verringerte sich durch den Abzug der Geschäftsguthaben die Bemessungsgrundlage für die Vermögensteuer bei den untersuchten Kreditgenossenschaften - und damit gleichzeitig der zu zahlende Steuerbetrag - um 35,4 v.H. (vgl. hierzu Tabelle 44). Dieser Prozentsatz kann mit gewissen Vorbehalten, die sich aus der relativ geringen Zahl der untersuchten Kreditgenossenschaften ergeben, als repräsentativer Durchschnitt für alle Kreditgenossenschaften gelten²⁾).

1) Anm.: Hieraus wird ersichtlich, wie unterschiedlich sich der Abzug der Geschäftsguthaben vom Rohvermögen auf die steuerliche Belastung der einzelnen Kreditgenossenschaften auswirkt. Die Ermäßigung reicht also von einer fast vollständigen Befreiung von der Vermögensteuer bis zu einer bedeutungslosen Verminderung des Steuerbetrages um 5 v.H. Da die Höhe der Steuerermäßigung in keinem Zusammenhang mit der Ausübung des förderungswürdigen Zwecks steht, sondern von der zufälligen Höhe der Bilanzpositionen "Geschäftsguthaben" und "Reinvermögen" abhängt, führt diese breite Streuung der Steuerbelastung tendenziell zu einer ungleichmäßigen Stärkung der Wettbewerbspositionen der einzelnen Kreditgenossenschaften, d.h. also zu Wettbewerbsverzerrungen. Praktisch hat aber die unterschiedliche Belastung der Kreditgenossenschaften durch die Vermögensteuer wegen der geringen Steuerbeträge in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle keinen Einfluß auf die Wettbewerbsposition der einzelnen Kreditgenossenschaften.

2) Anm.: Dieser Prozentsatz ist eher zu hoch als zu niedrig angesetzt. Dies kann aus der Tatsache geschlossen werden, daß sich bei der Aufteilung der untersuchten Kreditgenossenschaften nach Einzelgruppen nur bei den in den mittleren Größenklassen eingeordneten Kreditgenossenschaften mit Bilanzsummen zwischen 1 Mio und 5 Mio DM ein höherer Prozentsatz als 35,4 v.H. ergab (vgl. Tabelle II). Der Anteil der auf diese beiden Bilanzgruppen entfallenden ländlichen Kreditgenossenschaften ist mit 60 v.H. in Westfalen ungewöhnlich hoch, so daß auch bei der durchgeführten Erhebung ein großer Prozentsatz (etwa über 50 v.H.) auf diese Bilanzgruppen entfielen (jeweils Jahresende 1959). Dagegen haben im Bundesdurchschnitt nur etwa 20 v.H. aller Kreditgenossenschaften ein Bilanzvolumen zwischen 1 Mio und 5 Mio DM. Fast alle übrigen Kreditgenossenschaften entfallen auf die unteren Größenklassen, so daß diese Bilanzgruppen, bei denen sich der Anteil der Geschäftsguthaben am Reinvermögen einschließlich Geschäftsguthaben als geringer herausstellte, stark an Gewicht gewinnen.

Ein Vergleich der den Kreditgenossenschaften gewährten Vergünstigungen mit denen der öffentlichen Sparkassen fällt daher bei der Vermögensteuer eindeutig zu ungunsten der Kreditgenossenschaften aus. Selbst bei vorsichtigster Beurteilung des Genauigkeitsgrades des errechneten Prozentsatzes der Ermäßigung kann festgestellt werden, daß die - ebenso wie bei der Körperschaftsteuer - durchschnittlich fast 60 v.H. betragende Ermäßigung der Sparkassen auf keinen Fall erreicht wird.

Bei der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag ermäßigt sich die Steuermeßzahl für die Kreditgenossenschaften auf ein Drittel, die der Sparkassen durchschnittlich auf 31,6 v.H., so daß beide Steuervergünstigungen nahezu übereinstimmen. Der Abzug der Geschäftsguthaben als Verbindlichkeiten vom Rohvermögen bei der Feststellung des Einheitswerts schlägt sich auch bei der Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital für die Kreditgenossenschaften als Vergünstigung nieder. Ebenso wie bei der Vermögensteuer bleibt diese Ermäßigung quantitativ hinter der der Sparkassen zurück. Bei der Lohnsummensteuer werden keine Vergünstigungen gewährt.

Mit der Darstellung der rein quantitativen Auswirkung der Steuervergünstigung ist deren Einfluß auf den Wettbewerb noch nicht hinreichend umrissen. Von großer Bedeutung sind ebenfalls die Voraussetzungen, unter denen diese Steuervergünstigungen gewährt werden.

Eine Bedingung für die Steuerermäßigung der Sparkassen ist ihre Tätigkeit im Sparverkehr. Diese Bedingung einzuhalten bereitet keine Schwierigkeiten, da die Steuervorschriften keine Beschränkung auf die Geschäfte des eigentlichen Sparverkehrs voraussetzen. Die Steuerbefreiung für die Geschäfte des eigentlichen Sparverkehrs geht daher auch durch die Betätigung der Sparkassen in den übrigen Geschäftszweigen nicht verloren.

Bei den Kreditgenossenschaften setzt die Steuerermäßigung die Gewährung von Krediten ausschließlich an Mitglieder voraus. Diese Bedingung ist gemessen an der der Sparkassen ungleich schärfer. Wird nämlich z.B. aus Versehen ein einziger Kredit an ein Nichtmitglied gegeben, so ist nicht etwa dieses Geschäft von der Steuerbegünstigung ausgenommen - wie dies bei den Sparkassen der Fall ist, wenn für ein Geschäft die Bedingung für die Steuerbegünstigung nicht vorliegt - sondern die Kreditgenossenschaft verliert als Ganzes ihre Steuerermäßigung und wird für den gesamten Umfang ihrer Geschäftstätigkeit in dem betreffenden Steuerjahr in vollem Umfange steuerpflichtig. Es ist offensichtlich, um wieviel schwerwiegender die Nichteinhaltung des "förderungswürdigen Zweckes" für Kreditgenossenschaften ist als für Sparkassen.

Will eine Kreditgenossenschaft nicht die Steuervergünstigungen verwirken, ist sie gezwungen, vor jeder Kreditgewährung nachzuprüfen, ob der Kreditnehmer Mitglied der Genossenschaft ist. Da der Begriff der Kreditgewährung in den Steuergesetzen sehr weit ausgelegt wird und nicht nur die darlehnsweise Überlassung von Geld umfaßt, sondern z.B. auch die Übernahme von Haftungen, Garantien und Bürgschaften sowie die Gewährung von Vorschüssen, die Vornahme von Wechseldiskontierungen usw.¹⁾, erfordert die Einhaltung der steuerlichen Vorschriften einen zusätzlichen verwaltungstechnischen Aufwand. Daß diese Überwachung mit Schwierigkeiten²⁾ verbunden ist, beweist die Tatsache, daß immer wieder Kreditgenossenschaften aus Versehen gegen diese Vorschriften verstoßen und voll

1) vgl. oben S.202.

2) Anm.: Hinsichtlich der zahlreichen Schwierigkeiten und Zweifelsfragen, die bei einer Überprüfung der Kreditthingabe an Mitglieder auftauchen können siehe Zülw-Henze-Schubert, (I), a.a.O., S.93 ff. und: (II) a.a.O., S.74 ff.

steuerpflichtig werden¹⁾. Ein ähnlicher Aufwand bleibt den Sparkassen erspart. Die Steuerbefreiung des Sparkassenverkehrs setzt keine getrennte buchmäßige Ermittlung des Gewinns aus dem Spargeschäft voraus, sondern begnügt sich mit einer einfachen Schätzung.

Wesentlich schwerwiegender wirken sich die Steuervorschriften für die Kreditgenossenschaften durch das Verbot aus, Kredite an Nichtmitglieder zu gewähren²⁾. Im Wettbewerb mit den Sparkassen bedeutet dies für die Kreditgenossenschaften eine starke Einengung ihrer Geschäftstätigkeit, da sie zunächst einen neuen Kunden als Mitglied werben müssen, ehe sie mit ihm eines der oben genannten, in den Steuerbestimmungen als Kreditgewährung ausgelegten Geschäfte abschließen dürfen.

Derartige Beschränkungen der Geschäftstätigkeit sind auf seiten der Sparkassen nicht mit der Steuervergünstigung verbunden. Soweit die für die Sparkassen in den Muster-satzungen enthaltenen Vorschriften für die Geschäftstätigkeit überhaupt eine echte Beschränkung darstellen, stehen sie in keinem Zusammenhang mit steuerrechtlichen Vorschriften, sondern entsprechen allgemeinen bankpolitischen Grundsätzen der Sicherheit und Liquidität.

-
- 1) Anm.: Schätzungsweise 3 - 5 v.H. der anlässlich der Erhebung über die Auswirkungen des Vermögensteuervergünstigung untersuchten Kreditgenossenschaften waren voll steuerpflichtig.
 - 2) Anm.: Die Beschränkung auf das Mitglieder-geschäft entspricht grundsätzlich der Genossenschaftsideologie, kann sich jedoch, wie im Falle der Kreditgenossenschaften, wirtschaftlich zum Nachteil der Genossenschaft auswirken. Auch das Genossenschaftsgesetz enthält ein Verbot, Kredite an Nichtmitglieder auszu-legen. Das in der Steuergesetzen ausgesprochene Verbot ist jedoch wegen der sehr weiten Auslegung des Begriffs der Kreditgewährung strenger als die Bestimmung des § 2 Abs. 2 des Genossenschaftsgesetzes, die lediglich die Gewährung von D a r l e h e n an Nichtmitglieder untersagt, aber z.B. den Ankauf von Wechseln gestattet, sofern die Diskontierung nicht bloß als Form erscheint, unter welcher eine Darlehensgewährung verwirklicht werden soll.

Zusammenfassend kann zu dem Vergleich der Steuervergünstigungen der Sparkasse mit denen der Kreditgenossenschaften folgendes gesagt werden:

1. Bei der Körperschaftsteuer werden die Kreditgenossenschaften um wenige Prozent (durchschnittlich etwa 3 - 4 v.H.) stärker belastet als die Sparkassen.
2. Bei der Vermögensteuer beträgt die den Kreditgenossenschaften gewährte Ermäßigung rund $\frac{1}{3}$ gegenüber rund $\frac{2}{3}$ bei den Sparkassen.
3. Auch bei der Gewerbesteuer ergibt sich eine Benachteiligung der Genossenschaften. Zwar entspricht die Vergünstigung der Kreditgenossenschaften bei der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag der Vergünstigung der Sparkassen; bei der Gewerbesteuer nach dem Gewerkekapital ergibt sich für die Kreditgenossenschaften jedoch im gleichen Ausmaß wie bei der Vermögensteuer eine Benachteiligung. Bei der Lohnsummensteuer ist für die Kreditgenossenschaften keine Ermäßigung vorgesehen, während der Sparverkehr der Sparkassen auch hier von der Steuer befreit ist.
4. Die Steuergesetze zwingen die Kreditgenossenschaften in wesentlichen Geschäftszweigen zu einer Beschränkung ihrer Geschäftstätigkeit auf den Kreis ihrer Mitglieder. Die Geschäftstätigkeit der Sparkassen wird dagegen durch Steuervorschriften nicht eingeengt.

Eine vollständige steuerliche Gleichstellung von Sparkassen und Kreditgenossenschaft ist also nicht gegeben. Bei Berücksichtigung der Tatsache, daß die Bedeutung der Vermögensteuer und Gewerbesteuer für den Wettbewerb weniger groß ist als die der Körperschaftsteuer, kann gesagt werden, daß die steuerliche Benachteiligung

der Kreditgenossenschaften nicht die entscheidende Auswirkung der ungleichen steuerlichen Behandlung darstellt. Viel nachteiliger als die etwas stärkere steuerliche Belastung, dürfte sich für die Kreditgenossenschaften die Beschränkung ihrer Geschäftstätigkeit auswirken. Diese Wirkung läßt sich jedoch nicht quantifizieren.

2. Der Zinsvoraus

a) Rechtsgrundlagen

Gemäß § 10 des Habenzinsabkommens und § 6 des Sollzinsabkommens ist es bestimmten Kreditinstituten unter gewissen Voraussetzungen erlaubt, die festgesetzten Haben- und Sollzinssätze in dem unten näher bezeichneten Umfange zu überschreiten. Dieses, als "Zinsvoraus" bezeichnete Recht, ist auf Kreditgenossenschaften, Privatbankierfirmen und Personengesellschaften sowie auf kleinere und mittlere Banken in der Rechtsform der Kapitalgesellschaft beschränkt. Voraussetzung ist jeweils, daß die Bilanzsumme¹⁾ des Kreditinstituts sich innerhalb der festgesetzten Größenordnung hält, und daß es sich nicht um ein mündelsicheres Kreditinstitut handelt²⁾. Der Zinsvoraus darf nicht gewährt werden für hereingenommene Gelder, soweit dafür ein anderes Kreditinstitut oder eine Körperschaft des öffentlichen Rechts die Bürgschaft oder Garantie übernommen hat oder soweit dafür andere Sicherheiten bestellt sind³⁾. Sind diese Voraussetzungen gegeben, so dürfen auf Beschluß des Sonderausschusses Bankenaufsicht vom 25./26.3.1954 die Höchstsätze für Habenzinsen höchstens überschritten werden⁴⁾:

1) Anm.: Maßgebend ist die Bilanzsumme der jeweils letzten festgestellten Jahresbilanz.

2) vgl. Beschluß des Sonderausschusses Bankenaufsicht vom 25./26.3.1954, in dem die Grundsätze über den Zinsvoraus einheitlich für das gesamte Bundesgebiet neu gefaßt wurden. Abgedruckt in: Hofmann, Walter (II), a.a.O., S.455.

3) vgl. ebenda S.455.

4) vgl. ebenda S.454 f.

I. von Kreditgenossenschaften
mit Bilanzsummen in Millionen DM

bei	bis 5 um %	über 5-20 um %	über 20-40 um %
a) täglich fälligen Geldern	1/2	1/4	-
b) Kündigungs- und festen Geldern	3/8	1/4	1/4
c) Spareinlagen	1/4	1/4	-

II. von Kapitalgesellschaften
mit Bilanzsummen in Millionen DM

bei	bis 5 um %	über 5-20 um %	über 20-40 um %	über 40-60 um %
a) täglich fälligen Geldern	1/2	1/4	-	-
b) Kündigungs- und festen Geldern	3/8	1/4	1/4	1/4
c) Spareinlagen	1/4	1/4	-	-

Kapitalgesellschaften mit einer Bilanzsumme von über 40 bis 60 Millionen DM dürfen Zinsvoraus nur für feste Gelder gewähren.

III. von Privatbankiers und Personengesellschaften mit Bilanzsummen in Millionen DM

bei	bis 5 um %	über 5-30 um %	über 30-60 um %	mehr als 60 um %
a) täglich fälligen Geldern	1/2	1/4	1/8	-
b) Kündigungs- und festen Geldern	3/8	1/4	1/4	1/4
c) Spareinlagen	1/4	1/4	-	-

Privatbankiers und Personalgesellschaften mit einer Bilanzsumme über 60 Millionen DM dürfen Zinsvoraus nur gewähren, sofern die Kündigungs- und festen Gelder des Einlegers insgesamt DM 500.000,- nicht übersteigen.

Hinsichtlich der Sollzinssätze bestimmt § 6 des Sollzinsabkommens, daß Kreditinstitute, die die Habenzinssätze überschreiten dürfen, bei getrennter Rechnung der Kreditkosten nach Sollzins und Kreditprovision bis in Höhe des von ihnen bei hereingenommenen Geldern gewährten Voraus auch den Normalsatz für die Sollzinsen erhöhend dürfen. Hierbei ist es nicht erforderlich, daß der Voraus für sämtliche Einlagen gewährt wird, bzw. für sämtliche Einlagen in gleicher Höhe gewährt wird¹⁾.

Der Zinsvoraus wurde Anfang 1932 eingeführt. Er ist eine der zahlreichen Maßnahmen, die im Anschluß an die Bankenkrise von 1931 ergriffen wurden. Abgesehen von einigen formellen Neugestaltungen ist diese Maßnahme bis heute aufrecht erhalten worden. Nach dem Kriege war der Zinsvoraus in den einzelnen Bundesländern zunächst unterschiedlich geregelt worden. Die Verschiedenheit der Länderregelungen wurde durch den Beschluß des Sonderausschusses Bankenaufsicht vom 25./26. 3. 1954 beseitigt. Die einheitlich für das gesamte Bundesgebiet vorgenommene Neufassung der Bestimmungen über den Zinsvoraus trat am 1.4.1954 in Kraft²⁾.

1) vgl. Hofmann, Walter (II), a.a.O., S.469 f.

2) Anm.: Über nähere Einzelheiten der Entwicklung des Zinsvoraus siehe: Gundermann, Hans: Der Zinsvoraus und seine Entwicklung, in: Sparkasse, 8. Jg., 1954, H. 19, S.279 f.

b) Zweck

Der Einführung des Zinsvoraus liegt die Überlegung zugrunde, daß es den kleinen Kreditinstituten im Wettkampfskampf schwer fällt, sich gegenüber den Großbanken zu behaupten, die aufgrund ihres Geschäftsvolumens bessere Entwicklungsmöglichkeiten haben¹⁾. Der Zinsvoraus soll daher die Wettbewerbsposition der kleineren Kreditinstitute den Großbanken gegenüber stärken. Eine solche Maßnahme ist durchaus mit den Wettbewerbsgrundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft zu vereinbaren, da - wie oben ausgeführt wurde - im Interesse eines funktionsfähigen Wettbewerbs nach Möglichkeit für die Erhaltung kleiner und mittlerer Betriebsformen gesorgt werden muß²⁾. Den kleineren, nicht mündelsicheren Kreditinstituten soll ferner in Form des Zinsvoraus ein Äquivalent für die Vorteile geboten werden, die den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten, insbesondere den Sparkassen, durch die Mündelsicherheit und die Garantie der Gewährsträger im Wettbewerb zukommen³⁾⁴⁾. Im Grunde handelt es sich also um zwei verschiedene Absichten, die mit dem Zinsvoraus verfolgt werden:

1. Stärkung der Wettbewerbsposition kleiner Bankinstitute,
2. Herstellung gleicher Startbedingungen gegenüber öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten.

Der Absicht, die kleinen Kreditinstitute zu unterstützen, wird dadurch besondere Rechnung getragen, daß den Kreditinstituten, die auf die unterste Größenklasse entfallen, bei täglich fälligen Geldern und bei

1) vgl. Gundermann, Hans, a.a.O., S.279.

2) vgl. oben S.99.

3) vgl. Gundermann, Hans, a.a.O., S.279.

4) vgl. hierzu ferner Wulff, Fessler, Wolf: Zins- und Wettbewerbsabkommen, in: Vahlens Gelbe Hefte, 1937, S.131: "Den Kreditgenossenschaften und kleinen Bankgeschäften wurde ... (durch den Zinsvoraus) ..., ein gewisser Ausgleich gegenüber den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten gegeben, denen die Garantie der öffentlichen Hand und die Mündelsicherheit einen gewissen Vorsprung sichert."

Kündigungs- und festen Geldern ein höherer Zinsvoraus zugestanden wird, als den Kreditinstituten der nächst höheren Größenklassen. In den oberen Größenklassen wird den Kreditinstituten dagegen nur noch bei Termineinlagen ein Voraus von 1/4 v.H. zugestanden. Durch diese Staffelung soll erreicht werden, daß die Wettbewerbsfähigkeit der kleinsten Kreditinstitute besonders stark gefördert wird.

Ausgeschlossen von der Gewährung des Zinsvoraus sind allerdings die Sparkassen, und zwar auch dann, wenn ihre Bilanzsumme sehr niedrig liegt. Offenbar waren die Schöpfer des Zinsvoraus der Auffassung, daß die im Zusammenhang mit der öffentlich-rechtlichen Rechtsform bestehenden Wettbewerbsvorteile ausreichen, um die Sparkassen den Wettbewerb gegen größere Banken bestehen zu lassen.

Zu der zweiten Absicht, nämlich gleiche Startbedingungen zu den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten zu schaffen, ist kritisch zu bemerken, daß diese Absicht nicht konsequent durchgeführt wurde, da nicht alle Kreditinstitute, die mit den öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Konkurrenz stehen, den Zinsvoraus gewähren dürfen. Gänzlich ausgeschlossen von der Gewährung des Zinsvoraus sind z.B. alle Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme die Grenze von 40 Mio DM überschreitet. Wenn auch nur wenige Kreditgenossenschaften eine Bilanzsumme von über 40 Mio DM haben¹⁾,

1) Anm.: Im Jahre 1960 hatten 23 gewerbliche Kreditgenossenschaften eine Bilanzsumme von über 40 Mio DM; das waren 3,3 v.H. aller gewerblichen Kreditgenossenschaften im Bundesgebiet. Von den ländlichen Kreditgenossenschaften hatten nur schätzungsweise 3 eine Bilanzsumme von über 40 Mio DM.

so bleibt doch für diese die Ungleichheit der Startbedingungen in vollem Umfange bestehen.

c) Wirtschaftliche Auswirkungen

Die beiden genannten Ziele sollen auf indirektem Wege erreicht werden, indem mit Hilfe des Zinsvoraus versucht wird, den Geschäftsumfang der betreffenden Kreditinstitute günstig zu beeinflussen. Dies soll dadurch geschehen, daß durch die Gewährung höherer Habenzinsen ein Einlagenzuwachs hervorgerufen wird, der gleichzeitig die Grundlage für eine Ausweitung der Aktivgeschäfte bildet.

Dadurch, daß die beabsichtigte Einflußnahme auf die Geschäftstätigkeit der Kreditinstitute indirekt erfolgt, wird es außerordentlich schwierig, die Auswirkungen des Zinsvoraus auf die Wettbewerbsposition der betroffenen Kreditinstitute abzuschätzen. Bedeutsame Anhaltspunkte für die Beurteilung der Wirksamkeit dieser Maßnahme können aber die folgenden Tatbestände liefern:

1. Inwieweit ist die Gewährung des Zinsvoraus bei den Bankkunden bekannt, und
2. inwieweit kann eine Zinsreabilität der Einleger angenommen werden.

Hinsichtlich der ersten Frage muß festgestellt werden, daß der Zinsvoraus beim Publikum so gut wie unbekannt

ist¹⁾). Dies beruht nicht zuletzt auf dem Umstand, daß gemäß § 3 des Wettbewerbsabkommens die Tatsache der Gewährung des Zinsvoraus nicht zur Werbung benutzt werden darf. Es ist lediglich gestattet, den Kunden eines Kreditinstitutes bei geschäftlichen Mitteilungen davon Kenntnis zu geben, daß das Kreditinstitut den Zinsvoraus gewährt. Eine darüber hinausgehende besondere Werbung mit dem Zinsvoraus ist nicht zulässig, gleichgültig, ob es sich um Werbemaßnahmen gegenüber Kunden oder Nichtkunden handelt²⁾. Der Personenkreis, dem die Tatsache des Zinsvoraus bekannt ist, ist daher denkbar gering und bleibt weitgehend auf diejenigen Einleger beschränkt, die ohnehin schon Kunden der bevorrechtigten Kreditinstitute sind. Von einer nennenswerten Werbewirkung kann folglich beim Zinsvoraus auf keinen Fall gesprochen werden.

Welchen Einfluß kann aber überhaupt ein Zinsvoraus von durchschnittlich 1/4 v.H. bei den Einlegern auf die Wahl des Bankinstitutes ausüben? Theoretisch müßten alle Einleger, die von der höheren Verzinsung Kenntnis haben, auf die Kreditinstitute abwandern, die den Zinsvoraus gewähren. Dies ist jedoch keineswegs der Fall. Die Gründe hierfür dürften zunächst einmal in einem Mangel an rationalem und ökonomischem Verhalten der Einleger zu suchen sein, die auf die Höhe der Verzinsung oft wenig Wert legen. Zudem wird die Ver-

-
- 1) Anm.: Umfragen des Verfassers ergaben, daß selbst Personen, die weitgehend mit ökonomischen Fragen vertraut sind, die Gewährung des Zinsvoraus in der Regel völlig unbekannt ist. Eine Ausnahme bildeten lediglich diejenigen Befragten, die zufällig Mitglieder einer Kreditgenossenschaft waren oder die sich beruflich mit dem Bankwesen beschäftigten. Die am häufigsten geäußerte Meinung war, daß die Zinssätze bei allen Bankinstituten die gleichen seien.
- 2) vgl. Schreiben des Reichskommissars für das Kreditwesen vom 17.5.1935 - Tgb.Nr. 10513/35 -, abgedruckt bei Hofmann, Walter (II), a.a.O., S.519 und: Schreiben des Reichskommissars vom 6.5.1938, abgedruckt bei: Sichtermann, Siegfried, a.a.O., S.73.

haltensweise der Einleger, insbesondere des "kleinen Sparers" durch mancherlei Präferenzen bestimmt. Ferner ist die Zinshöhe nur ein Gesichtspunkt unter den organisatorischen, technischen und geschäftlichen Zweckmäßigkeitsüberlegungen, die für die Wahl der Bankverbindung beim Kunden entscheidend sind. Offenbar ist die Höhe des Zinsvoraus nicht Anreiz genug, um in den meisten Fällen den Ausschlag zu geben. Schließlich kommt ein gewisses Trägheitsmoment hinzu, da einmal eingegangene Geschäftsverbindungen mit einer Bank wegen eines geringen Zinsvorteils bei einem anderen Kreditinstitut nicht gern gelöst werden. Insgesamt ist daher festzustellen, daß die Wirksamkeit des Zinsvoraus nicht nur durch eine unzureichende Markttransparenz, sondern auch durch eine geringe Zinsreagibilität der Einleger stark begrenzt wird.

Zu den gleichen Feststellung über die Zinsreagibilität der Einleger gelangt eine Erhebung auf dem Gebiete des Sparverhaltens, die die Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik in Köln und das Institut für Demoskopie in Allensbach unter der Leitung von Professor Dr. Günter Schmölders im Herbst 1959 gemeinsam durchgeführt haben¹⁾. Diese Untersuchung, die allerdings unter einem anderen Blickwinkel durchgeführt wurde, offenbart das geringe Wissen der Sparer über die Höhe der Habenzinsen: "... mehr als die Hälfte derjenigen, die Sparkonten besitzen, wissen so gut wie nichts über die Zinsen, die sie bekommen."²⁾ Diese Unkenntnis ist symptomatisch dafür, daß die Zinshöhe auf das Verhalten der Sparer kaum Einfluß haben kann. Soweit es sich - wie das üblicherweise der Fall ist - um sogenanntes "konsumnahes"

1) vgl. Schmölders, Günter: Die sogenannte "Zinsempfindlichkeit" des Sparers, in: Z.f.d.g.K., 14. Jg. 1961, H. 15, S.713 f.

2) vgl. ebenda, S.713.

Sparkapital handelt, d.h. um Sparbeträge von Privaten, die bald in den Konsum zurückfließen, "neigen nur die wenigen Sparer, die infolge hinreichender ökonomischer Bildung und Gewöhnung mit den abstrakten Formen des Geldwesens und des Zahlungsverkehrs vertraut sind, überhaupt dazu, bei der Anlage ihrer Spargelder Zins- und Renditeüberlegungen anzustellen. Der sprichwörtliche 'kleine Sparer' jedoch wird von der Höhe des Zinses kaum tangiert... "1).

Die Schwelle, die bei den Sparern dieser Gruppe im allgemeinen überschritten werden muß, bevor Zinsüberlegungen verhaltenswirksam werden, liegt nach Meinung von Schmölders ungefähr bei einem Bestand von zweibis dreitausend Mark. "Wo das Geldvermögen diese Größenordnung überschreitet, steigt die Häufigkeit der Zinsorientiertheit ruckartig an; freilich weiß auch von denjenigen Sparern, die rund 10.000 DM auf Konten haben, immer noch fast die Hälfte nicht über den Sparzins Bescheid. Um diese Angaben ins rechte Verhältnis setzen zu können, muß man wissen, daß nur etwa 20 % der westdeutschen Haushalte über Sparbeträge verfügen, die DM 1.000 überschreiten; die große Masse der kleinen Sparer besitzt weniger. Angesichts dieser Zahl und angesichts der Tatsache, daß Zinsüberlegungen in nennenswertem Maße erst bei einem Kontenstand von mehr als 2.000 DM verhaltenswirksam werden, und dann auch nur bei nicht viel mehr als der Hälfte der Inhaber solcher Beträge, vermag man sich ein Bild davon zu machen, welche geringe Bedeutung dem Zins für die Sparentscheidungen der Privaten in Wirklichkeit zukommt. Eindeutig im Vorder-

1) Schmölders, Günter, a.a.O., S.714.

grund steht das Renditedenken lediglich bei den Wertpapiersparern; sie sind weit häufiger als die Kontensparer mit Zinsüberlegungen beschäftigt¹⁾.

Schmölders kommt in seiner Untersuchung zu dem Schluß, daß "bei der Entscheidung über die günstigste Anlage gesparten Geldes (der Sparzins) erst oberhalb einer Schwelle in Aktion (tritt), die nach unseren Ermittlungen derzeit bei mindestens 2.000 DM liegt. Oberhalb dieser Schwelle dürfte das 'Gesetz' gelten, daß der Zins umso stärker verhaltensbeeinflussend wird, je größer der anzulegende Betrag und je besser die ökonomische Bildung des Sparer ist."²⁾.

Die Ergebnisse dieser Erhebung lassen den Schluß zu, daß ein Zinsvoraus von 1/4 v.H. selbst dann nur einen sehr begrenzten Einfluß auf die Entscheidungen der Sparer hätte, wenn diese alle von der Gewährung des Zinsvoraus informiert wären. Schließlich muß zur Beurteilung der Wirksamkeit des Zinsvoraus bei Spareinlagen noch einmal darauf hingewiesen werden, daß nur Kreditgenossenschaften und Kapitalgesellschaften bis zu einer Bilanzsumme von 20 Mio DM und Privatbankierfirmen bis zu einer Bilanzsumme von 30 Mio DM den Zinsvoraus für Spareinlagen gewähren dürfen. Im Spargeschäft wird daher der Umfang der zur Gewährung des Voraus berechtigten Kreditinstituts noch erheblich herabgesetzt³⁾.

Es ist nicht anzunehmen, daß bei den Sicht- und Termineinlagen die Zinsempfindlichkeit der Einleger größer ist, als bei den Spareinlagen. Allerdings ist bei diesen

1) Schmölders, Günter, a.a.O., S.713.

2) Ebenda, S.713.

3) Anm.: Etwa 50-60 ländliche Kreditgenossenschaften haben eine Bilanzsumme von über 20 Mio DM. Bei den gewerblichen Kreditgenossenschaften sind es 74 (ohne West-Berlin), d.h. 10,6 v.H. aller gewerblichen Kreditgenossenschaften. Bei den Privatbankiers entfallen etwa 50 auf die Größenklassen über 30 Mio DM (= etwa 23 v.H.).

Einlegern eher eine kaufmännische Einstellung zu erwarten, als bei gewöhnlichen Sparern. Andererseits dürfte bei der Wahl der Bankverbindung die Möglichkeit der Kreditbeschaffung für diese Bankkunden maßgebender sein als die Höhe der Habenzinsen. Die Einlagen werden daher in erster Linie bei der Bank unterhalten, die dem Einleger Kredite gewährt. Ob die Bank den Zinsvoraus gibt, ist in diesem Falle nicht wesentlich, da bei Sicht- und Termineinlagen weniger Ertragsgesichtspunkte eine Rolle spielen als Liquiditätsüberlegungen. Auch wenn Gundermann¹⁾ feststellt, daß unter Umständen bei Sichteinlagen der Zinssatz durch den Voraus verdoppelt werden kann (nämlich bei Kreditinstituten bis zu einer Bilanzsumme von 5 Mio DM z.B. von 1/2 auf 1 v.H.), so ist es doch sehr zweifelhaft, ob hieraus ein spürbarer Wettbewerbsvorteil für die privaten Kreditinstitute entsteht.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, daß die Gewährung höherer Einlagenzinsen nur tendenziell einen Einlagenzuwachs bewirkt. Praktisch kann der Zinsvoraus auf die Einlagenhöhe keinen Einfluß haben, da die Gewährung des Zinsvoraus nur wenigen Bankkunden bekannt ist und die Höhe des Zinsvoraus nicht attraktiv genug ist, um das Verhalten der Einleger maßgeblich zu beeinflussen. Eine Vergrößerung des Geschäftsvolumens und eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ergibt sich daher nicht.

Selbst wenn man unterstellt, daß die höhere Verzinsung einen gewissen Einlagenzuwachs verursacht (die bisherigen Überlegungen lassen dies - wie gesagt - äußerst zweifelhaft erscheinen), bedeutet dies direkt noch

1) Gundermann, Hans, a.a.O., S.281.

keineswegs eine Verbesserung der Wettbewerbsposition. Denn um den Einlagenzuwachs zu erzielen, müssen nicht nur diese zusätzlichen, sondern alle Einlagen mit dem höheren Satz verzinst werden. Dies ist gleichbedeutend mit höheren Geldbeschaffungskosten. Falls es nicht gelingt, diese höheren Kosten voll auf die Kreditnehmer zu überwälzen, führt die Gewährung des Zinsvoraus für Einlagen zu einer Verringerung der Zinsspanne zwischen Soll- und Habenzinsen, d.h. zu einer Rentabilitätsverminderung. Bei guter Konjunkturlage und bei einer nicht zu starken Marktsituation des Kreditsuchenden kann es durchaus gelingen, die Erhöhung der Sollzinsen um den Zinsvoraus durchzusetzen, zumal es sich meistens nur um den geringen Prozentsatz von $1/4$ v.H. handelt. In diesem Fall wirkt sich die geringe Markttransparenz zugunsten des Kreditinstitutes aus, denn es fällt dem Bankenpublikum schwer, die genauen Kreditkosten bei den einzelnen Kreditinstituten zu vergleichen, da sie sich aus unterschiedlichen Zins-, Provisions- und Gebührensätzen zusammensetzen¹⁾. Da der Wettbewerbsdruck jedoch auf eine Senkung der Sollzinsen tendiert, hat die Erhöhung der Sollzinsen gerade eine Verschlechterung der Wettbewerbsposition gegenüber den konkurrierenden Kreditinstituten zur Folge. Sollen die Einleger durch die höheren Habenzinsen für das Kreditinstitut geworben werden, so ist bei den Sollzinsen der Zinsvoraus geeignet, tendenziell eine Abkehr der Kreditsuchenden von diesem Kreditinstitut zu bewirken, da diese von einem Kreditinstitut, das bei den Habenzinsen den Zinsvoraus gewährt, eher annehmen werden, daß die Sollzinsen entsprechend erhöht wurden und in jedem Falle über denen der konkurrierenden Kreditinstitute liegen, als da bei den Sollzinsen durch einen Verzicht auf den Zins-

1) Anm.: Gemäß § 1 des Sollzinsabkommens dürfen folgende Kosten berechnet werden: Sollzinsen, Kreditprovision oder an Stelle von Sollzinsen und Kreditprovision ein Nettozinssatz, Überziehungsprovision, Umsatzprovision und Barauslagen.

voraus eine Verringerung der Zinsspanne in Kauf genommen wurde. Wenn auch vermutlich bei Kreditnehmern das ökonomisch-rationale Verhalten ausgeprägter sein dürfte, als bei gewöhnlichen Einlegern, so soll diese Wirkung (der mögliche Verlust von Kreditnehmern) hier jedoch ebenso wenig überschätzt werden, wie die immerhin tendenziell bestehende Möglichkeit der Werbung von Kunden durch den Zinsvoraus bei den Einlagen. Da beide Tendenzen einander entgegengesetzte Wirkungen haben; dürften sie sich im übrigen weitgehend kompensieren.

Nur wenn die Überwälzung der durch den Zinsvoraus verursachten höheren Geldbeschaffungskosten vollständig gelingt, bleibt die Zinsspanne unverändert groß. Gelingt die Überwälzung nicht vollständig, so geht dies auf Kosten der Rentabilität. Theoretisch ist auch eine geringfügige Vergrößerung der Zinsspanne denkbar, dann nämlich, wenn nur für einen Teil der Einlagen der Zinsvoraus gewährt wird, ein nicht allzu starker Wettbewerbsdruck es aber zuläßt, daß für alle Kredite höhere Sollzinsen gefordert und gezahlt werden. Diese Handhabung der Zinsvorausbestimmung könnte also eine geringe Verbesserung der Rentabilität bewirken. In der Praxis dürfte sich durch eine solche Geschäftspolitik jedoch kaum eine Stärkung der Wettbewerbsposition erzielen lassen, die sich z.B. in einer Ausweitung des Marktanteils niederschlagen würde.

Als Ergebnis dieser Überlegungen ist festzuhalten, daß keine Anzeichen dafür vorliegen, daß die mit dem Zinsvoraus beabsichtigten Wirkungen tatsächlich eintreten. Ganz im Gegenteil haben sich bedeutsame Anhaltspunkte ergeben, daß der Zinsvoraus für die privaten Kreditinstitute keine Verbesserung ihrer Wettbewerbsposition bedeutet. Im einzelnen konnte festgestellt werden:

1. Der Zinsvoraus hat auf die Einlagenentwicklung praktisch keinen Einfluß, da die Gewährung des Zinsvoraus nur wenigen Bankkunden bekannt ist und eine Werbung mit dem Zinsvoraus untersagt ist.
2. Die Zinsempfindlichkeit der Einleger ist nur gering, so daß der Zinsvoraus nicht ausreicht, um das Verhalten der Einleger maßgeblich zu bestimmen.
3. Die Gewährung des Zinsvoraus bei den Einlagen ist gleichbedeutend mit höheren Geldbeschaffungskosten, die auf die Kreditnehmer abgewälzt werden müssen, wenn nicht eine Verringerung der Zinsspanne und damit der Rentabilität hingenommen werden soll.
4. Die Erhöhung der Sollzinsen ist mit einer Verschlechterung der Wettbewerbsposition verbunden, da der Wettbewerbsdruck auf die Einräumung möglichst niedriger Konditionen tendiert.
5. Schließlich könnte die Herstellung gleicher Startbedingungen schon deswegen nicht völlig erreicht werden, weil nicht alle Kreditinstitute, die mit den öffentlich-rechtlichen Sparkassen im Wettbewerb stehen, den Zinsvoraus gewähren dürfen.

III. Abschnitt

Die Konfrontierung der konkreten Wettbewerbssituation mit den Wettbewerbsgrundsätzen der geltenden Wirtschaftsordnung

Durch eine Konfrontierung der vorgefundenen Wettbewerbssituation mit den Wettbewerbsgrundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft ist zum Abschluß dieser Untersuchung noch die Frage zu entscheiden, ob die festgestellten problematischen Tatbestände noch mit den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft zu vereinbaren sind oder ob so starke Störungen im System bestehen, daß eine Beseitigung der Störungsquellen empfehlenswert erscheint. Soweit dies nicht bereits aus der bisherigen Untersuchung eindeutig hervorgeht, sind also die fünf Problemkreise - die Anlage von Gemeindegeldern bei den Sparkassen, die Gewährsträgerhaftung, die Mündelsicherheit, die Besteuerung und der Zinsvoraus - dahingehend zu überprüfen, ob eine echte Ungleichheit der Startbedingungen als erwiesen gelten kann.

I. Die Anlage von Gemeindegeldern bei den Sparkassen

Wie nachgewiesen wurde, hat die enge personelle und rechtliche Verbindung zwischen Sparkasse und Gewährsträger eine ebenso enge geschäftliche Verbindung zur Folge, da sich die Gebietskörperschaft zur Abwicklung ihrer Bankgeschäfte vornehmlich der Sparkassen bedient. Dies zeigte sich besonders deutlich bei den Geldern der Gemeinden und Gemeindeverbände, die fast ausschließlich bei den Sparkassen angelegt sind. Wie ausgeführt wurde, hat diese Anlagepolitik der Gemeinden auf die Geschäftstätigkeit der Sparkassen folgenden Einfluß:

1. Durch den Zustrom der öffentlichen Gelder wird nicht nur der Umfang des Passivgeschäftes, sondern auch der Kreditspielraum der Sparkassen vergrößert.
2. Da es sich bei den Einlagen öffentlicher Stellen um Großeinlagen handelt, die einen relativ niedrigen Verwaltungsaufwand erfordern, verbessern diese Einlagen die Rentabilität des gesamten Passivgeschäftes.
3. Soweit die öffentlichen Gelder in Form von Spareinlagen angelegt sind, wird den Sparkassen hierfür - ebenso wie für die Spareinlagen privater Einleger - Steuerfreiheit gewährt.

Mit der Feststellung, daß den Sparkassen aus dieser Anlagepolitik öffentlicher Stellen Vorteile erwachsen, ist jedoch noch nichts darüber ausgesagt, ob tatsächlich eine Ungleichheit der Startbedingungen im oben definierten Sinne vorliegt. Zwar ist mit dem Nachweis dieser Vorteile die erste Voraussetzung einer Wettbewerbsverzerrung gegeben: Durch die einseitige Verteilung der Gelder liegen von dritter Seite gewährte Privilegien bzw. von dritter Seite verursachte Benachteiligungen vor. Es bleibt jedoch noch die Frage zu prüfen, ob es sich hier eventuell bei den von der Staatstätigkeit ausgehenden Einflüssen um eine marktkonforme Maßnahme eines Trägers von Wirtschaftspolitik handelt, so daß nicht von einer Wettbewerbsverzerrung gesprochen werden kann. Denn es ist denkbar, daß die Anlage öffentlicher Gelder bei bestimmten Kreditinstituten mit der Absicht erfolgt, dadurch einen bestimmten wirtschaftlichen Effekt zu erzielen. So könnte z.B. beabsichtigt sein, durch die Anlage von Gemeindegeldern bei den Sparkassen diese bei der Erfüllung ihrer (förderungswürdigen) Aufgaben, der Pflege des Sparverkehrs und der Kreditgewährung an den Mittelstand, zu unterstützen. Allerdings würde auch in diesem Falle noch eine Wettbewerbsungleichheit vorliegen, solange nur einseitig den Sparkassen eine Unterstützung gewährt wird

und nicht ebenfalls den anderen Kreditinstituten, insbesondere den Kreditgenossenschaften, die diese förderungswürdigen Aufgaben im gleichen Maße erfüllen.

Für die Annahme, daß eine solche wirtschaftspolitische Absicht hinter der Anlage von Gemeindegeldern bei den Sparkassen stehen könnte, lassen sich jedoch keinerlei Anhaltspunkte finden¹⁾. Tatsächlich ist die Anlage der öffentlichen Gelder bei den Sparkassen darauf zurückzuführen, daß die personelle und rechtliche Verflechtung zwischen Sparkasse und Gebietskörperschaft beinahe zwangsläufig eine enge geschäftliche Verbindung nach sich zieht. Mit der Entwicklung der Sparkassen zu Universalbanken und mit dem Anwachsen der Gemeindeaufgaben und der damit verbundenen Zunahme ihres Geldverkehrs entwickelten sich die Sparkassen mehr und mehr zu Hausbanken der Gemeinden. Daher kann hinter der Anlagepolitik der Gemeinden und Gemeindeverbände keine wirtschaftspolitische Absicht gesehen werden. Die Vorteile bzw. die Benachteiligungen, die hieraus den betroffenen Bankengruppen entstehen, stellen folglich eine echte Wettbewerbsverzerrung dar.

Die Erkenntnis, daß die Formen der öffentlichen Kassenhaltung von großer volkswirtschaftlicher und geldpolitischer Bedeutung sind und nicht zuletzt auf den Wettbewerb im Kreditwesen einwirken, hat bereits zu der Vorschrift geführt, daß die flüssigen Mittel des Bundes und der Länder grundsätzlich bei der Deutschen Bundesbank anzulegen sind. Da, wie nachgewiesen wurde, auch die Gelder der Gemeinden und Gemeindeverbände noch umfangreich genug sind, um bei einer ungleichen Verteilung auf die Kreditinstitute einen

1) Anm.: Auch Ertragsgesichtspunkte können nicht ausschlaggebend sind, da die Verzinsung von Einlagen im Habenzinsabkommen geregelt ist. Ertragsgesichtspunkte müßten im Gegenteil die Gemeinden und Gemeindeverbände veranlassen, ihre flüssigen Mittel bei Kreditinstituten anzulegen, die den Zinsvoraus gewähren dürfen.

spürbaren Einfluß auf den Wettbewerb im Kreditwesen auszuüben, ist es notwendig, ebenfalls für eine wettbewerbsneutrale Anlage dieser Gelder Sorge zu tragen. Das Prinzip der Freiheit auf dem Markt, das als eine der selbstverständlichen Grundvoraussetzungen eines Wettbewerbsystems jedem Wirtschaftssubjekt gestattet, über die Anlage seiner Vermögenswerte bei beliebigen Kreditinstituten nach eigenem Ermessen zu entscheiden, gilt nicht für den Staat, es sei denn, er handele nicht in hoheitlicher Funktion sondern beteilige sich mit einer Unternehmung als Wettbewerber am Marktgeschehen und unterwerfe sich den allgemeinen Wettbewerbsgrundsätzen. Auch im Falle der Anlage von Gemeindegeldern (soweit sie ohne wirtschaftspolitische Absicht erfolgt) muß daher an dem Grundsatz festgehalten werden, daß alle Einflüsse, die unvermeidlicherweise von der Staatstätigkeit auf die Wirtschaft ausgehen, in einem möglichst hohen Maße wettbewerbsneutral sein müssen, da sonst die Grundlagen für einen echten Leistungswettbewerb in der Wirtschaft verfälscht werden.

II. Die Gewährsträgerhaftung

Die Wettbewerbsproblematik der Gewährsträgerhaftung ist ausschließlich das Resultat der geschichtlichen Entwicklung der Sparkassen. Der ursprüngliche Zweck der Gewährsträgerhaftung lag - wie nachgewiesen wurde - darin, das Vertrauen der Bevölkerung in die Sicherheit der Sparkassen dadurch zu stärken, daß die Gemeinde die absolute Sicherheit der bei ihrer Sparkasse deponierten Spareinlagen garantierte. Nur so konnten in den Anfängen des Sparkassenwesens die ärmeren Bevölkerungsschichten dazu bewegt werden, ihre Ersparnisse den neuen Einrichtungen anzuvertrauen. Insofern war die Übernahme der unbeschränkten Haf-

tung durch die Gemeinde unbedingt notwendig, um die Bereitschaft der ärmeren Bevölkerung zur Anlage ihrer Spargelder bei den Sparkassen zu stärken. Da die Sparkassen damals noch mit keinen anderen Kreditinstituten in Wettbewerb standen, konnten sich aus einer solchen Maßnahme, die letzten Endes sozialpolitischen Aufgaben diene, keine nachteiligen wettbewerbspolitischen Auswirkungen ergeben.

Mit der Entwicklung der Sparkassen vom Sparinstitut zur Universalbank vollzog sich jedoch ein grundlegender Wandel. Abgesehen davon, daß den Sparkassen im Spargeschäft bereits mit der Gründung von Kreditgenossenschaften ein Wettbewerber entstanden war, traten die Sparkassen mit der Aufnahme der neuen Geschäftszweige in Konkurrenz zu den übrigen Kreditinstituten. Da auch unter diesen veränderten Bedingungen die Gewährsträgerhaftung beibehalten wurde, ergaben sich nunmehr Auswirkungen auf den Wettbewerb im Kreditwesen, die bei der Gründung der Sparkassen nicht vorauszusehen waren. Die Gemeinde haftet heute nicht mehr allein für das Spargeschäft ihrer Sparkasse, sondern auch für alle übrigen in den letzten Jahrzehnten aufgenommenen Geschäftszweige, also für zum Teil rein erwerbswirtschaftliche Geschäfte, die dem ursprünglichen Charakter der Sparkassen nicht entsprechen und für die eine staatliche Förderung weder notwendig noch vertretbar ist. Damit ist die Gewährsträgerhaftung völlig zweckentfremdet. Konnte sie ursprünglich durchaus als eine - im heutigen Sinne - marktkonforme Maßnahme zur Erreichung wirtschafts- und sozialpolitischer Ziele (Förderung des Sparwesens) angesehen werden, so ist sie das heute nicht mehr.

Die negativen Auswirkungen, die sich aus der Gewährsträgerhaftung auf die Wettbewerbsstellung der miteinander konkurrierenden Kreditinstitute ergeben, wurden oben dargestellt: Die fehlende Notwendigkeit zur Eigenkapitalver-

zinsung und zur Bildung ausreichender Reserven wirkt sich für die öffentlich-rechtlichen Sparkassen im Wettbewerb mit privaten Kreditinstituten als Kostenvorteil aus, der nicht auf einer größeren ökonomischen Leistungsfähigkeit beruht sondern das Resultat einer nicht mehr gerechtfertigten staatlichen Förderungsmaßnahme ist. Damit sind eindeutig die Merkmale einer Ungleichheit der Startbedingungen gegeben.

Dartüber hinaus ist für die öffentlich-rechtlichen Sparkassen das Prinzip der Wettbewerbsauslese auf dem Markt durchbrochen, da der Gewährsträger, solange die Sparkasse besteht, zur Deckung aller eintretenden Verluste verpflichtet ist. Eine unrentabel arbeitende Sparkasse scheidet nicht wie ein privates Kreditinstitut automatisch aus dem Markt aus, wenn das Eigenkapital durch Verluste aufgezehrt ist, sondern belastet solange die Allgemeinheit, bis die Sparkasse entweder wieder die Gewinnschwelle erreicht oder schließlich als hoffnungsloser Zuschußbetrieb von der Gebietskörperschaft liquidiert wird bzw. mit einer benachbarten Sparkasse fusioniert.

Es dürfte hinreichend deutlich geworden sein, daß die Gewährsträgerhaftung die Grundlagen für einen echten Leistungswettbewerb verfälscht und daher mit den Wettbewerbsgrundsätzen einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung nicht im Einklang steht. Konsequenterweise muß daher für eine Beseitigung der Gewährsträgerhaftung eingetregten werden.

III. Die Mündelsicherheitsbestimmungen

Leichter als bei den übrigen Wettbewerbsproblemen ist bei der Mündelsicherheit der Tatbestand einer Ungleichheit der Startbedingungen nachzuweisen: Die geltenden Mündelsicherheitsbestimmungen begünstigen die öffentlich-rechtlichen Sparkassen, da nur bei ihnen die Anlage bestimmter Vermögenswerte zugelassen wird. Lediglich in Ausnahmefällen und unter erschwerten Bedingungen ist eine Anlage bei privaten Kreditinstituten möglich. Aus diesen Bestimmungen ergeben sich - wie festgestellt wurde - für die Sparkassen folgende wirtschaftliche Vorteile:

1. Ein gewisser Prozentsatz ihrer Einlagen besteht aus Geldern, die aufgrund der Mündelsicherheitsbestimmungen bei den Sparkassen angelegt werden.
2. Zumindest bei den nach den Mündelsicherheitsvorschriften im weiteren Sinne angelegten Vermögenswerten handelt es sich um besonders rentable Großeinlagen.
3. Die Eigenschaft der Mündelsicherheit dient den Sparkassen als wirksames Argument für die Einlagenwerbung.

Die Mündelsicherheit wurde den Sparkassen verliehen, weil die Gewährsträgerhaftung für die Einlagen eine besondere Sicherheit garantierte, die in dem Maße damals bei den privaten Kreditinstituten nicht vorhanden war und die vor allem im einzelnen Falle keiner besonderen Nachprüfung durch das Vormundschaftsgericht bedurfte (Verwaltungseinfachung). Es lag nicht in der Absicht des Gesetzgebers, durch die Anlagebestimmungen die Sparkassen in ihrer Tätigkeit zu fördern und ihnen im Wettbewerb mit anderen Kreditinstituten eine Vorzugsstellung zu verschaffen. Die Wirkungen, die sich aus den Mündelsicherheitsvorschriften auf den Wettbewerb im Kreditwesen ergeben, können also keinesfalls als eine gewollte wirtschaftspolitische Maßnahme angesehen werden. Damit ist auch im Falle der Mündelsicher-

heit der Tatbestand einer Ungleichheit der Startbedingungen erwiesen. Es empfiehlt sich daher, die geltenden Anlagevorschriften dahingehend abzuändern, daß ein wettbewerbsverzerrender Einfluß vermieden wird.

Eine Revision der Mündelsicherheitsvorschriften im Hinblick auf eine wettbewerbsneutrale Gestaltung der Anlagebestimmungen wird dadurch erleichtert, daß sich die Voraussetzungen, unter denen vor Jahrzehnten die Mündelsicherheitsvorschriften erlassen wurden, inzwischen erheblich gewandelt haben. Wie schon erwähnt, ist die Sicherheit der privaten Kreditinstitute durch verschiedene Maßnahmen (Bankenaufsicht, Prüfungswesen etc.) so gesteigert worden, daß der maßgebliche Grund, warum den privaten Kreditinstituten das Recht zur Annahme von Mündelgeldern verweigert wurde, hinfällig geworden ist. Der bereits zitierte Beschluß des Landgerichts Göttingen vom 2.5.1960 zeigt die Unsicherheit, die noch bezüglich dieser Frage in der Praxis herrscht: Für einen Teil des privaten Bankgewerbes, nämlich die Großbanken, wird die Sicherheit für eine Anlage von Mündelgeld für ausreichend befunden. Dagegen bleiben die übrigen Privatbanken ausdrücklich aus dem Kreis der für die Anlage von Mündelvermögen geeigneten Institute ausgeschlossen, obwohl für sie in gleicher Weise die Tatbestände zutreffen, die in diesem Beschluß zur Begründung der ausreichenden Sicherheit der Großbanken angeführt werden.

IV. Die Steuerdifferenzierungen

Hinsichtlich der Wettbewerbsprobleme, die sich aus der unterschiedlichen steuerlichen Behandlung der Kreditinstitute ergeben, erfolgte bereits in einem gesonderten Ab-

schnitt eine Gegenüberstellung der vorgefundenen Wettbewerbssituation mit den Wettbewerbsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, so daß abschließend nur noch einmal die Ergebnisse der Untersuchung zusammengefaßt zu werden brauchen:

1. Eine Ungleichheit der Wettbewerbsbedingungen ergibt sich einmal daraus, daß förderungswürdige Bankgeschäfte (Sparverkehr und Kreditgewährung an den Mittelstand) nur bei den typischen Mittelstandsbanken, nämlich Sparkassen und Kreditgenossenschaften, steuerlich begünstigt werden, nicht aber bei den übrigen Kreditinstituten, die diese Geschäfte - wenn auch in geringerem Umfange und nicht als Hauptaufgabe - ebenfalls betreiben.
2. Sparkassen und Kreditgenossenschaften werden nicht im gleichen Umfange steuerlich begünstigt, obwohl sie beide in gleicher Weise die gleichen förderungswürdigen Geschäfte betreiben. Das Ausmaß der steuerlichen Vergünstigung der Kreditgenossenschaften ist bei allen drei wettbewerbsrelevanten Steuerarten etwas geringer als das der Sparkassen.
3. Nachteiliger als diese quantitative Schlechterstellung wirkt sich für die Kreditgenossenschaften jedoch die Beschränkung ihrer Geschäftstätigkeit aus, die sich aus der an die Steuervergünstigung geknüpften Bedingung ergibt, Kredite nur an Mitglieder zu gewähren.

V. Der Zinsvoraus

Ebenso wie in der Steuerdifferenzierung ist auch im Zinsvoraus eine wirtschaftspolitische Maßnahme zu sehen, mit der die Wettbewerbsverhältnisse im Kreditwesen bewußt gestaltet werden sollen. Wird durch eine solche wirtschaftspolitische Maßnahme das eine Kreditinstitut gefördert und das andere benachteiligt, so ist darin

nach den oben abgeleiteten Grundsätzen keine Wettbewerbsverzerrung zu sehen. Der Zweck des Zinsvoraus, einen Ausgleich für die Mündelsicherheit der Sparkassen zu bieten, ist aber nur unvollkommen erfüllt, wenn nicht alle Kreditinstitute, die mit den Sparkassen im Wettbewerb stehen, den Zinsvoraus gewähren dürfen. Bestenfalls könnte also nur ein Teil der durch die Mündelsicherheitsbestimmungen benachteiligten Kreditinstitute durch den Zinsvoraus einen Ausgleich gewinnen. Für die restlichen Kreditinstitute bleibt die Ungleichheit der Startbedingungen voll bestehen.

Im übrigen kann, wie oben nachgewiesen wurde, durch den Zinsvoraus eine Stärkung der Wettbewerbsstellung der betreffenden Kreditinstitute gar nicht erreicht werden. Daß der Zinsvoraus einen nennenswerten Einlagenzuwachs bewirkt, ist ziemlich unwahrscheinlich, da die Tatsache der Gewährung des Zinsvoraus so gut wie unbekannt ist und bei so geringen Zinsunterschieden eine Zinsreagibilität der Einleger nicht festgestellt werden kann. Geradezu nachteilig wirkt sich der Zinsvoraus für das betreffende Kreditinstitut dadurch aus, daß sich die Geldbeschaffungskosten erhöhen, so daß auch die Sollzinsen entsprechend heraufgesetzt werden müssen. In seiner ganzen Anlage ist der Zinsvoraus daher nicht geeignet, die beabsichtigte Stärkung der Wettbewerbsstellung zu bewirken.

Schließlich muß an der Absicht des Trägers von Wirtschaftspolitik Kritik geübt werden, einen künstlichen Wettbewerbsvorteil einer Bankengruppe durch einen künstlichen Wettbewerbsvorteil der anderen Bankengruppe auszugleichen. Die einzig sinnvolle Lösung kann nur darin bestehen, die wettbewerbsverzerrenden Auswirkungen der Mündelsicherheitsvorschriften zu beseitigen, so daß sich weitere Maßnahmen erübrigen, deren Wirkungen ungewiß und nicht quantifizierbar sind.

Insgesamt kann der Zinsvoraus daher nur als eine wirkungslose und verfehlte Maßnahme bezeichnet werden, die zur Herstellung gleicher Startbedingungen im Kreditgewerbe ungeeignet ist. Für einen Fortbestand dieser Ausnahmeregelung der Zinsabkommen besteht daher kein Anlaß.

Läßt man den Zinsvoraus außer Betracht, so sind als Ergebnis dieser Untersuchung vier Tatbestände zu nennen, von denen wettbewerbsverzerrende Wirkungen ausgehen und die zu einer Verfälschung des Leistungswettbewerbs im Kreditwesen führen. Es sind dies also:

1. die Konzentration der Gelder der Gemeinden und Gemeindeverbände bei den Sparkassen als Folge der nicht wettbewerbsneutralen Anlagepolitik dieser Gebietskörperschaften,
2. die Gewährsträgerhaftung der Sparkassen,
3. die Mündelsicherheitsbestimmungen und
4. die steuerliche Behandlung der Kreditinstitute.

Nur wenn Wettbewerbsverzerrungen wie diese beseitigt werden, wird die Voraussetzung dafür geschaffen, daß durch den Marktautomatismus unseres Wettbewerbssystems Produktion und Verteilung in optimaler Weise geregelt werden.

Literaturverzeichnis

- Aschhoff, Gunther: Agrarpolitik und landwirtschaftliche Genossenschaften in der EWG, Quellen und Studien des Instituts für Genossenschaftswesen an der Universität Münster, Karlsruhe 1961
- Böhm, Franz: Die Bedeutung des Mittelstandes und die Ursachen seiner Gefährdung, in: Rüstow, Alexander (Hrsg.): Der mittelständische Unternehmer in der Sozialen Marktwirtschaft, Ludwigsburg 1956, S.9
- Consbruch, Johannes:
Möller, Annemarie: Kreditwesengesetz mit verwandten und zugehörigen Vorschriften, München und Berlin 1954
- Domes, R.: Sparkassenwandlungen, Wien 1930
- Eisfeld, Curt: Das Personalkreditgeschäft der Sparkassen, in: Sparkasse, 53. Jg., 1923, H.2
- Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen 1952
- Floitgraf, Hans (I): Staatsgelder und Steuerprivilegien bei öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten, in ZfdgK, Jg. 1956, S.353
- Floitgraf, Hans (II): Die steuerlichen Konkurrenzvorteile der Sparkassen, ZfdgK, Jg. 1956, S.533
- Glembin, Herbert (I): Der Ruf nach den Staatsgeldern, in ZfdgK, Jg. 1956, H. 13, S. 494
- Glembin, Herbert (II): Steuerprivileg und öffentliche Gelder bei öffentlichen Kreditinstituten, in: Sparkasse, Jg. 1955, H. 19, S. 295
- Greiß, Franz
Meyer, Fritz W. (Hrsg.): Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, Festgabe für Alfred Müller-Armack, Berlin 1961

- Gundermann, Hans: Der Zinsvoraus und seine Entwicklung, in: Sparkasse, Jg. 1954, H. 9, S. 279
- Günther, Hans: Können Zinsabkommen wirksam sein? in: ZfdgK, 9. Jg. 1956, S. 306
- Gutenberg, Erich: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, 2. Bd., Berlin, Göttingen, Heidelberg 1955
- Hammer, Klaus: Kreditwirtschaftliches Wettbewerbsrecht, in: ZfdgK, 9. Jg. 1956, H. 12, S. 434
- Henze, Werner:
Schmidt, Hans: Grundzüge der Geschichte des Sparkassenwesens, 3. Aufl., Stuttgart o. J.
- Hoffmann, Josef (I): Die Sparkassen im Spannungsfeld des Wettbewerbs, in: Sparkasse, Jg. 1960, H. 7, S. 101
- Hoffmann, Josef (II): Konkurrenzvorteile der Sparkassen? in: ZfdgK, Jg. 1956, S. 396
- Hofmann, Walter (I): Die öffentlichen Gelder im Bundesbankgesetz, in ZfdgK, 9. Jg. 1956, H. 9, S. 308
- Hofmann, Walter (II): Hrsg.: Handbuch des gesamten Kreditwesens, 6. Aufl., Frankfurt a.M. 1960
- Hohner, Hermann: Die Entwicklung des Wettbewerbs zwischen Sparkassen und gewerblichen Kreditgenossenschaften im Spar- und Personalkreditgeschäft, Diss., Tübingen 1952
- Hörstmann, Alexander: Die Konkurrenz zwischen öffentlichen Sparkassen und Kreditgenossenschaften, Diss., Göttingen 1928
- Kaiser, Albrecht (I): Habenzinsbefehl statt Habenzinsabkommen, in ZfdgK, 13. Jg. 1960, H. 8, S. 317
- Kaiser, Albrecht (II): Marktwirtschaft im Kreditgewerbe? in: ZfdgK, 11. Jg. 1958, H. 20, S. 878

- Klein, Friedrich: Das Steuerrecht der Genossenschaften, in: Seraphim, Hans-Jürgen, Hrsg.: Vom Wesen der Genossenschaften und ihre steuerliche Behandlung, Neuwied 1951
- Kleine, Walter: Die Stellung der ländlichen Kreditgenossenschaften in Westfalen und Lippe im Wettbewerb mit anderen Bankorganisationen, Diss., Münster 1960
- König, Heinz: Kartelle und Konzentration, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, hrsg. von: Arnd, Helmut, Berlin 1960, S. 303
- Kruse, Alfred: Der Mittelstandskredit, Jena 1941
- Müller-Armack, Alfred: Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg 1947
- Muthesius, Volkmar: Wettbewerb oder "öffentliche Funktion"? in: ZfdgK, Jg. 1956, H. 4, S. 1081
- Nicolai, Helmut: Grundriß des Sparkassenwesens, Breslau 1928
- Richebächer, Kurt: Wohin mit den öffentlichen Geldern? in: Der Volkswirt, 9. Jg. 1955, H. 45, S. 14
- Schäfer, Arnold (I): Die Kreditgenossenschaften und ihre Stellung im deutschen Bankensystem, Diss., Bonn 1959
- Schäfer, Arnold (II): Zur Anlage öffentlicher Gelder, in: Raiffeisen-Rundschau, 11. Jg. 1959, S. 137
- Schmidt, Dirk: Die Rechtsgrundlage der Konditionenregelung, in: ZfdgK, 14. Jg. 1961, H. 2, S. 74
- Schmiedecke, Günter: Der Kommunkredit in der Sparkassenpraxis, Stuttgart 1956
- Schmölders, Günter: Die sogenannte 'Zinsempfindlichkeit' des Sparerers, in: ZfdgK, Jg. 1961, H. 15, S. 713

- Schneider, Erich: Einführung in die Wirtschaftstheorie, II. Teil, Wirtschaftspläne und wirtschaftliches Gleichgewicht in der Verkehrswirtschaft, 7. Aufl., Tübingen 1961
- Schönitz, Hans: Der kleingewerbliche Kredit in Deutschland in systematischer privat- und nationalökonomischer Darstellung, Karlsruhe 1912
- Schreihage, Heinrich (I): Wettbewerb und Wettbewerbsbeschränkung im Kreditgewerbe, in: ZfdgK, 1960, H. 1, S. 15
- Schreihage, Heinrich (II): Zentrale Organisation der Bankenaufsicht, in: Der Volkswirt, 12. Jg. 1958, Nr. 12, S. 465
- Schreihage, Heinrich (III): Bankenaufsicht und Anlagepolitik der Kreditinstitute, in: Der Volkswirt, Beilage zu Nr. 42 vom 15.10. 1960, S. 20
- Schreihage, Heinrich (IV): Das neue Gesetz über das Kreditwesen, in: ZfdgK, 14. Jg. 1961, H. 14, S. 664
- Schulze-Delitzsch, Hermann: Die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Deutschland, Auszug aus dem Organ des Allgemeinen Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften: "Blätter für Genossenschaftswesen" (früher: Innung der Zukunft) Berlin 1870
- Senger, Frida: Die Entwicklung der Sparkassen zu Banken, Diss., Freiburg i.Br. 1926
- Seraphim, Hans-Jürgen (I): Theorie der allgemeinen Volkswirtschaftspolitik, Göttingen 1955
- Seraphim, Hans-Jürgen (II): Vom Wesen der Genossenschaft und ihre steuerliche Behandlung, Neuwied 1951
- Sichter mann, Siegfried: Das Recht der Mundelsicherheit, Stuttgart 1958
- v. Spindler, Joachim: Die Deutsche Bundesbank, 2. Aufl., Stuttgart 1960
- Becker, Willy:
Starke, O.-Ernst:

- Sprengel, H. - E.: Die Spareinlage bei öffentlichen Sparkassen als Anlageform für Mündelgeld, in: Sparkasse, Jg. 1954, H. 23, S. 375
- Stackelberg, Heinrich v.: Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Tübingen, Zürich 1951
- Steinberg, Wilhelm: Die Besteuerung der Kreditinstitute, in: Sparkasse, Jg. 1960, H. 5, S. 68
- Trende, Adolf: Geschichte der deutschen Sparkassen, Stuttgart 1957
- Voßschmidt, Theo: Die westdeutschen Kreditgenossenschaften, Karlsruhe 1958
- Weidinger, Hans: Die Wettbewerbsregelung im Kreditwesen, München 1950
- Wiglow, Walter: Die bankmäßige Entwicklung der Kreditgenossenschaften, Diss., Jena 1922
- Will, Hellmuth: Die deutschen Sparkassen, Stuttgart und Berlin 1942
- Wittmann, Walter: Die Agrarpreisbildung, Freiburg (Schweiz) 1960
- Wolter, Johann Nikolaus: Die Sparkassen und ihre Stellung im deutschen Kreditsystem unter besonderer Berücksichtigung der Geschäfte, Diss., Bonn 1953
- Wulff:
Fessler:
Wolf: Zins- und Wettbewerbsabkommen, in: Vahlens Gelbe Hefte, 1937
- Zülów, Kurt:
Henze, Max:
Schubert, Rolf (I): Die Besteuerung der Genossenschaften, 4. Aufl., Berlin und Frankfurt a.M. 1956
- Schubert, Rolf (II): Die Besteuerung der Genossenschaften - Ergänzungsband zur 3. und 4. Auflage, Berlin und Frankfurt a.M. 1961

Aufsätze und Artikel ohne Verfasserangaben:

Anlegung von Mündelvermögen, in: ZfdgK, 13. Jg. 1960,
H. 18, S. 854

Das neue Kreditwesengesetz, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, August 1961,
13. Jg., S. 3

Die Anlegung von Gemeindegeldern bei Raiffeisenkassen,
in: Bayerisches Raiffeisen-Blatt,
65. Jg. 1961, H. 3, S. 63

Die Ergebnisse der Sondererhebung über Spar- und Termineinlagen, in: Monatsberichte der Bank Deutscher Länder, August 1955,
S. 43

Die Ergebnisse der Sondererhebung über Spar- und Termineinlagen zum 31. Oktober 1958,
in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Januar 1959, S. 57

Die Stellung der Privatbankiers im deutschen Kreditgewerbe, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 13. Jg. 1961, H. 11,
S. 11

Zur Anlage von Mündelgeldern, in: Mitteilungen der Deutschen Genossenschaftskasse,
Nr. X/3, März 1961, S. 10

Angaben über den Verfasser

Persönliche Daten:

Geboren am 23.4.1934 in Kassel
Vater: Karl Hofmann, Zollamtmann
Mutter: Grete Hofmann, geb. Küllmer
Staatsangehörigkeit: deutsch

Schulen:

1940-44 Volksschule in Geldern und Soest
1944-52 Aldegrevier-Gymnasium in Soest
(math.-naturwissenschaftliche Richtung)
1952-54 Städtisches Gymnasium Beckum
(neusprachlicher Zweig)
März 1954 Abitur

Volkswirtschaftliches Studium:

1954-55 2 Semester in Münster
1955-56 3 Semester in Frankfurt a.M.
1956-58 5 Semester in Münster
Dez. 1958 volkswirtschaftliches Diplom-Examen
in Münster

